



**Länder wollen endlich und überfällig UNRWA-Finanzierung wegen Komplizenschaft mit den Mördern des 7. Oktobers stoppen**

SEITE 6-7

**Remigration ist keine Deportation**

SEITE 14-15



**Auf den Spuren Franz Kafkas**

SEITE 34-35



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser, die Zeit läuft schnell und wir alle laufen notgedrungen mit. Über 120 Tage zurück liegt das entmenschte Mord-Massaker sadistischer islamischer Mörder aus Gaza, bei dem im Süden Israels friedliche und wehrlose jüdische Menschen - Frauen, Männer und Kinder - bestialisch vergewaltigt, geschändet, abgeschlachtet und geköpft worden sind. Über 230 Geiseln wurden von islamischen Verbrechern nach Gaza verschleppt. Nur der kleinere Teil von ihnen wurde zurückgeführt gegen die Freipressung viel zu vieler islamischer Terroristen und Mörder aus israelischen Gefängnissen. Immer noch befinden sich heute bereits seit über 4 Monaten mehr als 130 Geiseln, darunter ein Baby, das in der Geiselhaft erst 1 Jahr alt wurde, in der brutalen Willkür der Mord-Sadisten in Gaza.

Unsere Gedanken sind jeden Tag bei ihnen. Ihre bedingungslose, unversehrte und sofortige Freilassung ist höchstes Gebot und eine unverzichtbare Bedingung für jede Art einer Waffen- und Verschnaufpause für die Mörder.

Das sieht unsere grün-links dominierte Politik in diesem Lande und weltweit - wie hätte es anders sein können - natürlich anders. Es hat nicht lange gedauert und die unsäglichen Bilder und unaussprechlichen Bestialitäten und Mutilationen an den wehrlosen Opfern, die die Mörder selbst gemacht haben, um sich damit stolz zu brüsten sind aus unseren Medien und dem Bewusstsein großer Teile unserer Politik verschwunden. Statt dessen werden wir täglich mit Bildern aus Gaza gefüttert, in denen sich die Gazaner, die eben noch freudetrunken ebenso wie die islamomigrantischen Horden in

► Fortsetzung auf Seite 2



**Genauere Erscheinungstermine unter <https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html>**

Österreich 4,90 €; Italien 4,70 €; Schweiz 6,20 CHF; Luxemburg 4,90 €; Belgien 5,00 €; Niederlande 5,90 €;



## Südafrika-Klage gegen Israel: Grenzenloser Judenhass und Ablenkung vom eigenen Rassismus gegen Weiße



GUILLEM SARTORI/AP

Von Chaim Noll

Für viele ist Südafrika heilig. Eine Bastion schwer errungener Gerechtigkeit, ein Symbol des Fortschritts. Seit dort 1994 ein Regime weißer alter Männer gestürzt und die junge, bunte Republik des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) errichtet wurde, ließ allein die Nennung dieses Landes jedes linke Herz in der Welt höher schlagen. Die „Apartheid“-Politik der weißen Minderheit des Landes war ohne Frage unmenschlich, doch wie menschlich ist das Land heute, wie gerecht, demokratisch und progressiv nach rund drei Jahrzehnten Herrschaft des ANC?

Neuerdings beklagen gerade Medien, die sich als links verstehen, dass sich Südafrika ganz anders entwickelt hätte als erhofft, dass die „Regenbogennation“, wie Desmond Tutu sie nannte, durch Korruption und Kriminalität, durch Gewalt und Bandenkämpfe zerrüttet sei, und nun anstelle einer bornierten, auf Rassen-Segregation setzenden weißen Oberschicht eine ausbeuterische, ebenso unmenschliche schwarze Oberschicht das Land beherrsche.

Das Schicksal der bitterarmen schwarzen Mehrheit gilt nach wie vor als hoffnungslos. „Wie Südafrika kaputtgeht“, titelte etwa das deutsche Magazin Spiegel am 2.9.2023. Um dann festzustellen: „Seit dem Sieg über die Apartheid hofften die Menschen auf ein besseres Leben. Doch der dau-

erregierende ANC, die einstige Partei der Befreier, hat das Land drei Jahrzehnte lang systematisch heruntergewirtschaftet.“

Ebenso deprimierend sind die Berichte in der linken Berliner Tageszeitung taz. Dort wird der Polizeiminister Südafrikas zitiert: „Südafrika ist brutal und gefährlich für Frauen und Kinder.“ Er spricht über die jüngste Kriminalstatistik: In nur drei Monaten, von April bis Juni (2022) sind 855 Frauen und 243 Kinder getötet worden.“ (Lutz van Dijk, taz, 30.10.2022) Ein, zwei Jahrzehnte lang ließ sich die Misere des Landes noch als „Erbe der Apartheid“ verkaufen und alle Schulden den Weißen zuschieben.

### Die höchste Mordrate der Welt

Heute geht die Gewalt zu einem nicht unerheblichen Teil vom regierenden ANC selbst aus, der unliebsame Zeugen und Whistleblower seiner unzähligen Korruptionsskandale durch Killer-Kommandos beseitigen lässt. Im kürzlich erschienenen Buch des südafrikanischen Autors Mpumelelo Mkhabela The Enemy Within werden Verbrechen führender Politiker des ANC aufgezählt wie „theft, abuse of power, robbing of the elderly, and even murder“ (Seite 63) Mehr noch: „Anyone who threatens to expose tender corruption risks being eliminated by hired hitmen.“ (Seite 67)

Dazu kommt die unvorstellbare Gewalt in den Townships, den Siedlun-

gen der Armen. An ihrer Lage hat sich seit Ende der Apartheid wenig geändert: „Unter den 15- bis 24- Jährigen liegt die Arbeitslosigkeit landesweit bei 64 Prozent, in Townships und armen ländlichen Gebieten bei bis zu 85 Prozent.“ (taz, 30.10.2022) Die Generation der „Born Free“, der nach 1994 Geborenen, habe so gut wie „keine Perspektive“, stellte das Magazin Spiegel am 16.8. 2020 fest.

Inzwischen hat Südafrika die höchste Mordrate der Welt, noch vor den südamerikanischen Drogenländern: „Die Zahl der „polizeilich erfassten Morde ist in Südafrika in den Jahren von 2006 bis 2022 gestiegen, allein im letzten Jahr nochmal um über 20%“ (von 19 000 auf 25 000)“. Nach der Statistik der UN sind es sogar 27.700 Opfer von „Tötungsdelikten“, mit der Mordrate von 46,6 pro 100.000 Einwohner, in dieser Statistik der zweithöchsten in der Welt (nach Jamaica). Selbst eine die Lage eher beschönigende Touristik-Website wie Kapstadt.de/reise muss eingestehen: „Das Land hat eine der höchsten Verbrechensraten weltweit (...) Nach einer Studie der Vereinten Nationen für die Jahre 1998 – 2000 ist Südafrika trauriger Spitzenreiter in den Bereichen Mord durch Feuerwaffen, Totschlag, Vergewaltigung und Körperverletzung.“

► Fortsetzung auf Seite 2

◀ Fortsetzung von Seite 1

# Südafrika-Klage gegen Israel: Grenzenloser Judenhass und Ablenkung vom eigenen Rassismus gegen Weiße

Das ANC-Regime hat vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag eine infame und hetzerische Klage gegen Israel wegen Völkermordes erhoben. Diese Klage ist Ausdruck eines tiefsitzenden Antisemitismus und Israel-Hasses. Vor dem Hintergrund des massenhaften Mordens im eigenen Land ist die Klage Südafrikas nichts als eine Farce. Denn der Rassismus gegen Weiße hat in Südafrika bereits viele Menschenleben gekostet. So will beispielsweise der linke Polit-Schurke und Demagoge Julius Malema, Parteivorsitzender der zweitgrößten südafrikanischen Oppositionspartei EFF, weiße Farmer gewaltsam enteignen und ruft sogar unter großem öffentlichem Beifall zum Mord an Weißen und Buren auf. (JR)

## „Schattenpandemie von Gewalt gegen Frauen und Kinder“

Dabei handelt es sich nur um die Zahl der „polizeilich erfassten“ Verbrechen. Die südafrikanische Ministerin für Frauen, Jugend und Behinderte, Maite Nkoana-Mashabane, deutet an, dass dahinter eine weitaus größere Dunkelziffer steht. Sie „nennt diese Zahlen „die Spitze des Eisbergs. Noch viel mehr Menschen würden unbemerkt leiden. „Wir sind mit einer Schattenpandemie von Gewalt gegen Frauen und Kinder konfrontiert.“ (taz, 9.6.2022)

Diese Zahlen übertreffen deutlich die von der Hamas-geführten Gesundheitsbehörde in Gaza angegebene Zahl der Todesopfer im jetzigen Krieg von etwa 22.000 (eine Zahl, die, obwohl nicht nachprüfbar und aller Erfahrung nach falsch, von den Medien der westlichen Welt in seltsamer Naivität übernommen wird – der italienische Korrespondent Lorenzo Cremonesi, ein eher Israel-kritischer Journalist, hatte im Gaza-Krieg 2012

eigene Recherchen in den Krankhäusern Gazas angestellt und war auf nur halb so viele Opfer gekommen wie von der Hamas-Behörde angegeben).

„Nie war die Brutalität vor allem gegenüber Frauen und Kindern in Südafrika so hoch wie heute“, schrieb die Berliner taz am 9.6.2022 über das alltägliche Morden und die Gewalt gegenüber Schwächeren. „Morde an Frauen haben gegenüber 2021 um 70,5 Prozent zugenommen, an Kindern um 37,2 Prozent. Meist sind Familienstreits, selbsternannte Wachdienste, Racheakte und Raub die Gründe. Getötet wird auf Brachflächen, in Hütten, an Bars und Bushaltestellen.“

Man könnte also die südafrikanische ANC-Regierung mit Fug und Recht vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag des Genozids anklagen, des Genozids an der eigenen Bevölkerung. Ein solches Land, sollte man meinen, beschäftigt sich besser mit seinen eigenen Problemen, bemüht sich um Eindämmung seiner Gewalttätigkeit, um Aufklärung der

eigenen Verbrechen. Um den Aufbau einer eigenen Wirtschaft, damit es eines Tages mehr sein kann als Billigland und Rohstofflieferant für das unersättliche China, das sich dort, wie auch anderswo, immer fester einnistet.

## Klage gegen Israel wegen Völkermordes

Doch das ruinöse südafrikanische Regime tritt stattdessen in internationalen Gremien als Ankläger auf. Während meiner Zeit in der internationalen Schriftstellervereinigung PEN (ich war von 2004 bis 2008 Sekretär eines PEN-Zentrums) habe ich erlebt, wie routiniert die südafrikanische Delegation dort als moralische Instanz in Erscheinung trat. Keine Delegation trat so selbstgerecht auf, so überzeugt von ihrem Recht, andere der Unmenschlichkeit zu beschuldigen. So wie dieser Tage, da das ANC-Regime vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag Klage gegen Israel wegen Völkermordes erhebt.

Der grandiose Auftritt gründet sich auf den moralischen Kredit, den der ANC einst als „Partei der Befreier“ im Kampf gegen die Apartheid genossen hat. Dieser Kredit ist längst verspielt. Wer im Glashauss sitzt, sagt ein altes Sprichwort, soll nicht mit Steinen werfen. Vor dem Hintergrund des massenhaften Mordens im eigenen Land ist die Klage Südafrikas vor dem Gerichtshof in Den Haag nichts als eine Farce.

Chaim Noll wurde 1954 unter dem Namen Hans Noll in Ostberlin geboren. Seit 1995 lebt er in Israel, in der Wüste Negev. Chaim Noll unterrichtet neben seiner schriftstellerischen Tätigkeit an der Universität Be'er Sheva und reist regelmäßig zu Lesungen und Vorträgen nach Deutschland. In der Achgut-Edition ist von ihm erschienen „Der Rufer aus der Wüste – Wie 16 Merkel-Jahre Deutschland ramponiert haben. Eine Ansage aus dem Exil in Israel“.

Dieser Artikel ist zuerst bei Achgut.com erschienen.

◀ Fortsetzung von Seite 1

## KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Berlin-Neukölln oder sonst wo in der Welt Bonbons für jeden abgeschlachteten und massakrierten Juden verteilt haben, wehleidig über die Verteidigungsreaktion Israels beschwerten und in bewährter infamer Täter-Opfer-Umkehr von Macron über Baerbock bis Guterres und den US-Democrats, Israel und seine Regierung, trotz der humanitärsten Armee in der Welt dämonisieren oder sogar wie die anti-weiß rassistischen und Terrorverbündeten Massen-Schlächter ihrer eigenen weißen Farmer aus Südafrika, als Kriegsverbrecher verleumden und anklagen.

Womit wir wieder in Deutschland wären, um das es wirklich nicht gutsteht zu Beginn des Jahres 2024. Kaum haben wir uns von dem diesjährigen in vielfacher Hinsicht und aus gutem Grunde ganz und gar unfrohlichen und hoffnungsarmen, angstgetriebenen Jahreswechsel erholt, an dem hierzulande vielerorts und vielfach auf liebgewordene Silvestertraditionen verzichtet werden musste, weil der Staat, der sonst gegen jeden Meinungsabweichler vom grün-linken Dogma hemmungslos die Muskeln spielen lässt, schlichtweg Angst hatte und - wenn man es genau nimmt - kapituliert hat vor den zumeist islamo-migrantischen Geistern, die er gegen jede Vernunft ins Land gerufen hat und weiter bevorzugt einlädt.

### Erosion unserer Lebensart

Die Polizei, Dein Freund und Helfer

war sich nicht mehr sicher, ob sie trotz entsprechender Aufrufe und ihrer innigen Bitte an die zumeist islamischen und linken Täter, sie doch nicht wieder wie im letzten Jahr zu verprügeln, in der Neujahrsnacht Gehör finden würde und sich und ihre Bürger vor der im Vorjahr erlebten zumeist islamischen Gewaltorgie schützen könnte, also verbot sie allen, auch den seit jeher hier beheimateten und friedlich feiernden Bürgern an vielen Orten ihr Böller-Vergnügen.

Ja dieses von vermeintlich woker, grün-linker Deindustrialisierungswut und Erosion unserer bis vor nicht allzu langer Zeit noch wundervollen, lebensfrohen und westlichen Lebensart der bundesrepublikanischen Nachkriegsjahre heimgesuchte Land hat sich in rasanter Geschwindigkeit verändert – und das keinesfalls zum Besseren.

Wenn man von den immer mehr ausgebauten und beanspruchten Privilegien, der großzügigen Dotation und kaum noch Grenzen des Anstands kennenden Verschwendungssucht einer erheblichen Zahl des grün-linken, nicht selten bildungsfernen Prekariats absieht, das zur Zeit an den Schaltstellen der Macht sitzt und den wirtschaftlichen und politischen Verfall unserer Republik beschleunigt, so leben wir in Zeiten eines intoleranten, geradezu religiös fanatischen Puritanismus, in dem fast alles, was eigentlich jedem Bürger zu seiner persönlichen, dem legitimen „pursuit of

happiness“ für sich und seine Familie dienenden Lebensgestaltung ermöglicht werden sollte, zunehmend verboten oder unmöglich gemacht wird.

### Missionierungs-Agenda der Regierung

Wer etwa glaubt, dass sich die gegenwärtig in Amt und Würden sitzende grüne und linke Bürger-Bevormundungs-, Umerziehungs- und Verbotspolitik mit dem ebenso falschen wie intoleranten, geradezu ersatzreligiösen Sendungsbewusstsein trotz Vertrauens- und Wählerschwund von den unzufriedenen Bürgern einfach abwählen ließen, der hat sich gründlich geirrt. Demokratie-averse und Meinungsfreiheit-intolerante doktrinaire und dogmatische Regierungen mit eigener, auch systemfeindlicher Missionierungs-Agenda können - wie auch die deutsche Geschichte schon bewiesen hat – durchaus demokratisch gewählt werden. Mit der Abwahl ist das schon eine andere Sache.

Das demonstrieren gegenwärtig – geradezu wie aus einem marxistischen Lehrbuch der SBZ (euphemistisch DDR) abgeschrieben, um nicht weiter in der deutschen Geschichte des letzten Jahrhunderts zurückzugehen -- die mittlerweile in Mode gekommene und gemeinsam mit ihren von ihnen mit unseren obligaten Beiträgen zwangsfinanzierten, gesinnungsgleichen Medien täglich geradezu Gehirnwäsche-artig durchgeführte Diffamierung und Krimina-

lisierung abweichender Meinungen und die im Stile kommunistischer 1. Mai Veranstaltungen nicht selten unter nur wenig und selten gerügter Teilnahme von Linksextremisten und antisemitisch, islamischen, pro-„Palästina“ und Judenmordfreunden durchgeführten und aufgeheizten Demos ausgerechnet für Demokratie und gegen Rassismus und Antisemitismus.

Auch die fadenscheinige Behauptung, man wolle vor allem auch die Juden vor einem rechten Antisemitismus in diesem Lande schützen, ist ein Vorwand und eine Farce. Kaum noch ein Jude traut sich wegen der Angriffe islamischer Migranten heute noch offen erkennbar auf die Straße, in die Schule oder an die Uni - siehe hierzu auch die jüngsten Ereignisse an der FU in Berlin. Die Verunmöglichung eines offenen jüdischen Lebens in diesem Lande ohne entwürdigendes Identitätsmimikry hat unsere grünlinke Politik ganz allein mit Hilfe ihrer islamischen Protégés geschafft. Dazu hat sie die rechte Opposition gar nicht gebraucht. Kein Mitglied der dämonisierten rechten Opposition war bisher jemals irgendwo in diesem Lande an einer Regierung beteiligt.

### Kein Umdenken im neuen Jahr

Mit dem Erscheinen unserer Februar-Ausgabe ist das Jahr 2024 gerade mal etwas mehr als einen Monat alt. Keine wirklich lange Zeitspanne, könnte

►► Fortsetzung auf Seite 10

# Türkei bestraft Fußballspieler wegen Solidarität mit Hamas-Geiseln

Zwei israelische Fußballspieler, die für türkische Vereine spielen, haben in der Öffentlichkeit ihre Betroffenheit und ihre Solidarität mit den von der Terror-Hamas entführten Geiseln gezeigt. Die Türkei reagierte darauf mit Verhaftung, Verhör und Entlassung der Sportler. In Übereinstimmung mit der Israel-feindlichen Politik der Türkei, die irrsinnigerweise trotz mangelnder Verlässlichkeit immer noch Mitglied der Nato sein darf, ist es kein Zufall, dass sich türkische Vereine unverblümt als Verbündete der Hamas positionieren und das Abschlagen von Juden keinesfalls einer Kritik unterziehen. Schließlich ist die Terror-Bande ein Ableger der Muslimbrüder in Gaza und steht dem Pan-Islamisten Erdoğan politisch und ideologisch sehr nah. Der türkische Staatspräsident glorifiziert die Juden-Mörder sogar als „Freiheitskämpfer“. (JR)

Von Julian M. Plutz

Sagiv Jehezkel kann es nicht fassen: „Ich bin nicht für den Krieg“, sagte der Israeli gegenüber der Nachrichtenagentur DHA. „Ich möchte, dass dieser 100-Tage-Prozess zu Ende geht. Ich will, dass der Krieg zu Ende ist.“ Dennoch reichte eine einzige Geste aus, dass der Stürmer von Antalyaspor von der türkischen Polizei zunächst verhaftet und verhört wurde, und er seinen Job beim Süper Lig Club verlor.

Was ist passiert? Bei einem Torjubel trug er eine weiße Bandage am Handgelenk und hielt diese in die Kameras. Darauf stand per Hand geschrieben „100 Tage, 7.10.“, ergänzt um einen Davidstern. Der 28-Jährige bezog sich offensichtlich auf die Terrorattacke der Hamas am 7. Oktober. Als der Präsident von Antalyaspor, Sinan Boztepe, davon erfuhr, verkündete er gegenüber der türkischen Presse, dass Jehezkel's Vertrag aufgelöst werde und er aus der Mannschaft entlassen werde.

## Auch Erdogans Lieblingsverein suspendiert israelischen Profi

Jehezkel hat sich seit seinem Wechsel im vergangenen Jahr in die Türkei nie mit Politik befasst und niemanden respektlos behandelt. Laut ORF wollte er jedoch auf die Notwendigkeit eines Endes des Krieges aufmerksam machen. Zuvor spielte er unter anderem bei Hapoel und Maccabi Tel Aviv. Auch die Absicht, die Zuschauer provozieren zu wollen, wies der Fußballer von sich.

Ähnlich verhielt es sich mit Eden Karzev. Sein bisheriger Club Başakşehir Istanbul trennte sich von dem 23-Jährigen und leitete ein Disziplinarverfahren ein, weil der Israeli gegen die Werte „unseres Landes“ verstoßen haben soll. Karzev hatte auf seinem Instagram-Kanal ein Bild mit der Zahl 100 gezeigt und die Forderung, die israelischen Geiseln der Hamas nach Hause zu bringen. Laut türkischen Medien soll auch er, ähnlich wie Jehezkel, von der Polizei verhört worden sein.

Basakşehir, der Lieblingsklub des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, trennte sich von Karzev. Im Zuge seines ihm nahe gelegten Abschieds wechselte Karzev auf Leihbasis zu Maccabi Tel Aviv, die ihn daraufhin bereits via X, vormals Twitter, begrüßten. Karzev's Vertrag bei Başakşehir läuft am Saisonende aus.

## Das größte Ziel der Hamas ist, Juden zu töten

Es scheint kein Zufall zu sein, dass sich türkische Vereine als Verbündete der Hamas positionieren. Gerade Erdoğan unterstützte finanziell immer wieder die Muslimbrüder. Und die Hamas gilt wiederum als „palästinensischer“ Ableger der Muslimbrüder. Sie entstand im Zuge der „Ersten Intifada“ im Jahr 1987. Im Gegensatz zur ägyptischen Mutterorganisation bedient sich die Hamas auch moderner Antisemitismen, wie beispiels-



Der israelische Fußballspieler Sagiv Jehezkel.

weise die "Protokolle der Weisen von Zion". Diese frei erfundenen "Protokolle" erschienen erstmals 1903 in Russland und sollten ein Treffen jüdischer Eliten dokumentieren, die vorhatten, die Welt Herrschaft an sich zu reißen. Die Hamas nutzt diese Lüge, um zu behaupten, dass die Juden planten, das gesamte Gebiet zwischen Nil und Euphrat zu erobern: "Heute ist es Palästina, und morgen ein anderes Land oder andere Länder. Der zionistische Plan kennt keine Grenzen. Nach Palästina wollen sie ihr Territorium vom Nil bis an den Euphrat erweitern."

Das Ziel der Hamas ist denkbar simpel und aus der eigenen Charta zu entnehmen. Sie möchten möglichst viele Juden töten. Unter Berufung auf eine überlieferte Aussage des Propheten Muhammad heißt es: "Die Hamas zielt darauf ab ... das Versprechen Gottes wahr zu machen. Der Prophet sagte: Das Jüngste Gericht wird nicht eher kommen, bis die Muslime gegen die Juden kämpfen und die Muslime diese töten, bis dass der Jude sich hinter Baum und Stein versteckt und jeder Baum und Stein sagen wird: 'Oh Muslim, oh Diener Gottes, da befindet sich ein Jude hinter mir. Komm und töte ihn.'"

## Israel sei "Kriegsverbrecher"

Erdogan und seine Türkei, immerhin NATO-Partner, scheint das nicht zu stören. Im Gegenteil: Seine Solidarität gilt den Muslimbrüdern. Als der Präsident

am 16. Juli 2016 nach dem gescheiterten Putsch in Istanbul vor seinen jubelnden Anhängern trat, hob er gut sichtbar den rechten Arm über den Kopf und reckte vier Finger in die Höhe, was spätestens seit 2013 die Erkennungsgeste der Muslimbrüder ist.

Das Zeichen geht auf die Proteste vor mehr als zehn Jahren in Ägypten zurück, als die Armee ein Protestcamp des gestürzten Präsidenten Mohammed Mursi angriff und mehr als 600 Menschen auf dem Rabaa-Platz in Kairo tötete. "Rabaa" klingt ähnlich wie das arabische Wort für die Zahl vier, daher etablierte sich dieser Gruß. Erdoğan gehörte zu den ersten Politikern, die diese Geste, nur drei Tage nach dem Massaker, nutzten.

Die Nähe zur Muslimbruderschaft bzw. der Hamas war auch nach dem 7. Oktober zu spüren. So bezeichnete Erdoğan die Terrororganisation als "Freiheitskämpfer". Doch nicht nur das: Bei einer Rede vor Zehntausenden Anhängern in Istanbul bezeichnete er Israel als "Kriegsverbrecher". Den westlichen Ländern warf er vor, sie seien unfähig, Israel zu stoppen. Seine geplante Reise nach Israel wurde kurz darauf abgesagt.

## Die Türken stehen hinter Erdogan

Es zeigt sich immer mehr, dass Erdogans zurückhaltende Rolle im Nahostkonflikt und sein Angebot als Vermittler geheuchelt war. "Es wurde schnell klar, dass Israel nicht mit Erdoğan verhandeln

will", betonte Berk Esen, Professor für Politikwissenschaften an der Sabanci Universität Istanbul, gegenüber der Tagesschau. "Mit einem gemäßigten Kurs konnte Erdoğan international also nichts erreichen, deshalb ändert er nun seine Taktik", so Esen. Das bedeutet: Pro Hamas.

Erdogans Ziel bleibt der Machterhalt. Als am 7. Oktober 1200 Menschen in Israel ermordet wurden, konnte er die Hamas nicht unterstützen. "Aber als sich die Umstände veränderten, als Tausende an der palästinensischen Front starben, hat sich Erdogans Position und die der türkischen Öffentlichkeit verändert. Man darf ja nicht vergessen, Erdoğan lässt ständig Meinungsumfragen durchführen. Der weiß ganz genau, woher der Wind weht", ist sich Ömer Taspınar vom Brookings Institute in der türkischen Politiksendung Medyascope sicher.

Die türkische Bevölkerung steht jedenfalls hinter Erdoğan. Demnach wünschen sich zwar 34,5 Prozent der Befragten, dass sich die türkische Regierung neutral verhält. Gleichzeitig sprechen sich 18,1 Prozent für eine Unterstützung der „palästinensischen“ Seite aus, solange man sich von der Hamas distanziert. 11,3 Prozent fordern sogar eine Unterstützung der Hamas. Nur drei Prozent der Befragten wollen, dass sich die türkische Regierung hinter Israel stellt.

## Auswirkungen auch auf Deutschland

Klar ist, dass Erdoğan verbal immer weiter aufrüstet. "Ist das, was dieser Netanjahu tut, weniger als das, was Hitler tat? Das ist es nicht", betonte er Anfang des Jahres. Seine Bevölkerung scheint das zu honorieren, was sich auch, wie im Falle der Fußballspieler, auf die Süper Lig auswirkt. Doch Erdogans Einfluss schwappt auch immer wieder nach Deutschland. Einerseits durch die DITIB-Moscheen, andererseits aber auch durch eine neu gegründete Partei.

Im Vorfeld der Europawahl im Juni hat sich in Deutschland eine neue Partei formiert, die enge Verbindungen zu Erdoğan hat. Der deutsche Ableger dieser Bewegung trägt den Namen Dava, was „Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch“ bedeutet. Dava bedeutet Aufruf oder Einladung, kann aber auch mit Propaganda übersetzt werden. CDU-Politiker Jens Spahn kritisiert die Neugründung aufs Schärfste: "Ein Erdoğan-AKP-Ableger in Deutschland wäre eine weitere extreme Partei im Land. Die ideologische Ignoranz der Ampel macht es ihm leider leicht: Die doppelte Staatsbürgerschaft für in Deutschland lebende Türken wird faktisch die Regel. Auch die Auslandsfinanzierung von Moscheen müsste endlich unterbunden werden."

# Biden will in Bezug auf die sogenannten „Palästinenser“ aus den Fakten nichts lernen

Die US-Regierung setzt sich genauso wie die EU gegen den Willen Israels für eine Zwei-Staaten-Lösung ein und will nicht akzeptieren, dass gerade die Appeasement-Politik gegenüber Gaza zum schlimmsten Massenmord an Juden seit dem Holocaust geführt hat. Eine diplomatische Lösung, die den Gazastreifen der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde unterstellt und einen weiteren Terror-gebärenden Failed State erschafft, ist nur ein Rezept für noch mehr willkürliche, hasserfüllte und neidgetragene Gewalt gegen Juden und Israel. Geradezu irrwitzig ist der Einsatz der westlichen Demokratien für einen „palästinensischen“ Staat trotz der klaren und allseits bekannten Erkenntnis, dass ein weiterer islamischer Staat, wie längst deutlich erkennbar keine Demokratie, sondern ein autokratisches Unrechtsregime sein wird. Bester Beleg für die antidemokratische Haltung ist, dass der Pali-Anführer, Terror-Freund und Olympia-Mord-Finanzierer Mahmoud Abbas, sich bereits im 19. Jahr seiner vier-jährigen Amtszeit befindet. Bezeichnenderweise scheint diese offensichtliche Demokratiefeindlichkeit keinen der Veranstalter der „Demos für Demokratie“ aus Politik und Medien in diesem Lande zu stören. (JR)

Von Jonathan S. Tobin/JNS.org

Es ist eine Debatte, die die israelische Regierung im Moment weder führen will noch für nötig hält. Aber so sehr Jerusalem auch jede Diskussion darüber, wer im Gazastreifen regieren oder für die Sicherheit verantwortlich sein wird, aufschieben möchte, bis der Krieg mit der Hamas beendet ist, wird es immer klarer, dass dies unmöglich ist. US-Präsident Joe Biden drängt bereits auf die Wiederbelebung eines Friedensprozesses, der seit mehr als zwei Jahrzehnten auf Eis liegt, und darauf, dass Israel akzeptiert, dass das Ergebnis der Verhandlungen die Schaffung eines souveränen „palästinensischen“ Staates an seiner Seite sein wird.

Das leuchtet vielen Menschen ein, auch vielen amerikanischen Unterstützern Israels, die immer noch glauben, dass eine Zweistaatenlösung die einzige vernünftige Lösung für den Konflikt mit den „Palästinensern“ ist. Und in der Theorie klingen zwei Staaten für zwei Völker, die in Frieden zusammenleben, wirklich ideal. Aber es ist an der Zeit, dass Biden und alle, die wollen, dass die Vereinigten Staaten ihren enormen Einfluss auf Israel nutzen, um eine Zweistaatenlösung voranzutreiben, nüchterner werden, was die „Palästinenser“ angeht. Sie müssen nicht so sehr auf den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu hören, sondern auf das israelische Volk selbst.

Der US-Präsident mag glauben, dass es für ihn eine politische Notwendigkeit ist, die Israelis zur Zustimmung zu diesem Plan zu zwingen, damit seine Regierung den Krieg gegen die Hamas weiter unterstützen kann. Und er mag Recht haben, dass viele, wenn nicht sogar die meisten Demokraten sich mehr Kommunikation zwischen den beiden Nationen in Bezug auf den Friedensprozess wünschen, das die Beziehungen zwischen den USA und Israel weitgehend kennzeichnete, als sein früherer Chef, Barack Obama, im Weißen Haus saß.

## Der Zusammenbruch der israelischen Linken

Aber wie sogar die New York Times berichtete, lehnt die überwältigende Mehrheit der Israelis nach dem 7. Oktober jeden Gedanken an eine Wiederaufnahme der Verhandlungen ab, geschweige denn die Durchsetzung einer Zweistaatenlösung.

Und das, obwohl das Vertrauen und die Unterstützung für Netanjahu nach einem Jahr politischer Auseinandersetzungen über die Justizreform und das Versagen bei der Verhinderung der Hamas-Gräueltaten sehr gering sind. Obwohl die israelische Linke, die einst die Politik des Landes beherrschte, nur noch ein Schatten ihrer selbst ist, seit die Osloer Abkommen im Blutvergießen der zweiten Intifada zusammengebrochen sind, sind die Überreste derjenigen, die



US-Präsident Joe Biden hofft mit einer Zwei-Staaten-Lösung den progressiven Flügel der Democrats hinter sich zu haben.

für weitere Gebietsabtretungen und „palästinensische“ Staatlichkeit eintraten, nun völlig diskreditiert.

Wie die Times feststellte, haben sogar Menschen, die sich selbst als Friedensaktivisten betrachteten, endlich die Konsequenzen aus einem Jahrhundert „palästinensischen“ Hasses und Terrors gezogen, das in dem schlimmsten Massenmord an Juden seit dem Holocaust gipfelte. Sie haben erkannt, dass der Konflikt in absehbarer Zeit nicht zu lösen ist. Die Tatsache, dass viele der in den Grenzgemeinden lebenden Opfer der Hamas-Pogrome glühende Friedensbefürworter waren und dennoch von den „Palästinensern“ ermordet, vergewaltigt und entführt wurden, hat die israelische Bevölkerung tief beeindruckt.

Indem sie die Politik, die zum 7. Oktober führte, ablehnen, zeigen die Israelis nicht nur ihre Trauer. Sie demonstrieren damit ihren gesunden Menschenverstand. Doch Biden setzt auf den Mythos der Zweistaatenlösung. Das Gleiche gilt für den Großteil der internationalen Gemeinschaft und die Vereinten Nationen.

Sie irren sich gewaltig - und das nicht nur, weil die „Palästinenser“ in den letzten 75 Jahren zahlreiche Angebote für eine Zwei-Staaten-Lösung, die ihnen die Unabhängigkeit gebracht hätte, abgelehnt haben. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es nur zwei Gründe, den Friedensprozess wiederzubeleben. Der eine besteht darin, Biden bei der Mehrheit der Demokraten, die die „Palästinenser“ gegenüber Israel bevorzugen, etwas Spielraum für die

Wiederwahl zu verschaffen. Der andere ist, die Sache der Hamas-Terroristen zu unterstützen, die die Gräueltaten vom 7. Oktober begangen haben, die den aktuellen Krieg auslösten.

Während die Minderheit der Demokraten, die wissen, dass Biden das letzte Mitglied ihrer Partei im Weißen Haus sein könnte, das Sympathien für den jüdischen Staat hegt, der Meinung ist, dass er die Hilfe verdient, muss jeder, dem die Sicherheit und das Überleben Israels mehr am Herzen liegen, verstehen, dass die Unterstützung von Aktionen, die letztendlich denjenigen helfen, die das Ziel der Hamas, Israel zu zerstören, teilen, ein zu hoher Preis ist, den Israels Volk zahlen muss.

## Bidens Probleme

Im Gegensatz zu den düsteren Schlagzeilen über die jüngsten Umfragen in liberalen Zeitungen wie der Times sind Bidens sinkende Aussichten auf eine Wiederwahl nicht ausschließlich auf seine Entscheidung zurückzuführen, den Krieg gegen die Hamas nach dem 7. Oktober zu unterstützen.

Er liegt derzeit aus vielen Gründen hinter dem ehemaligen Präsidenten Donald Trump zurück, darunter der Zustand der Wirtschaft, der Zusammenbruch der Sicherheit an der Südgrenze der USA, sein Alter und die weit verbreitete Wahrnehmung seiner Schwäche als Führungspersönlichkeit.

Es steht jedoch außer Frage, dass Bidens eindeutige Sympathie für Israel

nach dem 7. Oktober und seine Unterstützung für das Ziel, die Hamas zu vernichten, ihn die Unterstützung der linken Demokraten kosten. Das gilt besonders für junge Wähler, die eher mit den giftigen Mythen der kritischen Rassistheorie und der Intersektionalität indoktriniert wurden, die Israel und die Juden fälschlicherweise als „weiße Unterdrücker“ der „Palästinenser“ bezeichnen. Und das, obwohl der Konflikt nichts mit Rasse zu tun hat und die Mehrheit der Israelis selbst „People of Color“ sind, da sie ihre Herkunft aus dem Nahen Osten oder Nordafrika haben.

Biden hat Israels militärische Kampagne gegen die Hamas untergraben, indem er die falsche Behauptung aufstellte, die Hamas würde „wahllos“ „palästinensische“ Zivilisten bombardieren, und den jüdischen Staat unter Druck setzte, das Leben israelischer Soldaten zu riskieren, um die Tötung ziviler menschlicher Schutzschilder der Hamas zu vermeiden. Das ständige Gerede darüber, dass Israel den Krieg beenden soll, bevor es die Hamas aus dem gesamten Gazastreifen eliminiert hat, verstärkt den Widerstand der Terroristen, verzögert die Rückkehr der verbleibenden Geiseln und führt sogar zu weiteren Verlusten an Menschenleben.

Aber Israel unter Druck zu setzen, die Hamas weniger effektiv zu bekämpfen, trägt nicht viel dazu bei, Bidens Probleme mit den Linken zu verbessern, die nicht so sehr an zwei Staaten interessiert sind, sondern vielmehr daran, die völkermör-

derischen Ziele der Hamas zu unterstützen ("vom Fluss bis zum Meer") oder den Terrorismus gegen Juden zu rechtfertigen ("die Intifada globalisieren").

Vor dem 7. Oktober war so ziemlich jeder in Israel bereit, den Status quo zu akzeptieren, der der Hamas die Kontrolle über den Gazastreifen überließ. Jetzt erkennen sie, dass diejenigen im militärischen und sicherheitspolitischen Establishment, die ihnen und ihren politischen Führern weismachen wollten, dass die Islamisten von einem Krieg abgehalten werden könnten, einen katastrophalen Fehler begangen haben.

Es war ein fataler Fehler zuzulassen, dass der Gazastreifen nur dem Namen nach zu einem unabhängigen „palästinensischen“ Staat unter der Herrschaft der Hamas wurde. Die Israelis wussten bereits, dass die Entscheidung des verstorbenen Premierministers Ariel Sharon, im Sommer 2005 alle Soldaten, Siedler und Siedlungen aus dem Gazastreifen abzuziehen, ein Fehler war. Die Hoffnung, dass dies ein Weg zum Frieden - oder zumindest zur Entschärfung des Konflikts - sein könnte, hat sich als falsch erwiesen. Stattdessen wurden die Milliardenhilfen, die die „Palästinenser“ von der internationalen Gemeinschaft erhielten, dazu verwendet, eine terroristische Hochburg zu schaffen, die unweigerlich zu Raketenangriffen auf Israel und dann zu Massenabschlachtungen und unsäglichen Gräueltaten führte.

Die Israelis haben verstanden, was Biden und die meisten Amerikaner nicht akzeptieren wollen: Eine diplomati-

sche Lösung, die den Gazastreifen der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde unterstellt, ist nur ein Rezept für mehr Terrorismus. Schlimmer noch: Sollten die Amerikaner und die internationale Gemeinschaft die Israelis dazu zwingen können, ein Zwei-Staaten-Abkommen zu akzeptieren, bei dem die israelischen Streitkräfte aus Judäa und Samaria (dem "Westjordanland") abgezogen werden, würde sich Scharons katastrophales Gaza-Experiment in einem viel größeren Maßstab wiederholen.

Wie die jüngsten von „palästinensischen“ Analysten durchgeführten Umfragen zeigen, unterstützen mehr als drei Viertel der „Palästinenser“ die Angriffe vom 7. Oktober. Das ist schockierend, aber leichter zu verstehen, wenn man sich vor Augen hält, dass die Mehrheit der „Palästinenser“ - ebenso wie ihre angeblich "gemäßigten" Führer - Frieden und einen unabhängigen Staat immer abgelehnt haben, wenn dies bedeutete, die Legitimität eines jüdischen Staates, ungeachtet seiner Grenzen, zu akzeptieren. Sie teilen das Ziel der Hamas, Israel zu zerstören und seine Bevölkerung abzuschlachten, weil ihre nationale Identität untrennbar mit ihrem jahrhundertalten Krieg gegen den Zionismus verbunden ist.

#### Die Wahl heißt Sicherheit oder Hamas

Für diejenigen, die an die Zwei-Staaten-Lösung glauben, die eher einer Religion als einem politischen Vorschlag ähnelt, ist es schwer, diesen Aspekt der „palästinensischen“ nationalen Identität zu akzeptie-

ren.

Und ebenso schwer ist es für Politiker wie Biden zu akzeptieren, der seine Karriere damit verbracht hat, für eine Zwei-Staaten-Lösung einzutreten. Aber wenn er jetzt in seiner eigenen Partei in Bezug auf Israel in der Minderheit ist, so liegt das daran, dass die "Progressiven", die für den Katechismus der Vielfalt, Gleichheit und Einbeziehung (DEI) eintreten, eher die „Palästinenser“ als Israel unterstützen.

Je weiter er geht, um sie zu beschwichtigen, desto mehr stärkt er den Willen der „Palästinenser“, ihr Streben nach der Zerstörung Israels fortzusetzen. Wie bei jedem früheren Versuch, Israel einen Friedensprozess aufzuzwingen, wird das Einzige, was dabei herauskommt, mehr Terrorismus und mehr Blutvergießen in Israel sein. Nach dem 7. Oktober ist es selbst für liberale amerikanische Juden an der Zeit, dieser Farce "genug" zu sagen.

Diejenigen, die vorgeben, Freunde des jüdischen Staates zu sein, müssen ihre Stimme erheben und nicht so sehr Netanjahu oder die Mitglieder seiner Einheitskoalition unterstützen, sondern den Willen des israelischen Volkes. Es ist wichtig, dass die Pro-Israel-Gemeinde nicht nur die Meinung der überwältigenden Mehrheit der Israelis respektiert, sondern diese auch mit politischer Fürsprache unterstützt, selbst wenn dies nicht im Sinne Bidens ist. Es geht nicht um die Wahl zwischen Netanjahu und Frieden. Es geht um die Sicherheit Israels und die Vision der Hamas von einem endlosen Krieg, den die meisten „Palästinenser“ unterstützen.

Jeder, der einen Funken Verstand oder auch nur ein Minimum an Wissen über die „palästinensische“ Politik hat, weiß, dass ein weiterer Vorstoß für eine Zwei-staatenlösung scheitern wird. Aber wenn man ein weiteres Gemetzel am 7. Oktober verhindern will, muss man den vernünftigen Wunsch der Israelis, sich zu verteidigen, respektieren und die Fantasien über die Entscheidung der „Palästinenser“ für den Frieden aufgeben.

Die „Palästinenser“ werden nur dann zur Vernunft kommen, wenn die Hamas vollständig besiegt ist. Außerdem müssen die arabische und die muslimische Welt sowie die internationale Gemeinschaft aufhören, eine nationale Bewegung zu unterstützen - ob sie nun von der Hamas oder den "Gemäßigten" der Fatah angeführt wird - deren ultimatives Ziel es ist, den einzigen jüdischen Staat auf der Welt auszulöschen und sein Volk zu töten. Das ist genau das, was eine Rückkehr zur Zweistaaten-Diplomatie nicht bewirken wird.

Die meisten Amerikaner unterstützen Israel weiterhin. Aber Freunde Israels dürfen diese Haltung nicht verraten, indem sie für eine Zweistaaten-Diplomatie eintreten, die Israelis nicht nur für unklug, sondern für verrückt halten. Wie die Israelis müssen auch die Amerikaner ihre Schlüsse aus dem 7. Oktober ziehen und sich dagegen wehren, den „Palästinensern“ die Chance zu geben, es noch einmal zu tun.

Jonathan S. Tobin ist Chefredakteur von JNS (Jewish News Syndicate).

## EU will noch mehr sogenannte „Palästinenser“ aufnehmen

Die Juden-Feindlichkeit der EU kennt keine Grenzen. Ein Rechtsgutachten des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) empfiehlt erleichterten sogenannten Flüchtlingsschutz für sich selbst als staatenlose erklärende „Palästinenser“. Die Verewigung des irrsinnigerweise schon seit acht Jahrzehnten anhaltenden künstlichen Flüchtlingsstatus würde damit mutwillig und leichtfertig von Nahost auf die EU übertragen werden. Das ist eine offene Tür für weitere Gewalt gegen Juden in Europa: Das nächste Kontingent von Antisemiten, Frauenverächtern und gewalttätigen Terrorfreunden käme ungehindert in die ohnehin schon jüdisches Leben immer mehr verunmöglichten Staaten Westeuropas. Ein gutes Beispiel dafür sind die gegenwärtigen gewalttätigen judenfeindlichen, von „Palästinensern“ verursachten Vorgänge an der FU Berlin. (JR)

### Von Matthias Nikolaidis

Weil UNRWA immer weniger für ihren Schutz sorgen könne, soll künftig die EU verstärkt „Palästinenser“ aufnehmen. So sieht es ein Rechtsgutachten am EuGH. Die Verewigung des Flüchtlingsstatus würde von Nahost auf die EU übertragen. Das nächste Kontingent von Antisemiten, Frauenverächtern und Terrorfreunden käme nach Europa.

Ein Thema muss man offensichtlich in den nächsten Monaten im Blick behalten: Laut einem Rechtsgutachter des Gerichtshofs der EU (EuGH) in Luxemburg soll „Palästinensern“ künftig leichter internationaler Schutz in der EU gewährt werden. Das soll insbesondere dann gelten, wenn staatenlose „Flüchtlinge“, die bisher beim UN-Hilfswerk für „Palästinenser“ (UNRWA) registriert waren, dessen Schutzbereich verlassen müssen - zum Beispiel auch, weil das UNRWA seine Arbeit einstellt.

Das schrieb jetzt Nicholas Emiliou, zypriotischer Jurist, bis 2021 ständiger Vertreter seines Landes bei der EU und seitdem einer von elf Generalanwälten am EuGH, in Betreff des Falls zweier „Palästinenser“, die im August 2022 - also lange vor dem Gaza-Krieg - in Bulgarien um Schutz ersuchten. Laut EU-Recht haben staatenlose UNRWA-Flüchtlinge bisher keinen Anspruch auf Schutz in einem Land der EU. Auf das Gutachten von Emiliou könnten Urteile des EuGH folgen, die diesen Grundsatz im Lichte neuer Entwicklungen zunichte machen.

Auch die israelische Militäroperation

kann offenbar als Grund dafür herhalten, die Nachkommen (!) von Arabern im Gazastreifen oder anderswo, die derzeit aufgrund der verschrobenen Definitionen der UNRWA als „Flüchtlinge“ gelten, erneut zu solchen zu machen. Aber niemand wird im Zweifel nachvollziehen können, warum und zu welchem Zweck sie derzeit ihren Wohnort in „Palästina“ oder umliegenden arabischen Staaten verlassen. In Deutschland dürfte selbst die Feststellung schwerfallen, ob diese „Palästinenser“ nun aus einer Siedlung im Gazastreifen oder aus Jordanien oder dem Libanon stammen. Denn im Zuge der Überlastung des Bamf hat Nancy Faeser die Dialektanalyse des Arabischen für verzichtbar erklärt, neben vielen anderen Sicherheitsüberprüfungen.

#### Europa als Auffangbecken für Antisemiten und Terrorfreunde

Laut Emiliou soll für die Beurteilung der Fälle künftig wichtig sein, ob die staatenlosen „Palästinenser“ in den Schutzbereich der UNRWA zurückkehren können. Offenbar hält Emiliou es zudem für möglich, dass die UNRWA ihrer „Schutzfunktion“ nicht mehr nachkommen kann, zum Beispiel in Bezug auf die Bereitstellung von Nahrung und Wohnung. In diesem Fall soll eine Zurückweisung der Auswanderer gegen die EU-Grundrechtecharta verstoßen und wäre mit der Menschenwürde unvereinbar. Eine individuelle Nachweispflicht, dass man als „Flüchtling“ wohnungslos geworden sei, braucht es aber nicht. So wird die Existenz eines international (auch von Deutschland) finanzierten Sozialwesens zur Daseinsvoraussetzung.

Die Auflösung von UNRWA wird immer wieder - und nicht zu Unrecht - gefordert. Zu überlebt ist diese UN-Agentur, die Schulunterricht für heranwachsende Terroristen gegen Israel finanziert und damit auch das Portemonnaie von Terrororganisationen wie der Hamas schont. Die kann ihr Geld daher in Tunnel unter Krankenhäusern investieren - während die Rüstungsbetriebe von Gaza auch gerne in Schulen angesiedelt waren (bis die israelische Armee sie aushob). Die Auflösung der gescholtenen UN-Agentur könnte aber für Europa noch Folgen haben, wenn sie eine generelle „Heimatlosigkeit“ der „Palästinenser“ herstellen würde.

Die privilegierte Aufnahme von „palästinensischen“ „Flüchtlingen“ in der EU würde das bedeuten, was viele eigentlich nicht mehr wollen: einen weiteren Import von Antisemiten, Frauenverächtern und Terrorfreunden in den Schengenraum. Jordanien und Ägypten haben frühzeitig erklärt, dass sie keine weiteren „Palästinenser“, also Brüder im Sinne des Panarabismus, aber auch des Islams, aufnehmen könnten und wollten. Europa droht seine Rolle als Auffangbecken für im Nahen Osten gescheiterte Politik- und radikale Ideologien auszubauen. Viele Vertreter des Islams haben diese absurde Rolle des westlichen Europas in Bezug auf den radikalen Islam beschrieben. Die jüngsten Bilder aus dem Gazastreifen, als „Kämpfer“ mit Frauenleichen durch die Straßen paradierten, welche von den Umstehenden angespuckt wurden, belegt eine tiefe Inkompatibilität mit hierzulande gepflegten Werten.

#### „Die EU“ bereitet uns juristisch auf weitere Aufnahmen vor

Die Bundesregierung setzt sich noch immer für weitere Aufnahmen von Doppelstaatlern aus dem Gazastreifen ein, daneben aber auch für die Aufnahme von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Bei diesen „nicht-deutschen Staatsangehörigen“ handelt es sich angeblich „um Familienangehörige von Deutschen, lokal Beschäftigte von deutschen Institutionen und deren Familienangehörige“. Also die ganze Kette der vorgeblichen „Ortskräfte“ - Deutschland ist natürlich nicht militärisch engagiert in der Region - und des Familiennachzugs. Dass es hier mittelfristig um die Einreise von Zehntausenden gehen könnte, versteht sich aufgrund dieser Verkettungen.

Kurz vor dem Ende des alten Jahres sind laut Focus noch einmal „hunderte Ausländer“ und Doppelpassler aus dem Gazastreifen nach Ägypten ausgeweisert. Laut dem ägyptischen Außenministerium halten sich noch tausende „Ausländer“ oder auch „Palästinenser“ mit Zweitpass im Gazastreifen auf.

Die EU scheint sich für diese Aufnahme zu wappnen - zunächst an der juristischen Front oder auch der des frei zu tanzenden „Völkerrechts“. Wenn es erst ein oder mehrere EuGH-Urteile in der Sache gibt, wird es auch deutschen Ausländerbehörden und Verwaltungsrichtern wieder leicht fallen, ihre Entscheidungen an der so ausgegebenen Losung auszurichten.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

# Frankreich: Wie Macron trickreich zu einem neuen Immigrationsgesetz kam

Das ursprünglich vielversprechende französische Immigrationsgesetz wurde vom Verfassungsrat erheblich gekürzt, viele substantielle Maßnahmen gegen die ausufernde Migration wurden dabei einfach gestrichen. Oppositionsführerin Marine Le Pen wirft Emmanuel Macron Täuschungsabsicht vor. Der französische Präsident hatte den Verfassungsrat unerwartet und gegen Treu und Glauben unmittelbar nach dem Beschluss des neuen Immigrationsgesetzes dagegen tätig werden lassen, womit er sich ganz offensichtlich illoyal gegenüber seinen von ihm zugesagten Migrationsverschärfungen verhielt und die rechts-nationale Opposition in eine Falle gelockt hat. (JR)

Von Matthias Nikolaidis

Gerade beschlossen, wurde das neue Migrationsgesetz in Frankreich vom Verfassungsrat um ein Drittel gekürzt. Das Vorgehen gleicht einer Verschwörung gegen das Parlament. Tricksen und Täuschen sind auch in Frankreich an die Stelle legitimer Entscheidungen getreten. Die Opposition spricht vom „Staatsstreich gegen das Recht“.

Wo man hinblickt, ist es dasselbe: Die Länder Europas ächzen inzwischen sehr merklich unter der chronischen und akuten Belastung durch neu ankommende und seit Generationen ansässige Migranten. Die öffentliche Meinung dreht gerade in mehr als einem Land. Manchmal reichen die parlamentarischen Mehrheiten des „alten Blocks“ schon nicht mehr aus – wie in Frankreich. So kam ein Kompromissgebilde wie das dortige Immigrationsgesetz auf die Welt. Doch nun wurde das Gebilde vom Verfassungsrat um 35 von 86 Artikeln gekürzt. Mehr als ein Drittel des vom Parlament beschlossenen Textes fiel so weg.

Dem fielen zahlreiche Regelungen zum Opfer, die – so der Verfassungsrat – nichts mit dem ursprünglichen Vorhaben zu tun gehabt hätten. Das scheint als Begründung für die Streichung auszureichen, es gleicht einer Willkürherrschaft privilegierter „Eliten“. Unter den gestrichenen Maßnahmen sind etwa der erschwerte Zugang zu Sozialleistungen für Ausländer und die Erschwerung des Familiennachzugs. Auch die Kautions-, die ausländische Studenten für ihre Rückkehr hinterlegen sollten und die laut Emmanuel Macron ohnehin „keine gute Idee“ war, fiel nun durch den von ihm erwirkten Ratsbeschluss weg.

Der Verfassungsrat ist in seiner Funktion als Prüfer von nationalen Gesetzen mit dem deutschen Bundesverfassungsgericht vergleichbar. Macron hatte ihn unmittelbar nach dem Beschluss des neuen Immigrationsgesetzes angerufen. Die Striche wurden dabei rein formal begründet, verfassungsrechtlich spräche nichts gegen die Artikel, sie stehen laut Verfassungsrat nur im falschen Gesetz! Man kann geradezu von einer Falle Macrons sprechen, in die er die rechts-nationale Opposition gelockt hat, aber auch von einem Taschenspielertrick, mit dem sich der Präsident – ohne eigene Mehrheit im Parlament – über Wasser hält.

## Le Pen: Dilettantismus und Täuschung von der Regierung

Die Umgebung des Innenministers erinnerte nun via Le Monde daran, dass Innenminister Darmanin „während der Debatten einundzwanzig Mal gesagt hat, dass diese Bestimmungen unzulässig“ seien und dass sie von der Exekutive nur aus „Kompromissgründen“ akzeptiert worden seien, also nur um sich die Stimmen vor allem der konservativen Abgeordneten und



Der französische Präsident Emmanuel Macron.

die Enthaltung des RN zu sichern. Im Innenministerium beschwert man sich darüber hinaus auch noch, die Republikaner hätten die „ernsthafte legislative Arbeit“ gescheut, die „es ermöglicht hätte, diese Maßnahmen abzusichern“. „Sie wollten einen Coup landen.“ Und die Regierung offenbar genauso. Die Folgen hat das Land zu tragen.

Marine Le Pen, Vorsitzende der größten Oppositionsfraktion im Parlament, schreibt in einer Pressemitteilung: <https://assemblementnational.fr/communiqués/loi-immigration-lacensure-du-conseil-constitutionnel-donne-raison-au-rassemblement-national> „Die sehr weitgehende Zensur von mehr als einem Drittel der Artikel [aus formalen Gründen] widerspricht einerseits dem Geist der Fünften Republik, da der Verfassungsrat das Änderungsrecht äußerst restriktiv auslegt, und ist andererseits ein Beispiel für den Dilettantismus und die Täuschungsabsicht der Regierung.“

Le Pen sieht sich durch das Urteil des Verfassungsrats letztlich sogar bestätigt: Das Misstrauen ihrer Fraktion gegen das macronistische Lager, dem zu allen Zeiten keine striktere Migrationspolitik zuzutrauen sei, sei berechtigt gewesen: „Die Franzosen werden weiterhin den Wahnsinn der Migration erleiden, der Frankreich so sehr schadet.“

Frankreich droht ein Wut-Frühling. Der Urteilsspruch des Rates fällt so letztlich auf den Präsidenten zurück.

Er hat die Änderungsanträge von Republikanern und Nationalen nur deshalb in den Gesetzentwurf aufnehmen lassen, weil er die Unterdrückung durch den Verfassungsrat erwartete. In Frankreich wird also auch weiterhin und bis auf weiteres nur und genau die Immigrationspolitik durchgesetzt, die das macronistische Regierungsbündnis nun auf trickreichen Wegen beschlossen hat.

Schon jetzt haben sich die französischen Bauern – inspiriert von ihren deutschen Kollegen – zu neuen Protesten aufgeschwungen, zum Abblenden von Heuballen, Mist und alten Autoreifen vor Ministerien und Präfecturen. Auch Gülle wird bei diesen Gelegenheiten gerne versprüht. Zwei Autobahnen (die A7 und die A9) und die Nationalstraße 118 nach Paris wurden blockiert, daneben viele andere Straßen und Brücken.

Ganz konkret beklagen die französischen Bauern, dass in Spanien Afrikaner die Melonen zu einem Stundenlohn von drei Euro ernten. Das sei unfairer Wettbewerb. Auch die Einfuhr von Zucker und Hähnchen aus der Ukraine wird kritisiert, da dort nicht dieselben Normen gelten wie in der EU. Den Bauern könnten bald andere Berufsgruppen folgen, wie der eher konservativ tickende Figaro <https://www.lefigaro.fr/conjoncture/pecheurs-taxis-routiers-la-colere-des-agriculteurs-va-t-elle-s-etendre-a-d-autres-professions-20240125> in Aussicht stellt. Schon haben sich Fischer

in Rennes dem Protest angeschlossen, Lastwagenfahrer haben sich an Straßenblockaden beteiligt. Und die große Gewerkschaft CGT hat einen Aufruf an ihre Mitglieder herausgegeben. 89 Prozent der Franzosen unterstützen den Bauernprotest, ebenso wichtige Einzelhandelsverbände, etwa die der Metzger, auch der große Hotellerie-Verband Umih. Den Regierenden in Frankreich könnte ein Wut-Frühling blühen, wegen falscher Entscheidungen in der Wirtschafts-, aber auch der fortgesetzten Immigrationspolitik.

## Abgleiten des Rechtsstaats

Doch die Diskussion um das Immigrationsgesetz könnte in Frankreich Folgen über den Tag hinaus haben – etwa für die Verfassung des Landes. Politiker der Republikaner wie des Rassemblement national sehen in der Entscheidung des Verfassungsrates gleichermaßen einen „Putsch der Richter“ gegen das Parlament, so etwa RN-Chef Jordan Bardella, aber auch konservative Politiker – und ehemalige Mitglieder des hohen Gremiums selbst. So fragte der ehemalige Generalsekretär des Verfassungsrats Jean-Éric Schoettl in einem Gastbeitrag für den Figaro: „Kann das Parlament noch Gesetze zur Zuwanderung erlassen?“

Auch Laurent Wauquiez (LR), ehemals Minister unter Sarkozy, nun Präsident der Verwaltungsregion Auvergne-Rhône-Alpes rund um die Metropole Lyon, konstatiert einen

„Streich gegen den Rechtsstaat“, einen „coup d'état de droit“ – man könnte auch sagen: einen Staatsstreich mit den Mitteln des formalen Rechts gegen das Recht, wie es eine Mehrheit der Bürger und Parlamentarier sieht. Damit wendet sich Wauquiez gegen eine „dauerhafte und schwerwiegende Blockade unseres Landes“. Er meint damit: Das Parlament hat entschieden, sogar mit Zweidrittelmehrheit, und doch soll sein Beschluss nicht gelten. Im Urteil des Verfassungsrates über das geplante Immigrationsgesetz sieht Wauquiez ein „Abgleiten“, ein Vom-Wege-Abkommen oder gar eine böswillige Irreführung „unserer Demokratie“.

Der genannte „Rechtsstaatsstreich“ habe sich dabei schon „in den letzten Jahrzehnten“ Schritt für Schritt in Frankreich vollzogen. Wauquiez sieht „den Rechtsstaat nicht mehr am Werk“, stattdessen „eine Ideologie, die darin besteht, alle Formen der Autorität, in erster Linie die des Staates, niederzureißen“. Damit zieht er auch

die jüngsten Debattenbeiträge des Präsidenten in Zweifel, der sich in blumigen Worten für eine Rückkehr der Autorität ausgesprochen hatte. Der Rechtsstaat sei, so Wauquiez, „vor allem das Recht des Volks darauf, von seinem Staat beschützt zu werden“.

Eine ähnliche Kritik an den Kassationsgerichten der V. Republik hatte schon Éric Zemmour (Gründer der Partei Reconquête!) in seinem Buch „Der Staatsstreich der Richter“ (1997) geübt. Heute, so Zemmour in einem Interview, würden noch immer sozialistische Politiker die großen „Räte“ der Republik führen.

### Zwei Gesellschaften in einem Land

Noch einmal mag man ausrufen: Wie sich die Bilder gleichen! In Großbritannien ist eine Woche zuvor das gleiche mit anders verteilten Rollen geschehen. In London teilten sich allerdings Richter des (erst 2005 von Labour eingerichteten) Supreme Court und einige Lords die Rolle derer, die

dem Parlament in die Suppe spuckten. In Frankreich ist es der Verfassungsrat, der wie die linke Hand von Präsident Macron erscheint und unter dem Schleier der Rechtsstaatlichkeit parlamentarische Entscheidungen aushebelt und der Lächerlichkeit preisgibt.

Die Regierung gibt sich derweil unerschüttert. Macron ruft dazu auf, das neue Gesetz so schnell wie möglich anwenden lassen. Er will so tun, als sei nichts gewesen und als könnte er mit seinen höheren Lausbubenstreichen durchkommen und langfristig ein Land regieren, es am Ende noch bruchlos an den erwählten Nachfolger Attal übergeben. Doch damit steht es nicht allzu gut, auch wenn das Patt zwischen den drei „Polen“ der französischen Politik noch nicht aufgelöst ist.

In aktuellen Umfragen zu den anstehenden EU-Wahlen sieht es schlecht für die Macron-Partei Renaissance aus: Nur noch 19 Prozent würde ihre Liste laut einer aktuellen Umfrage gewinnen, gegenüber 31 Prozent für die Liste des RN-Chefs Jordan Bardella.

Auch im breiteren Feld der Umfragen und bei der nationalen Wahlabstimmung sieht es sehr ähnlich aus: Immer liegt der RN (übrigens schon seit dem vergangenen Sommer) deutlich an die Spitze mit um die 30 Prozent, während die Macron-Partei schon fast abgeschlagen bei um die 20 Prozentpunkten liegt – mit sinkender Tendenz. Das Bild könnte nicht eindeutiger sein, und diese Schere öffnet sich weiter. Und ohne die Sozialisten, die sich nach dem Hamas-Angriff auf Israel aus dem Linksbündnis NUPES zurückgezogen haben, ist die Linke gespalten und kann ihre knapp 24 Prozent nicht mehr gemeinsam in die Waagschale werfen. Der Einfluss des RN auf die französische Politik wird damit immer größer. Daneben vermitteln auch die französischen Bauernproteste den Eindruck, dass es in Frankreich zwei Gesellschaften in einem Land gibt.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

## Länder wollen endlich und überfällig UNRWA-Finanzierung wegen Komplizenschaft mit den Mördern des 7. Oktobers stoppen

Die Jüdische Rundschau und ihr Herausgeber warnen bereits seit Jahren vor den mit dem Terror gegen Juden sympathisierenden Verflechtungen der UNRWA mit der Hamas und jeder Art ihrer Israel-feindlichen Aktivitäten und Erziehung zum Judenmord, beispielsweise in ihren von uns mitfinanzierten Schulen. Das wahre Gesicht dieser als verlängerter Arm der Hamas agierenden und von der UN finanzierten Terror-Gruppe konnte endlich dank der von Israel in Gaza gefundenen Beweise offiziell entlarvt werden: Das Wall Street Journal berichtet, dass bereits nachgewiesen etwa zehn Prozent der 13 000 UNRWA-Mitarbeiter in Gaza „militanten islamistischen Gruppen“ angehören. Die Dunkelziffer ist erheblich höher, da nicht alle UNRWA-Mittäter enttarnt werden konnten. Die Judenmord-Kollaboration mit den Hamas-Verbrechern geht sogar so weit, dass selbst UNRWA-Angehörigen direkte Beteiligung am mörderischen Hamas-Massaker vom 7. Oktober nachgewiesen werden konnte. Endlich stellen nun mehrere Länder, wenn auch erstmal leider nur vorübergehend, ihre Zahlungen an die UNRWA ein, statt eine endgültige Auflösung dieser UN-Organisation zu fordern. Dazu zählen die USA, Großbritannien, Kanada, Australien, Italien, Finnland, Japan, Frankreich und endlich auch Deutschland. Es bedarf kaum einer Erwähnung, dass dies sofort auf Widerstand des dezidierten Israel-Feindes und fehlplatzierten UNO-Chefs António Guterres gestoßen ist. (JR)

### Sveta Listratov/JNS.org

Die Vereinigten Staaten und eine Reihe anderer Länder haben die Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen (UNRWA) ausgesetzt, weil einige seiner Mitarbeiter beschuldigt werden, an dem Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 beteiligt gewesen zu sein.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, erklärte Ende Januar, dass von den 12 beschuldigten UNRWA-Mitarbeitern neun entlassen worden seien, einer sei tot und die Identität der beiden anderen werde noch geklärt.

Das UNRWA hatte die 12 Mitarbeiter entlassen, nachdem Israel Informationen über ihre Mittäterschaft geliefert hatte.

Als Folge der Anschuldigungen und Entlassungen setzten die Vereinigten Staaten, Kanada, Großbritannien, Australien, Italien, Finnland, Deutschland, die Niederlande, die Schweiz und Schottland ihre Finanzhilfe für das UN-Hilfswerk aus.

Guterres forderte die Länder, die ihre Beiträge ausgesetzt haben, jedoch auf „zumindest die Kontinuität der Arbeit des UNRWA zu gewährleisten“, was der israelische UN-Botschafter Gilad Erdan zu recht kritisierte:

„Der UN-Generalsekretär hat wieder einmal bewiesen, dass ihm die Sicherheit der Bürger Israels nicht wirklich wichtig ist. Nach Jahren, in denen er die ihm persönlich vorgelegten Beweise für die Unterstützung des UNRWA und seine Beteiligung an Aufwiegelung und Terrorismus ignoriert hat, und bevor er eine umfassende Untersuchung durch-

geführt hat, um alle Hamas-Terroristen bei UNRWA ausfindig zu machen, hat er dazu aufgerufen, eine Organisation zu finanzieren, die zutiefst mit Terrorismus verseucht ist“, twitterte Erdan.

„Jedes Land, das das UNRWA weiterhin finanziert, bevor eine umfassende Untersuchung der Organisation durchgeführt wurde, sollte wissen, dass sein Geld für den Terrorismus verwendet werden könnte und dass die Hilfe, die an das UNRWA überwiesen wird, möglicherweise die Hamas-Terroristen statt die Menschen in Gaza erreicht. Ich rufe alle Geberstaaten auf, ihre Unterstützung auszusetzen und eine gründliche Untersuchung zu fordern, die die Verwicklung aller UNRWA-Mitarbeiter in den Terror untersucht“, so Erdan weiter.

### Entschiedene Forderung

Der israelische Außenminister Israel Katz forderte die Vereinten Nationen auf, UNRWA-Chef Philippe Lazzarini zu entlassen, und versprach, zu verhindern, dass das Hilfswerk in der Nachkriegszeit im Gazastreifen eine Rolle spielt.

„Beim Wiederaufbau des Gazastreifens muss @UNRWA durch eine Organisation ersetzt werden, die sich für echten Frieden und Entwicklung einsetzt“, twitterte Katz am 27. Januar.

Die „Palästinensische“ Autonomiebehörde bezeichnete am 28. Januar die Aussetzung der Mittel als eine Form der „kollektiven Bestrafung“, kritisierte die „beklagenswerte Doppelmoral“ und nannte den Schritt der ausländischen Geber „hochgradig politisiert, unverhältnismäßig und ungerechtfertigt“.



JR-Herausgeber Dr. Rafael Korenzecher bei einem Besuch der nördlichen Gaza-Grenze.

Israelis als Grillparty lehrt. Statistisch gesehen wird die Mehrheit der Terroristen vom 7. Oktober - über 1.500 - diese UNRWA-Schulen besucht haben, wo sie über Jahre hinweg systematisch radikalisiert wurden“, erklärte er.

### UNRWA unter Beschuss

Seit dem 7. Oktober ist das UNRWA mehrfach unter Beschuss geraten, was die Gesetzgeber der Knesset veranlasst hat, die Beziehungen Israels zu diesem Hilfswerk neu zu bewerten.

Berichte von IMPACT-SE und der Nichtregierungsorganisation U.N. Watch belegen, dass UNRWA-Mitarbeiter die Angriffe in den sozialen Medien unterstützen.

Soldaten fanden Raketen, die unter UNRWA-Hilfsgütern versteckt waren, und UNRWA-gekennzeichnete Säcke mit Hilfsgütern wurden mit Erde gefüllt und zum Auskleiden von Hamas-Tunneln verwendet.

Die „Palästinenser“ sind das einzige Flüchtlingsvolk mit einer eigenen UN-Agentur. Die übrigen Flüchtlinge der Welt fallen unter das Mandat des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge. Israelische Beamte haben die Schließung des UNRWA und die Unterstellung der „palästinensischen“ Flüchtlinge unter die Ägide des UNHCR gefordert.

Israels größter Kritikpunkt an UNRWA ist, dass das Hilfswerk im Gegensatz zum UNHCR den Flüchtlingsstatus als erblich und unabhängig von der Staatsbürgerschaft in anderen Ländern definiert, was dazu führt, dass die Zahl der „palästinensischen“ Flüchtlinge im Laufe der Zeit steigt.

# Kandidaten-Vorwahl in Iowa: Trumps Erdrutschsieg

Donald Trump ist bei den Qualifikationswahlen der Republikaner in Iowa das Kunststück gelungen, sowohl bibeltreue Konservative bei der Stange zu halten als auch liberale Kräfte anzusprechen. Der Ex-US-Präsident hat eine breite Koalition aus Wählern aller Bevölkerungsgruppen für sich gewonnen. Entgegen einem von den Democrats gern verbreiteten Vorurteil gehören dazu auch viele Latinos und Schwarze. (JR)

Von Stefan Frank

„Unsere Freiheiten schätzen wir und unsere Rechte werden wir bewahren“, lautet das Motto im Wappen des US-Bundesstaates Iowa. Dort gibt es noch Elemente authentischer Demokratie. Es wird den Bürgern nicht ganz leicht gemacht, an der Auswahl eines Präsidentschaftskandidaten teilzunehmen. Man kann nicht einfach an einer Tankstelle oder in einem Supermarkt einen Wahlzettel einwerfen und hat dafür wochenlang Zeit.

Nein, bei dem sogenannten Caucus muss man sich an einem bestimmten Abend an einem der dafür bestimmten Plätze – das kann ein Rathaus sein, eine Bücherei, eine Kirche oder sogar eine Privatwohnung – einfinden und mehrere Stunden Zeit mitbringen. Denn so lange dauert der Prozess. Er besteht darin, dass Bürger Argumente vorbringen, was aus ihrer Sicht für den von ihnen bevorzugten Kandidaten und gegen die anderen spricht. Die Anhänger eines Kandidaten scharen sich in Gruppen. Jeder versucht, die anderen dazu zu überzeugen, in sein Team zu wechseln. Am Ende wird ausgezählt, wie viele Unterstützer die Kandidaten jeweils haben.

Diesmal wurde die Herausforderung witterungsbedingt noch etwas größer. Mit Temperaturen von unter minus 20 Grad Celsius war es der kälteste Iowa-Caucus in der Geschichte. „Der gefährlich kalte Wind kann in nur zehn Minuten zu Erfrierungen auf der ungeschützten Haut führen. Fahren Sie langsamer und seien Sie vorsichtig, wenn Sie unterwegs sind. Vermeiden Sie nach Möglichkeit Aktivitäten im Freien. Wenn Sie sich im Freien aufhalten, tragen Sie geeignete Kleidung, eine Mütze und Handschuhe“, hieß es in einer Wetterwarnung. Donald Trump forderte seine Anhänger auf, auch vor Kamikaze nicht zurückzuschrecken: „Man kann nicht zu Hause sitzen. Wenn man hundskrank ist, sagt man: ‚Liebling, ich muss es schaffen.‘ Selbst wenn ihr wählt und dann stirbt, ist es das wert, denkt daran“, sagte er am 14. Januar auf einer Kundgebung in der 15.000-Einwohner-Stadt Indianola.

## Trump's Erdrutschsieg

Über mögliche Todesfälle ist noch nichts bekannt, aber der Einsatz scheint sich für Trumps Anhänger gelohnt zu haben. Am Ende eines Wahlkampfes, der insgesamt 123 Millionen US-Dollar gekostet hat, hat ihr Kandidat einen überwältigenden Sieg erzielt. Auf ihn entfielen 56.260 Stimmen, das sind 51 Prozent. Mit großem Abstand folgen Ron DeSantis mit 23.420 Stimmen (21,2 Prozent) und Nikki Haley mit 21.085 Stimmen (19,1 Prozent). Iowa ist keiner der sogenannten The-winner-takes-it-all-Staaten, wo der Sieger sämtliche Delegierten zugesprochen bekommt. Das heißt, dass auch DeSantis und Haley ihrem Anteil entsprechend acht bzw. sieben Delegierte erhalten, Trump zwanzig. Der Unternehmer Vivek Ramaswamy, der 7,7 Prozent der Stimmen erhielt, bekommt drei. Er verkündete nach dem aus seiner Sicht ent-



Wird Ex-US-Präsident Donald Trump wieder ins Weiße Haus einziehen?

täuschenden Abschneiden jedoch das Ende seiner Kandidatur und will ab sofort Donald Trump unterstützen.

Die Vorwahl in Iowa ist aber nicht wegen der Delegiertenstimmen wichtig; dazu sind es zu wenige. Iowa hat nur drei Millionen Einwohner und ist auch keineswegs repräsentativ für die USA. Die Bevölkerung besteht zu 89 Prozent aus Weißen. Landwirtschaft ist wichtiger als in fast allen anderen Bundesstaaten, vor allem der Maisanbau (man muss als Kandidat Bundeszuschüsse für die Ethanolindustrie befürworten, wenn man hier gewählt werden will).

Die Vorwahlen in Iowa sind allein deshalb wichtig, weil es traditionell die ersten sind. Für Bewerber, die sich keinen teuren Wahlkampf leisten können, hat das einen riesigen Vorteil: Iowa ist klein genug, dass man wirklich jedem interessierten Bürger die Hand schütteln kann – was in Texas oder Florida unmöglich wäre. Und manchmal gelingt es einem Außenseiter, durch einen Sieg in Iowa so viel Medieninteresse zu erzeugen, dass die Wahl zu einem Sprungbrett für den restlichen Wahlkampf wird. Der Letzte, dem das gelang, war Barack Obama 2008.

## Wir Trump Klippen umschiffen

Iowa ist ein spezielles Terrain. Oft genug kürt der Maisstaat einen Kandidaten, der anderswo keinen Fuß auf den Boden bekommt: 2008 war es bei den Republikanern der baptistische Pfarrer und Radiomoderator Mike Huckabee; 2012 der konservativ-katholische Kongressabgeordnete Rick Santorum; 2016 der konservative US-Senator Ted Cruz. Man kann ein Muster erkennen: Iowa war ein dankbarer Boden für konservative Christen. Mit dem fulminanten Sieg von Donald Trump, der einmal sagte, er habe Gott noch nie um Vergebung gebeten, scheint dieses

Muster durchbrochen.

Aber nur auf den ersten Blick. Denn was ihm an biblischen Tugenden fehlt, macht er bei christlichen Wählern dadurch wett, dass er sich als denjenigen rühmt, der den historisch größten Erfolg der Lebensschutzbewegung in den USA möglich gemacht habe. Dass der US Supreme Court das wegweisende Urteil Roe v. Wade aufhob, welches 50 Jahre lang ein fast unbeschränktes Recht auf Abtreibung auch in späten Phasen der Schwangerschaft garantierte, war nur möglich, weil Präsident Trump Richter ernannt hatte, die, weil in der US-Verfassung nichts von einem Recht auf Abtreibung steht, folgerten, dass es Aufgabe des Gesetzgebers sei, dies zu regeln.

Das Thema wird den Wahlkampf 2024 prägen. Das angesichts der katastrophalen Umfragewerte von Präsident Biden unerwartet schwache Abschneiden der Republikaner bei den Wahlen zum Kongress im November 2022 – die Republikaner gewannen eine nur hauchdünne Mehrheit im Repräsentantenhaus und verloren im US-Senat sogar einen Sitz – gab bereits einen Hinweis darauf, dass die Demokraten mit dem Streit um das Abtreibungsrecht ein Gewinnerthema gefunden haben. Viele Wähler, die sich ein liberales Abtreibungsrecht wünschen, machen dies zum Prüfstein ihrer Wahlentscheidung – egal, wie enttäuscht sie gerade vom Präsidenten oder den Demokraten sein mögen.

## Angst vor zu restriktiven Abtreibungsgesetzen

Republikanische Kandidaten stellt das vor ein Dilemma: Sie brauchen die Stimmen von Konservativen, können aber, wenn sie Wahlen gewinnen wollen, nicht auf die Unterstützung der Moderaten verzichten, von denen viele

Angst vor zu restriktiven Abtreibungsgesetzen haben.

Der texanische Senator Ted Cruz vertrat vor rund zehn Jahren die Theorie, dass die Republikaner wieder Wahlen gewinnen würden, wenn sie nur weit genug nach rechts rücken würden und so die „Basis mobilisieren“. Vereinfacht gesagt, lief sein Argument darauf hinaus, dass nicht 50 Prozent der Wähler nötig seien, um Wahlen zu gewinnen, sondern nur 25 Prozent. Er folgte der Fußspur von Barry Goldwater, einem der bekanntesten Verlierer in der Geschichte der republikanischen Partei. Goldwater hatte 1964 im Präsidentschaftswahlkampf die Worte gesprochen: „Extremismus bei der Verteidigung der Freiheit ist kein Laster.“

Man könnte begründen, warum das richtig ist; aber die Wortwahl war nicht geschickt und führte zu einem der größten Debakel, die die Republikaner bei Präsidentschaftswahlen erlebt haben. Der demokratische Amtsinhaber Lyndon B. Johnson gewann in 44 der 50 Bundesstaaten. Amerikaner können Extremisten so wenig leiden, dass sie schon beim Hören des Wortes „Extremismus“ die Flucht ergreifen, ohne sich den Rest überhaupt anzuhören. Donald Trump hingegen zeigte bei den Vorwahlen in Iowa, dass es ihm gelingt, weder als zu moderat noch als zu radikal zu erscheinen.

## Wie sollte Trump antworten, ohne jemanden zu verprellen?

Wie er das machte, war durchaus kunstvoll und nötigte sogar dem Berichterstatter des links stehenden Blogs Slate Respekt ab. Bei einer Fragestunde vor „unentschlossenen Wählern“, die vom Nachrichtensender Fox News veranstaltet wurde, meldete sich eine republikanische Wählerin zu Wort und bat Trump, ihr zu versi-

chern, dass er „jegliches Leben ohne Kompromisse schützen“ werde. Sie sei dankbar für das, was er getan habe, um die Aufhebung von Roe v. Wade zu ermöglichen, sagte sie, aber sie sei auch besorgt: Trump habe Floridas striktes Abtreibungsverbot als „schrecklichen Fehler“ bezeichnet, die Idee eines bundesweiten Abtreibungsverbots abgelehnt und die Verluste der Republikaner bei den Zwischenwahlen auf „die Abtreibungsfrage“ geschoben.

Wie sollte Trump antworten, ohne jemanden zu verprellen? Und das vor dem Hintergrund, dass sein Rivale Ron DeSantis sich bei den christlichen Wählern Iowas als kompromissloser Lebensschützer empfahl? Der Wählerin sagen, was sie und die 64 Prozent Evangelikalen in Iowa hören wollen? Und damit andere vor den Kopf stoßen und riskieren, im November zu einem Verlierer mit hehren Prinzipien zu werden, einem neuen Barry Goldwater? Das kommt für Trump nicht in Frage, und genau so erklärte er das auch der Wählerin:

„Ich bin für die Ausnahmen, wie Ronald Reagan, für das Leben der Mutter, Vergewaltigung, Inzest. Da muss ich dabei sein. Ich sage euch, dass ihr Wahlen gewinnen müsst. Andernfalls wird man wieder dort landen, wo man vorher war. Das dürft ihr nie wieder zulassen.“

### Trumps Taktik funktioniert

Das war Realpolitik, das war clever: Trump vertritt moderate Positionen und umgarnet gleichzeitig die Konservativen mit dem Argument, dass nur er in der Lage sei, ihnen zu einem gewissen Maß an Einfluss im Weißen Haus zu verhelfen. Wer alles will, wird gar nichts bekommen. Das Ergebnis von Iowa zeigt, dass Trumps Taktik funktioniert. Wie Barack Obama 2008 gelingt es ihm, eine Koalition aus unterschiedlichen Teilen der Bevölkerung aufzubauen. Die Obama-Koalition bestand aus jungen Wählern, Schwarzen, Latinos, Facharbeitern und Wählern in den urbanen Zentren und Vorstädten.

Trump gelingt es, Evangelikale und Moderate zusammenzubringen. Seit dem Sieg von George W. Bush beim republikanischen Caucus im Jahr 2000 ist Trump der erste, der die Evangelikalen hinter sich scharft, obwohl er selbst kein Evangelikaler ist – fern davon. Trump ist seit Bush 2000 auch der erste Iowa-Sieger, der bereits unter Beweis gestellt hat, dass er auf nationaler Ebene Wahlen gewinnen kann – indem er sowohl sehr Konservative als auch sehr Moderate für sich gewinnt.

### Trumps Schutzschild

Nun hat das Rennen freilich gerade erst begonnen und es ist eine Binsenweisheit, dass sich politische Trends in den USA

schnell ändern können. Schon kleine Fehler – so die traditionelle Expertenweisheit – können einen Kandidaten aus dem Rennen werfen. Erinnert sei an den früheren Gouverneur von Texas, Rick Perry. Ihm unterliefen in Debatten Schnitzer; seine Hoffnungen auf die Präsidentschaftskandidatur 2012 musste er begraben, nachdem er in einer Fernsehdebatte ankündigte, bei einem Wahlsieg drei Behörden sofort abschaffen zu wollen – dann aber nur zwei nennen konnte, die dritte hatte er vergessen. Kein schlimmer Fauxpas, oder? Doch die Wähler waren unerbittlich.

Der geniale Hirnchirurg Ben Carson wiederum war noch Anfang November 2015 einer der Favoriten auf die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner gewesen. Ihn kosteten einige kontroverse Äußerungen die Kandidatur. Bei Donald Trump hingegen ist es nicht so, dass er nie etwas Kontroverses sagen würde oder man ihm keine falschen Behauptungen nachweisen könnte. Der Unterschied: Es schadet ihm nicht, egal, was er sagt. Anders als normalsterbliche Politiker hat er eine Art Schutzschild, der ihn zwar nicht vor Fehlritten schützt, aber vor dessen Folgen, was Umfragen und Wahlergebnisse betrifft. Trump beschrieb dieses Phänomen einmal so: „Ich könnte mich mitten auf die Fifth Avenue stellen und jemanden erschießen, und ich würde keine Wähler verlieren, OK? Es ist einfach unglaublich.“

Das ist der eine Vorteil, den Trump hat. Der andere ist die oben beschriebene breite Koalition aus Wählern aller Bevölkerungsgruppen. Entgegen einem verbreiteten Vorurteil gehören dazu auch Latinos und Schwarze. Die New York Times berichtete im November über „beunruhigende“ Umfragen, die ergeben hätten, dass 22 Prozent der schwarzen Wähler in sechs der wichtigsten umkämpften Bundesstaaten Trump bei der Wahl im November unterstützen würden.

Das sei „bemerkenswert“, so die New York Times, wenn man bedenke, dass Trump laut dem Pew Research Center im Jahr 2020 landesweit nur acht Prozent der schwarzen Wähler für sich habe gewinnen können und 2016 nur sechs Prozent. Ein republikanischer Präsidentschaftskandidat habe seit fast einem halben Jahrhundert nie mehr als 12 Prozent der schwarzen Wählerstimmen gewonnen, so die Zeitung.

Stefan Frank, geboren 1976, ist unabhängiger Publizist und schreibt u.a. für Audiatur online, die Jüdische Rundschau und MENA Watch. Buchveröffentlichungen: Die Weltvernichtungsmaschine. Vom Kreditboom zur Wirtschaftskrise (2009); Kreditinferno. Ewige Schuldenkrise und monetäres Chaos (2012).

Dieser Artikel erschien zuerst bei Achgut.com

# Schändliche Terror-Verherrlichung: Jordanisches Lokal mit dem Namen „October 7“

Ein jordanischer Restaurantbetreiber ließ auf Facebook über den Namen seines Shawarma-Lokals abstimmen, die Namenswahl „October 7“ ist verstörend. Ein Restaurant nach dem barbarischen Überfall der islamischen Terror-Hamas zu benennen, zeugt ebenso wie das infame Bonbon-Verteilen in Neukölln und anderswo von abgrundtiefer Menschenverachtung. Jeder, der für diesen Namen gestimmt hat, solidarisiert sich mit dem Mord an unschuldigen Zivilisten und hat jeglichen moralischen und ethischen Kompass verloren. Insbesondere befremdlich ist nicht nur die moralische Verrohung, sondern auch die profunde historische Ignoranz der Namens-Befürworter, die ganz offensichtlich nicht wissen oder nicht wahrhaben wollen, dass es Jordanien war, welches das ursprünglich für die „Palästinenser“ vorgesehene Gebiet zu einem Staat der jordanischen Könige gemacht und dazu den darüber rebellierenden „Palästinensern“ im Jahre 1969 durch Massaker und Vertreibungen den physischen Garaus gemacht hat. (JR)

### Von Collin McMahon

Die Jordanische Königin Rania hat Israel einen „Apartheidstaat“ genannt und Israels „Besatzung“ und „Illegale Siedlungen“ die Schuld am Konflikt gegeben. Nun hat ein Döner-Laden in Jordanien eröffnet, der unverhohlen das Massaker vom 7.10. glorifiziert.

Die ehemalige jordanische Abgeordnete Dima Tahboub veröffentlichte ein Video auf Twitter, das einen Shawarma-Laden, angeblich in Al-Mazar Al-Janoubi in der Provinz Karak, Jordanien, mit dem Namen „October 7“ zeigt. Der Laden ist gut besucht, Männer und Jugendliche hängen auf der Straße davor ab. Die Angestellten haben den Namen des Restaurants auf ihrer roten Arbeitskleidung gedruckt und grüßen freundlich.

„Die schändliche Glorifizierung des 7. Oktober muss aufhören“, schrieb der israelische Oppositionsführer Yair Lapid (Yesh Atid) auf Twitter/X. „Der Hass und das Aufstacheln gegen Israel bringt den Terrorismus und Extremismus hervor, der zu dem brutalen Massaker des 7. Oktobers geführt hat. Wir erwarten von der jordanischen Regierung, das öffentlich und unmissverständlich zu verurteilen.“

**Verherrlichung des Massakers**  
Wohnungsminister Yitzhak Goldknopf (Vereinigtes Torah-Judentum) schrieb an Außenminister Israel Katz und Pre-



Die offenkundige Verherrlichung des Massakers vom 7. Oktober ist erschreckend.

mierminister Benjamin Netanyahu und forderte einen offiziellen Protest. „Es ist nicht hinzunehmen, dass ein Land, mit dem wir diplomatische Beziehungen pflegen, die Verherrlichung eines Massakers an Menschen, Frauen und

Kindern zulässt, während gleichzeitig schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden. Wenn der Staat Israel diesen schwerwiegenden Vorfall übergeht, wird dies zur Verherrlichung und Leugnung des Massakers in anderen Ländern führen.“

Die islamische Aktivistin Dima Tahboub ist ehemalige Abgeordnete der Partei „Islamische Aktionsfront“ im Jordanischen Parlament, der „politische Arm“ der Muslimbruderschaft in Jordanien. 2018 wurde sie in Großbritannien ins House of Commons eingeladen, um über „islamischen Feminismus“ zu sprechen, obwohl sie 2017 in einem Interview mit Tim Sebastian von der „Deutschen Welle“ den Mord an 7 israelischen Mädchen 1997 durch den jordanischen Grenzpolitisten Ahmed Daqamseh gelobt hat. Aktivistin Rana Husseini zitierte Tahboub

2021 in einem Buch für die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD über den „Feminismus in Jordanien“. Am 6.12.2023 forderte Tahboub auf einer Konferenz in Amman eine „Bojkottkampagne“ gegen Israel.

### Dreiste Leugnung

Ein Mitarbeiter des Restaurants sagte der dpa, die Besitzer hätten auf Facebook dazu aufgerufen, über den Namen des neu eröffneten Restaurants abzustimmen. Als Gewinn habe es einen goldenen Ring gegeben. Im Gespräch mit Ynet News habe der Besitzer behauptet, der Name habe nichts mit dem blutigsten Terroranschlag in der Geschichte Israels zu tun, sondern sei nach dem Tag benannt, an dem seine Tochter ihr Medizinstudium in Algerien abgeschlossen habe. Der Name sei nun in „Oktober“ geändert worden.

Am 7.10. wurden über 1200 Menschen von der Hamas massakriert und 240 Geiseln genommen, von denen 132 immer noch verschollen sind. Die New York Times dokumentierte in einem Bericht vom 28.12.2023 die bestialisches Vergewaltigungen der Hamas am 7.10. Eine Zeugin berichtete u.a. wie sie auf dem Nova Festival zusehen hat, wie etwa 100 Hamas-Terroristen eine junge Frau vergewaltigten, dabei mit Messern auf sie einstachen und ihr die Brüste abschnitten. „Sie haben mit ihrer Brust fangen gespielt, während sie sie weiter vergewaltigt haben“, so die Zeugin. Andere Frauen seien vergewaltigt worden, während die Terroristen abgetrennte Köpfe von jungen Frauen herumgetragen haben.

Die jordanische Königin Rania hat sich noch nicht zu dem Restaurant „October 7“ geäußert.

◀ Fortsetzung von Seite 2

man meinen. Dennoch haben uns bereits Geschehen und Ereignisse des Monats Januar deutlich vor Augen geführt, dass uns nicht viel Zeit gelassen wird, uns auf das neue Jahr einzurichten und unsere Politik kaum einen Tag vergehen lässt, an dem sie uns nicht klarmacht, dass sie keinesfalls beabsichtigt, aus dem Versagen und den Fehlleistungen der letzten Jahre zu lernen oder etwa aus der schwindenden Wählerakzeptanz die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Dabei wäre genau dies mehr als erforderlich. Hat doch das letzte, wirklich turbulente und ereignisreiche Jahr keinesfalls dazu beitragen können, unsere berechtigten Sorgen um das Fortbestehen unserer bisherigen Kulturwerte und unserer abendländischen Lebenswelt zu zerstreuen.

Mussten wir schon im letzten Jahr angesichts des Versagens unserer Politik mit wachsender Resignation und Hilflosigkeit nahezu tägliche, zumeist Islam-korrelierte Messerattacken auf unseren Straßen, öffentlichen Plätzen und Verkehrsmitteln hinnehmen, mehrten sich Angriffe auf Polizei, Feuerwehr, medizinisches Personal sowie andere Hilfskräfte und sind in dem Land der Schoah Übergriffe auf jüdische Menschen, No-Go-Areas für Juden sowie Mobbing und das (nahezu durchweg ohne jede Ahndung für die häufig islamischen Täter bleibende) Hinausprügeln jüdischer Schüler aus deutschen Schulen mit hohem Islam-Anteil in den Vorjahren seit der entseelten und suizidalen Open-Border-Politik für islamischen Judenhass und islamische Rechts- und Demokratieverachtung längst trauriger Alltag geworden, so begann das neue Jahr ebenso wie das alte endete. Auch die weitestgehend inhaltsleeren Jahresend-Ansprachen der Bundeskanzlerin und des Bundespräsidenten verhießen da wie erwartet nichts Gutes.

### Machenschaften der UNRWA entlarvt

Die Jüdische Rundschau und ihr Herausgeber warnen bereits seit Jahren vor den mit dem Terror gegen Juden sympathisierenden Verflechtungen der UNRWA mit der Hamas und jeder Art ihrer Israel-feindlichen Aktivitäten und Erziehung zum Judenmord, beispielsweise in ihren von uns mitfinanzierten Schulen.

Wie von UN Watch jetzt aufgedeckt, gehören etwa 3.000 UNRWA-Lehrer in Gaza zu einer Social-Media-Gruppe, die auf Telegram gehostet wird und Beiträge postet, die freudig das gänzlich unprovokierte Massaker an israelischen Zivilisten vom 7. Oktober kurz nach seinem Beginn feiern.

Der UNRWA-Lehrer Waseem Ula - Benutzernamen "A. Handsome - verwaltet den Chat. Er hat im Chat auch die Hinrichtung von Juden gefordert.

Die Vereinigten Staaten finanzieren die ganz sicher mit Wissen und Einverständnis von Guterres unterhaltenen aktive Terror-Beihilfe der UNRWA, die über ein Jahresbudget von über 1 Milliarde Dollar verfügt. Die Biden-Administration hat bereits mehr als 730 Millionen Dollar an die UNRWA für „Flüchtlingshilfe“ im Westjordanland und im Gazastreifen überwiesen.

Nur Präsident Trump stellte 2018 die Finanzierung der UNRWA ein, nachdem ans Licht kam, dass die Agentur auch Lehrbücher mit antisemitischen Inhalten verteilte. Wie nicht anders erwartet hat Joe Biden diese Entscheidung sofort zu Beginn seiner Amtszeit rückgängig gemacht.



ALEX WONG GETTY IMAGES/NORTH AMERICA/Getty Images via AFP

Das wahre Gesicht dieser als verlängertes Arm der Hamas agierenden und von der UN finanzierten Terrorgruppe konnte endlich dank der von Israel in Gaza gefundenen Beweise offiziell entlarvt werden: Das Wall Street Journal berichtet, dass bereits nachgewiesen etwa zehn Prozent der 13 000 UNRWA-Mitarbeiter in Gaza „militanten islamistischen Gruppen“ angehören. Die Dunkelziffer ist erheblich höher, da nicht alle UNRWA-Mittäter enttarnt werden konnten.

Die Judenmord-Kollaboration mit den Hamas-Verbrechern geht sogar so weit, dass selbst UNRWA-Angehörigen direkte Beteiligung am mörderischen Hamas-Massaker vom 7. Oktober nachgewiesen werden konnte. Endlich stellen nun mehrere Länder, wenn auch erstmal leider nur vorübergehend, ihre Zahlungen an die UNRWA ein, statt eine endgültige Auflösung dieser UN-Organisation zu fordern. Dazu zählen die USA, Großbritannien, Kanada, Australien, Italien, Finnland, Japan, Frankreich und endlich auch Deutschland. Es bedarf kaum einer Erwähnung, dass dies sofort auf Widerstand des dezidierten Israel-Feindes und fehlplatzierten UNO-Chefs António Guterres gestoßen ist.

### Südafrikas infame Klage

Das ANC-Regime hat vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag eine infame und hetzerische Klage gegen Israel wegen Völkermordes erhoben. Diese Klage ist Ausdruck eines tief-sitzenden Antisemitismus und Israel-Hasses. Vor dem Hintergrund des massenhaften Mordens im eigenen Land ist die Klage Südafrikas nichts als eine Farce. Denn der Rassismus gegen Weiße hat in Südafrika bereits viele Menschenleben gekostet. So will beispielsweise der linke Polit-Schurke und Demagoge Julius Malema, Parteivorsitzender der zweitgrößten südafrikanischen Oppositionspartei EFF, weiße Farmer gewaltsam enteignen und ruft sogar unter großem öffentlichem Beifall zum Mord an Weißen und Buren auf.

Große Teile des „woken“ Westens lassen sich von dem Mythos Nelson Mandelas blenden und verkennen nur allzu gern die neue Apartheid in Südafrika: Die strukturelle Diskriminierung weißer Südafrikaner und die rassistisch-motivierte Gewalt gegen sie. In den Augen des militant antiweißen African National Congress (ANC) steht Israel vorsätzlich wahrheitsentstellend stellvertretend für den „weißen Westen“ und die sogenannten „Palästinenser“ irrsinnigerweise für den unterdrückten „Globalen Süden“. Diese Sichtweise hat in Südafrika Tradition, denn schon als der ANC eine verbotene Terrororganisation war, bestanden enge Verbindungen mit der sogenannten Palestine Liberation Organisation (PLO) und der Terrorist und Juden-Mörder Jassir Arafat wurde sowohl von Nelson Mandela als auch von Desmond Tutu als Verbündeter und Bruder im Geiste gepriesen.

„Remigration“ ist Unwort des Jahres

Remigration ist nicht -- wie es uns unsere Politik und ihre Mainstream-Medien glauben machen wollen -- die Ausweisung friedfertiger und auch ohne große Sprachkenntnisse in unsere Rechtsnormen und unsere Wertewelt integrierter thailändischer, chinesischer oder vietnamesischer Restaurant-Belagschaften, auch nicht die Abschiebung der Ukrainer und vieler anderer Nationalitäten mit oder ohne deutschen Pass.

Es ist auch genau das Gegenteil eines Angriffes auf die hiesigen Juden. Die Remigration eines alles andere in den Schatten stellenden islamischen Judenhasses, islamischer Gewaltbereitschaft und islamischer Rechtsverachtung ist die überfällige und wohl einzige noch bleibende lebensrettende Therapie einer in der Agonie täglicher islamischer Messer- und Macheten-Angriffe auf alle und jeden, islamischer No-Go-Areas, islamischer Übergriffe gegen Juden und gelebter islamischer Verachtung unserer Lebensnormen untergehenden -- noch vor nicht allzu langer Zeit des Mer-

kelschen Immigrations-Irrsinns und der Folgejahre -- blühenden, lebens- und liebenswerten Bundesrepublik Deutschland.

Und wäre die Remigration ernsthaft und ehrlich betrieben worden, wie es der Bundeskanzler angesichts seines sinkenden Regierungsschiffes noch vor kurzem, ohne es wirklich zu meinen, daher gesagt hat -- er wird sich sicher nicht mehr daran erinnern -- dann gäbe es wohl auch weniger Wähler für die gefürchtete Opposition, deren Namen man noch weniger als den des gräuslichen Harry Potter-Bösewichts Lord Voldemort nennen darf, ohne sogar als Jude und direkter Nachkomme von Holocaust-Überlebenden wie ich, als ganz weit räaaaächts oder schlimmer noch als Nazi verleumdet und stigmatisiert zu werden.

Überhaupt wäre vieles besser in diesem Lande, hätte es die Remigration für sämtliche Gewalttäter, Judenhasser und Rechtsverächter schon früher als zehn nach zwölf gegeben.

Beispielsweise würde dann die CDU zur Ausbremsung Voldemors nicht ihre Seele verkaufen und darüber nachdenken müssen (Helmut Kohl würde im Grabe rotieren), eine Mesalliance mit der linken Mauerschießpartei einzugehen, die gerade auch noch eine linksradikale, geradezu -- hätten es die Rechten getan -- nach Partei-verbot schreiende Rosa Luxemburg Konferenz Entgleisung in Berlin unterstützt hat, die das Hamas-Massaker an den unschuldigen jüdischen Frauen, Kindern und Männern in Israel -- na sagen wir mal -- gemeinsam mit ihren islamischen Freunden und Terror-Bejublern nicht so schrecklich fand.

Dem Staat Israel, dem jüdischen Volk, allen unseren Freunden und Lesern wünschen wir alles erdenklich Gute.

Bedingungslose und sofortige Freilassung aller Geiseln!!!

Am Israel Chai!!!

Ihr Dr. Rafael Korenzecher

# Christenverfolgung nimmt weltweit alarmierend zu

Christen gehören zu den am stärksten verfolgten religiösen Gruppen weltweit. Eine Verfolgung, die einen neuen Höhepunkt erreicht hat, so das christliche Hilfswerk Open Doors in seinem im Januar veröffentlichten Weltverfolgungsindex (WVI). Darin werden die Länder aufgezählt, in denen Christen am stärksten Hass und Vertreibung ausgesetzt sind: Zu den ersten fünf zählen die islamisch dominierten Staaten Somalia, Libyen, Eritrea und Jemen. Laut Open Doors wurden allein von 1. Oktober 2021 bis 30. September 2022 über 5.600 Christen wegen ihres Glaubens ermordet. Sieht man sich die kaum hörbare Stellungnahme des Papstes Franziskus dazu an, dann muss man erstaunlicherweise feststellen, dass diese schrecklichen Zahlen die Weltkirchen nicht dazu bewegen, ihre anbiedernde Haltung gegenüber dem Islam zu überdenken. (JR)

## Von Regina Bärthel

Christen sind weltweit zunehmend Gewalt und Vertreibung ausgesetzt, so der aktuelle Weltverfolgungsindex des christlichen Hilfswerks Open Doors. Neben religiösen Extremisten bilden kommunistische Systeme die größte Gefahr für ein Leben im christlichen Glauben. Doch auch Europa verzeichnet zunehmenden Hass auf das Christentum.

Verzweifelt betende Menschen, in den Arenen römischer Imperien schutzlos einer Meute rasender Raubtiere ausgesetzt – diese Bilder mögen manchem beim Stichwort „Christenverfolgung“ durch den Kopf gehen. Allein: Verzweiflung und Raserei prägen auch heute vielerorts das christliche Leben, das religiöse Extremisten wie auch zahlreiche Regierungen auszulöschen suchen.

Noch frisch in Erinnerung sind die erschütternden Bilder zu Weihnachten: Die Hilfsorganisation Christian Solidarity International (CSI) berichtete am 26. Dezember 2023 von extremistischen Ausschreitungen in Zentralnigeria, bei denen rund 20 Dörfer überfallen, etwa 160 Christen getötet und nahezu 300 verletzt wurden. Bewohner der Region berichteten, dass sie von dschihadistischen Milizen der Fulani-Viehhirten begangen wurden. Dabei handelte es sich um offenbar koordinierte Aktionen, die bereits seit mehreren Jahren zu einer brutalen Tradition rund um das Weihnachtsfest geworden sind.

Auch in Pakistan und Indien attackieren aufgewiegelte Volksmengen ihre christlichen Nachbarn. Im indischen Bundesstaat Manipur wurden im Mai 2023 in nur 36 Stunden 249 Kirchen zerstört, mehr als 100 Gläubige ermordet sowie Zehntausende vertrieben. Regierungskritiker warnen seit langem davor, dass Indien durch die Modi-Regierung von einer säkularen demokratischen Republik in ein autoritäres hinduistisches Regime verwandelt werde – und klagen Ausschreitungen gegen Muslime an. Ausschreitungen gegen Christen werden seltener thematisiert, wengleich die Zahl ihrer Ermordungen rasant anstieg.

Christen gehören zu den am stärksten verfolgten religiösen Gruppen weltweit. Eine Verfolgung, die einen neuen Höhepunkt erreicht hat, so das christliche Hilfswerk Open Doors in seinem im Januar veröffentlichten Weltverfolgungsindex (WVI): Aufgrund ihres Glaubens seien von insgesamt zwei Milliarden Christen über 365 Millionen Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt, fast 5000 wurden im Zusammenhang mit seiner Ausübung ermordet – die Dunkelziffer allerdings liege weit höher. Besorgniserregend ist auch die starke Zunahme antichristlicher Vorfälle: Die Zahl der Angriffe auf Kirchen, christliche Schulen und Krankenhäuser habe sich seit der letzten Erhebung versiebenfacht, von physischer Gewalt oder Todesdrohungen waren annähernd 43.000 Christen betroffen – gegenüber knapp 30.000 im Vorjahr. Angriffe auf ihre Häuser nahmen sogar um 371 Prozent zu; Vertreibungen stiegen um mehr als das Doppelte.



Gerade in vielen islamischen Ländern ist die Situation für Christen prekär.

## Verfolgung durch radikale islamische Gruppen und autokratische Regime

Der Weltverfolgungsindex listet die 50 Länder auf, in denen Christen am stärksten Hass und Vertreibung ausgesetzt sind: Zu den ersten fünf zählen die islamisch dominierten Staaten Somalia, Libyen, Eritrea und Jemen. Besonders in Somalia habe sich die Terrororganisation Al-Shabaab, die eine strenge Form der Scharia ausübt, das „Eliminieren“ dieser Glaubensgruppe konkret zur Aufgabe gemacht. Die Regierung von Eritrea wiederum bekämpfe bestimmte christliche Gruppierungen mit gewaltsamen Sanktionen; moslemische Familien in Libyen betrachten ihre Angehörigen als Verräter, wenn sie zum christlichen Glauben konvertieren.

Der aktuelle Bericht behandelt den Zeitraum von Anfang Oktober 2022 bis Ende September 2023; das jüngste Massaker in Nigeria ist noch nicht darin enthalten. Doch bereits bis Herbst wurden in Nigeria mehr als 82 Prozent der weltweit wegen ihres Glaubens getöteten Christen gezählt. Laut Open Doors leiden sie „unter einer zermürbenden Kombination aus islamischer Unterdrückung, ethnisch-religiösen Anfeindungen, diktatorischer Paranoia und organisiertem Verbrechen und Korruption“. Ganz Subsahara-Afrika hält den traurigen Rekord für antichristliche Morde, 15 seiner 26 Länder erreichten die höchsten Stufen in der Bewertung der Gewalttaten gegen Christen. Eine Entwicklung, die laut WVI auch in weiteren afrikanischen Ländern wie Äthiopien, Burkina Faso und der Zentralafrikanischen Republik droht. Verantwortlich hierfür sind zum einen radikale islamische Gruppen, die instabile politische Verhältnisse ausnutzen, sowie zunehmend autokratische Regime.

## Christentum in kommunistischen Systemen

Den Rekord für Platz 1 der Länder auf dem Weltverfolgungsindex allerdings hält seit 1992 Nordkorea (lediglich 2022 trat es seinen Platz an Afghanistan ab, nachdem die Taliban hier die Macht übernommen hatten): Hier werden rund 200.000 politische und religiöse Gefangene in über das Land verteilten Lagern zu Zwangsarbeit gezwungen, davon sind laut WVI etwa 50.000 bis 70.000 ausschließlich aufgrund ihres Glaubens inhaftierte Christen. In China wiederum ließ das Regime von Xi Jinping mittels alter und neuer Maßnahmen erneut mehrere Tausend Kirchen schließen oder zerstören.

Auch in Lateinamerika habe sich die Lage für Christen drastisch verschärft. Insbesondere die sandinistische Regierung Nicaraguas verfolge eine repressive Politik gegen jegliche Form der Opposition, in verstärktem Maße auch gegenüber der katholischen Kirche. Unter Präsident Ortega werden Kirchen, Radiosender und Universitäten geschlossen sowie christlicher Besitz beschlagnahmt. Bischöfe, Priester und Nonnen werden des Landes verwiesen und ihnen die Staatsbürgerschaft entzogen, sofern sie nicht direkt der Spionage beschuldigt und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt werden.

Übertroffen wird dies allerdings noch von Kuba, wo die Regierungspartei PCC die Kirche gemäß ihrer kommunistischen Ideologie zu kontrollieren versucht. Schon bei geringer Kritik an der Regierungspolitik riskieren Kirchenvertreter wie auch engagierte Christen Repressionen, die von Verleumdungskampagnen bis zu Verhaftungen und Gefängnisstrafen reichen. Immerhin: Damit stehen die Christen in Kuba nicht allein.

## Ein Problem ferner Weltgegenden?

All dies sind erschreckende Entwicklungen. Doch könnte man bedenken: Der Kommunismus war noch nie ein Freund von religiösem Glauben; immerhin verfolgt er seine eigene Heilslehre. Zudem geschieht der Großteil dieser Verfolgungen und Ermordungen von Christen in Weltgegenden, die vom Kolonialismus betroffen waren – laut globalem Gutmenschentum ein Verbrechen der christlich geprägten westlichen Welt. Dass diese Weltgegenden zum großen Teil dem Islam angehören, ist für jene Vertreter eher zweitrangig. Ebenso, dass eine große Anzahl eben dieser Länder

hohe Summen an Entwicklungshilfen erhalten.

In jedem Fall handelt es sich um Gebiete, die der zweiten und dritten Welt zugerechnet werden, in denen Menschenrechte, Religionsfreiheit und Demokratie einen anderen Stellenwert besitzen. Allein: Auch Europa verzeichnet zunehmend Fälle von Anfeindungen und Übergriffen gegen Christen, wie die Beobachtungsstelle für Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen in Europa (OIDAC) in ihrem Jahresbericht von 2022/23 feststellte. Der Bericht zählt 748 Fälle von antichristlichen Hassverbrechen – Brandstiftungen, Körperverletzungen, Beschimpfungen und sakrale Entweihungen – in 30 europäischen Staaten auf und benennt einen Anstieg von 44 Prozent zum Vorjahr. Verantwortlich dafür seien „radikale Mitglieder extremer politischer Gruppen“, so OIDAC; Vertreter des linksradikalen Milieus ebenso wie Rechtsextreme und Islamisten. Nach Juden seien Christen damit die am häufigsten von Hassverbrechen verfolgte Religionsgruppe in Europa.

Die Religionsgruppen, die die Kultur Europas entscheidend geprägt haben, sind auch hier gefährdet. Eine Gefährdung, die stetig zunehmen wird, solange Gesellschaft und Politik nicht ihr Bewusstsein für diese Entwicklung schärfen und umgehend Maßnahmen ergreifen, um Kultur wie Menschen zu schützen.

Regina Bärthel studierte Kunstwissenschaften und Germanistik. Sie leitete den Kommunikationsbereich verschiedener Kultureinrichtungen und veröffentlichte Texte zur bildenden Kunst. Heute ist sie als Journalistin und Essayistin tätig, unter anderem für die „Junge Freiheit“.

# Die Kindersoldaten des UNO-Flüchtlingshilfswerks UNRWA

Aus dem UNRWA-Flüchtlingslager Askar in der Nähe von Nablus stammen die meisten „palästinensischen“ Terroristen. Das ist keinesfalls verwunderlich, denn entgegen allen ethischen Prinzipien und das gepredigte Credo der UNO sind die UNRWA-Schulen darauf ausgerichtet, bereits Kinder zu missbrauchen, um genau diese Art von Soldaten heranzuziehen und den Kampf gegen Israel bis zum Tode zu glorifizieren. Trotz aller Hinweise und vielfachen Warnungen wurde die UNRWA dennoch bis zum heutigen Tag vom Westen finanziert. (JR)

Von Stefan Frank

Am 7. April 2023, dem zweiten Tag des Pessachfests, wurden die 48-jährige Israelin Lucy Dee und ihre Töchter Maia (20) und Rina (15) auf dem Weg zu einem Ausflug an den See Genezareth aus nächster Nähe von „palästinensischen“ Terroristen erschossen. Lucy Dee war die Ehefrau von Rabbi Leo Dee, einem in Großbritannien geborenen Veteranen der israelischen Friedensbewegung. Viele Jahre seines Lebens verbrachte er damit, einen Dialog mit den „Palästinensern“ zu führen.

Die drei mutmaßlichen Täter lebten im UNRWA-Flüchtlingslager Askar in der Nähe von Nablus und besuchten dort eine UNRWA-Schule. Das Lager ist das kleinste im Westjordanland, und von nirgendwo sonst beteiligen sich im Verhältnis zur Einwohnerzahl so viele „Palästinenser“ an terroristischen Aktivitäten bis hin zu Selbstmordanschlägen. Aus Askar stammen auch die meisten jener Terroristen, die von israelischen Gerichten zu lebenslanger Haft verurteilt wurden.

„Was konnte drei junge Menschen zu einer solch abscheulichen Mordtat veranlassen?“, fragte Rabbi Dee bei der Beerdigung. Daraufhin entsandte David Bedein, Gründer und Leiter des Jerusalemer Center for Near East Research, ein arabisches Filmteam nach Askar. Forscher des Zentrums sichteten zudem mehr als tausend Schulbuchtexte der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, die in den UNRWA-Schulen verwendet werden: Das „Recht auf Rückkehr mit Waffengewalt“ ist das zentrale Thema der UNRWA-„Bildung“, lautete das ernüchternde Ergebnis.

Das Filmteam dokumentierte auch ein UNRWA-Sommerlager, das der Verehrung der Mörder der Familie Dee gewidmet wurde. Wie David Bedein gegenüber Mena-Watch berichtete, war Rabbi Dee besonders schockiert über den offen zur Schau getragenen Stolz der Eltern der Mörder und anderer Familienangehörige – Stolz auf die Bereitschaft ihrer Söhne, Juden zu töten, um das Recht auf Rückkehr in Dörfer, die gar nicht mehr existieren, zu erkämpfen.

„Alle Siedler werden hingerichtet“ Dazu befragte Bedeins Filmcrew Kinder im Alter zwischen elf und dreizehn Jahren, die alle eine UNRWA-Schule besuchen. Ihre Antworten sind Teil des Dokumentarfilms Askar – UNRWA: Cradle of Killers. Ein Junge, der nicht älter als elf Jahre aussieht, meinte: „Wir wurden aus Jaffa vertrieben. Heute reden wir über unser Recht auf Rückkehr. Über unser Recht auf Rückkehr nach Jaffa, Haifa, Lod und Ramla [israelische Städte diesseits der Waffenstillstandslinie von 1949]. Wir werden zurückkehren, sehr bald. Was auch immer passieren wird, es wird keinen Frieden geben.“

Auf die Frage „Was bringen sie euch in der Schule über das Recht auf



MARCOLONGARI/AFP

Kinder werden für den Terror gegen Israel missbraucht.

Rückkehr bei?“ antwortete ein etwas älterer Schüler wie aus der Pistole geschossen: „Wir müssen uns opfern und Märtyrer werden. Und jeder muss unser Land schützen. Wir werden unsere Rechte erhalten. Mit Allahs Hilfe werden sie [die Juden] alle sterben. Jerusalem ist die Hauptstadt Palästinas. Es wird für immer uns gehören. Und die Siedler werden alle hingerichtet werden.“

Anschließend tritt Islam Able vor die Kamera und singt mit seiner schönen Kinderstimme ein Lied mit dem Text: „Geduld/ Der verstrichenen Zeit zum Trotz/ Ist kein Zweifel, dass wir zurückkehren/ Trotz der langen Reise.“ Ein Mädchen namens Iman Hadge ist überzeugt, dass „der Schlüssel zu dem Haus (aus dem wir vertrieben wurden) in unseren Händen [ist], und ich verspreche, dass wir zurückkehren werden“. Issa Zriky wiederum

behauptet: „Ich lerne in der Schule von meinem Recht auf Rückkehr in mein Heimatland. Wir werden Palästina befreien und Märtyrer opfern, um Palästina zu befreien.“ Die Kamera zeigt einen Sprechchor mit Flaggen auf dem Schulhof, wobei die Kinder „Wir werden deinen Namen erhöhen, o Palästina! Rückkehr! Rückkehr! Rückkehr!“ skandieren.

In der Zwischenzeit stellt sich Nur Al-Masimi, Direktorin des Asifah-Sommerlagers der Fatah im Flüchtlingslager Askar, beim Filmteam vor und berichtet über ihre Tätigkeiten:

„Jeden Sommer veranstaltet das Volkskomitee der Lager ein Sommerlager. Wir teilen die Kinder in vier Gruppen ein. Jede Gruppe wird nach einem Shahid [ein bei seinem Anschlag getöteter Terrorist] benannt, um das Erbe des Shahids zu feiern. Die Kinder lernen über das Helden-

tum der Märtyrer und führen den Weg des Kampfes weiter. Ihre Motivation ist groß. Jedes Kind ist bereit, ein Märtyrer zu sein, um die Prinzipien des Kampfes wie das Recht auf Rückkehr zu bewahren. Mit Allahs Segen wird eine stärkere Intifada ausbrechen, und diese Kinder werden sie anführen.“

## Unablässige Shahid-Produktion

Nach Rdoan Katakani vom UNRWA-Camp Askar ist „das Flüchtlingslager Askar ein kämpfendes Lager. Ein Lager, das Shahids produziert, einen nach dem anderen. Märtyrer aller Altersgruppen und politischer Zuordnungen.“

Hallel Yaniv (21) und Yagel Yaniv (19), zwei Brüder aus Har Bracha, wurden im April ermordet, als ein „palästinensischer“ Teenager aus nächster Nähe das Feuer auf ihr Auto eröffnete, das in einem Stau auf der Autobahn Route 60 bei Huwara steckte. Der Täter war erst fünfzehn Jahre alt. Auch er stammte aus dem UNRWA-Lager Askar. Bei einer im Film festgehaltenen Beerdigung eines Terroristen in Askar, der bei einem von ihm verübten Anschlag ums Leben kam, ist von Trauer keine Rede; sie wirkt eher wie ein Triumphzug, bei dem hunderte Hamas- und Fatah-Flaggen geschwenkt, Gewehrschüsse in die Luft gefeuert und Rufe wie „Wir wollen kämpfen! Wir wollen Waffen!“ skandiert werden.

Ein vielleicht elf Jahre alter Junge beteuert: „Alle Leute, die in dem Lager leben, sind Helden, zum Beispiel Saleh Sabra, Moez Al Masri und Hasan Katanani. Es gibt viele Märtyrer im Lager.“

UNRWA-Schüler Maher Abo-Rashid fügt hinzu: „Wir senden Grüße an unsere kämpfenden Brüder. Und wir bitten Allah, jeden der Kämpfer zu beschützen. Ehre sei der Askar-Brigade, der Dschenin-Brigade und der Balata-Brigade.“

## Berufswunsch „Märtyrer“

Ein anderer zeigt auf eines der vielen Poster mit den Bildern von Terroristen, die an den Hauswänden kleben: „Das ist mein Onkel, möge sich Allah seiner Seele erbarmen. Er wurde zum Märtyrer. Getötet am 22. Oktober 2022. Er führte einen bewaffneten Angriff am Checkpoint Huwara durch.“ Ein weiterer Junge erklärt: „Mein Held ist Ibrahim Nabulsi. Er war der Kommandant der Höhle der Löwen. Er wurde nicht nur gesucht. Er verfolgte die Armee. Überallhin. Ich liebe Ibrahim. Er war der Kom-

mandant der ganzen Jugend von Nablus, auch der Kinder.“

„Palästinensische“ Kinder in UNRWA-Schulen werden dazu erzogen, Juden zu ermorden und dabei gleichzeitig ihr eigenes Leben als „Märtyrer“ den Zielen der „palästinensischen“ Terrorgruppen zu opfern. Eine Reporterin des der Hamas nahestehenden katarischen Medienkonzerns Al-Jazeera fand im UNRWA-Lager Dschenin das gleiche Bild vor: „Die Teenager zögerten nicht, als sie gefragt wurden, was sie später einmal werden wollten: ‚Märtyrer‘, sagten sie unisono.“

Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete im Juli über den Tod des 16-jährigen Noureddin Marshoud, den die Terrororganisation Islamischer Dschihad als einen ihrer „Kämpfer“ reklamierte. Viele solcher Fälle schaffen es nie in die Zeitungen. In den sozialen Medien ist zu lesen, dass Mitte Dezember der 13-jährige Ahmed Ararawi und der 17-jährige Ali Tarchman getötet wurden, als ihnen, während sie auf einem Motorroller unterwegs waren, ein improvisierter Sprengsatz versehentlich detonierte. Eigentlich hatten sie damit Juden töten wollen. Auf X sind Fotos der beiden zu Lebzeiten zu sehen, wie sie mit Sturmgewehren posieren.

#### Auf dem Dachboden eines UNRWA-Lehrers

Am 1. Dezember veröffentlichte UNRWA auf X eine Mitteilung in eigener Sache: „Die Verbreitung von unbegründeten Behauptungen über @UNRWA muss sofort eingestellt werden. Die Verbreitung schwerwiegender Behauptungen in der Öffentlichkeit, die nicht durch Beweise oder überprüfbare Fakten gestützt werden, kann eine Fehlinformation darstellen.“

Darunter stellten andere Nutzer in kürzester Zeit eine Community Note („Leser haben Kontext hinzugefügt, der ihrer Meinung nach für andere wissenswert wäre“). Sie enthielt einen Link zum einem Artikel der Nachrichtenagentur Reuters über Awad al-Quik, der „tagsüber der respektable Direktor einer UNRWA-Schule“ ist, in seiner Freizeit Raketen für den Islamischen Dschihad baut; einen Link zum Film von David Bedein über Askar sowie einen Bericht über zahlreiche Lehrer von UNRWA-Schulen, welche die Hamas-Massaker vom 7. Oktober gefeiert haben.

Unter den Pädagogen, die ihre persönlichen Social-Media-Kanäle nutzen, um Hass zu verbreiten und den Terroranschlag der Hamas zu feiern, waren laut Recherchen der bei den Vereinten Nationen akkreditierten Genfer NGO UN Watch:

Der UNRWA-Lehrer Osama Ahmed aus Gaza, der während des Massakers „Allah ist groß, Allah ist groß, die Realität übertrifft unsere wildesten Träume“ postete.

Der UNRWA-Schulleiter Iman Hassan, der das Massaker als „Wiederherstellung der Rechte“ und „Wiedergutmachung“ für palästinensischen „Kummer“ rechtfertigte

Die Direktorin des UNRWA-Ausbildungszentrums in Khan Younis, Rawia Helles, die einen der Terroristen als „Helden“, „Freibeuter“ und „Prinzen von Khan Younis“ verherrlichte.

Die UNRWA-Englischlehrerin Asmaa Raffia Kuheil, die aufgeregt „7. Oktober 2023! Meißelt dieses Datum in Stein!“ postete und ein Herz-Emoji

hinzufügte.

Der UNRWA-Schulverwalter Hmada Ahmed mit dem Posting „Willkommen im großen Oktober“.

Der Bericht beschäftigte sich nur mit Facebook-Nutzern, die sich öffentlich als UNRWA-Mitarbeiter zu erkennen geben. UN Watch schätzt die Zahl der UNRWA-Mitarbeiter, die zu Gewalt und Hass aufstacheln, auf „Hunderte, wenn nicht Tausende unter den 30.000 Mitarbeitern der Organisation“. Zudem posteten die Nutzer in ihrer Community Note einen Bericht, nach dem der Lehrer einer UNRWA-Schule eine israelische Geisel auf seinem Dachboden gefangen gehalten haben soll.

#### Rekrutierung von Kindersoldaten

Dass islamistische Terrororganisationen Kindersoldaten rekrutieren, ist hinlänglich bekannt. So heißt es etwa in einem Bericht des UN-Generalsekretärs aus dem Jahr 2017 über Boko Haram in Nigeria: »Kinder wurden in direkten Kampfhandlungen zum Anbringen von improvisierten Sprengsätzen und zum Niederbrennen von Schulen und Häusern sowie in unterstützenden Funktionen etwa als Köche, Boten und Späher eingesetzt. Berichten zufolge wurden Kinder auch als menschliche Schutzschilde eingesetzt, um Boko Haram-Kämpfer während militärischer Operationen zu schützen. ... Vor allem von Mitte 2014 bis zum Ende des Berichtszeitraums wurden Kinder, einschließlich Mädchen im Alter von zehn Jahren, von Boko Haram für Selbstmordanschläge eingesetzt.«

### Kindersoldaten sind für die vermeintliche Kinderschutzorganisation Defense of Children International Palestine (DCI-P) kein Thema, über das man reden möchte.

Die Organisation Human Rights Watch berichtete 2014 über Kindersoldaten im syrischen Bürgerkrieg. Jungen im Alter von fünfzehn Jahren würden als Kämpfer und Kinder im Alter von vierzehn Jahren als Unterstützer eingesetzt. »Einige Kinder, die an den Kämpfen teilnahmen, wurden festgenommen oder im Kampf getötet. Die befragten Jungen kämpften an der Front, spionierten feindliche Truppen aus, fungierten als Scharfschützen, behandelten Verwundete auf den Schlachtfeldern und brachten Munition und andere Hilfsgüter zu den Gefechten, während diese tobten.«

Das Interesse der UNO und von Menschen- und Kinderrechtsorganisationen am Thema Kindersoldaten lässt hingegen schlagartig nach, sobald es um „palästinensische“ Kinder geht, die als Kindersoldaten missbraucht und als Kanonenfutter von Organisationen wie der Hamas verfeuert werden. Fragt man bei Human Rights Watch oder Terre des Hommes danach, stößt man auf eine Mauer des Schweigens und offenkundiges Desinteresse.

#### Organisation für die Rechte von Kindersoldaten

Dabei werden immer wieder Fälle bekannt, in denen „palästinensische“ Teenager unter achtzehn Jahren Terroranschläge oder Angriffe auf israelische Soldaten verüben. Jebril Mohammad Kamal al-Lada war ein „palästinensischer“ Kindersoldat. Er

wurde nur siebzehn Jahre alt, als er am 1. Mai 2023 bei einem frühmorgendlichen Gefecht zwischen der israelischen Armee und Hamas-Terroristen im Flüchtlingslager Aqabat Jabr bei Jericho getötet wurde, nachdem er zuvor auf Soldaten geschossen hatte.

Die Terrororganisation DFLP lobte den Siebzehnjährigen als »Helden«, der »verhindern wollte, dass die Besatzung das Lager Aqabat Jabr stürmt«. Die Hamas bezeichnete al-Lada als »Kämpfer und Märtyrer«. Glückwünsche zu seinem Tod (»Ehre sei den Märtyrern«) kamen auch von der Fatah und der PFLP. Die Jerusalem Organisation NGO Monitor hat den Fall dokumentiert und dabei aufgezeigt, wie al-Lada sich während der Monate vor seinem Tod in den sozialen Medien mit einem Sturmgewehr präsentierte und auf Facebook seinen »Märtyrertod« ankündigte.

Etwas anders wird der Fall von Defense of Children International Palestine (DCI-P) dargestellt, einer vermeintlichen Kinderrechtsorganisation, die Gelder von Regierungen aus EU-Ländern erhält. Auf der Website heißt es: »Jebril Mohammad Said Kamal, 17, wurde am 1. Mai gegen 6:45 Uhr im Flüchtlingslager Aqabat Jabr in der Nähe der Stadt Jericho im besetzten Westjordanland von israelischen Streitkräften mit scharfer Munition in den Kopf geschossen, wie aus Unterlagen hervorgeht, die von Defense for Children International – Palestine gesammelt wurden.

Etwas anders wird der Fall von Defense of Children International Palestine (DCI-P) dargestellt, einer

vermeintlichen Kinderrechtsorganisation, die Gelder von Regierungen aus EU-Ländern erhält. Auf der Website heißt es: »Jebril Mohammad Said Kamal, 17, wurde am 1. Mai gegen 6:45 Uhr im Flüchtlingslager Aqabat Jabr in der Nähe der Stadt Jericho im besetzten Westjordanland von israelischen Streitkräften mit scharfer Munition in den Kopf geschossen, wie aus Unterlagen hervorgeht, die von Defense for Children International – Palestine gesammelt wurden.«

Israelische Spezialeinheiten seien »gegen sechs Uhr morgens in das Flüchtlingslager ein, um Verhaftungen vorzunehmen, gefolgt von israelischen Soldaten gegen 6:30 Uhr, als sich palästinensische Bewohner den israelischen Kräften entgegenstellten. Nach einem Schuss in den Kopf wurde Jebril in das Regierungskrankenhaus von Jericho gebracht, wo die Ärzte ihn gegen 7:15 Uhr für tot erklärten.« Kein Hinweis darauf, dass der Teenager aktiv an einem Gefecht teilgenommen hatte. Stattdessen zieht DCI-P folgendes Fazit: »Die israelischen Streitkräfte gehen mit tödlicher Gewalt gegen palästinensische Kinder vor, und zwar unter Umständen, die einer außergerichtlichen oder vorsätzlichen Tötung gleichkommen.«

Israel wird also die Schuld dafür gegeben, dass Terrororganisationen Minderjährige rekrutieren, um sie auf israelische Soldaten schießen zu lassen. Interessant ist, dass DCI-P nicht immer den Einsatz „palästinensischer“ Kindersoldaten verschweigt wie im Fall des sechzehnjährigen Abdullah Imad Sa'd Abu Hasan, der am 22. September 2023 in Ramallah getötet wurde: »Israelische Streitkräfte haben heute früh im nördlichen besetzten Westjordanland einen 16-jährigen palästinensischen Jungen erschossen, nachdem dieser auf die in der Nähe stationierten israelischen Streitkräfte gefeuert hatte.«

»Gegen drei Uhr morgens« sei er »von einem Scharfschützen« getötet worden, als die israelischen Streitkräfte im „palästinensischen“ Dorf Kafr Dan westlich von Dschenin nach Waffen suchten. DCI-P weiter: »Abdullah kam in der Nähe an, trug eine Waffe bei sich und begann aus einer Entfernung von vierhundert Metern auf die Militärfahrzeuge zu schießen, die in dem Gebiet stationiert waren, so die von DCI-P gesammelten Informationen. Während Abdullah auf die Streitkräfte schoss, traf ihn ein israelischer Scharfschütze, der in einem im Bau befindlichen Haus in etwa 700 Metern Entfernung stationiert war, mit einer einzigen Kugel.«

Der Junge habe eine Schusswunde im Unterleib erlitten, die Kugel sei durch seinen Rücken ausgetreten. Er sei noch etwa zwanzig Meter weit gekrochen, bevor er in einem zivilen Fahrzeug zu einem „palästinensischen“ Krankenwagen transportiert wurde, der ihn ins Ibn-Sina-Krankenhaus in Dschenin brachte, wo er bei seiner Ankunft für tot erklärt wurde. Aayed Abu Eqtaish, eine Direktorin von DCI-P, kommentierte diesen Fall mit den Worten: »Die israelischen Streitkräfte missachten systematisch die Verpflichtungen und internationalen Normen in Bezug auf das Recht auf Leben, weil sie für Kriegsverbrechen fast völlig straffrei bleiben.«

Auch hier gab es keinerlei Kritik am Einsatz eines Kindersoldaten, obwohl Abdullah erst sechzehn Jahre alt war und offenbar zum Scharfschützen ausgebildet wurde. Dass ausgerechnet Israel in diesem tragischen Fall seinen »Verpflichtungen und internationalen Normen« nicht nachgekommen sei, steht in Widerspruch zu der darauffolgenden Passage der Pressemitteilung: »Vor etwa zwei Monaten erhielt Abdullah einen Anruf von einem israelischen Geheimdienstoffizier, der ihn aufforderte, sich zu stellen und ihm drohte, ihn zu töten, wenn er dies nicht täte, so Abdullahs Vater.« Damit ist klargestellt, dass es hier nicht um einen Teenager handelt, der unbeaufsichtigt ohne Wissen der Eltern das Jagdgewehr des Vaters entwendete, um aus jugendlichem Übermut Schüsse abzufeuern.

Nein, Abdullah Imad Sa'd Abu Hasan war beim israelischen Geheimdienst offenbar als Scharfschütze und Mitglied einer Terrororganisation aktionkundig. Und er war gewarnt worden, wovon der Vater nach eigener Aussage wusste, aber offenbar nichts unternahm, um zu verhindern, dass sein sechzehnjähriger Sohn mitten in der Nacht das Haus verließ, um als Terrorist auf Soldaten zu schießen. Vielleicht hatte er seinen Sohn an die Terroristen verkauft, falls er nicht selbst von diesen unter Druck gesetzt und erpresst wurde. In den Meldungen von DCI-P gibt es jedenfalls keine Kritik an der Praxis, dass Minderjährige von Terrororganisationen als Kindersoldaten rekrutiert werden.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Mena Watch.

# Remigration ist keine Deportation

*In der derzeitigen Migrations-Diskussion werden Begrifflichkeiten miteinander verwoben, falsch interpretiert oder böswillig ausgetauscht, um Migrationskritiker zu kriminalisieren. Remigration ist eine sogenannte Rückkehrmigration und hat nichts mit einer völkerrechtswidrigen Deportation gemein. Die absichtliche und manipulative Gleichsetzung legaler Abschiebungen mit Deportationen ist ein Ablenkungsmanöver der linken und grünen Islam-Appeser. Der Zweck ist mehr als durchsichtig: die längst überfällige Debatte über illegale Einwanderung zu verbieten, politisch zu diskreditieren und die Einwanderung von Israel- und Judenhassern zu legitimieren. (JR)*

Von Thilo Schneider

Wenn Sie vor drei Jahren ausgewandert sind, also emigriert sind und Sie kehren heute nach Deutschland zurück, weil das mit der Bratwurstbude in Dubai keine so clevere Geschäftsidee war, wie nennt man das? Korrekt: Remigration. Wenn hingegen das arabische Königshaus beschlossen hat, dass Ihre gutgehende Wurstbraterei gegen sämtliche religiöse Gesetze verstößt und Sie bei Nacht und Bodennebel in der Wüste oder im Jemen ausgesetzt werden – das wäre eine Deportation. Es sei denn, man verfrachtet sie zurück nach Deutschland, schwer bewacht und in Ketten – das wiederum wäre dann wieder eine Remigration. Hätten Sie es hingegen auf verschlungenen Pfaden geschafft (beispielsweise Adoption durch das saudische Königshaus), die saudische Staatsbürgerschaft zu bekommen und würden jetzt nach Deutschland abgeschoben – dann wäre es wieder eine Deportation.

In der derzeitigen „Migrations“-Diskussion werden Begrifflichkeiten miteinander verwoben, verwechselt, ausgetauscht, falsch interpretiert, entweder aus Unkenntnis oder, wahrscheinlicher, aus Bosheit und um ein bisschen „Gaslighting“ zu betreiben, daher soll dieser Artikel Licht uns Dunkel bringen.

## Legale Migration

Einwanderung/Migration: Hierunter versteht man den legalen Grenzübergang, der Einwanderer hat die Absicht, temporär oder auf Dauer seinen Lebensunterhalt und den seiner Familie durch Arbeit zu bestreiten. Ein späterer Wechsel der Staatsbürgerschaft ist möglich, aber nicht Pflicht. Der Einwanderer besitzt gültige und bestätigte Papiere und eventuell sogar Grundkenntnisse der Landessprache. Er will sich in die Gesellschaft integrieren und respektiert Traditionen und Land und Leute. Die von der Bundesregierung so dringend herbeigesehnten Facharbeiter sind nichts anderes als Einwanderer. Deutschland hat mit echten Einwanderern größtenteils gute Erfahrungen gemacht. Das fängt nicht erst mit den Hugenotten an, die sich in den Vertreibungen 1685 zumeist in die Niederlande, nach England und nach Deutschland aufmachten, hier wiederum war Brandenburg-Preußen der größte Nutznießer.

Die um 1870 eingewanderten, sogenannten „Ruhrpolen“, die in den Gruben in Westdeutschland als Bergleute arbeiteten und während der Hochindustrialisierung Deutschland zur führenden Wirtschaftsmacht in Europa machten, prägten den sogenannten „Ruhrpott“. Zwischen 1850 und 1925 wuchs so die Gesamtbevölkerung im Ruhrgebiet von 325.000 Menschen auf 3,7 Millionen Menschen an. So hatte Bottrop 1875 gerade einmal 6.600 Einwohner, im Jahr 1915 waren es bereits 69.000 Einwohner, von denen eine deutliche Mehrheit polnischen, kaschubischen, masurischen oder oberschlesischen Migrationshintergrund hatte. Bei allen auch damals schon vorhandenen Schwierigkeiten und Ressentiments waren die zugewanderten Bevölkerungsgruppen trotzdem zumindest ähnlicher religiöser und kultureller Struktur.



In Deutschland wurden 2023 etwa 13.500 Abschiebungen vollzogen.

Eine Remigration setzte dann nach dem Ersten Weltkrieg ein, als etwa ein Drittel in das neugeschaffene Polen zurückkehrte und ein weiteres Drittel weiter in die Kohlegruben nach Frankreich zog. Das restliche Drittel assimilierte sich vollständig. Natürlich wurde keine der beiden genannten Wellen – es gibt sicher weitere – problemlos integriert. Die Hugenotten traf der Neid ihrer katholischen und protestantischen Nachbarn, da sie von den jeweiligen Landesfürsten großzügig mit Krediten angesiedelt wurden, die den Einheimischen verwehrt blieben und die „Ruhrpolen“, die den Verein Schalke04 gründeten, sahen ihren Verein spöttisch als „Polackenverein“ diskreditiert. In Polen wurde die deutsche Meisterschaft 1934 von Schalke daher genauso wie im Revier gefeiert. Das also waren echte Einwanderer und Migranten. Wie übrigens die Wellen von Spaniern, Italienern und Türken nach dem Zweiten Weltkrieg auch.

## Asyl und seine Voraussetzungen

Asyl: Tatsächlich ist der Begriff des Asyls überhaupt nicht definiert. So liegt „politische Verfolgung“ laut der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dann vor, wenn „einem Einzelnen durch den Staat oder durch Maßnahmen Dritter, die dem Staat zuzurechnen sind, in Anknüpfung an seine Religion, politische Überzeugung oder an andere, für ihn unverfügbare Merkmale, die sein Anderssein prägen, gezielt Rechtsverletzungen zugefügt werden, die nach ihrer Intensität und Schwere die Menschenwürde verletzen, ihn aus der übergreifenden Friedensordnung der staatlichen Einheit ausgrenzen und in eine ausweglose Lage bringen“ (Wikipedia). Oder, auf Deutsch: Im Iran oder in anderen nahöstlichen und afrikanischen Staaten homosexuell zu sein,

bringt den Protagonisten sehr wohl in eine „ausweglose Lage“, die in der Regel an einem Baukran endet.

Die weit häufigere Anerkennung eines Bleiberechts bezieht sich auf die Genfer Flüchtlingskonvention. Hier wird dem Neuankömmling eine generelle „Flüchtlingeigenschaft“ zuerkannt, wenn (Luft holen!) „er sich als nicht-deutscher Staatsangehöriger wegen begründeter Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe außerhalb seines Herkunftslandes befindet und dort als dessen Staatsangehöriger keinen Schutz erhält oder aus Furcht den dortigen Schutz nicht in Anspruch nehmen will oder als Staatenloser nicht dorthin zurückkehren kann oder will.“ Mit anderen Worten: Wenn er nicht kann oder will, dann wird er eben als Flüchtling anerkannt, sofern sein Herkunftsort nicht als „sicheres Herkunftsland“ gilt.

Das individuelle Recht auf Asyl ist seit 1949 im deutschen Grundgesetz verankert. Interessanterweise sollte dieses Recht anfangs nur für Deutsche gelten, die wegen „Eintretens für Freiheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit oder Weltfrieden im Ausland verfolgt werden“. Ein weitergehender Entwurf, der das Asylrecht für grundsätzlich alle politischen Flüchtlinge weltweit öffnete, wurde zuerst wegen vermeintlich oder tatsächlich drohender Unfinanzierbarkeit abgelehnt. Die heutige Formulierung wurde von den beiden „Vätern des Grundgesetzes“, Carlo Schmidt von der SPD und Hermann von Mangoldt, CDU, im „parlamentarischen Rat“ durchgesetzt.

## Sichere Drittstaaten

Tatsächlich wurde dieses individuelle Asylrecht 1993, nachdem die Anzahl der

Asylbewerber während des Jugoslawien-Kriegs sprunghaft gestiegen war, dahingehend modifiziert, dass „Ausländer, welche über einen Staat der Europäischen Union oder einen sonstigen sicheren Drittstaat einreisen“ sich nicht auf das Asylrecht beziehen können. Ferner wurden sogenannte „sichere Herkunftsländer“ definiert, was zur Folge hatte, dass dort keine politische Verfolgung vermutet wurde und der Asylbewerber nun diese Vermutung entkräften musste. Ebenfalls wurde der Rechtsschutz für die Prüfung eingeschränkt.

Faktisch bedeutet dies, dass ein „Schutzsuchender“ oder „Verfolgter“ dann abgewiesen werden kann, wenn seine Einreise aus einem Staat erfolgt, der nach europäischem Recht für die Schutzgewährung des Asylbewerbers zuständig ist. Oder, auf Deutsch, wer aus Österreich kommt, muss dort oder noch früher, in Griechenland, seinen Antrag stellen und nur dort wird er auch geprüft. Machen wir uns jedoch nichts vor: Derartige Prüfungen sind langwierig und Staaten mit eher rudimentärer Aufnahmestruktur winken lieber in den Nachbarstaat durch, als sich die bürokratischen Mühen einer Überprüfung anzutun. Wortwörtlich ausgelegt könnten Asylbewerber nur bei Einreise über den Luftweg in Deutschland Asyl beantragen.

Daher kam es 2015 zu einer weiteren Reform des Asylrechts, jetzt unter der Kanzlerschaft Merkel: Neben der Finanzverteilung und der Definition weiterer „sicherer Drittstaaten“ befasste sich diese Änderung mit der Behandlung der „nun einmal da-Seienden“. Hier wurden nun Bleibemöglichkeiten für „gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende“ sowie „Langzeitgeduldete“ und der Familiennachzug geregelt. Im Gegenzug wurden die „Voraussetzungen für die Erteilung

einer Aufenthaltserlaubnis“ begrenzt sowie für „Ausreisegewahrsam“ und für „Abschiebehaft“ verschärft. Diese Gesetze gestatteten die Haft „zum Zweck der Abschiebung nach Dublin III“, bestimmte Einreise- und Aufenthaltsverbote für abgelehnte Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten und erlaubte es, „Datenträger von Ausländern zum Zweck der Identitätsfeststellung auszulesen“ – oder, auf Deutsch, die Handys von Asylsuchenden zu konfiszieren und so auf deren Herkunft zu schließen, wenn sie sich weigerten, an ihrer Identitätsfeststellung mitzuwirken. Erweitert wurde dieses Gesetz um die „2+3 Regelung“ 2016, die eine Duldung für die Dauer einer Ausbildung und zwei weiterer Jahre zulässt.

### Gesetze werden unterlaufen

Die Praxis allerdings sieht weitgehend so aus, dass die bestehenden Gesetze schlicht ignoriert oder unterlaufen werden. Natürlich hätten Deutschland und die EU die Möglichkeit, ungeprüfte Asylbewerber auf die EU-Mitgliedsstaaten zu verteilen – nur: Selbst wenn heute Asylbewerber beispielsweise Slavkov-u-Brna in Tschechien zugeteilt würden, niemand kann sie hindern, sich wieder Richtung Deutschland in Bewegung zu setzen.

Hinzu kommt die Problematik des „dummen Ehrlichen“. Tatsächlich schiebt Deutschland teilweise gut integrierte Familien, die den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten in der Lage sind, regelrecht gnadenlos ab, wenn eine Duldung abgelaufen ist. Warum? Weil deren Identitäten und Herkunftsländer bekannt sind. Da werden Kinder aus Schulklassen herausgeholt und Menschen von ihrem Arbeitsplatz weg oder mitten in der Nacht kassiert und finden sich in einem Abschiebeflieger wieder, während andere, die ihre Pässe verbrennen und Deutschland als Selbstbedienungsladen für Geld und Frauen betrachten, auf ewige Zeiten und teilweise mit mehreren Identitäten sich hier aufhalten. In einem Satz: Wir schieben die Falschen, die Ehrlichen ab. Geht es für beide Seiten noch dümmere?

Kommen wir zu den schwierigen Begriffen: Remigration und Deportation.

Von Remigration gibt es zwei Arten: Die „freiwillige Remigration“, also wie am Anfang dieses Artikels ausgeführt, derjenige, der freiwillig in sein Ursprungsland zurückkehrt, weil die Spanier auf Mallor-

ca keinen deutschen Hans gebraucht haben, der ihnen das Leben erklärt und „das Schaffen beibringt“ und die „unfreiwillige Remigration“. Tatsächlich sind hier, ob nun rechtlich sauber oder erzwungen, Abschiebungen gemeint. Wer sein Bleibe-recht, aus welchen Gründen auch immer, verwirkt hat, der wird auf Staatskosten wieder dahin gebracht, wo er herkommt. Grundsätzlich ist dies sogar richtig, denn es gibt keinen Grund, Kriminelle hier auf Kosten der Allgemeinheit weiter zu beherbergen und zu verköstigen, die das Gastrecht mit Füßen treten. Das moralische Dilemma besteht vielmehr darin, was dem „zu Remigrierenden“ in seinem Herkunftsland drohen mag: Ist es wirklich moralisch vertretbar, beispielsweise einen Mörder in ein Land abzuschicken, in dem ihm die Todesstrafe droht? Was ist mit seinen Kindern und seinen Verwandten, die er hierzulande haben mag? Sind diese ebenfalls von Abschiebung bedroht, obwohl sie sich nichts zu Schulden haben kommen lassen? Kann oder soll ein Staat Familien derart trennen?

### Was ist mit den Angehörigen?

Innenministerin Nancy Faeser machte im August des letzten Jahres den überraschenden Vorstoß, „Angehörige von kriminellen Clans auch ohne Begehung eigener Straftaten“ abzuschicken. Neben der Vorstellung, was in diesem Lande los wäre, hätte ein Abgeordneter der AfD diesen Vorschlag gemacht, bleibt hier der Geschmack der Sippenhaft hängen – um es vorsichtig auszudrücken. Was wäre denn ein „krimineller Clan“? Nehmen wir beispielsweise einmal den „Remmo-Clan“, der Berlin und Umgebung unsicher macht und durch überbordende Kriminalität und fast schon originell zu nennende Straftaten wie den Juwelen-diebstahl aus dem Dresdner Grünen Gewölbe im November 2019 mit einer Beute von 113,8 Millionen Euro aufgefallen ist: Natürlich sind auch diejenigen, die weder unmittelbar noch mittelbar mit den entsprechenden Straftaten zu tun haben, auf die ein- oder andere Weise Nutznießer dieser Taten und seien es nur die 100,- € Scheine, die der angeheirateten Kusine des Schwippschwagers des drittjüngsten Cousins bei der Hochzeit unter den Gürtel gesteckt wurden. Aber rechtfertigt dies die Abschiebung oder Remigration (nehmen Sie, was Ihnen besser gefällt) der

entsprechenden Personen? Was ist mit den Kindern, die hier zu Schule gehen? Pech gehabt? Mitgegangen, mitgefangen? Es ist nun – leider und gottseidank – die verdammte Pflicht und Schuldigkeit eines Rechtsstaats, nach seinen eigenen, rechtsstaatlichen und – ja – auch moralischen Leitlinien und Prinzipien zu handeln. Sonst ist er kein Rechtsstaat mehr, sondern ein Unrechtsstaat. Der Vorschlag der Innenministerin ist also nicht nur populistisch – er ist auch juristisch nicht durchsetzbar. Oder, in einem Wort: Blöd.

Finster wird es jetzt bei den Begriffen der Deportation oder der „Ethnischen Säuberung“: Wenn Sie gelegentlich Stammtische besuchen oder die feinen Mahlzeiten an einer Autobahnraststätte genießen, dann hören Sie gelegentlich so saudämliche Ideen wie „Allen einen Fallschirm umbinden und über Afrika abwerfen“. Etwas feiner formuliert es Wikipedia: „Deportation bedeutet die Verschickung, Verschleppung oder Verbannung von Straftätern, politischen Gegnern oder ganzen Volksgruppen mit staatlicher Gewalt in weit entlegene Gebiete zu langjährigem oder lebenslangem Zwangsaufenthalt.“ Gerade die deutschen Juden, aber auch andere Betroffene aus den deutschen Nachbarländern, können diese Definition nachvollziehen und haben sie am eigenen Leib der Familiengeschichte erlebt – bis hin zur Vernichtung durch Arbeit oder Gas. Hier verlassen wir auch den rechtsstaatlichen Bereich und auch den Bereich des Grundgesetzes und des Völkerrechts und betreten den weiten Raum der Staatskriminalität. Besonders heikel wird hier die Gewichtung zwischen Schutz des eigenen Landes und dem offenen Bruch des Völkerrechts bei ethnischen Säuberungen.

### Bruch des Völkerrechts

Der Holocaust des Dritten Reiches war ein ganz klarer und nicht mehr wegzuschender Bruch des Völkerrechts und der Moral. Es war für die Sicherheit Deutschlands moralisch schlicht nicht notwendig, seine jüdischen Bürger zu vernichten, da diese zu keiner Zeit und in keiner Weise die Sicherheit Deutschlands bedrohten. Ebenso wenig wie Homosexuelle oder Kommunisten, um zwei weitere Opfergruppen zu nennen.

Der Zweite Weltkrieg fußte neben weiteren Gründen auch auf der Unzu-

friedenheit und dem Nationalismus der deutschen Minderheiten in Polen und der Tschechoslowakei. Tatsächlich war die deutsche Minderheit in Polen zwischen 1918 und 1939 ein Quell ständiger Unruhen und ständigen Ärgers – ebenso wie in der Tschechoslowakei. Diese Unruhen hörten erst nach der mit Sicherheit völkerrechtswidrigen Vertreibung der Deutschen ab 1945 auf. So schlimm dies auch für die einzelnen Individuen gewesen sein mag und so wenig eine 10-jährige Katrin für die Ermordung einer 10-jährigen Sarah konnte – in der Konsequenz waren die Vertreibungen einer Volksgruppe, die für die Entfesselung eines Kriegs und des Holocausts (mit-)verantwortlich waren nur folgerichtig. Heute weinen nur noch ganz hartgesottene Nationalisten dem Verlust Straßburgs, Danzigs oder Breslaus hinterher. Die deutsche Minderheit in Polen ist verschwindend gering und mag auch das Unrecht der Vertreibungen bis heute nicht endgültig aufgearbeitet sein – den gut nachbarschaftlichen Beziehungen tun sie heute keinen Abbruch mehr.

Wir sollten also sehr genau beobachten, wer welches „Wording“ verwendet und was er damit genau sagen will. Denn wenn ein Bundeskanzler Scholz frei von der Leber weg Sätze wie „Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben“ ausspricht – meint er dann das Gleiche wie ein Martin Sellner?

Und was meint dieser, wenn er von „Remigration“ spricht? Und wie kann man knapp 80 Jahre wieder auf die Idee kommen, Menschen „mit deutschem Pass, die sich nicht integrieren wollen“ in eine Art Kolonie in Afrika zu verfrachten? Was meint das genau? Das gleiche wie der „Madagaskar-Plan“? Oder das gleiche wie „der Führer schenkt den Juden eine Stadt“? Hören wir weiter aufmerksam zu! Und bleiben wir wachsam. Ob es um Remigration, Deportation oder Integration geht.

*Thilo Schneider, Jahrgang 1966, freier Autor und Kabarettist im Nebenberuf, LKR-Mitglied seit 2021, FDP-Flüchtling und Gewinner diverser Poetry-Slams, lebt, liebt und leidet in der Nähe von Aschaffenburg.*

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiost – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiost haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

**Kaufen Sie auf der Seite [www.juedische-rundschau.de/shop](http://www.juedische-rundschau.de/shop) jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.**

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 4,25 Euro statt 4,95 Euro am Kiosk, das Jahresabo 49,75 Euro statt 57,50 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website [www.juedische-rundschau.de/shop](http://www.juedische-rundschau.de/shop) zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

# Eine Hochburg des akademischen Antisemitismus: Universität Tübingen diskutiert die Auslöschung Israels

Ende November 2023 hielt der amerikanisch-israelische Professor Daniel Boyarin (University of California, Berkeley) eine Rede an der Universität Tübingen, in der er für die Abschaffung des Zionismus plädierte. Seinen kruden Thesen widerspricht Rabbi Abraham Cooper vom Simon Wiesenthal Zentrum in Los Angeles, der das Judentum als zentralen Kern des jüdischen Staates betont. (JR)

## Von Benjamin Weinthal

Ausbrüche von Antisemitismus an der Universität Tübingen, darunter ein Aufruf eines Akademikers der University of California, Berkeley, Israel zu liquidieren, stehen im öffentlichen Rampenlicht.

Die Universität Tübingen in Baden-Württemberg hatte Ende November 2023 Daniel Boyarin (Professor an der University of California, Berkeley) zu Gast, der für ein Judentum ohne einen jüdischen Staat streitet, so ein Artikel in der Lokalzeitung 'Schwäbisches Tagblatt' über die Konferenz.

Boyarins Behauptung —die für die Abschaffung des Zionismus plädiert—in seinem Buch von 2023 mit dem Titel „The No State-Solution“ [Die Keinstaatenlösung] war auf der Konferenz ein heißes Diskussionsthema.

Boyarin ging auf der Veranstaltung mit Israels Regierung wegen deren „autoritären, rassistischen, militärischen Vorgehens“ hart ins Gericht, laut 'Schwäbisches Tagblatt'.

Israels Regierung begann einen Verteidigungskrieg gegen die von den USA und der EU als Terrororganisation eingestufte Hamas-Bewegung, nachdem die dschihadistische Organisation in Südisrael am 7. Oktober 1.200 Menschen massakrierte.

## Deutliche Worte von Rabbi Abraham Cooper

Rabbi Abraham Cooper, Associate Dean des Simon Wiesenthal Centers in Los Angeles, sagte gegenüber der 'Jüdischen Rundschau' (JR), „...es ist empörend, dass in Deutschland eine Konferenz fast zwei Monate nach dem Massenmord und der Massenvergewaltigung von Juden am 7. Oktober stattfindet und ein Redner auftritt, der fordert Israel aufzulösen und das Judentum als Religion für eine dauerhafte jüdische Diaspora zu hinterlassen.“

Er fuhr fort: „Und dass es eine akademische Konferenz gibt und ein Redner dort aufsteht und zur Liquidierung Israels aufruft, das derzeit Heimat für 10 Millionen Bürger ist, von denen mehr als 80% Juden sind, die die größte jüdische Gemeinschaft der Welt bilden, ist offenesagt völlig inakzeptabel.“

Offenbar betrachtet dieser Redner das Judentum als Multiple Choice-Übung, nicht als uralten, grundlegenden abrahamitischen Glauben. Die Wahrheit liegt im Kern des Judentums, unseren Gebeten, den Hoffnungen unseres Volks und die Sehnsucht zweier Jahrtausende, die in der Rückkehr nach Zion bestand.“

Cooper sagte, dass „jeder, der versucht Zion aus dem Judentum zu entfernen, damit eine der Säulen unseres Glaubens, unserer Bestimmung und Geschichte beseitigt. Das Judentum ist keine Multiple Choice-Übung, genauso wenig übrigens der Islam.“

Befragt zu seinen Attacken gegen den jüdischen Staat, zu angeblichen Gegenreaktionen auf seinen Vortrag bei der Konferenz in Tübingen und ob er ein jüdischer Antisemit sei, sagte Boyarin der JR: „Ich bin kein jüdischer Antisemit.“



An der Universität Tübingen wurden anti-israelische Theorien besprochen.

mit. Ich bin ein jüdischer Antizionist. Ich habe nichts mit rechtem Nationalismus zu tun, weder deutschem noch jüdischem, auch nicht mit Kosmopolitismus. Fakt ist, dass ich mich als jüdischer Nationalist identifiziere, ein jüdischer Diaspora-Nationalist; mein Antizionismus hat mit der falschen Identifizierung von Nationalismus als Souveränität zu tun, nicht mit Geringschätzung für die jüdische Kultur, Identität und Solidarität. Ich habe in Tübingen keinen ‚Gegenwind‘ festgestellt; das muss privat zum Ausdruck gebracht worden sein oder jedenfalls außerhalb meiner Hörweite.“

## Und wieder Dr. Michael Blume

Die Universität Tübingen hatte am 9. Januar den Bürokraten, dem Antisemitismus vorgeworfen wird, Michael Blume als Redner zu Gast; er ist mit der Bekämpfung des Antisemitismus in Baden-Württemberg beauftragt. Laut Experten hielt er eine Schmähere gegen Juden und Israel.

Blume hielt in Tübingen einen Vortrag mit dem Titel „Antisemitismus in unserer Gesellschaft“; darin erklärte er:

„Benjamin Netanjahu genehmigte Geldflüsse aus Katar an die Hamas nach Gaza. Seine Regierungskoalition mit Rechtsextremen und Ultraorthodoxen spaltete die israelische Gesellschaft mit der versuchten Abschaffung der Gewaltenteilung und verlegte die israelische Armee zu den Siedlern ins Westjordanland, statt den eigenen Süden zu schützen. Wir sehen hier keine angebliche ‚zionistische Weltverschwörung‘, sondern schweres, politisches Versagen, das hoffentlich auch

in Wahlen aufgearbeitet werden wird.“

Blume sagte auch: „Die europäische und US-amerikanische Rechte hat ganz ebenso wie israelische Regierungen den Ausbau Erneuerbarer Energien blockiert und damit die fossile Finanzierung von Regimen wie Russland, Iran, Katar und ihren Ablegern Hamas, Huthis und Hisbollah zugelassen, ja gefördert.“

Der Journalist Henryk M. Broder schrieb über Blume auf 'Die Achse des Guten': „Er nutzt seine Position, um klassischen antisemitischen Quatsch aufzuwärmen, wie z.B. den, die israelischen Regierungen hätten in Zusammenarbeit mit der europäischen und amerikanischen Rechten „den Ausbau Erneuerbarer Energien blockiert“. Am Ende ist doch der ‚Jud‘ an allem schuld. Das sei keine „zionistische Weltverschwörung“, raunt er präventiv, wissend oder ahnend, dass er im Begriff ist, in genau diese Kiste zu greifen.“

Rabbi Cooper fügte hinzu: „Hier war drei Monate nach dem blutigsten Tag in der jüdischen Geschichte seit dem Nazi-Holocaust die Gelegenheit, dass ein ‚Antisemitismus-Beauftragter‘ den unkontrollierten Antisemitismus in Deutschland, Westeuropa und Nordamerika angeht. Stattdessen zog er Verbindungen zwischen dem 7. Oktober und CO<sub>2</sub>-Ausstoß.“

## Falsche Besetzung der Ämter

Es gibt Antisemitismus-Skandale ohne Ende bei Blume. Rabbi Cooper ist bereits im Dezember hart mit Blume ins Gericht gegangen. In einer Anhörung vor dem US-Kongress im Dezember über „Addressing the Scourge of Anti-

Semitism in Europe“ sagte Cooper: „Während wir die Einrichtung der Antisemitismusbeauftragten grundsätzlich begrüßen, allen voran den sehr kompetenten Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung Felix Klein, mussten wir zwei dieser sogenannten Antisemitismusbeauftragten wegen Antisemitismus anprangern: Michael Blume aus Baden-Württemberg, und Gerhard Ulrich (aus Schleswig-Holstein), die mit ihren Aussagen den Judenhass legitimiert haben, anstatt die jüdische Gemeinde zu unterstützen.“

Der deutsch-israelische Rechtsanwalt Nathan Gelbart sagte gegenüber der JR: „Ich bin nicht überzeugt davon, dass Herr Blume die ideale Besetzung für sein Amt ist. Zu viele unglückliche Statements, zu viele Missverständnisse und zu viele likes von Posts in den social media mit evident antisemitischem Inhalt sollten Herrn Blume dazu veranlassen, sich über ein anderes Betätigungsfeld konkrete Gedanken zu machen. Insbesondere seine Kommentare zu Orde Wingate und zu Malca Goldstein-Wolf sind unangebracht und inakzeptabel. Auch die regelmäßigen gerichtlichen Auseinandersetzungen sind dem Ruf seines Amtes nicht förderlich.“

Blume lehnte es ab, sich dazu zu äußern wie auch Leon Kakkoliadis, der Sprecher der Universität Tübingen, der es ebenfalls ablehnte, zu kommentieren und zahlreiche E-Mail-Presseanfragen der JR nicht beantwortete.

Benjamin Weinthal ist Writing Fellow für Middle East Forum.

# Der Unsinn, aus dem Antisemitismus-Beauftragte gebacken werden

Gleich nach dem Influencer, dem Eventmanager und dem Insolvenzberater ist „Antisemitismusbeauftragter“ ein Beruf mit Zukunft. Der Antisemitismus hat Hochkonjunktur, und da braucht man ausgewiesene Experten, die ihn sachkundig begleiten. Soll heißen: Zwischen Antisemiten und Juden vermitteln, indem sie darüber reflektieren, ob die Parole „Tod den Juden!“ antisemitisch aufgeladen ist, während „Tod Israel!“ eine zulässige politische Aussage enthält. Henryk M. Broder hat das fragwürdige Alibi-Amt eines Antisemitismusbeauftragten durchleuchtet. (JR)

Von Henryk M. Broder

Neben dem Antisemitismusbeauftragten des Bundes, der seit 2018 amtiert, gibt es inzwischen in jedem Bundesland einen eigenen Antisemitismusbeauftragten, dazu eine wachsende Anzahl von Antisemitismusbeauftragten an Hochschulen, Kultureinrichtungen und in Justizverwaltungen. Schaut man sich deren Jobprofile an, geht es immer darum, den „Juden und Jüdinnen“ in Deutschland einen „Ansprechpartner“ zu bieten. Wofür? Für den Fall, dass sie antisemitisch angegangen werden und hinterher nicht wissen, wie sie sich verhalten sollen, hören sie doch jeden Tag irgendeinen Politiker sagen, für Antisemitismus gebe es in Deutschland „keinen Platz“. Dafür umso mehr Raum für Antisemitismus-Beauftragte. Hört sich seltsam an, ist aber so.

Einer der 16 Landesbeauftragten hat es inzwischen auch außerhalb seines Sprengels – es handelt sich um das Land Baden-Württemberg, die Heimat von Kurt-Georg Kiesinger, Hans Filbinger und Martin Walser – zu einer Bekanntheit gebracht, die ihn dazu qualifiziert, Vorträge zu halten. Er nutzt die Gelegenheit gerne, um über sich selbst zu sprechen, was er alles geleistet hat und dass die Welt ein besserer Ort wäre, wenn die Menschheit ihm folgen würde.

So auch am 9. Januar dieses Jahres an der Uni Tübingen, wo Dr. Michael Blume, „Religions- & Politikwissenschaftler“ und darüber hinaus „Beauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus“ über „Die Nacht der fossilen Reaktanz“ referierte und über die Frage „Warum wir große Teile der Menschheit an den Dualismus verlieren“. Was einige der Zuhörer ein wenig verwirrt haben könnte, war doch eigentlich ein Vortrag über „Antisemitismus in unserer Gesellschaft“ angekündigt und nicht über „Reaktanz“ und „Dualismus“; „Reaktanz“ klingt nach Darmspiegelung, „Dualismus“ nach Berliner Weiße mit Himbeergeist.

Nachdem Dr. Blume die Ehrengäste ausführlich begrüßt hatte, wandte er sich seinem Lieblingsthema zu, dem Schaffen und Wirken von Dr. Blume.

„Hier in Tübingen habe ich als Student und frisch getaufter Christ über das großartige Buch von Elie Wiesel ‚Die Weisheit des Talmud‘ meinen ersten, wissenschaftlichen Zugang zum Judentum gefunden. Und ich konnte hier als Arbeiterkind über die damals sogenannte ‚Neurotheologie‘ – über Religion & Hirnforschung – promovieren. Auch dafür werde ich immer dankbar sein!“

## Die Welt kreist um Dr. Blume

Damit wäre alles Relevante eigentlich gesagt gewesen, hätte sich Dr. Blume nicht verpflichtet gefühlt, anhand eines Textes von Elie Wiesel die Geschichte eines „jüdisch-kabbalistischen Leh-



Dr. Michael Blume ist Antisemitismusbeauftragter des Landes Baden-Württemberg.

„rers“ namens „Mojsche-der-Schames“ zu erzählen, „der von den Nazis früh deportiert wurde und eine Erschießung knapp überlebte“. Ja, so sieht ein „wissenschaftlicher Zugang zum Judentum“ aus. Wer eine Erschießung „knapp“ überlebt, der wird auch eine Vorlesung über „Reaktanz“ und „Dualismus“ ohne Schaden an Leib und Seele hinter sich bringen.

Egal, worüber Dr. Blume redet, wen oder was er ins Visier nimmt, alles fängt bei ihm an und führt zu ihm zurück. Die Erde dreht sich nicht um die Sonne, sie kreist um Dr. Blume. Er sagt voraus, er warnt, er schlägt vor, er fordert, er überwindet Grenzen und redet darüber. Im Vorübergehen watscht er auch „israelische Rechtsextremisten“ ab, welche „die EU höhnisch auffordern, wir sollten alle Palästinenserinnen und Palästinenser aus Gaza bei uns aufnehmen“. Was soll an dieser Idee schlecht sein, so sie denn wahr ist? „Wir“ haben doch auch Massen von Afghanen, Pakistanern, Türken, Tunesiern, Seengalesen und Irakern bei „uns“ aufgenommen und nur die besten Erfahrungen mit ihnen gemacht. Den „Deutschen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Thüringen“ ruft Blume zu:

„Verschwörungsunternehmer, Antisemiten und Faschisten vertreten nicht Eure Interessen. Sie verleugnen die Folgen der fossilen Klima- und Wasserkrise, die schon jetzt Eure, unsere Heimat beschädigen und bedrohen!“

## Der fossile (petromaskulinistische) Lebensstil

Erstaunlich, dass ein so klar denkender Mensch wie Dr. Blume Meck-Pomm und Brandenburg links liegenlässt und dafür Niedersachsen dem von

„Verschwörungsunternehmern, Antisemiten und Faschisten“ kontaminierten Osten zuschlägt. Schlimm, ganz schlimm, ist auch der „fossile (petromaskulinistische) Lebensstil“, Ursache und Quelle allen Übels. Die Umstellung auf Erneuerbare Energien und ein Abbau der „verschwenderischen Massentierhaltung“ seien die Voraussetzungen für eine friedliche und gerechte Welt. In diesem Zusammenhang kommt Dr. Blume tatsächlich auf den Antisemitismus zu sprechen:

„Wenn wir den Antisemitismus also niemals wieder zurückdrängen wollen, dann müssen auch wir selbst uns ändern – in der Europäischen Union, in den USA, in Israel, in jeder Demokratie. Wir müssen aufhören, unsere fossilen Feinde zu finanzieren...“

Viele Wege führen in den Antisemitismus, aber nur einer aus ihm heraus – der Verzicht auf fossile Energien. Das ist der Unsinn, aus dem in Deutschland Antisemitismus-Beauftragte gebacken werden. Dr. Blume findet diesen Gedanken dermaßen überzeugend, dass er ihn im Laufe seines Vortrags mehrmals variiert, ihn zur Basis der Grundlage seiner Befunde macht.

„Die europäische und US-amerikanische Rechte hat ganz ebenso wie israelische Regierungen den Ausbau Erneuerbarer Energien blockiert und damit die fossile Finanzierung von Regimen wie Russland, Iran, Katar und ihren Ablegern Hamas, Huthis und Hisbollah zugelassen, ja gefördert.“

## Der Jud' ist an allem schuld

Aber das ist noch nicht das Ende der energiepolitischen Fahnenstange.

„Benjamin Netanjahu genehmigte Geldflüsse aus Katar an die Hamas

nach Gaza. Seine Regierungskoalition mit Rechtsextremen und Ultraorthodoxen spaltete die israelische Gesellschaft mit der versuchten Abschaffung der Gewaltenteilung und verlegte die israelische Armee zu den Siedlern ins Westjordanland, statt den eigenen Süden zu schützen. Wir sehen hier keine angebliche ‚zionistische Weltverschwörung‘, sondern schweres, politisches Versagen, das hoffentlich auch in Wahlen aufgearbeitet werden wird.“

Erstaunlich, was Dr. Blume, Antisemitismusbeauftragter des Landes BW und Experte für Reaktanz, Dualismus und „petromaskulinistischen“ Lebensstil, so alles weiß und wie geschickt er einen Zusammenhang zwischen Vorgängen herstellt, die – oberflächlich betrachtet – nichts miteinander zu tun haben. Schaut man aber genauer hin, wird einem klar, wie engmaschig das Netz von Ursache und Wirkung ist, das Dr. Blume knüpft. Dieser Begabung hat er seine Berufung zum Antisemitismusbeauftragten in BW zu verdanken.

Er nutzt seine Position, um klassischen antisemitischen Quatsch aufzuwärmen, wie z.B. den, die israelischen Regierungen hätten in Zusammenarbeit mit der europäischen und amerikanischen Rechten „den Ausbau Erneuerbarer Energien blockiert“. Am Ende ist doch der Jud' an allem schuld. Das sei keine „zionistische Weltverschwörung“, raunt er präventiv, wissend oder ahnend, dass er im Begriff ist, in genau diese Kiste zu greifen. Aber die Versuchung, im Kostüm eines Antisemitismusbeauftragten lupenreinen Antisemitismus zu verbreiten, ist zu groß, als dass er ihr widerstehen könnte. Das ist kein unbekanntes Phänomen, es gibt Feuerwehrmänner, die gerne ab und zu ein Feuer legen, um sich anschließend als Feuerlöscher zu profilieren. Das hat inzwischen sogar ein Hamburger Landgericht erkannt und ein bemerkenswertes Urteil gefällt: „Antisemitismusbeauftragter darf weiter als ‚antisemitisch‘ bezeichnet werden“.

Und hier noch aus dem Bericht des SWR über die Zunahme antisemitischer Vorfälle im Beritt des Antisemitismus-Beauftragten von BW. Interessant ist vor allem dieser Absatz: „Der größte Teil der Taten ist nach diesen Angaben weiterhin rechtsmotiviert – mit deutlich steigender Tendenz. Von den 184 Delikten im ersten Dreivierteljahr dieses Jahres werden 135 diesem Bereich zugerechnet, in den ersten drei Quartalen des Vorjahres waren es 109 Fälle.“ Von 184 antisemitisch gelesenen Delikten wurden 135, also zwei Drittel, dem rechten Spektrum „zugerechnet“, ohne jeden empirischen Beleg. Das ist, als würde man zwei von drei Bürgern von BW dem Analphabeten-Milieu „zurechnen“, weil sie alles können, außer Hochdeutsch.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Achgut.com

# Dr. Markus Krall im Interview: Gerichtlicher Sieg über Antisemitismuskorrekturen und Punkte aus seinem Partei-Programm

Am 20.1.2024 verkündete Markus Krall zusammen mit dem ehemaligen Chef des Verfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen die Gründung einer neuen konservativen Partei aus der ehemaligen CDU-nahen WerteUnion. Nun hat er eine Klage gegen das Schweizer Portal der Katholischen Kirche kath.ch gewonnen. Dieses hatte ihm aufgrund von Aussagen des umstrittenen und wie gerichtlich bestätigt als Antisemiten geltenden Baden-Württembergischen Antisemitismusbeauftragten Michael Blume Juden Hass vorgeworfen. Die Jüdische Rundschau traf Dr. Markus Krall zum Gespräch. (JR)

## Interview von Collin McMahon

Der Wirtschaftswissenschaftler und Bestsellerautor Dr. Markus Krall (61) hat einen bewegten Start in das Jahr 2024 erlebt: Am 22.1.2022 erlitt er einen schweren medizinischen Notfall, nachdem Linksjournalisten eine Rufmordattacke gegen ihn gestartet hatten. Das Timing der Attacke war offensichtlich politisch motiviert, denn am 20.1.2024 verkündete Krall zusammen mit dem ehemaligen Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen die Gründung einer neuen konservativen Partei aus der ehemaligen CDU-nahen WerteUnion.

Am 23.1.2024 gewann Krall aus dem Krankenbett seine Klage gegen das Schweizer Portal der Katholischen Kirche kath.ch, das ihm aufgrund von Aussagen des umstrittenen Baden-Württembergischen Antisemitismusbeauftragten Michael Blume Juden Hass vorgeworfen hatte. Die Autorin Barbara Ludwig wurde laut Neuer Zürcher Zeitung zu 30 Tagessätzen à 120 Franken verurteilt.

Am 22.1.2024 warf ihm das öffentlich-private „Recherchekollektiv“ WDR/NDR/SZ „Reichsbürgerkontakte“ u.a. zu Heinrich XIII. Prinz Reuß vor, der seit über einem Jahr ohne Prozess wegen angeblichem „Putschversuch“ in Untersuchungshaft sitzt. Einen Prozesstermin gibt es immer noch nicht.

Die Ermittler hätten Krall „als Zeuge, nicht als Beschuldigten“ und „nicht als Mitglied der angeklagten Gruppierung eingestuft“, so Florian Flade (WDR), Martin Kaul (WDR, Reporter ohne Grenzen), Sebastian Pittelkow (NDR) und Katja Riedel (WDR). Statt der staatsanwaltlich geäußerten Unschuldseinstellung strickten die gebührenfinanzierten Haltungsjournalisten trotzdem eine reißerische Räuberpistole über „Planungen zur Erstellung einer neuen staatlichen Ordnung“ durch eine „terroristische Vereinigung“ von „unsichtbaren Patrioten“ um Reuß.

„Wie zu erwarten“, schrieb Krall auf Twitter/X. „Die Framing- und Nudging-Presse glaubt an die WerteUnion und ihren „Strippenzieher Krall“ ihr Reichsbürger-Etikett drankleben zu können.“ Sein Werkzeug sei jedoch „nicht der Rollator“, so Krall in Anspielung auf das hohe Alter einiger der angeblichen Putschisten, sondern „die Kettensäge“ – eine Anspielung auf den neuen argentinischen Präsidenten Javier Milei, der bei seinen Auftritten symbolisch die Kettensäge an die Staatsbürokratie legt.

„Und ja: Den Mädels von der Lügenjournalaille geht es nach der Wende an den Geldbeutel. Eure steuerzahleralimentierte Reichspropagandashow wird vorbei sein. Schaut Euch schon mal nach neuen Jobs um“, schrieb Kralls Team in seinem Auftrag aus der Klinik.

In der Frankfurter Klinik erreichte ihn die Nachricht seines Gerichtserfolgs gegen kath.ch und die Autorin Barbara Ludwig. In einem Artikel vom 6.11.2022 hatte Ludwig Krall „eine antidemokratische und antisemitische Gesinnung“ unterstellt.



Der Ökonom und Bestsellerautor Dr. Markus Krall.

Ludwig berief sich in erster Linie auf Aussagen des Baden-Württembergischen Antisemitismusbeauftragten Michael Blume, der Krall unterstellte, „Verschwörungsmethoden“ über eine angebliche „Kulturmarxismus-Weltverschwörung“ der „deutsch-jüdischen Frankfurter Schule“ zu verbreiten. Daraufhin wurde Krall von einem Vortrag am 2.11.2022 an der Dekanatsversammlung Chur in der Schweiz ausgeladen.

Michael Blume habe sich laut Ludwig über die Ausladung von Markus Krall „erfreut“ gezeigt, und über die „zunehmende Wachsamkeit“ gegenüber „rechtslibertärem Antisemitismus.“

Krall hingegen durfte sich in dem Artikel nicht verteidigen. In der NZZ nannte Krall den Antisemitismusvorwurf „ungeheuerlich“, „eine schwere Beleidigung“ und „völlig konstruiert“. Seine Ablehnung der „Frankfurter Schule“ hätte nichts damit zu tun, dass führende Köpfe der neomarxistischen Frankfurter Schule wie Max Horkheimer, Herbert Marcuse oder Theodor Adorno jüdische Wurzeln hätten. „Und ich behaupte keineswegs, dass es sich dabei um eine ‚Weltverschwörung‘ handelt. Sondern ich kritisiere das politische Programm“, so Krall zur NZZ.

Am Tag der Veröffentlichung der Verdachtsberichterstattung durch NDR/WDR/SZ erlitt Markus Krall einen medizinischen Notfall und musste ins Sankt-Katharinen-Krankenhaus und von dort in die Uniklinik Frankfurt eingeliefert werden.

Die Jüdische Rundschau sprach mit Markus Krall aus der Klinik. Teile des Interviews zu den aktuellen wirtschaftlichen und politischen Fragen wurden bereits vor dem medizinischen Notfall geführt.

### JR: Herr Krall, wie geht es Ihnen?

Markus Krall: Schon besser, obwohl ich noch einige Tage in der Klinik verbringen muss. Ich bin aufgrund einer inneren Blutung umgekippt und musste vom Rettungsdienst des Roten Kreuzes ins Krankenhaus gebracht werden, wo

ich sehr gut behandelt werden konnte. Ich danke meinem Schöpfer sowie dem Rettungsdienst, dem Katharinenhospital, der Uniklinik Frankfurt und meinem Schutzengel, die sichergestellt haben, dass ich in einigen Wochen wieder einsatzfähig sein werde.

### JR: Wir wünschen gute Besserung und Glückwunsch zu ihrem Erfolg vor Gericht.

MK: Danke. Leider musste ich über ein Jahr warten, damit ein Gericht die Lügen von „kath.ch“ als solche feststellte. Es ist jetzt nun jedoch amtlich: Wer vom sogenannten „Antisemitismusbeauftragten“ der Landesregierung Baden-Württemberg, Herrn Michel Blume, Anschuldigungen des „Antisemitismus“ abschreibt, kann strafrechtlich wegen Rufschädigung und Verleumdung verurteilt werden. Nota bene!

Ich kann weiters auch garantieren, dass das sogenannte „Recherchekollektiv“ NDR/WDR/Süddeutsche Zeitung mit ihren erlogenen und erfundenen Behauptungen über meine angeblichen Verstrickungen in „Pläne nach dem Umsturz“ vor Gericht landen werden. Das gilt auch für den Stern, der nicht nur dort abgeschrieben, sondern auch noch fantasievoll, aber erlogen, diese windige Story ausgeschmückt hat wie einen Weihnachtstruthahn.

Da ich seit kurzem in der Schweiz wohnhaft bin, wird dort auch die Klage eingereicht. Schon die Fragen der Journalisten enthielten größtenteils unwahre Unterstellungen. Leider konnte ich aufgrund meines medizinischen Notfalls nicht mehr darauf antworten.

Natürlich besaßen diese Damen und Herren nicht den Anstand, mit ihrer Kampagne zu warten, bis ich wieder aus dem Krankenhaus entlassen werde. Es geht diesen Kollegen ja nicht um Wahrheitsfindung, sondern um ihre offenkundige politische Agenda. Der zeitliche Zusammenhang zwischen unserer Parteigründung am 20.1. und der Rufmordattacke am 22.1. ist für jeden offensichtlich.

Was von der journalistischen Objektivität der „Alpen-Prawda“ zu halten ist, haben die meisten Menschen ja seit

dem Angriff der SZ auf den bayerischen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger im Landtagswahlkampf 2023 mithilfe eines SPD-Mitglieds und Ex-Lehrers begriffen.

### JR: Das Bezirksgericht Zürich hat nun die kath.ch-Journalistin Barbara Ludwig in zweiter Instanz der üblen Nachrede für schuldig befunden. Was ist passiert?

MK: Frau Ludwig stützte sich in ihrem Bericht über mich unvorsichtigerweise auf die haltlosen Anschuldigungen Michael Blumes, der seit Jahren politisch missliebige Personen mit absurden Vorwürfen überzieht, um sie ad personam anzugreifen.

Sein Vorwurf des „Antisemitismus“ wurde mit meiner Kritik an der kulturmarxistischen Frankfurter Schule begründet, die man zu diesem Zweck flugs in „Jüdisch-Deutsche Frankfurter Schule“ umbenannte, da dort auch Professoren jüdischen Glaubens gewirkt haben. Ein solcher Maßstab ist lächerlich, unwissenschaftlich und bedeutet, dass man den berechtigten Kampf gegen den Antisemitismus missbraucht und auch beschädigt, um unbequeme Meinungen zu unterdrücken. Blume leistet so meiner Meinung nach dem Antisemitismus Vor-schub.

Herr Blume selbst ist mit islamistischen Organisationen im engen Einvernehmen und missbraucht seine Position unter anderem als „Israelkritik“ getarntem Antisemitismus. Laut einem deutschen Gerichtsurteil, welches Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel aus Hamburg erstritten hat, darf Blume mit Fug und Recht „antisemitisch“ genannt werden – im Gegensatz zu mir, wohl gemerkt. Er wurde zweimal auf der Liste des Simon-Wiesenthal-Zentrums als einer der „10 schlimmsten Antisemiten“ weltweit geführt.

Diese Vorwürfe sind umso haltloser, als in meinen Publikationen, Schriften, Reden oder anderen Äußerungen niemals auch nur ein Hauch von Antisemitismus zu finden gewesen ist. Im Gegenteil: Ich setze mich seit Jahrzehnten für eine verantwortungsbewusste Erinnerungskultur an die Shoah ein, auch mit eigenen Finanzmitteln, unterstütze direkt und über unsere Atlas-Initiative den Aufbau des jüdischen Lebens in einer deutschen Großstadt, war dutzende Male zu Besuch in Israel, wo ich erst als Kurator, später als Vorstand einer Stiftung des Benediktinerordens seit 20 Jahren für Versöhnung zwischen den Abrahamitischen Religionen arbeite. Dies alles soll durch die Kampagne in den Schmutz gezogen werden.

Die klapprige Konstruktion der „jüdisch-deutschen Frankfurter Schule“, die ich nicht kritisieren dürfe, hat die Schweizer Gerichtsbarkeit aber offenbar auch in der 2. Instanz nicht überzeugt. Alles, was Frau Ludwig damit unter Beweis gestellt hat, ist ihre Uneinsichtigkeit.

Jetzt stehen zivilrechtliche Schadensersatzansprüche im Raum. Meine Anwälte bereiten eine Schadensersatzklage über mehrere Millionen Franken vor. Das reflektiert den wirtschaftlichen Schaden, der mir durch diesen geplanten und wi-

der besseres Wissen ausgeführten Rufmord entstanden ist.

Mein gut gemeiner Rat an Frau Ludwig ist, mein Gesprächsangebot anzunehmen, sich öffentlich zu entschuldigen und sich nicht weiter von Herrn Blume instrumentalisiert zu lassen, denn am Ende wird sie es sein, auf die diese Rechnung zurollt. Aber vielleicht will Herr Blume ja einspringen, wenn es dazu kommt.

**JR: Am 20.1.2024 haben Sie mit Hans-Georg Maaßen die Gründung einer neuen konservativen Partei unter dem Namen WerteUnion bekanntgegeben. Die deutsche Parteienlandschaft zersplittert derweil immer weiter. Es gibt im Bereich Mitte-Rechts bereits CDU, CSU, FDP, Freie Wähler und AfD. Warum gerade jetzt eine neue Partei?**

MK: Es ist ein Trugschluss, dass die deutsche Parteienlandschaft zersplittert. Das sieht nur so aus, wenn man es nach den Namen der Parteien beurteilt. In Wahrheit haben sich zwei Blöcke herausgebildet, die es dem Wähler nicht mehr erlauben, etwas anderes zu wählen als den linken oder den rechten Rand. Rechts finden wir innerhalb des demokratischen Spektrums die AfD, links alle anderen, die sich bestenfalls um die linke Deutungshoheit streiten, also nur „Opposition im Sozialismus“ sind, aber nicht Opposition gegen den Sozialismus.

Dazu kommt, dass es auch in der AfD starke etatistische, also staatsgläubige Strömungen gibt, die denen der Sozialisten nicht unähnlich sind. Auch die neue Wagenknecht-Partei macht da keine Ausnahme. Eine weitere Linkspartei hält.

Was fehlt, ist ein Angebot in der Mitte des politischen Spektrums, mit starker freiheitlicher Komponente und solidem Fundament konservativer Werte. Dort finden wir die größte Gruppe von Bürgern, die sich von der Politik abgewandt haben, Menschen, die entweder nur noch aus Gewohnheit oder aus Mangel an einer besseren Alternative Union oder FDP wählen oder ins Lager der Nichtwähler abgewandert sind.

Was wir außerdem sehen, ist eine klare Mehrheit in Deutschland für liberal-konservative Politik. CDU, CSU, FDP und AfD kommen zusammen auf fast zwei Drittel der Stimmen und auch wenn die Funktionärspartei CDU links ist, ihre Wähler sind es nicht, sie machen ihr Kreuz bei der Partei zähneknirschend oder einfach aus Gewohnheit. Aber sie

wollen ein Angebot für konservative Politik, nicht für linksgrün.

Dieses Angebot werden wir dem Wähler machen und wir werden uns dabei auf die Tradition von Adenauer und Erhard stützen. Das Wirtschaftswunder unter diesen Politikern der CDU war ein Triumph des Libertarismus, auch wenn man ihn damals noch nicht so genannt hat.

**JR: Laut Medienberichten soll sich Hans-Georg Maaßen von Ihnen „distanziert“ haben, da Ihre Positionen „nicht mehrheitsfähig“ seien. Ist das richtig?**

MK: In diese „Distanzierung“ wurde wesentlich mehr hineininterpretiert, als Hans-Georg Maaßen tatsächlich gesagt hatte. Er selbst hat diese nicht glückliche Formulierung bereits relativiert.

Richtig daran ist, dass ich nicht in den Vorstand der WerteUnion eintreten bzw. dafür kandidieren werde. Das ist jedoch meine eigene Entscheidung gewesen, die ich bereits vor Wochen vor dem Hintergrund meiner Arbeitsbelastung als Inhaber eines Unternehmens mit Hans-Georg Maaßen besprochen und auch öffentlich gemacht hatte.

Auch sein Hinweis, dass Markus Krall „manchmal über das Ziel hinauschießt“ und einige meiner Positionen in der WU nicht mehrheitsfähig seien, klingt dramatischer als Hans-Georg Maaßen das gemeint hat. Meine wirtschaftsliberalen Positionen wie zum Beispiel die Abschaffung der direkten Steuern, damit auch der Finanzämter und der meisten Ministerien und Behörden, sind für viele, die an den fetten Staat gewöhnt sind, ein Verlassen ihrer Komfortzone. Das von mir verkündete Ziel eines deutlich schlankeren Staates mit weniger Bürokratie, weniger Gesetzen, weniger Steuern und weniger Ministerien ist aber eines, das auch Hans-Georg Maaßen durchaus vertritt. Ob es dann am Ende 3 Ministerien sind oder 8, ist dabei nicht entscheidend. Jedenfalls werden es nicht mehr 14 sein.

Die Mehrheit der Mitglieder der WerteUnion kann sich nach meiner Beobachtung als Redner auf vielen Veranstaltungen des Vereins durchaus mit den libertären Ideen anfreunden, für die ich stehe und daher werde ich mich auch weiterhin einbringen. Mein Fokus liegt dabei aber nicht auf einem Amt, sondern auf dem Ziel, das Wirtschaftsprogramm der neuen Partei entscheidend zu prägen.

Außerdem werde ich zur Bundestagswahl 2025 antreten, mit dem Ziel, die freiheitliche Wende unseres Landes in einer politischen Funktion umzusetzen.

**JR: Wie sieht ihr Programm konkret aus?**

MK Das für ein Wiedererstarken Deutschlands als wohlhabendes und freies Land notwendige Programm ist klar von libertären Ideen geprägt. Wir stehen vor der Wahl: Freiheit oder Sozialismus, Markt oder Befehl, Unternehmertum oder Planwirtschaft.

Wir haben grundsätzlich zu wählen. Die Marktwirtschaft mit ihren dezentralen Entscheidungen nah bei den Menschen hat sich nicht nur theoretisch, sondern auch historisch der Planwirtschaft als vollkommen überlegen erwiesen. Die Marktwirtschaft erreicht bei minimalem Ressourceneinsatz den maximalen Wohlstand. Minimaler Ressourcenverbrauch bedeutet auch minimaler Umweltverbrauch.

Damit der Markt und die Eigeninitiative der Bürger maximale Kraft entfalten können, muss der Staat aus unserem Leben zurückgedrängt werden. Nicht 50 bis 60% Staatsquote, sondern kurzfristig unter 30% und mittelfristig unter 20% Staatsquote müssen unser Ziel sein. Das bedeutet: Massive Streichung der Steuerlast, Abschaffung aller leistungsfeindlichen Steuern, also der Einkommenssteuer, der Lohnsteuer, der Gewerbesteuer, der Körperschaftsteuer, des Solidaritätszuschlages, der Kirchensteuer, der Kapitalertragssteuer. Damit können wir auch die Finanzämter abschaffen. Wir brauchen Sie nicht für ein blühendes und funktionierendes Gemeinwesen. Sind sie erst mal weg, wird sie bald keiner mehr vermissen.

Das bedeutet auch ein massives Zurückdrängen der Bürokratie, also eine Streichung vieler überflüssiger Gesetze, eine Verminderung der Zahl der Ministerien und der ihnen angegliederten Behörden, idealerweise um 80%, ein Rückzug des Staates aus allen Aufgaben, die nicht seine Kernaufgaben sind.

Der Staat soll sich fokussieren auf innere und äußere Sicherheit, Sicherung des Rechtsstaates, Schutz des Eigentums und der Bürgerrechte. Er soll sich nicht in das Leben der Familien einmischen, nicht in die Frage, wer, was und wie produziert, er soll uns keine Klimalüge auftischen und keine Ideologien verschreiben, er soll nicht 200 Genderlehrstühle und die Antifa finanzieren, er soll nicht Milliarden

an die Pharmaindustrie verteilen und zig-Milliarden wie Helikoptergeld in der Welt abwerfen bei korrupten Diktatoren oder multinationalen machtgierigen Bürokratien wie der WHO. Das brauchen wir alles nicht.

**JR: Ihnen werden, als „Marktradikaler“ oder „Anarchokapitalist“ Ähnlichkeiten mit dem neuen argentinischen Präsidenten Javier Milei nachgesagt. Sehen Sie das auch so?**

MK: Diese Ähnlichkeiten sind kein Zufall, denn wir berufen uns auf die gleiche ökonomische Denkrichtung und Schule, die sogenannten Österreichische Schule der Nationalökonomie. Ihre Vordenken waren Carl Menger, Ludwig von Mises, Friedrich August von Hayek, Murray Rothbard, Alfred Müller-Armack (der Inspirator von Ludwig Erhard), Henry Hazlitt, Ayn Rand und andere.

Marktradikal ist einerseits ein politisches Etikett, andererseits machte es eine Aussage darüber, dass die Anhänger der österreichischen Schule, auch bekannt als Libertäre, den Markt, also die freiwillige Kooperation von Individuen, dem System der Planwirtschaft, dem Zwang, dem Befehl und der zentralistischen Entscheidung in jedem Fall vorziehen. Wir Libertäre denken, dass die Autonomie des Individuums, das private Eigentum, die Freiheit des menschlichen Handelns der Motor der Zivilisation und des menschlichen Fortschritts ist.

Die Empirie und auch die wirtschaftliche Theorie und Logik gibt der österreichischen Schule in praktisch jedem ernstzunehmenden Vergleich der Systeme recht. Je freier ein Land, je geringer die Staatsquote, je geschützter das Privateigentum und je sicherer das Individuum im Rechtsstaat, desto wohlhabender ist es in aller Regel. Ausnahmen davon gibt es nur durch Naturkatastrophen oder Kriege, die aber wie ja hinreichend bekannt ist, nicht durch Individuen, sondern durch Staaten begonnen und geführt werden.

Javier Milei ist es gelungen, diese einfache Botschaft in dem von sozialistischen Experimenten geschüttelten und verarmten Argentinien im Volk zu verankern und mit der Botschaft der Freiheit die Wahlen erdrutschartig zu gewinnen. Sein Meme mit der Kettensäge inspirierte auch mich in meinem Sozial-Media auftritt. Afuera!

*Interviewer Collin McMahon ist Autor von „George Soros‘ Krieg“ und „Der Zensurkomplex“.*

## Keine Zeitung ohne Leser: Wir freuen uns auf Ihre Leserbriefe!

**Senden Sie uns Ihren Leserbrief an folgende Mailadresse:**

**[leserbriefe@juedische-rundschau.de](mailto:leserbriefe@juedische-rundschau.de)**

Einsendungen über diese Mailadresse können sowohl in der Printausgabe der Jüdischen Rundschau als auch online veröffentlicht werden.

Die Jüdische Rundschau behält sich vor, zu entscheiden, welche Leserbriefe erscheinen und welche nicht. Die Redaktion behält es sich außerdem vor, die Leserbriefe sinnwahrend zu kürzen.

Für die Veröffentlichung muss der Leserbrief bitte mindestens folgende Angaben enthalten:

- Auf welchen Artikel bezieht sich der Leserbrief und in welcher Ausgabe ist der Artikel erschienen?
- Ihr Vor- und Nachname sowie der Wohnort (werden veröffentlicht)
- Ihre Anschrift (wird nicht veröffentlicht)

Ihre vollständige Anschrift ist wichtig, da der Leserbrief sonst als anonym gelten muss und damit nicht veröffentlicht werden kann.

Wir lesen alle Briefe sorgfältig, auch wenn wir sie nicht alle beantworten können.



# Wer bezahlt eigentlich „Correctiv“?

Die „Berichterstattung“ von Correctiv über ein sogenanntes Geheimgespräch in Potsdam im November 2023 ist journalistisch gesehen eine Bankrotterklärung: unseriöse Inszenierung als Kammerspiel, Framing, Holocaust-verharmlosende Bezugnahme auf die Wannseekonferenz und infamer Vergleich der geschichtlichen Juden-Vernichtungsbesprechung der Nazi-Mörder mit einem Treffen der von der Politik und der Regierung enttäuschter und opponierender Bürger. Ein fragwürdiges Gemeinnützigkeitsprivileg macht das dubiose Geschäftsmodell - politischer Aktivismus und Blockwart-Denunziation verkleidet als Journalismus - der Correctiv-Gruppierung überhaupt erst möglich. Journalismus ist aber keinesfalls gemeinnützig. Wenn er wahrhaftig sein soll und ernst genommen werden will, muss Journalismus unabhängig bleiben. Genau diese Unabhängigkeit der Medienplattform ist aber angesichts ihrer Geldgeber und Nähe zu den etablierten Parteien mehr als fraglich. Das ist fatal, weil genau das ein zwingendes Erfordernis für ehrlichen und glaubwürdigen Journalismus ist, egal für wen oder gegen wen sich die jeweiligen Veröffentlichungen richten. (JR)

## Von Ansgar Neuhof

Ehrlicherweise müsste das kürzlich in die Schlagzeilen geratene Internetportal Correctiv seine Beiträge mit den Worten überschreiben: gesponsort vom deutschen Staat und/oder Oligarchen. Zu groß ist deren finanzielle Unterstützung, als dass man sie redlicherweise einfach unerwähnt lassen dürfte, selbst wenn sie keinen direkten Einfluss auf die einzelnen Beiträge haben.

Correctiv, eine GmbH, nennt sich „erstes gemeinnütziges Recherchezentrum im deutschsprachigen Raum“ und behauptet von sich, gemeinwohlorientierten Journalismus zu betreiben. Richtig ist: Correctiv ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Doch zu Recht? Und was unterscheidet Correctiv zum Beispiel vom nicht als gemeinnützig anerkannten Medienunternehmen Spiegel? Die Qualität der Artikel und Recherchen kann es nicht sein. Denn die ist bei beiden gleichermaßen bescheiden.

Zum Spiegel (Stichwort Relotius) muss man nichts weiter sagen. Dass es mit der Kompetenz von Correctiv auch nicht weit her ist, habe ich schon in den vergangenen Jahren mehrfach dargestellt. Siehe zum Beispiel „CORRECTIV“: Die 10 Top-Leistungen der Schrifttumskammer oder „Correctiv“ und seine Pappkameraden. Augenscheinlich hat sich die Qualität der Arbeit seitdem nicht verbessert. Das zeigt die „Berichterstattung“ von Correctiv über ein sogenanntes Geheimgespräch in Potsdam im November 2023. Der Correctiv-„Artikel“ ist journalistisch gesehen eine Bankrotterklärung: unseriöse Inszenierung als Kammerspiel, propagandistische Aufbereitung, Framing, Substanzlosigkeit, fehlende Belege, Falschbehauptungen laut Teilnehmern, holocaustverharmlosende Bezugnahme auf die Wannseekonferenz.

## Sie freunden mit der Macht

Um so mehr war und ist der Correctiv-„Artikel“ ein großer Propaganda-Coup nicht nur für Correctiv selbst, sondern auch für die Regierung und regierungsnahen Organisationen, gemeinhin als „Nicht-Regierungsorganisationen“ (NGOs) geframt. Wenn Correctiv es nicht bestreiten würde, könnte man meinen: Correctiv hat „geliefert“. Hat das gemacht, was die institutionellen Geldgeber sicher nicht vorgeben, aber sich vielleicht erhoffen: dass ein Medium nicht als sogenannte vierte Gewalt die Regierung überwacht, sondern die Opposition.

Im Redaktionsstatut von Correctiv heißt es zwar bei Punkt IV.12.: „Wir ... fremdeln mit der Macht.“ Mit der Realität erscheint diese Aussage nicht vereinbar zu sein. Betrachtet man die Veröffentlichungen von Correctiv, darf man konstatieren: Sie fremdeln nicht, sie freunden mit der Macht. Kritische Auseinandersetzungen mit der Regierungspolitik: nicht ersichtlich. Investigative Recherchen zu den Machenschaften von Regierungspolitikern: nicht ersichtlich. Gibt man in die Correctiv-Suche beispielsweise „SPD“ oder „Grüne“ ein, so erscheinen (Stand



# CORRECTIV

## Recherchen für die Gesellschaft

Correctiv - Wikipedia

Das Medienunternehmen „Correctiv“ betreibt vermeintliche „Recherchen für die Gesellschaft“.

24.01.24) ganz überwiegend Beiträge zur AfD. Nur jeweils ein Ergebnis befasst sich mit SPD beziehungsweise Grünen, aber auch nur in der Weise, dass deren Vertreter wegen einer untergeschobenen Aussage in Schutz genommen werden. Stattdessen bezieht Correctiv gerne Stellung gegen Autoren und regierungskritische Ansichten unter Anwendung unlauterer Methoden. Das Fazit des oben zitierten, früheren Artikels zu Correctiv lautete: „Die Correctiv GmbH versucht, den Autor zu diskreditieren. Sie macht einen Meinungscheck, keinen Faktencheck. Sie bringt keine Beweise, sondern nur Zitat-Meinungen Dritter. Sie setzt sich mit Aussagen auseinander, die nicht vom Autor gemacht worden sind.“

## Milliárdarstiftungen sind des Correctivs beste Freunde

Diese Art der Tätigkeit kann sich Correctiv allerdings erlauben. Denn Geld ist im Überfluss vorhanden. Staat, staatsnahe Organisationen und Milliárdarstiftungen deutscher und ausländischer Herkunft überschütten Correctiv mit Zuwendungen. Eine Auswahl von Großspendern können Sie hier lesen. Beispiele: circa 3,8 Mio. € von 2014-2018 „Anschubfinanzierung“ von der Brost-Stiftung (Erich Brost hat die WAZ-Mediengruppe mit aufgebaut), deren Vorstandsmitglied Bodo Hombach früher SPD-Kanzleramtsminister, Bundesminister für besondere Aufgaben und Geschäftsführer der WAZ-Mediengruppe war; der Correctiv-Gesellschafter/Geschäftsführer David Schraven war zuvor WAZ-Mitarbeiter;

circa 2,9 Mio. € Steuergelder seit 2015, davon allein von 2020-2023 circa 2,6 Mio. €; davon ca. 1,14 Mio. € vom Land NRW [Anmerkung für Nachrechner: Die Correctiv-Angaben sind für Nichteingeweihte manchmal etwas unklar; so bedeutet „Ruhrkonferenz Stk. NRW“ nichts anderes als Staatskanzlei NRW.], weitere 150.000 € von der TU Dortmund; weitere ca. 700.000 € vom Bund (Bundeskasse, Auswärtiges Amt, Bundeszentrale für politische Bildung), weitere 370.000 € von der RAG-Stiftung (sie finanziert die sogenannten Ewigkeitsaufgaben aus dem deutschen Steinkohlebergbau der RAG AG vormals Ruhrkohle

AG, Kuratoriumsmitglieder sind die jeweiligen Ministerpräsidenten von NRW und Saarland und der jeweilige Bundesfinanz- und Bundeswirtschaftsminister); weitere circa 180.000 € von der Stiftung für Engagement u. Ehrenamt des Bundesfamilienministeriums;

330.000 € von der teilstaatlichen Telekom (31,5% Bundesbesitz) von 2017-2022

circa 80.000 € von den nahezu ausschließlich aus Steuergeld finanzierten Parteistiftungen der Grünen, CDU und FDP (davon allein knapp 60.000 € von der FDP-Stiftung) von 2014-2022;

circa 2,8 Mio. € von 2018-2023 von den Stiftungen des Ebay-Gründers Pierre Omidyar (Omidyar Network und Luminate), der auch einer der Hauptkonsponsoren des International Fact-Checking Network (IFCN) ist, das Zertifikate an „Faktenchecker“ vergibt, unter anderem an Correctiv;

vergleichsweise wenig, circa 420.000 € von den Soros-Stiftungen (Open Society Foundations) von 2016-2021 (2022 u. 2023 gab es nichts mehr);

circa 700.000 € von Google von 2017-2023;

circa 650.000 € von 2019-2023 von der Mercator Stiftung (Finanzier der Stiftungen im Umfeld des sogenannten Graichen-Clans).

## Unabhängig oder nicht – das ist hier die Frage

Die von Correctiv ob solcher Zuwendungen propagierte Unabhängigkeit erweist sich bei genauer Betrachtung als große Abhängigkeit. Man ist zwar unabhängig vom Leserspruch, muss aber zusehen, seine Geldgeber nicht zu verprellen. So hat Correctiv im Rahmen der IFCN-Zertifizierung nachzuweisen, dass 75 Prozent der Faktenprüfungen sich auf Themen beziehen, die nach Ansicht des IFCN (!) das Wohlergehen von Personen, der Öffentlichkeit oder der Gesellschaft betreffen (siehe Seite 8 der IFCN-APPLICATION GUIDELINES). Correctivs Arbeit hat in diesem Bereich also weitgehend oligarchischen Weltverbesserungsideen zu entsprechen.

Mag Correctiv inzwischen auch Kleinspenden in nicht unerheblicher Höhe erhalten, so ließe sich jedenfalls der Rie-

senapparat von mittlerweile über 70 Mitarbeitern gar nicht finanzieren, wenn die üppigen Zuwendungen von öffentlicher Seite oder finanzstarken Stiftungen entfallen würden. Eine gute Anbindung auch an die Polit-„Elite“ ist daher von hohem Wert. Insofern verwundert es nicht, dass nach dem Rückzug von SPD-Bundesminister Hombach ein bestens vernetzter Lukas Beckmann, Mitbegründer der Grünen und 20 Jahre lang deren Fraktionsgeschäftsführer im Bundestag, als Mitgesellschafter und Aufsichtsrat gewonnen wurde. Auch andere ehemalige Politiker (wie z. B. Marianne Birthler oder Peter Schaar) sind für Correctiv im sogenannten Ethikrat tätig.

## Das System Mini-Benke

Vordergründig ist Correctiv mit seinen Angaben zu den Finanzen durchaus transparent, das darf man positiv registrieren. Doch wo es ans Eingemachte geht, wo es wirklich interessant wird, endet die Transparenz. Da wären beispielsweise die fehlenden Informationen zu den Geldern, die Facebook/Meta jedes Jahr im wohl sechsstelligen Bereich zahlt. Nur so viel teilt Correctiv mit: Die Facebook-Gelder laufen über die gewerbliche (also nicht gemeinnützige) Tochterfirma Correctiv UG [UG ist quasi eine GmbH mit weniger Stammkapital]. Mittlerweile gibt es ein ganzes Firmengeflecht aus Correctiv-Gesellschaften und eigenen Gesellschaften des Gesellschafter-Geschäftsführers David Schraven.

Neben dem Hauptunternehmen Correctiv GmbH und der bereits erwähnten Tochtergesellschaft Correctiv UG gibt es mindestens eine weitere Tochterfirma: die in der Schweiz angesiedelte Correctiv CroudNewsroom GmbH. Dazu kommen drei weitere UGs, deren Gesellschafter und Geschäftsführer Schraven selbst ist: die Immobiliengesellschaft Marktviertel UG, die b. Institut für digitale Bildung UG sowie die Özgürüz Press UG. Letztere ist auch angeblich gemeinnützig. Natürlich kann Herr Schraven weitere GmbHs gründen, aber ein Geschmäckerle hat das ganze; denn der Name seiner UG ist identisch mit einem Online-Portal von Correctiv (siehe hier: CORRECTIV startet #ÖZGÜRÜZ). Sicher kein Zufall, und man fragt sich, warum er das im ei-

genen Namen macht und nicht die Correctiv GmbH selbst, gegebenenfalls über eine Tochtergesellschaft.

Ob und welche Geschäftsbeziehungen zwischen all diesen Unternehmen bestehen, bleibt im Dunkeln. Nun ist das System Schraven trotz aller Staatszuwendungen und Einbindungen von Alt-Politikern gewiss kein System Benko, aber Fragen wirft das schon auf. Nicht nur nach dem Warum, sondern auch danach, ob Schraven persönlich profitiert, zum Beispiel über etwaige Vertragsbeziehungen zwischen seinen GmbHs und den Correctiv-Firmen. Auch steht wie bei allen gemeinnützigen GmbHs mit Tochtergesellschaften (zum Beispiel Deutsche Umwelthilfe) die Frage im Raum: Erhält der Geschäftsführer ein zusätzliches Gehalt oder sonstige direkte oder indirekte Vergütungen aus der Tochtergesellschaft?

### Journalismus ist nicht gemeinnützig

Der große Vorteil ist nicht der Steuervorteil, sondern der Umstand, dass das Gemeinnützigkeitsprivileg es Staat und gemeinnützigen Stiftungen ermöglicht, Zuwendungen an Correctiv vornehmen zu können. An ein normales gewerbliches Medienunternehmen wären solche Zuwendungen nicht zulässig. Gemeinnützige Organisationen dürfen nicht an „normale“ Unternehmen spenden. Auch Privatspender können zwar Spenden an Correctiv steuermindernd absetzen, nicht aber an gewerbliche Medienunternehmen. Immerhin fast 10 Millionen Euro an institutionellen und privaten Zuwendungen sind allein nur in den drei Jahren von 2020 bis 2022 an Correctiv geflossen.

Nun könnte man vielleicht auf die Idee kommen, Achgut und anderen Medien den Rat zu geben, sich genauso wie Correctiv als gemeinnützig anerkennen zu lassen. Das würde aber sicher schiefgehen. Die Nachdenkseiten hatten das versucht, indem sie eine gemeinnützige Fördergesellschaft gegründet hatten. Nachdem sich die Nachdenkseiten, obwohl ziemlich weit links, mit ihren Ansichten „ungehörig“ gegenüber der Regierung verhalten hatten, wurde der Fördergesellschaft die Gemeinnützigkeit aberkannt. Nach meiner Einschätzung zu Recht. Denn die Nachdenkseiten ma-

chen Journalismus. Und Journalismus ist nicht gemeinnützig. Das weiß auch Schraven. In einem Beitrag vom Oktober 2023 fordert er eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts und schreibt: „Die Bundesregierung droht einen gewaltigen Fehler zu machen, wenn sie den gemeinnützigen Journalismus nicht wie im Koalitionsvertrag versprochen einführt.“

Es gibt ihn also nicht – den gemeinnützigen Journalismus. Die taz bestätigt dies in einem Beitrag von 2021, in dem es heißt: „Um es klar zu sagen: Im Augenblick können journalistische Angebote keine Spenden annehmen. Dies ist nur über Umwege möglich: Correctiv beispielsweise ist ein Bildungsangebot, Netzpolitik.org dient dem Verbraucherschutz.“

Umwege sind im Steuerrecht eigentlich unzulässig. Für einen Steuerrechtler liegt es nahe, dabei an § 42 Abgabenordnung zu denken: Diese Norm verbietet Steuerumgehungen. Es wäre Sache der Finanzbehörden von Essen und NRW, sich solcher Umwege „anzunehmen“.

Konsequenterweise taucht in der Satzung von Correctiv der Journalismus als Zweck auch gar nicht auf. Der stattdessen genannte „Umweg“ ist der Satzungszweck „Förderung der Volksbildung“. Förderung der Volksbildung setzt jedoch die Bereitstellung von Bildungsangeboten voraus. Die Bereitstellung journalistischer Beiträge gehört nach einhelliger Ansicht nicht dazu. Auch nicht, wenn es um das Prüfen politischer Aussagen auf Richtigkeit geht oder um das Aufdecken etwaiger demokratiegefährdender Aktivitäten von wem auch immer: das ist seit jeher die originäre Tätigkeit der gewerblichen Presse. Auch wenn Correctiv Angebote wie Reporterschulen macht, die zum Bereich Volksbildung gehören könnten, so würde das nicht genügen. Die Betätigung einer gemeinnützigen Organisation muss insgesamt, nicht nur teilweise gemeinnützig sein. Und ein sehr erheblicher Teil der Tätigkeit von Correctiv besteht in journalistischer Arbeit, das zeigt ein Blick auf die Internetseite.

### Der Gemeinnützigkeitsstatus von Correctiv gehört auf den Prüfstand

Es gibt noch einen übergeordneten

Grund, warum Journalismus nicht gemeinnützig ist. Gemeinnützigkeit ist stets nicht gegeben, wenn eine Organisation Einfluss auf die politische Willensbildung oder auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung nimmt. Das ist grundgesetzlich Parteien vorbehalten. Solche Einflussnahme darf allenfalls Nebenprodukt der eigentlichen Tätigkeit sein. So dürfte beispielsweise ein Sportverein gegen die Schließung von Sportplätzen oder Kürzung von Fördermitteln öffentlich eintreten. Medienunternehmen ist aber die Einflussnahme auf die Willensbildung und öffentliche Meinung quasi immanent, sie sind daher wesensmäßig nicht gemeinnützig. Deswegen sind sie auch üblicherweise nicht als gemeinnützig anerkannt, und deswegen gehört Correctiv der Gemeinnützigkeitsstatus aberkannt. [Anmerkung: Die regelmäßige Gemeinnützigkeitsprüfung durch die Finanzämter bei Abgabe der Steuererklärungen ist im allgemeinen sehr oberflächlich und hat wenig Aussagekraft.]

Correctiv selbst versucht sich zu rechtfertigen, indem es schreibt: „Mit öffentlichen Geldern werden klar abgegrenzte Projekte gefördert. Wir erhalten staatliche Förderung ausschließlich für unsere Medienbildung und Strukturförderung. Wir nehmen keine staatlichen Förderungen für unsere investigativen Recherchen, Faktenchecks oder redaktionelle Arbeit an.“ Damit soll augenscheinlich gezeigt werden, dass die öffentlichen Gelder dem Gemeinnützigkeitszweck „Volksbildung“ zugutekommen. Selbst wenn das richtig wäre, räumt Correctiv damit zugleich ein, dass die anderen Zuwendungen nicht der Bildung dienen, sondern gemeinnützigkeitsschädlichen Zwecken wie dem Journalismus.

Ob die obige Aussage (staatliche Förderung ausschließlich für abgegrenzte Projekte) überhaupt richtig ist, erscheint ohnedies zweifelhaft. Denn Correctiv unterscheidet bei seinen Angaben allgemeine Zuwendungen und Zuwendungen für konkrete Projekte. So sind zwar 2021 Zuwendungen der Landeskasse NRW als Projektzuwendungen gelistet, in 2022 aber Zuwendungen der Bundeskasse und der Landeskasse NRW als allgemeine Zuwendungen. Denkbar ist natürlich, dass

die Auflistungen fehlerhaft sind, aber das spräche dann wieder nicht gerade für die Qualität von Correctiv.

Auch die von Correctiv immer wieder hervorgehobene Art der Finanzierung begründet keine Gemeinnützigkeit: „CORRECTIV wird getragen durch private Spenderinnen und Spender, sowie Zuwendungen von Stiftungen und Institutionen. So ist der Journalismus nicht von Quoten, Werbung oder politischen Entscheidungen getrieben“. Ob aber eine Betätigung gemeinnützig ist oder nicht, hängt aber nicht von der Finanzierungsform ab, sondern vom Inhalt der Tätigkeit.

Das Gemeinnützigkeitsprivileg macht das Geschäftsmodell „politischer Aktivismus, verkleidet als Journalismus“ von Schraven und Correctiv überhaupt erst möglich. Es macht unabhängig vom Kundenzuspruch, ermöglicht die Alimentierung durch andere Stiftungen, bringt erhebliche Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Medienunternehmen und Steuervorteile auf Kosten der Krankenschwester und des LKW-Fahrers, die dieses „Vergnügen“ bezahlen müssen. Um Correctiv herum hat dessen Gesellschafter-Geschäftsführer Schraven mittlerweile ein Geflecht von mehreren Unternehmen geschaffen, das sich jeglicher Transparenz entzieht.

Ohne die mit dem Gemeinnützigkeitsprivileg verbundenen Vorteile wäre Correctiv kaum lebensfähig, jedenfalls nicht in dem aktuellen Umfang. Nach Angaben von Correctiv hat die Art der Finanzierung aber nichts damit zu tun, dass man Regierungskritisches bei Correctiv ziemlich vergeblich sucht. Die tatsächliche Betätigung von Correctiv ist zu einem erheblichen Anteil journalistischer Art. Journalismus ist aber seinem Wesen nach nicht gemeinnützig, weil Einflussnehmend auf die öffentliche Meinung und Willensbildung. Mithin gehört der Gemeinnützigkeitsstatus von Correctiv auf den Prüfstand der Finanzbehörden. Angesichts der Machtverhältnisse ist eine solche Überprüfung aber nicht zu erwarten.

*Ansgar Neuhof, Jahrgang 1969, ist Rechtsanwalt und Steuerberater mit eigener Kanzlei in Berlin.*

*Dieser Artikel ist zuerst bei Achgut.com erschienen*

## Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

**Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!**

**Liebe Leserinnen und Leser,**

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen

in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

**Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!**

**Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion**

# Die Regierung bittet zur Demo

Wenn die „Herrschenden“ statt inhaltlicher Auseinandersetzung zu Kundgebungen gegen die Opposition aufrufen, weil ihre Akzeptanz bei dem Wähler schrumpft, dann läuft in der repräsentativen Demokratie definitiv etwas schief. Die von der Regierung und ihren Medien veranstalteten Demonstrationen passen eher zu autokratischen Regimen als zu unserem demokratischen Verständnis. Sie erinnern sehr an die 1. Mai-Aufmärsche der ehemaligen Ostblockstaaten, um nicht weiter in der Geschichte zurückzugehen. Die Liste der Bündnisse der sogenannten „Demos gegen rechts“ weisen viele staatsnahe Gruppen auf, die oft von öffentlichen Zuwendungen abhängen und sich daher ggf. genötigt sehen, Gefälligkeitsleistungen abzuliefern. Bei den Demonstrationen marschieren zudem Partei-Funktionäre der sich an der Macht befindlichen Parteien und ihrer gesinnungsgleichen Journalisten mit, was eher einer politischen Inszenierung gleicht als einem echten spontanen Protest aus der Mitte der Gesellschaft. Besonders verstörend ist aber, dass bei den angeblichen Aufmärschen für Demokratie und gegen Antisemitismus, bis auf gelegentliche Ausnahmen, es kaum zu stören scheint, dass neben linken, demokratiefeindlichen Extremisten durchaus auch islamistische und vielfach eindeutig antisemitische pro-Palästina und Mord-an-Juden-Anhänger mitmachen. (JR)

## Von Claudio Casula

Rufen Regierungen zu Demonstrationen auf und wenn ja, wann? Passiert das eher in Demokratien oder in autokratischen Regimen? Was bedeutet es, wenn sich die öffentlich-rechtlichen Medien an solchen Aufrufen beteiligen? Fragt man Chat GPT, dann lautet die Antwort etwas überraschend: Es sei „in Demokratien äußerst ungewöhnlich, dass Regierungen aktiv zu Demonstrationen aufrufen“. Dies sei eher „in autokratischen Regimen“ der Fall, „um eine vermeintliche Volksunterstützung zu zeigen oder politischen Widerstand zu unterdrücken“. Und: „Wenn sich öffentlich-rechtliche Medien an solchen Aufrufen beteiligen, könnte dies darauf hindeuten, dass die Medien staatlich kontrolliert oder beeinflusst werden.“

Wird Chat GPT, ein Tool, das eigentlich grüner ist als ein queerer Klimaaktivist aus Klaus Schwabs Young Global Leaders Programm, plötzlich aufmüppig? Oder werden hier ganz nüchtern Tatsachen ausgesprochen? Tatsächlich fühlen sich manche an den Januar 1990 erinnert, als das Neue Deutschland angesichts einer Demonstration in Ost-Berlin titelte: „Unser Land braucht jetzt eine breite Einheitsfront gegen rechts“.

Das findet das politische und mediale Establishment auch, denn zum einen sind die Beliebtheitswerte für die Regierung in den Keller gerauscht, während die verfeimte AfD in den östlichen Bundesländern mittlerweile stärkste Kraft und drauf und dran ist, die Landtagswahlen im Herbst zu gewinnen. Da gilt es den Popanz von der akuten Gefährdung der Demokratie überlebensgroß aufzublasen. Und zum anderen zeigen die massiven Proteste etwa der Bauern und der Trucker, dass im Land einiges im Argen liegt und die Leute langsam nicht mehr bereit sind, sich die Zumutungen der Regierung noch länger bieten zu lassen.

## Omas gegen Rechts, Klettermaxe und Haltungsjournalisten

Also müssen die Massen auf die Straßen gebracht werden, um die breite Einheitsfront gegen rechts zu simulieren. Bundespräsident und Kanzler rufen höchstselbst zu den Kundgebungen auf, und mit ihnen „Bündnisse“ aus den einschlägigen Kreisen. Die Ampelregierung zeigt sich begeistert und sehr zufrieden mit den Massen, die am Wochenende spontan zur Unterstützung für die Demokratie mit ökologischem Antlitz auf die Straße gingen. In München waren die Veranstalter so freundlich und haben ihre Unterstützerliste veröffentlicht. Ein breites Bündnis von über 130 Organisationen hatte zur Demonstration am Sonntag aufgerufen.

Sehen wir uns die Liste näher an. Die vielbeschworene „Zivilgesellschaft“ wird dominiert von den üblichen Verdächtigen: von den Parteien und ihren Jugendorganisationen, den Kirchen, Gewerkschaften, staatlich gepamperten Kultureinrichtungen und linksextremen Gruppen bis hin zur rabiaten Antifa. Aber auch die vom Staat finanzierten regierungsnahen „Nichtregierungsorganisationen“ (NGOs) sind überreichlich vertreten, und natürlich sind die Klimaextremisten der Letzten Generation, die Fe-

ministinnen von Slutwalk, die berüchtigten Omas gegen Rechts und der unvermeidliche Volksverpetzer dabei. Hinzu kommen Grüppchen, die man auf einer politischen Versammlung eher nicht erwarten würde, vom Kartoffelkombinat München ist ein Dorf über die Klettermaxe vom Kraxlkollektiv bis zu Küche ohne Grenzen.

Auch der Bayerische Journalistenverband ist mit von der Partie – so viel zum Thema „Neutralität der Berichterstattung“. Da „Haltungsjournalismus“ gekennzeichnet gehört, sollte sich der Verband ehrlicherweise in BHJV umbenennen.

## Ein „breites Bündnis“

Hier nun die Liste der Gruppen, die zur „Demo gegen rechts“ (notabene: nicht gegen rechtsextrem) aufgerufen haben. Stichprobenartig haben unser Autor Thilo Schneider und ich recherchiert, ob die jeweilige Institution am staatlichen Tropf hängt:

**Bayerischer Flüchtlingsrat** (NGO, gefördert durch UNO und PRO ASYL, ebenfalls NGO)

**München ist bunt Verein für Toleranz** (NGO, die sich natürlich nur durch Spenden finanziert)

**Agaby** („Dachverband der kommunalen Integrationsbeiräte“, staatlich gefördert von Bayern und vom Bundesfamilienministerium im Rahmen von „Demokratie leben“)

**Protect the planet** (GmbH, die „klimapolitische Fortschritte durch Kampagnen, Projekt und notfalls auch Klagen erzwingen“ will)

**Frei Räumen** (riecht nach Hausbesetzer-szene mit jeder Menge gefälliger Woke-Ausdrücke auf der Homepage)

**HochX Theater und Live Art** (Mitglied im „Freischwimmen“-Netzwerk, das wiederum von der „Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien“ „gefördert“ wird)

**Jüdisches Museum München** (Förderung durch das Bundesumweltministerium)

**Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung** (Förderung durch das Bundesfamilienministerium)

**Der Westen ist bunt** (Münchener Bürgerinitiative, die sich vorsichtshalber eine Adresse in Greven zur Kontaktaufnahme gekauft hat)

**AUSARTEN Perspektivwechsel** (ein Festivalorganisator für „migrantische Kunst“, Impressum verweist auf „Münchener Forum für Islam“)

**Glockenbachwerkstatt** (eine Art Bühne, gefördert von der Stadt München)

**Behindertenverband Bayern**

**Spielart** (Veranstalter und „Partner“ der Stadt München)

**Bunt statt braun** (scheint identisch mit „München ist bunt“)

**Bfg Bund für Geistesfreiheit München**

**Münchener Ernährungsrat**

**Rationaltheater** (ein eingetragener Verein, Finanzierung durch Spenden und Eintrittsgelder)

**Linkes Bündnis gegen Antisemitismus München** (aber sowas von links! links-jugend [solid] München, Grüne Jugend München)

**Alternative Fakten**

**Familie sind alle**

**Hinterland**

**Randgruppenkrawall.de** (Unterstützer-

verband für Behinderte, der als Partner ausdrücklich „Slutwalk München“ und „ausgehetzt.org“ angibt)

**Evangelisch-Lutherischer Dekanatsbezirk München**

**Diakonie München und Oberbayern**

**Bodensatz** (linker Verlag)

**Freund statt fremd**

**Evangelische Jugend München**

**MiKaDo** (mal wieder eine „Initiativgruppe für interkulturelle Begegnung e.V.“)

**Münchner Gesindel** (Modemarke mit sehr hübschen schwarzen Klamotten)

**Kafe Marat** (ganz weit linker Kulturveranstalter)

**Optimal Record Store**

**Kösk**

**Ich bin armutsbetroffen**

**Münchener Stadtmuseum**

**Refudocs**

**Filmfest München**

**Metropol**

**Heppel und Eltlich**

**Volksverpetzer** (Agitprop-Blog von Thomas Laschyk, der „für die Wahrheit und gegen die Lügennarrative im Netz“ zu streiten vorgibt und Achgut für einen „Rechtsaußen-Blog“ hält)

**Sea-eye** („Seenotretter“ im Mittelmeer, zum Teil aus Bundesmitteln finanziert)

**Stadt schülerInnen Vertretung**

**DGB München**

**Hilfe von Mensch zu Mensch e.V.**

**Slutwalk München**

**8\*m**

**Verein für Fraueninteressen e.V.**

**ÜberdenTellerrand**

**Campact**

**TimetripPing**

**Domberg Akademie**

**Condros**

**Regsam**

**Die Vielen**

**Offen!** (für eine solidarische Gesellschaft)

(Organisation im Hintergrund: Bayerischer Flüchtlingsrat)

**Kreisjugendring München Stadt**

**MAT**

**Parents for future München** (Dreimal dürfen Sie raten...)

**Tollwood** (Konzertveranstalter)

**DMB Deutscher Mieterbund**

**Laut gegen rechts Oberland** (dubiose Organisation, ging schon gegen „Querdenker“ auf die Straße)

**Kitchen Table** („Du hast Interesse an Polyamorie? Oder an BDSM?“ – hat also weniger mit Kulinarik zu tun)

**Mieterverein München e.V.**

**Politische Schönheit** (Die Homepage zeigt AfD-Führungskräfte hinter Gitterstäben. Sehr sehr weit links!)

**Bezirksjugendring Oberbayern**

**Aufstehen-gegen-Rassismus.de** (Mutter: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e. V., die zeitweise vom Verfassungsschutz beobachtet wurden)

**Yeessi**

**Regenbogenfamilien** (mal wieder gefördert vom Sozialreferat der Stadt München)

**IFUB\*** „Institut für ungezogene Baukunst“ (Privates Unternehmen. Ob es gerne mit Linksextremisten läuft? Hoffentlich ja, sonst gibt's Farbbeutel auf die Häuser.)

**Greenpeace München**

**Ökopjekt MobilSpiel e.V.**

**Pfennigparade**

**Doku e.V. München**

**Mitundo**

**Harry Klein**

**queer:raum** („Ein Kollektiv aus über 30 LGBTQIA+ Kreativen in München“ – von denen sich kein Einziger für ein Impressum auf der Homepage zuständig sieht)

**Naturfreunde Bund München**

**Domberg Akademie**

**Residenz-Theater**

**Fridays for Future** (...war klar, oder?)

**Glitch**

**Konnektiva**

**Msb**

**Bayerisches Seminar für Politik e.V.** (ein wohl öffentlicher Politikweiterbilder, der vom Bayerischen Bildungs- und Kulturmünisterium gefördert wird)

**Philhomoniker Schwuler Chor München**

**BUND Jugend Bayern** (wie stets dabei. Grüne NGO)

**Geschwister Scholl Institut Fachschaft**

**Politik** (Ludwig-Maximilians-Universität München, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts)

**Oekom Verlag** (eine Art „Antaios-Verlag“ für „Ökologiebewegte“ mit Titeln wie „Ökozid“ oder „Lust auf Verzicht“)

**Kraxl Kollektiv** (Sponsor u.a. Landeshauptstadt München, Kulturreferat, Referat für Bildung und Sport)

**Volkstheater** (finanziert vom Münchener Kulturreferat)

**Oekom e.v.**

**Democratic arts** (Private GmbH für linken Kunstklimbim)

**BDAJ Bayern** („erhält verschiedene Fördermittel“, Selbstauskunft)

**Nsdoku münchen** (Einrichtung der Landeshauptstadt München, Körperschaft des Öffentlichen Rechts)

**Metropol** (gefördert von der Landeshauptstadt München, Kulturreferat)

**Lenbachhaus** (Museum der Landeshauptstadt München, Körperschaft des Öffentlichen Rechts)

**Rspkt** (Evangelische Stiftung Jugendsozialarbeit Bayern)

**BUNT statt braun Gemeinsam stark für Flüchtlinge e.V.**

**Les Mamas** („Lesbische Mütter mit Wunschkindern und Kinderwunsch“. „c/o Regenbogenfamilienzentrum“)

**Kafekult** (Veranstalter, der „keinen Bock auf rassistische, faschistische, sexistische oder homophobe Kackscheiße“ hat; JIZ, städtische Einrichtung in Trägerschaft des Kreisjugendring München-Stadt)

**Goethe Institut** (überwiegend aus dem Bundeshaushalt finanziert)

**AWO** (öffentliche Zuwendungen)

**IPPNW**

**Rave Stream Radio**

**Pulse of Europe**

**Diversity Munich** (eine „Queere Jugendorganisation“, gefördert mit öffentlichen Geldern der Stadt München)

**MUNIQYIV**

**Rage against Abschiebung** (Bandfestival, organisiert vom Bayerischen Flüchtlingsrat; das rage against Abschiebung 2023 fand in Kooperation mit der Petra-Kelly-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt)

**Stuve** (Studentenvertretung der Ludwig-Maximilians-Universität München, zuständige Aufsichtsbehörde: Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und

Kunst)  
**Culture Cloudes** (Jugendprojekte, u.a. gefördert von der Landeshauptstadt München, Sozialreferat, Stadtjugendamt)  
**Domagkateliers** (gefördert vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München)  
**Plant for the planet**  
**KinderKunstHaus**  
**Kritische Medizin München**  
**FairStärkung**  
**Rote Sonne** (Techno- und Indie-Club, gefördert von Kulturstatsministerin Claudia Roth)  
**Kulturbühne Hinterhalt**  
**Kollektivis e.V.**  
**Green City**  
**Öku-Büro München**  
**Jusos München**  
**In**  
**Common Ground**  
**Künstler mit Herz**  
**Letra Lebensberatung**  
**Junge NGG**  
**Non-Binary Stammtisch MUC**  
**Jugend München**  
**Migration macht Gesellschaft**  
**Verdi**  
**WUT**  
**Antikapitalistisches Klappradkollektiv (Antifa)**  
**Greenpeace Jugend München**  
**Küche ohne Grenzen**  
**Münchner Flüchtlingsrat** („Unser wichtigster Zuschussgeber ist die Stadt München“)  
**Wir sind Kirche**  
**LesCommunity e.V.**  
**KulturRaum München**  
**AK Wohnen der Münchner Studierenden**  
**Löwenfans gegen Rechts**

**Young Caritas München**  
**Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Hof e.V.**  
**Gregor-von-Vollmar-Akademie e.V. Kochel**  
**Morgen Netzwerk Münchner Migrant\*innenorganisationen**  
**Münchner Freiwillige WIR helfen**  
**IGJugend**  
**Jö Jung ökologisch**  
**QFFM**  
**IG Initiativ Gruppe Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V.**  
**VVN-BdA**  
**KlimaCamp München**  
**GEW**  
**Lez Lesbisch-Queeres Zentrum**  
**LSVD**  
**Bellevue die Monaco**  
**Heimatstern e.V.**  
**Münchner Klimaherbst**  
**BUND Naturschutz in Bayern**  
**Workers for Future**  
**MK: Münchner Kammerspiele**  
**Akl**  
**Umweltinstitut München e.V.**  
**NEIN**  
**BUND Friends of the earth Germany**  
**Frauenverbände Stadtbund München**  
**MC Kuhle Wampe München**  
**Hpkj e.V.**  
**Woman. Life.Freedom München**  
**Campus di Monaco**  
**DOK.fest München**  
**4 Jahre Münchner Aidshilfe e.V.**  
**LUISE Engagement und Kultur**  
**Aks Arbeitskreis kritische soziale Arbeit**  
**Kartoffelkombinat München ist ein Dorf**  
**Letzte Generation**  
**Gesundheitskollektiv München**

**Prout at Work**  
**Pathos Theater**  
**Gedenkinitiative für die „Euthanasie“-Opfer**  
**Soukino**  
**Seebrücke München**  
**Grüne Jugend München**  
**Lichterkette e.V.**  
**Verein Stadtteilarbeit**  
**Peace of Paper**  
**NMT Netzwerk Münchner Theater**  
**Respekt @ Poing**  
**HIDALGO**  
**[muc] münchen postkolonial**  
**Gpp Gesellschaftspolitische Projekte e.V.**  
**Der Paritätische in Bayern** (öffentliche Zuschüsse / staatliche Zuwendungen)  
**Offenes Antifa Treffen**  
**§ Rechtshilfe München e.V.**  
**Eine Welt Haus München e.V.** (Die Stadt München stellt nicht nur das Gebäude als Mietobjekt zur Verfügung, sondern finanziert den Trägerverein des Hauses auch mit rund 300.000 Euro pro Jahr; 2016 wurde die Sanierung des Objekts für rund 1,5 Millionen Euro ebenfalls vom Stadtrat genehmigt)  
**Antifant Autonome Antifa München** (Linksextremisten)  
**Omas gegen Rechts** (gefördert u.a. über das Bundesprogramm „Demokratie leben“)  
**RAV Republikanische Anwältinnen und Anwälte e.V.**  
**Sub**  
**MÜNCHEN ERINNERN OEZ-Anschlag 22.7.2016**  
**Antifa Stammtisch München**  
**Refugio München** (zum Teil finanziert aus öffentlichen Fördermitteln)

**CSD München Munich pride**  
**Links jugend [solid]**  
**Migrationsbeirat München**  
**Referat gegen Faschismus LMU**  
**Karawane**  
**Treibgut**  
**Aktionssicher München**  
**Safe the dance** („betrachtet Diversität aus einer intersektionalen Perspektive heraus“ und findet safe spaces „für mehrfach marginalisierte Menschen“ positiv, es sei denn, es sind AfD-Wähler)  
**Protect the Kids**  
**Schlau Trägerkreis junge Flüchtlinge**  
**We wont shut up**  
**Munich inside**  
**Ver.di** (SPD-nahe Gewerkschaft)  
**BJV Bayerischer Journalistenverband** (wird sicher für neutrale Berichterstattung sorgen)  
**Halle 6**  
 Übrigens gab es 2013 in München schon einmal eine große „Demo gegen rechts“, zu welcher ebenfalls 130 linke Gruppen aufgerufen hatten. Anlass war immerhin der Prozessauftakt gegen die mutmaßliche NSU-Terroristin Beate Zschäpe. Damals gingen die Demonstranten für die Abschaffung des Verfassungsschutzes (!) und „gegen Naziterror, staatlichen und alltäglichen Rassismus“ auf die Straße. Heute reicht die Räuberpistole vom „Vertreibungsgipfel“, um die Massen in Bewegung zu setzen. Der Bundespräsident sagt danke.  
 Claudio Casula arbeitet als Autor, Redakteur und Lektor bei der Achse des Guten, wo dieser Artikel zuerst erschienen ist.

## Zurück in alten Mustern: Annalena Baerbock im Westjordanland

Mit ihren Auftritten unterstreicht die deutsche Außenministerin wiederholt, was man schon wenige Tage nach dem Hamas-Massaker beobachten konnte: Nach einem nur allzu kurzen Schockmoment ist die deutsche Diplomatie wieder zur alten Tagesordnung und den bekannten Israel-Verleumdungs- und Verurteilungsformeln übergegangen. Eines jedoch haben die unvorstellbaren Verbrechen des 7. Oktobers erneut unterstrichen: Die Gazaner und die „Palästinenser“ können sich nicht einmal annähernd mit den moralischen und zivilisatorischen Standards der israelischen Gesellschaft messen. Die Gazaner und die „Palästinenser“ bejubeln das bestiälische Abschlachten israelischer Menschen, Vergewaltigungen von Frauen und Köpfungen von Kindern, während Israel seine Bürger, gleich welchen Glaubens, vor der gazanischen Barbarei schützen muss und es sogar dabei nicht versäumt, die Gesellschaft der Mörder und Verbrecher ebenfalls zu schützen und zu alimentieren. Eine derartige Geste gegenüber Juden ist weder aus Gaza noch aus der gesamten, in rückschrittlichem Atavismus verharrenden islamischen Welt zu erwarten. (JR)

### Von Sandro Serafin

Es ist bereits das vierte Mal seit dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober, dass Außenministerin Annalena Baerbock in den Nahen Osten reist. Aber dass sich bei ihr seitdem gewaltig etwas verschoben hat, lässt sich schon an ihrem Besuchsprogramm ablesen: Die erste Reise war noch als reiner „Solidaritätsbesuch“ für Israel vom Auswärtigen Amt verkündet worden.  
 Dieses Mal setzte Baerbock deutlich abweichende Akzente: Natürlich traf sie sich mit israelischen Betroffenen des Krieges, mit Geisellanghörigen ebenso wie mit Evakuierten von der Grenze zum Libanon, die unter Dauerbeschuss der Hisbollah steht. Das Hamas-Massaker verurteilte Baerbock erneut. Zudem sagte sie, der Krieg im Gazastreifen könne längst vorbei sein, wenn die Hamas ihre Waffen niederlegen würde.  
 Gleichzeitig legte die Ministerin aber auch einen medial stark beachteten Schwerpunkt auf die Lage der „Palästinenser“ im Westjordanland. Hier traf sie nicht nur (wie schon bei der dritten Reise) einen Vertreter der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde. Vielmehr kam sie auch in einen Austausch mit „Palästinensern“, die von zunehmenden Schikanen durch radikale israelische Siedler berichteten.  
 Für ein Pressestatement positionierte sich Baerbock dann medienwirksam vor zahlreichen Mikrofonen auf einem Hügel, um von dort aus Kritik an der israelischen Regierung zu üben und den israelisch-„palästinensischen“ „Konflikt“ zu analysieren. Baerbock konkret: „Hier im Westjordan-

land zeigt sich, wie unglaublich gefährdet die Zwei-Staaten-Lösung ist.“ Und später: „Der Siedlungsbau ist illegal. Er untergräbt den dauerhaften Frieden und gefährdet die Zwei-Staaten-Lösung.“

### Unqualifizierte Einschätzung

Dazu lässt sich einiges sagen: Gefährdet kann eigentlich nur etwas sein, was wirklich – oder zumindest potenziell – existiert. Die „Zwei-Staaten-Lösung“ tut dies aber nur in den Köpfen westlicher Diplomaten. Außerdem: Warum positioniert sich Baerbock ausgerechnet im Westjordanland, um zu zeigen, wie gefährdet diese angebliche Lösung sei?  
 Ihre Äußerungen zum „illegalen“ Siedlungsbau unterstreicht, dass sie das größte Problem insgeheim offenbar bei Israel sieht, auch wenn sie das so explizit vermutlich nie sagen würde. Dabei konnte alle Welt am 7. Oktober sehr genau gesehen, wer eine Lösung tatsächlich verhindert. Und auch hier wieder: Laut Baerbock „untergräbt“ der Siedlungsbau „den dauerhaften Frieden“, so als würde dieser gerade oder potenziell existieren.  
 Mit ihrem Auftritt unterstreicht die Ministerin ein weiteres Mal, was man schon wenige Tage nach dem Hamas-Massaker beobachten konnte, als der Bundestag einstimmig in einer Resolution die „Zwei-Staaten-Lösung“ forderte: Nach einem äußerst kurzen Schockmoment ist die deutsche Diplomatie wieder zur alten Tagesordnung und den bekannten – so leeren wie oberflächlichen Formeln – übergegangen. Gelernt hat sie nichts. Stattdessen hält sie eisern an ihrem alten



Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock bei ihrem Besuch in Kairo am 9. Januar 2024. betrachten.

Katechismus fest, der aus den Glaubenssätzen besteht: Erstens hat auch im israelisch-„palästinensischen“ Konflikt alles zwei im Grunde gleichwertige Seiten, zweitens sind die israelischen Siedlungen ein zentrales, wenn nicht sogar das zentrale Problem in diesem „Konflikt“ (auf das die „Palästinenser“ nur reagieren) und drittens gibt es auch ein Heilmittel, und das ist die „Zwei-Staaten-Lösung“.

### Keine zwei äquivalenten Seiten

Die Folge dieses Aberglaubens: Baerbock bedient alle Seiten – sie sagt hier ein schö-

nes Wort zu den Israelis und da etwas Gutes zu den „Palästinensern“, übt dann hier Kritik an diesen und dort Kritik an jenen. Am Ende entsteht der Eindruck, dass doch alle Seiten im Grunde gleich seien. Deswegen auch hier ein Staat für die Israelis und dort ein Staat für die „Palästinenser“. Klingt doch gerecht, oder?

Die Verteidiger dieser jahrzehntealten Politik werden das als Ausdruck hoher Dialektik und differenzierten Denkens preisen. Sie übersehen: Manchmal stößt ein „Sowohl als auch“ an die Grenzen der Realität. Nein, die Israelis sind nicht übernatürliche Engel, die alles richtig machen. Ja, es gibt extremistische Israelis, die „Palästinenser“ angreifen.

Aber eines haben die unvorstellbaren Verbrechen des 7. Oktobers erneut unterstrichen: Die israelische und die „palästinensische“ Gesellschaft lassen sich nicht mit dem gleichen Maßstab messen. Es gibt schlicht keine zwei äquivalenten Seiten. Sondern eine Seite („Palästinenser“), die die andere auslöschen will, und eine andere Seite (Israel), die sich dem erwehren muss (und dabei menschliche Fehler macht).

Annalena Baerbock hat das nicht begriffen. Das Auswärtige Amt hat es nie verstanden. Anstatt die schwere Realität anzuerkennen, fährt man lieber in den eingefahrenen nahostpolitischen Spuren weiter. Das bringt zwar nicht, ermöglicht den handelnden Akteuren aber, an den eigenen Illusionen festzuhalten.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

# Berliner Kulturverwaltung setzt kürzlich beschlossene Antidiskriminierungsklausel gegen Juden wieder aus

Erst im Dezember wurde für den Berliner Kulturbetrieb aus vielfach gegebenem Anlass eine sogenannte „Antidiskriminierungsklausel“ eingeführt, um Antisemitismus vorzubeugen. Damit war die Vergabe von Fördermitteln an ein Bekenntnis gegen Antisemitismus gekoppelt. Der Senat hat diese Klausel wegen vermeintlicher „rechtlicher Unsicherheit“ allerdings nun wieder aufgehoben. Zuvor hatten Teile der vorwiegend grün und links orientierten Kulturszene die Klausel heftig kritisiert, da sie die Kunstfreiheit dadurch eingeschränkt sahen. Das Einknicken des CDU-Senators vor Juden- und Israel-Hassern ist eine Enttäuschung für die bürgerliche Mitte und bezeichnend für die heuchlerische Alibi-Politik hierzulande. Jedenfalls wird die Judenfeindlichkeit, wenn sie von linker oder islamischer Seite kommt, in Berlin offensichtlich selbst von der CDU nicht wirklich bekämpft. So jedenfalls sollte der von den etablierten Parteien behauptete Kampf gegen Antisemitismus ganz sicher nicht aussehen. (JR)

Von Miriam Sofin

Die im Dezember von der Berliner Kulturverwaltung eingeführte Antidiskriminierungsklausel bei Fördermitteln wurde bereits wieder verworfen - zumindest vorerst. An der Klausel gebe es juristische Bedenken, teilte die Verwaltung von Kultursenator Joe Chialo (CDU) mit. Am Ziel der Verwirklichung einer „diskriminierungsfreien Kultur“ halte er dennoch fest.

Anfang Januar machte die Kulturverwaltung des Bundes publik, zukünftig Empfänger von öffentlichen Fördergeldern mittels einer Klausel unter anderem zum Bekenntnis gegen Antisemitismus zu verpflichten. Als Grundlage dafür sollte die Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) dienen, welche durch die Bundesregierung um einige weitere Punkte ergänzt wurde. Kultursenator Chialo wollte damit nach eigener Aussage verhindern, dass mit öffentlichen Mitteln „rassistische, antisemitische, queerfeindliche oder anderweitig ausgrenzende Ausdrucksweisen“ gefördert werden. Laut Angaben der Kulturverwaltung war die Klausel am 21. Dezember letzten Jahres in Kraft getreten.

Teile der Kulturszene und die politische Opposition hatten die Klausel und das Vorgehen des Kultursenators heftig kritisiert. Sie schränke die Kunstfreiheit ein und sei eine Form der Gesinnungsschnüffelei.

„Beschränkung der Kunstfreiheit“ Kultursenator Chialo möchte sich nach eigener Aussage weiter für Diskriminie-

rungsprävention in der Berliner Kulturlandschaft engagieren. „Ich werde mich weiter für die diskriminierungsfreie Entwicklung der Berliner Kultur einsetzen“, sagte er, „ich muss aber auch die juristischen und kritischen Stimmen ernst nehmen, die in der eingeführten Klausel eine Beschränkung der Kunstfreiheit sahen“.

Joe Chialo betonte, die politische Debatte um diskriminierungsfreie Räume sei zurzeit nötiger, denn je. Er wolle daher den Diskurs fördern und setze hierbei auf eine überparteiliche Zusammenarbeit.

Die kulturpolitische Sprecherin der Links-Fraktion, Manuela Schmidt, sagte im Berliner Abgeordnetenhaus, sie sehe damit den Weg für einen Dialog geebnet, in dem erschlossen werden müsse, wie die Gesellschaft gegen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung vorgehen können, ohne die Kunstfreiheit dabei zu beschneiden.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland hatte die Antisemitismus-Klausel für Kulturförderung begrüßt. „Die Klausel der Senatsverwaltung für Kultur Berlin zur Antidiskriminierung bei Fördergeldern setzt neue Maßstäbe und reagiert damit auch auf die Erfahrungen der letzten Jahre“, sagte der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, in einer Pressemitteilung.

## Konsequenzen bei antisemitischen Darstellungen

„Gerade antisemitische Darstellungen in der Kunst wurden viel zu wenig erkannt, benannt und kritisiert“, so Schuster



Joe Chialo: Antisemitismus in der Kunst ist immer wieder ein Streitthema.

weiter. Handfeste Konsequenzen nach antisemitischen Skandalen seien meist ausgeblieben. Berlin würde durch die Antidiskriminierungsklausel seinem Vorbildcharakter als wichtigster deutscher Kunst- und Kulturstandort gerecht werden. Mit öffentlichen Geldern dürften keinesfalls Darstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder Ausgrenzung gefördert werden.

Zuletzt wurden im Sommer 2023 Antisemitismus-Vorwürfe gegen das Künstlerkollektiv „Ruangrupa“ publik, das

während der renommierten „documenta fifteen“ laut Abschlussbericht eines Expertengremiums vier Werke vorgestellt hatte, die auf „antisemitische visuelle Codes verwiesen oder Aussagen transportierten, die als antisemitisch interpretiert werden können beziehungsweise interpretiert werden müssen.“

Die „documenta fifteen“ gilt als weltweit bedeutendste Reihe von Ausstellungen für zeitgenössische Kunst und wird jährlich mit 3,5 Millionen Euro Steuergeldern durch die Kulturstiftung des Bundes gefördert.

# DAVA-Vereinigung: Der verlängerte Arm Erdogans?

Die türkisch-islamische Gruppierung „DAVA“ - ein Ableger von Erdogans AKP, steht kurz vor der Parteiwerdung und will bereits im Juni, bevor sie noch in Deutschland gewählt werden kann, zur Europawahl antreten. Ihre Gründungserklärung weist antidemokratische, islamisch-nationalistische und Israel-feindliche Züge auf. Da auf EU-Ebene keine Fünf-Prozent-Hürde genommen werden muss, könnten die türkischen Nationalisten demnächst durchaus in das EU-Parlament einziehen. Ein Parteiverbot oder eine hinreichende Gegenstimmung auf den Demos gegen „rechts“, die etwa diese anti-demokratische Neugründung ablehnen, ist mit wenigen Ausnahmen, kaum zu vernehmen. (JR)

Von Filip Gašpar

Dieses Jahr stehen mehrere wichtige Wahlen an. Da wären zum einen die Wahlen in den ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Thüringen und Brandenburg sowie die Wahlen zum Europaparlament am 9. Juni.

Neben den neu gegründeten Parteien, dem von Sara Wagenknecht gegründete BSW, das Leute von den Linken mitgenommen hat und der vom ehemaligen Präsidenten des deutschen Verfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen gegründete Werteunion, will noch eine dritte Gruppierung ein Stück vom Kuchen abhaben. Die Rede ist von DAVA und die Abkürzung steht für „Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch“. Im Arabischen bedeutet „Da'wa“ die „Einladung“ zum Islam und wird oft auch als Auftrag zur Missionierung verstanden. Ein Schelm, wer bei diesem Namenszufall Böses denkt.

## AKP-nahe Vereinigung

Bisher ist DAVA noch eine politische Vereinigung, doch das langfristige Ziel soll die Grün-

dung einer Partei sein. Angeführt wird sie von einer Gruppe türkeistämmiger Politiker, die bei der kommenden Europawahl antreten wollen. Auch wenn die Gründungsmitglieder eine Nähe zu Erdogan und seiner AKP, oder gar eine finanzielle Unterstützung, von sich weisen, sind die Vermutungen nicht aus der Luft gegriffen. Da ist zum Beispiel Fatih Zingal, der den ersten Listenplatz belegt. Über viele Jahre hinweg engagierte er sich als Funktionär eines Vereins, der in Deutschland für die Politik von Erdogan warb. Dass Erdogan bei der Präsidentschaftswahl in der Türkei im Mai 2023 rund 500.000 Stimmen der Türken in Deutschland erhielt, zeugt von der Sympathie dieser für ihn. Das sind immerhin 67 Prozent der Stimmen!

Die Rolle von Diti, mit engen Verbindungen zu Erdogan, und IGMG wird thematisiert. Diti betreibt 900 Moscheen mit 800.000 Mitgliedern in Deutschland und untersteht direkt der türkischen Behörde für Religionsangelegenheiten, die wiederum beim türkischen Ministerpräsidenten in Ankara angesiedelt ist. Die Europawahlen werden als Test für Erdogan betrachtet, wie viel Unterstützung er

innerhalb der muslimischen Gemeinschaft mobilisieren kann. Es besteht kein Zweifel daran, dass Moscheen im Wahlkampf für die Europawahl wichtige Wahlkampforte sein werden.

Die DAVA hatte einfache Slogans für ihre Wähler im Sinn, daher fordern Erdogans Sympathisanten und Wähler, wie es in der Ankündigung heißt, „Menschen mit ausländischen Wurzeln volle Rechte einzuräumen“. Das klopft an eine offene Tür, denn sie stünden täglich vor Problemen, „bei der Wohnungssuche, der Anmeldung, aber auch in vielen Alltagssituationen, etwa beim Kontakt mit den Behörden, wo sie nicht als vollwertige Mitglieder der europäischen Gesellschaft akzeptiert werden.“ Außerdem erwähnt die Partei in ihrem Programm den Kampf gegen Kinder- und Altersarmut, Sozialleistungen und fordert eine „pragmatische Flüchtlingspolitik ohne Ideologie“. Übersetzt bedeutet das: offene Grenzen.

## Beginn einer politischen Zeitenwende?

Politiker wie Cem Özdemir (B90/Grüne) und Jens Spahn (CDU) zeigen sich besorgt über

die Pläne einer Erdogan-AKP-Ablegerpartei in Deutschland, doch haben sie nicht gerade erst mit ihrer Politik so einer Partei den Weg geebnet?

Insgesamt könnten die bevorstehenden Wahlen in Deutschland, besonders die Europawahlen, eine entscheidende Wende in der politischen Landschaft bedeuten, wenn DAVA erfolgreich ist und einen Sitz im Europaparlament ergattert. Die Besonderheit bei den Europawahlen ist, dass es keine Fünf-Prozent-Hürde gibt.

Eines sei sicher: Sollte DAVA im Juni erfolgreich sein, wäre das nicht nur ein großer symbolischer Sieg für Erdogan, sondern der Beginn einer neuen politischen Zeitenwende.

Wie auch immer man zum begeisterten Fußballer Erdogan steht, man kann es ihm nicht verübeln, dass deutsche Politiker durch ihre Migrationspolitik ihm den Ball auf den Elfmeterpunkt gelegt und gleichzeitig den Torwart weggeschickt haben und er diese Chance nun symbolisch mit DAVA ergreifen könnte und ab Juni ein trojanisches Pferd im EU-Parlament haben wird – Made in Germany.

# „Demos gegen rechts“ – Wo waren diese Menschen, als das Hamas-Massaker gefeiert worden ist?

Wie ernst ist es der zuletzt so aktiven und sich moralisch so erhaben gerierenden „Demos gegen rechts“-Bewegung mit dem Spruch „Nie wieder ist jetzt“ wirklich? Es stellt sich die Frage, wo diese hunderttausend Menschen starken Demos nach dem Massaker durch die Hamas waren oder als auf deutschen Straßen die bestialischen Abschachtungen jüdischer Menschen von Islamisten, Linken und anderen Antisemiten frenetisch mit Bonbon-Verteilungen bejubelt wurden? Dieser bis an Hysterie grenzende, in Wirklichkeit dem verdienten Stimmverlust der Ampel geltende, vermeintliche antifaschistische Aktivismus reicht für die Antisemiten aus den eigenen Reihen ganz offensichtlich leider nicht aus und schon gar nicht, wenn die Juden – wie es durchweg die Regel ist – die Opfer und Islamis die Täter sind. (JR)

Von Liyun Gothóni

In den vergangenen Jahren wurden wir vermehrt Zeugen unsäglicher Gewalt gegen Juden in Israel und erleben zudem noch eine dramatisch wachsende Bedrohung durch Islamisten und andere Extremisten hierzulande. Die Diskrepanz zwischen der weitgehenden Ignoranz gegenüber diesen Gräueltaten und der Empörung der Mehrheitsgesellschaft über bereits bekannte Positionen antisemitischer Akteure und Gruppierungen wird immer deutlicher. Die Frage nach dem Gedenken an die Verbrechen der Shoa drängt sich auf, insbesondere wenn antisemitische Übergriffe in der Gegenwart nicht mit derselben Empörung quittiert werden. Hier stellt sich einem die Frage, ob eventuell mit zweierlei Maß gemessen wird.

Der alljährliche Holocaustgedenktag am 27. Januar wird von vielen genutzt, um mit einem kurzen #NieWieder-Hashtag oder der Teilnahme an einer lokalen Anti-AfD-Demonstration vermeintliche Solidarität zu bekunden. Doch zwischen diesen Lippenbekenntnissen und tatsächlichem Handeln liegen scheinbar Welten. Denn am 7. Oktober hat die Mehrheitsgesellschaft bewusst weggeschaut, als 1.200 Juden, darunter Männer, Frauen und Kinder, von Terroristen der Hamas massakriert, gefoltert, vergewaltigt und in den Gazastreifen verschleppt wurden.

An keinem Tag seit 1945 sind mehr Juden gestorben, als am 7. Oktober, nur einmal die Monstrosität dieser Taten zu betonen. Eltern wurden vor den Augen ihrer Kinder ermordet, Kinder mit Kopfschüssen hingerichtet und Frauen massenweise und systematisch vergewaltigt. Die Mehrheitsgesellschaft hat nicht nur vor einer eindeutigen Verdammung dieses Zivilisationsbruchs abgesehen, sondern auch zugelassen, dass Juden und die Unterstützer jüdischen Lebens in Deutschland massiver Bedrohung ausgesetzt sind.

## Heuchlerischer Aktivismus

Mehrere Organisationen und Verbände veranstalten wie jedes Jahr deutschlandweite Mahnwachen, um an die bis zu 6,2 Millionen Juden zu erinnern, welche von der NS-Diktatur getötet worden. Ausgerechnet an solch einem Tag findet in Berlin jedoch auch eine „Pro-Palästina“ Demo statt – eine ekelhafte und klar bewusste Provokation. Abgesehen davon findet der Gedenktag zu turbulenten Zeiten statt. Bauernproteste, eine gesellschaftliche Spaltung am Anschlag, ein vermeintlicher AfD-Skandal und im Umkehrschluss bis zu einer Millionen Menschen, die „für die Demokratie“ und gegen die AfD auf die Straße gehen, scheinen das Gedenken dieses Jahr zu übertönen. Es ist der erste Gedenktag dieser Art nach dem genozidalen Massaker der Hamas am 7. Oktober.



Wo waren die Großdemos, als Muslime den Terror gegen Israel auf deutschen Straßen gefeiert haben?

Wie ernst ist es der zuletzt so aktiven und moralisch so erhabenen Zivilgesellschaft mit dem Spruch „Nie wieder ist jetzt“ wirklich?

Wenn die Parole „Nie wieder ist jetzt“ gilt, stellt sich die Frage, wo diese hunderttausend Menschen starke Zivilgesellschaft nach dem Massaker durch die Hamas war und wo diese Menschen waren, als auf deutschen Straßen diese Schandtaten von Islamisten, Linken und ande-

## Warum ist die akute Bedrohung der Juden scheinbar nicht problematisch genug, um demonstrieren zu gehen, ein Treffen zwischen Unternehmern, Konservativen und Rechten dagegen schon? Ein moralischer Kompass ist schlichtweg nicht zu erkennen.

ren Antisemiten frenetisch bejubelt wurden. Es ist so einfach und auch bequem der sogenannten „Mehrheitsmeinung“ einfach zu folgen und im Nachhinein zu glauben, man habe die Demokratie vor einer Art „Machtergreifung 2.0“ gerettet. Doch dieser leidenschaftliche „antifaschistische“ Aktivismus gilt scheinbar nicht, wenn Juden die Opfer und Islamisten die Täter darstellen.

Denn wo waren sie, als Synagogen in Berlin vor wenigen Wochen noch mit Molotowcocktails angegriffen wurden? War das etwa „keine Gefahr für die Demokratie“? Warum wurde dort bewusst weggeschaut? Warum ist die akute Bedrohung der Juden scheinbar nicht problematisch genug, um demonstrieren zu gehen, ein Treffen zwischen Unternehmern, Konservativen und Rechten dagegen schon? Ein moralischer Kompass ist schlichtweg nicht zu erkennen.

## Situationselastische Courage

Stattdessen machen sie sich mit Linksextrremen und „Pro-Palästina“-Propagandisten gemein und haben kein Problem damit, dass antisemitische Banner, die radikal gegen den jüdischen Staat hetzen, auf ihren „Pro-Demokratie“-Demonstrationen geduldet werden – wie es erst vor wenigen Tagen in München und in Berlin der Fall war. Auch antisemitische Sprechchöre waren zu hören, während die ande-

sation zu kämpfen behauptet. Denn die Hamas kalkulierte mit der militärischen Reaktion Israels. Zudem bissbraucht die Hamas Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, als lebende Schutzschilde.

## Sprunghafter Anstieg antisemitischer Straftaten

Auch wenn sich große Teile der politischen Eliten und der Öffentlichkeit vermeintlich solidarisch zu Israel bekennen, zeigt sich in deutschen Großstädten ein anderes Bild. Noch am selben Tag nach dem Massaker feierten Menschen aus dem arabischen Milieu die systematische Ermordung von Kindern und die Vergewaltigung von Frauen in der Berliner Sonnenallee. Sie verteilten Süßigkeiten an Passanten und stimmten arabische Lieder an. Dass es ihnen nicht „nur“ um Israel geht, sondern auch gegen jüdisches Leben generell, zeigen die über 2200 (!) antisemitischen Straftaten hierzulande seit dem 7. Oktober.

Abschließend ist nur zu sagen, dass es sich bei der ganzen Thematik nicht mehr, als um eine moralische Bankrotterklärung handelt. Insbesondere in Deutschland ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Alarmglocken sofort schrillen, wenn Anschläge auf Synagogen erneut verübt werden und der radikale Judenhass weiter floriert. Auch in solchen Momenten ist es essentiell, dass die Gesellschaft gemeinsam gegen diesen blanken Hass und gegen die militante Gewalt aus diesen Milieus aufsteht und sich klar und deutlich gegen Antisemitismus engagiert.

Liyun Gothóni kommt aus Berlin und arbeitet als Publizist und politischer Kommentator mit Schwerpunkt auf den Nahostkonflikt.

# Über 120 Tage Krieg in Israel – Im Tirtzu im Einsatz für die Soldaten

Im Tirtzu ist die NGO in Israel, deren politische Aufklärungsarbeit besonders nach den schrecklichen Ereignissen des 7. Oktobers für Israel von großer Wichtigkeit ist. Darüber hinaus leistet die Organisation wichtige Hilfestellung für die bereits seit vier Monaten in heldenhafte Einsatz gegen das pure Böse in Gaza kämpfenden Soldaten der IDF. Die Mitarbeiter von Im Tirtzu sammeln dazu Sachspenden und bringen sie unter aufopferndem persönlichem Engagement zu den Soldaten an die Front. Der Einsatz ist vor allem auch für die moralische Unterstützung und für die Kampfmoral der zumeist jungen israelischen Soldaten von außerordentlicher Bedeutung. Das Spendenkonto für im Tirtzu finden Sie unter dem Artikel. (JR)

## Ein Erfahrungsbericht von Yonatan Shay

Das brutale Massaker, das von nazistischen Hamas-Terroristen am 7.10. im Süden Israels verübt worden ist, war für die Bewohner des Staates Israel ein riesiger Schock, die erkannten, dass ihr Leben nicht mehr das Gleiche sein würde.

Der „Ein-Tages-Holocaust 2023“ traf unsere Generation mit Macht und hinterließ eine ganze Nation traumatisiert. Niemand hielt es für möglich, dass so etwas in unserem eigenen souveränen Staat passieren könnte.

Nach einer schlaflosen Nacht voller Trauer und Entsetzen sowie im Angesicht von Horrorvideos, die nicht aufhörten, das Handy zu fluten, fand ein Mitarbeitertreffen der Organisation Im Tirtzu statt, für die ich arbeite. Im Tirtzu ist die größte und einflussreichste zionistische NGO in Israel. Da die meisten unserer Mitarbeiter als Reservisten einen Einberufungsbescheid des Militärs erhalten hatten, war die Anzahl der verbliebenen Mitarbeiter sehr überschaubar.

Das gesamte Volk berief sich sozusagen selbst ein, sodass sich auch jeder Zivilist auf die ihm bestmögliche Weise engagierte.

Wir wussten, dass der Staat Israel seit dem Jom-Kippur-Krieg – der genau 50 Jahre vor dem Hamas-Massaker begann – keinen so entscheidenden Krieg mehr führen musste.

### Überwältigende Hilfsbereitschaft

Es sprach sich schnell herum, dass Im Tirtzu über die logistische Infrastruktur für eine große Hilfskampagne für die Soldaten verfügte. So kamen bereits am 8.10., einen Tag nach dem Massaker, unzählige Menschen zu meiner Wohnung, um Spenden abzuliefern. Es kam eine riesige Menge an Sachen, vor allem Lebensmittel und Hygieneprodukte zusammen.

Ein großer Teil der Menschen, die ihre Spenden zu meiner Wohnung in Herzliya brachten, hätte mit mir vor dem 7.10. kein Wort gewechselt: So waren viele von ihnen strikte Gegner der Justizreform, während ich als Im Tirtzu-Mitarbeiter als lautstarker Befürworter der Reform bekannt war.

Dies war nach dem 7.10. aber alles unwichtig geworden. Wir waren alle in der Sorge um unser Land vereint und die israelische Heimatfront wusste dies genau wie die Soldaten, die gerade eingezogen worden waren: Das ist unser Moment der Einheit. Nachdem wir wegen der inneren Spaltung in Israel massakriert und abgeschlachtet wurden, tun wir nun gemeinsam alles für den Sieg. Am Montagmorgen, zwei Tage nach dem Massaker, versammelte sich um 7 Uhr morgens eine große Gruppe freiwilliger Helfer vor meiner Wohnung und wir fuhren in einem Konvoi in den Süden Israels. Die Straßen im Süden wa-



Yonatan Shay verteilt im Auftrag von Im Tirtzu Spenden an die Soldaten.

ren völlig leergefegt und es lag eine Atmosphäre des Krieges in der Luft.

An vielen Sammelpunkten sahen wir Tausende Soldaten, die gerade einberufen wurden und wir nutzten die Gelegenheit, um ihnen diverse Lebensmittel- und Sachspenden zu überreichen. Von Kartoffelchips bis hin zu mobilen Ladegeräten für das Handy: Es gab gefühlt nichts, was nicht in unseren, bis oben vollgeladenen Autos zu finden war.

Wir wollten noch näher an die Kibbuzim, in denen die Hamas gemordet hatte, heranrücken, und dort helfen. Allerdings gab es selbst zwei Tage nach Beginn des Massakers in diesem Gebiet immer noch Kämpfe zwischen unseren Soldaten und den Terroristen, sodass wir nicht noch weiter in Richtung Süden fahren konnten.

### Anhaltende Kämpfe

Fünf Tage nach Beginn der Kämpfe gelang es mir schließlich, mit einer Gruppe von Aktivisten die Kibbuzim rund um den Gazastreifen zu erreichen, und was wir dort sahen, werden wir nie vergessen:

Es standen immer noch Dutzende von verbrannten Fahrzeugen am Straßenrand, die Felder waren teils verbrannt und immer wieder erblickten wir von den Kämpfen beschädigte oder zerstörte Häuser.

Bürger aus dem ganzen Land rüsteten uns in den nächsten Wochen mit Spenden aus und wir brachten sie in den Süden und den Norden des Lan-

des. An der Nordgrenze Israels feuerte die Terrororganisation Hisbollah immer häufiger Raketen auf die israelischen Grenzgemeinden.

Auf den langen Autofahrten kamen mir immer wieder Erinnerungen an den 7.10., den „schwarzen Samstag“:

An Alexei aus meinem Boxverein, der ein Polizist war und im Kampf um die Polizeistation in Sderot getötet wurde. An Neriah, dem jungen Soldaten, den ich einige Monate zuvor kennengelernt und ihm versprochen hatte, ihn in seiner Militärbasis zu besuchen, die von den Terroristen, gestürmt worden ist. An den Fußballer Lior Assulin, der im Fußballverein, in dessen Jugendmannschaft ich spielte, ein großer Star war und nun das Nova-Festival besucht hatte, wo er von der Hamas erschossen wurde.

Überall, wo wir hingingen, waren die Soldaten sehr glücklich, uns zu sehen und konnten kaum glauben, dass Zivilisten – wenn auch mit einer Sondergenehmigung der Armee – in solch gefährliche Gebiete kamen, in denen sie stationiert waren.

### An der Nordfront

Zwei Wochen nach dem Massaker und dem Ausbruch des Krieges kehrte ich mit einem Team von Aktivisten an die Nordfront zurück.

In Mischgav Am, einem Ort im Norden Israels, in dem immer wieder Raketen der Hisbollah einschlugen, sprach ich mit einem Offizier der IDF. Er erzählte mir, dass der 7.10.

sogar noch schlimmer verlaufen wäre – auch wenn dies schwer vorstellbar ist –, wenn an diesem Tag nicht nur die Mordkommandos der Hamas, sondern auch diejenigen der Hisbollah angegriffen hätten. Dann hätte es Zehntausende Tote im Norden Israels gegeben. Man mag es sich gar nicht vorstellen.

Mit einer Sondergenehmigung fuhren wir weiter in der geschlossenen Militärzone, um den Soldaten die Spenden zu übergeben und ihnen eine Freude zu machen. Als wir auf der nördlichsten Straße Israels, im oberen Galiläa in den Bergen oberhalb von Kirjat Shmona und nur wenige hundert Meter von den Positionen der Hisbollah entfernt waren, fuhr ein israelischer Panzer vor uns. Plötzlich öffnete sich die Luke des Panzers und der Soldat rief uns zu, dass wir schneller fahren sollten, da das ganze Gebiet jederzeit von der Hisbollah beschossen werden könnte.

Wie recht er damit hatte, erkannten wir wenige Minuten später, als nur einhundert Meter hinter uns eine Rakete der Hisbollah einschlug und ein Gebäude im Kibbuz Manara traf.

Wir waren uns nicht sicher, ob die Rakete unser Privatfahrzeug oder den Panzer, der vor uns fuhr, treffen sollte. Wir kehrten jedenfalls nicht mehr in den Norden zurück, weil es einfach zu gefährlich war. Die Spenden verteilten wir nun im Zentrum des Landes an die Soldaten, bevor diese in den Norden aufbrachen.

### Einsatz in Judäa und Samaria

Daher konzentrierten wir uns nun auf eine andere Front, die in den ersten Kriegswochen nicht so sehr im öffentlichen Fokus stand: Judäa und Samaria, in Deutschland auch unter dem Namen Westjordanland bekannt.

Dort wurden seit Kriegsbeginn jede Woche Dutzende Terroristen getötet und Hunderte, vor allem Hamas-Mitglieder, verhaftet.

Da die Soldaten in Judäa und Samaria in den ersten Wochen des Krieges tatsächlich ein wenig „vergessen“ wurden, freuten sie sich sehr über die Lebensmittel und Hygieneprodukte, aber auch taktische und operative Ausrüstung. Einen besonderen Wert legten wir auf warme Winterkleidung, da es in Judäa und Samaria bereits im Oktober und November besonders nachts schon sehr kalt ist. Ich verbrachte fast den ganzen Monat November mit den Soldaten auf den Basen und Außenposten von Judäa und Samaria. Die dort teilweise herrschende „Palästinensische“ Autonomiebehörde hat bis heute das brutale Massaker der Hamas am 7.10. nicht verurteilt.

Wir haben in unseren Gesprächen immer dasselbe von den Kämpfern gehört: Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Terroristen auch in Judäa und Samaria versuchen werden, die von ihnen bewunderten Taten der Hamas nachzuahmen.

Während meiner Zeit in Judäa und Samaria organisierten wir drei Grillabende für jeweils mehr als 100 Soldaten, welche den Soldaten ein kleines Lächeln in diesen schwierigen Zeiten ins Gesicht zaubern konnten.

### Unermülich an der Seite der Soldaten

Da die Spendenbereitschaft zwei Monate nach Kriegsbeginn zurückging – die Menschen hatten einfach nicht mehr so viel Zeit und Geld –, beschlossen wir, eine Spendenkampagne zu starten. Unser Ziel war es, eine halbe Million Schekel (ca. 125.000 €) einzusammeln. Nach zwei Wochen erreichten wir dank großzügiger privater Spenden den von uns avisierten Betrag.

Direkt nach Kriegsbeginn sind Dutzende von Freiwilligenorganisationen entstanden, deren Ziel die Unterstützung unserer Soldaten war. Auch viele zivilgesellschaftliche Gruppierungen änderten nach Kriegsausbruch ihre Mission, sodass auch sie sich nun um die Soldaten, aber auch bedürftige Personen kümmerten. Das bekannteste Beispiel ist sicherlich die Organisation „Achim laNeshek“, zu Deutsch „Waffenbrüder“, die ursprünglich von Reservisten gegründet wurde, um gegen die Justizreform zu protestieren. Nach dem 7.10. nutzten sie ihre etablierten Organisationsstrukturen, um sich in den Dienst der Soldaten und des ganzen Landes zu stellen. Doch zwei Monate nach Kriegsbeginn gab es nur noch wenige Organisationen, welche den Umfang und die Frequenz ihrer anfänglichen Aktivitäten aufrechterhalten konnte.

Damit verblieb Im Tirtzu eine der wenigen Organisationen, die unermülich in beträchtlichem Umfang Spenden an die Soldaten verteilt.

Aufgrund dieser großen Verantwortung und trotz der weiterhin stark dezimierten Mitarbeiter- und Aktivistengruppe – viele sind immer noch in ihren Militäreinheiten –, kauften wir dank des durch Spenden großen Budgets große Mengen an benötigten Gütern und Ausrüstungsgegenständen und transportierten diese im gan-



Auch Vierbeiner kämpfen gegen den islamischen Terror.

zen Land. Für den Winter haben wir beispielsweise tausende warme und hochwertige Winterparkas gekauft, die speziell an militärische Bedürfnisse angepasst sind.

Die Soldaten können teils nicht glauben, dass es nach mehr als 100 Tagen Krieg immer noch Organisationen gibt, die Zeit und Mittel haben, um sie zu unterstützen.



Nahe der Front muss man oft in Deckung gehen.

### Vereint für ein Leben in Freiheit und Frieden

Das Volk Israel ist nach wie vor vereint im Mehrfrontenkrieg. Von der inneren Spaltung und den massiven Zerwürfnissen, die man vor dem 7.10. beobachtete, ist nichts mehr übriggeblieben. Doch um welchen Preis haben wir diese Einigkeit erreicht?

Die Bilder von vergewaltigten Frauen, sadistisch ermordeten Menschen, verstümmelten Kindern und bei lebendigem Leibe verbrannten Familien gehen keinem Israeli aus dem Kopf.

Auch diese Bilder sind es, welche der israelischen Zivilgesellschaft sowie den Soldaten die Notwendigkeit verdeutlicht, den Krieg bis zum vollständigen und eindeutigen Sieg fortzuführen.

Nur dann besteht eine Chance, dass die kommenden Generationen ohne Kriege in ihrer Heimat in Frieden leben können.

Denn mit der Hamas an unserer Grenze wird dies nicht möglich sein.

Entweder ist es die Hamas oder wir. Beide können nicht mehr nebeneinander existieren, das hat der 7. Oktober auf schmerzliche Weise verdeutlicht.

Über den Autor: Der Politikwissenschaftler Yonatan Shay wuchs in Herzliya (Israel) auf und lebte fünf Jahre in Deutschland. Er studierte Internationale Beziehungen und Diplomatie an der Reichman Universität. Sein Masterstudium absolvierte er an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Nach seinem Studium leistete er sein Praktikum im Deutschen Bundestag und AJC Berlin ab. Heute leitet er die „Hasbara“ Abteilung (Aufklärungsarbeit und Information) der Im Tirtzu Bewegung, die größte zionistische Graswurzelbewegung Israels. Yonatan Shay ist der ehemalige Gesandter der Jewish Agency for Israel in Süddeutschland. Seit Mai 2019 schreibt er auch für die Jüdische Rundschau.

Hier können Sie den Soldaten helfen und an Im Tirtzu spenden: <https://secured.israelgives.org/en/pay/IMTIGlobal>

# Holocaust-Gedenken als Alibi

*Der diesjährige Holocaust-Gedenktag fällt schon wieder in eine Zeit, in der die Feinde Israels die Vernichtung des Staates Israel und seiner Menschen betreiben und unschuldige jüdische Opfer nach dem bestialischen Angriff vom 7. Oktober sich immer noch lebensbedroht in der Geiselhaft entmenschter und sadistischer islamischer Mörder befinden. Die deutsche Politik und die westliche Welt ist gerade dabei, die Geiseln und die bestialischen Morde zu vergessen und stattdessen immer mehr Verständnis für die Seite der Mörder zu zeigen und nach einer Waffen- und Verschnaufpause für die gazanische Mörder-Bande zu rufen. Allerdings sollten diejenigen, die einen Waffenstillstand unterstützen, auch wissen, dass dieser es einer völkermordenden antisemitischen Bewegung wie der Hamas ermöglicht, weitere Morde an Juden zu begehen. Die hiesigen Befürworter eines Waffenstillstands aus Politik und Medien sollten daher nicht so tun, als würden sie um die sechs Millionen jüdische Opfer des Nazi-Regimes trauern, während sie so gut wie keine Empathie für die Opfer des 7. Oktober zeigen. Die Gazaner und ihre Führung streben unverhohlen die Beseitigung des einzigen jüdischen Staates auf der Welt und einen weiteren millionenfachen Völkermord an. Wer nur tote Juden für gute Juden hält aber dem lebendigen Staat Israel das Recht auf Selbstverteidigung verweigert und ihn an der Sicherung seiner Existenz hindert, ist in Wirklichkeit nicht nur ein Heuchler, sondern de facto, wenn auch uneingestanden, ein Verbündeter des Terrors. (JR)*

Von Jonathan S. Tobin

Es ist ein wichtiges Datum im Kalender der internationalen Gemeinschaft. Jedes Jahr veranstalten die Vereinten Nationen und viele andere Institutionen und Organisationen am 27. Januar Gedenkfeiern für den Holocaust. Es ist seit langem klar, dass ein Großteil der Welt dies tut, ohne wirklich ernsthaft darüber nachzudenken, warum der Vernichtungsfeldzug der Nazis gegen das europäische Judentum so erfolgreich sein konnte, wie er es war. Auch die meisten derjenigen, die den systematischen Mord an sechs Millionen Juden betrauern oder leere Versprechungen über das "Nie wieder" machen, denken nicht viel darüber nach, wie ein angeblich zivilisiertes Volk wie die Deutschen mit Hilfe verschiedener Kollaborateure aus anderen Nationen zu der Überzeugung gelangte, dass es nicht nur akzeptabel, sondern sogar gerechtfertigt war, so viele Menschen zu töten.

Aber in diesem Jahr sollten sie sich vielleicht nicht die Mühe machen, so zu tun, als ob sie sich für dieses Thema interessieren. Nach den Gräueltaten der Hamas am 7. Oktober und, was noch wichtiger ist, nach der Reaktion eines Großteils der zivilisierten Welt auf die Geschehnisse, ist die Sinnlosigkeit dessen, was die internationale Gemeinschaft und der Westen als Gedenken an die Shoah bezeichnen, schmerzlich deutlich geworden.

## Es geht über Heuchelei hinaus

Es ist unzureichend, diejenigen als heuchlerisch zu bezeichnen, die dem Massenmord an Juden heute gleichgültig gegenüberstehen, aber immer noch bereit sind, Worte der Empörung über die von den Nazis in den 1930er und 40er Jahren Ermordeten zu äußern.

Die Bereitschaft der Welt, einschließlich vieler gebildeter Eliten im Westen, die Bedeutung der vor vier Monaten im Süden Israels begangenen Verbrechen zu ignorieren, sich gegenüber den von der Hamas und den „Palästinensern“ begangenen Morden, Vergewaltigungen, Folterungen und Entführungen praktisch neutral zu verhalten - oder sich sogar auf die Seite der Mörder, Vergewaltiger, Folterer und Entführer zu stellen - ist nicht nur schockierend. Es ist ein bahnbrechender Moment in der modernen Geschichte, der nicht nur den moralischen Bankrott eines bedeutenden Teils der zeitgenössischen Meinung verdeutlicht, sondern auch eine Erklärung dafür liefert, wie es zum Holocaust kam. So schwer es uns auch fallen mag, dies zu akzeptieren, so zeigt es doch, dass Holocaust-Gedenkfeiern oder sogar Bildungsprogramme über die Vernichtung des europäischen Judentums in der Mitte des 20. Jahrhunderts die Menschen nicht davon abhalten, weitere Holocausts zu unterstützen; schlimmer noch, all dies könnte sogar kontraproduktiv sein.

Der Anstieg des Antisemitismus im gesamten Westen nach dem 7. Oktober - mit Mobs, die auf den Straßen der Großstädte und auf den Universitäten marschierten



Der Staat Israel hat das Recht auf Selbstverteidigung.

und ihre Unterstützung für die Zerstörung des einzigen jüdischen Staates auf dem Planeten ("vom Fluss bis zum Meer") und für den Terrorismus gegen Juden in Israel und überall sonst ("globalisiert die Intifada") verkündeten - und die Unterstützung, die solche Positionen in einem Großteil der Konzernmedien erhielten, war für diejenigen Juden überraschend, die dachten, dass solche Ansichten nur von marginalen Extremisten vertreten würden. Sie lassen sich auch nicht als verständliche Reaktion auf eine angeblich unverhältnismäßige israelische Reaktion auf den Terrorismus oder als Sympathie für „Palästinenser“ erklären, die in einen Krieg verwickelt sind, den die Hamas begonnen hat.

Was am 7. Oktober in Israel geschah, hätte die Welt über die Unlösbarkeit des Konflikts zwischen Israel und den „Palästinensern“ aufklären müssen. Das Gleiche gilt für das, was es über das Ethos und die Ziele der Hamas-Bewegung hätte deutlich machen sollen, die an diesem Tag die unsäglichen Verbrechen begangen hat, sowie über die „palästinensische“ nationalistische Sache, die sie hervorgebracht hat. Doch der Großteil dessen, was im Westen als gebildete Meinung gilt, weigert sich, diese Lehren anzuerkennen, geschweige denn, Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Antisemitismus ist keine Funktion gewöhnlicher Unfreundlichkeit, sondern eine Waffe, mit der die Juden dämonisiert werden, um ein politisches Ziel zu erreichen. Im Gegenteil, die fast sofortige Auslöschung der israelischen Opfer aus dem Bewusstsein der Weltöffentlichkeit - noch bevor die israelischen Verteidigungskräfte

mit ihrer Kampagne begannen, um sicherzustellen, dass die Hamas niemals solche Verbrechen begehen könnte - war bezeichnend. Dasselbe gilt für die weit verbreitete Akzeptanz der großen Lüge, dass Israel in Gaza einen Völkermord begeht, und die Verhöhnung der Gerechtigkeit, die in Den Haag stattfand, als der Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen Israel wegen dieser falschen Anschuldigung anklagte.

Es reicht nicht aus, auf die Regel der Autorin Dara Horn zu verweisen, dass die Menschen tote Juden lieben, sich aber nicht viel aus lebenden machen, vor allem nicht aus solchen, die wie die Israelis ums Überleben kämpfen. Die Bereitschaft eines Großteils der gebildeten Öffentlichkeit, den Konflikt zwischen Israelis und „Palästinensern“ durch das Prisma einer modischen linken Ideologie zu betrachten, die zur neuen Orthodoxie in der akademischen Welt und in weiten Teilen unserer Kultur geworden ist - Intersektionalität, kritische Rassentheorie, weißes Privileg und der "Woke"-Katechismus der Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion (DEI) - ist nicht nur sachlich falsch und intellektuell bankrott. Sie zeigt die moralische Krankheit der heutigen Gesellschaft auf, die dem Antisemitismus einen Freibrief ausstellt. Noch wichtiger ist, dass sie zeigt, dass echte Völkermorde eher das Produkt gebildeter als ungebildeter Köpfe sind.

## Ein neuer „Verrat der Intellektuellen“

Wie der Historiker Niall Ferguson in einem bahnbrechenden Essay, der im De-

zember 2023 in The Free Press veröffentlicht wurde, feststellte, ist der gegenwärtige Zustand der amerikanischen Wissenschaft und des westlichen intellektuellen Lebens dem nicht unähnlich, was in Deutschland vor dem Holocaust geschah. Fergusons Thema spiegelt sich im Titel des Werks wider, der an das klassische Werk des französischen Philosophen Julien Benda aus dem Jahr 1927, Der Verrat der Intellektuellen, angelehnt ist. Ferguson argumentiert überzeugend, dass die Entmenschlichung der Juden als Sündenböcke für die Probleme Deutschlands weitgehend das Werk der Intellektuellen in der damals gebildetsten und zivilisiertesten Nation der Welt war. Es waren die klugen Leute - die gebildeten Schichten und nicht die ungebildeten -, die die Ereignisse des Holocausts ermöglichten und letztlich in Gang setzten.

Die Haltung der großen amerikanischen Universitäten zu den Verbrechen vom 7. Oktober - zu denen sie sich weitgehend neutral verhielten, obwohl sie während der moralischen Panik über Rassismus, die auf den Tod von George Floyd im Jahr 2020 folgte, schnell Partei ergriffen - war, so Ferguson, lehrreich. Es zeigte, wie stark der Würgegriff der Woke-Ideologie geworden war.

Die kritische Rassentheorie und die Intersektionalität lehren, dass die Welt in zwei unveränderliche Gruppen aufgeteilt ist, die sich in einem ständigen Konflikt befinden: weiße Unterdrücker und People of Color, die immer die Opfer sind. In einem solchen moralischen Universum spielen die individuellen Handlungen der Mitglieder dieser beiden Gruppen keine Rolle bei

der Entscheidung, welche Seite im Recht ist. Die Opferklasse hat immer Recht, egal wie falsch ihr Verhalten oder ihre Ziele sind. Die Klasse der Unterdrücker hat immer Unrecht, egal wie sehr sie geschädigt wurde oder wie gerechtfertigt ihre Handlungen sonst sein mögen.

Juden, und insbesondere israelische Juden, sind nicht "weiß". Und in dem Konflikt mit den „Palästinensern“ geht es nicht um Rasse. Aber das ist es, wie die DEI-Denkweise Juden und Araber kategorisiert. Die „Palästinenser“, die die bestialischen Verbrechen vom 7. Oktober begangen haben, mögen vom radikalen Islam indoktriniert worden sein, ihre jüdischen Opfer als weniger menschlich zu betrachten oder als solche, die Grausamkeiten verdienen. Doch der westliche Mob, der dieses Verhalten unterstützt oder der Meinung ist, dass die Hamas nicht ausgerottet werden sollte, hat einen Standpunkt, der zwar nicht unbedingt von Ideen über die muslimische Vorherrschaft im Nahen Osten durchdrungen ist, aber dennoch bereit ist, Juden - sei es in Israel oder auf den Straßen und Universitäten hier in den Vereinigten Staaten - als Personen anzusehen, die das Recht auf Existenz oder Selbstverteidigung nicht verdienen.

Woke-Ideen zielen darauf ab, die amerikanische Gesellschaft dauerhaft entlang rassistischer Linien zu spalten, aber sie entmenschlichen auch diejenigen, die als "weiße Unterdrücker" angesehen werden, und entziehen ihnen die gleichen Rechte. Das DEI-Mantra ist ebenso eine Umkehrung der Wahrheit wie die "Arbeit Macht Frei"-Vorschrift an den Toren von Ausch-

witz. Die von ihm geforderte Vielfalt und Einbeziehung ist in Wirklichkeit ein Mandat für den Ausschluss nicht zugelassener Gruppen, und die von ihm geforderte Gleichheit ist das Gegenteil von Chancengleichheit, da es vorschreibt, Menschen nach ihrer Herkunft und Hautfarbe zu beurteilen und nicht nach ihren individuellen Verdiensten.

Auf Juden angewandt bedeutet dies, dass die Opfer des 7. Oktobers kein Mitgefühl verdienen. Deshalb fühlen sich Menschen, die sich "progressiv" nennen, berechtigt, die Plakate mit den Entführungsoffern abzureißen, egal ob sie 8 Monate alt oder 85 Jahre alt sind. Kein anständiger Mensch würde auf die Idee kommen, das Plakat einer vermissten Katze oder eines vermissten Hundes abzureißen, aber für die vom DEI indoktrinierten Menschen ist ein entführter Jude weniger mitfühlenswert als ein verlorenes Haustier. Das erklärt auch, warum Feministinnen bereit sind, Frauen zu glauben, die Opfer von Sexualverbrechen geworden sind, während sie die an jüdischen Frauen begangenen Verbrechen so bereitwillig abtun, selbst wenn „Palästinenser“ Vergewaltigung als Kriegswaffe einsetzen.

Aus demselben Grund können israelische Handlungen als Völkermord verteuelt und delegitimiert werden, obwohl sie nichts dergleichen sind, weil sie als „weiße Unterdrücker“ immer unmoralisch sind.

#### Das Versagen der Holocaust-Erziehung

Ein Prozess der Entmenschlichung der Juden führte dazu, dass eine gebildete

Nation zu "Hitlers willigen Henkern" und aktiven Teilnehmern an der Ermordung von 6 Millionen Juden wurde. Derselbe "Verrat der Intellektuellen" trifft nun auch die Juden Israels und die Juden in anderen Ländern, die ihnen zur Seite stehen.

Die Art von Holocaust-Erziehung und -Gedenken, die in den Vereinigten Staaten in der letzten Generation alltäglich geworden ist und in der Antisemitismus nur als eine weitere Form der Intoleranz betrachtet wird, trägt wenig dazu bei, die wache Gleichgültigkeit gegenüber Angriffen auf die als "weiß" bezeichneten Übeltäter zu bekämpfen. Antisemitismus ist nicht eine Funktion gewöhnlicher Unfreundlichkeit, sondern eine Waffe, mit der die Juden dämonisiert werden, um ein politisches Ziel zu erreichen. Auf diese Weise können jüdische Terroropfer ausruddern und ihre Notlage als das abgetan werden, was Unterdrückern widerfährt, die mit einem Akt des berechtigten "Widerstands" in Konflikt geraten.

Die Hamas, eine Bewegung, die die Unterstützung der meisten „Palästinenser“ und inzwischen auch die Sympathie vieler westlicher Intellektueller genießt, strebt ausdrücklich die Beseitigung des einzigen jüdischen Staates auf der Welt und den Völkermord an seinen 7 Millionen Juden an. Was am 7. Oktober geschah, war nur der Vorgeschmack auf das, was sie in naher Zukunft zu tun gedenken.

Bei diesem Thema gibt es keinen Mittelweg. Wer gleichgültig gegenüber den Ereignissen vom 7. Oktober ist, oder wer behauptet, dass von allen Völkern der Welt nur die Juden einen Staat oder das Recht

auf Selbstverteidigung nicht verdienen (Antizionismus), oder wer argumentiert, dass der Hamas durch einen Waffenstillstand erlaubt werden muss, den gegenwärtigen Krieg zu überleben, und ihr die Kontrolle über irgendeinen Teil des Gazastreifens oder irgendwo anders überlassen werden muss, wo sie wieder aufrüsten und sich darauf vorbereiten wird, wie sie verspricht, viele weitere solcher Gräueltaten zu begehen, kann sich nicht "fortschrittlich" oder gegen Völkermord nennen. Denn mit einer solchen Haltung stellen sie sich im Grunde auf die Seite derjenigen, die sich einen zweiten Holocaust in Israel wünschen.

Deshalb möchte ich in diesem Jahr kein einziges Wort des Holocaust-Gedenkens von jemandem hören, der nicht bereit ist, Israels gerechtfertigten Krieg zur Beseitigung der Hamas vorbehaltlos zu unterstützen, so wie die Alliierten das Dritte Reich Adolf Hitlers verspätet vernichtet haben. In den Monaten seit dem 7. Oktober haben wir gesehen, was der "Verrat der Intellektuellen" dieser Generation angeht, da antisemitisches Gedankengut, Verhalten und Reden wieder alltäglich geworden sind. Wenn Sie nicht bereit sind, sich mit dem jüdischen Staat gegen islamistische Mörder und ihre wachen Mitläufer und nützlichen Idioten zu stellen, dann haben Sie wenigstens den Anstand, uns nicht mit Ihrer unaufrichtigen Trauer über den Holocaust zu belästigen.

Jonathan S. Tobin ist Chefredakteur von JNS (Jewish News Syndicate). Folgen Sie ihm unter @jonathans\_tobin.

## Vergeltungsschlag: USA greifen pro-iranische Milizen in Syrien und im Irak an

Nachdem bei einem Drohnenangriff auf eine US-Militärbasis in Jordanien Ende Januar drei Soldaten starben, griff die USA 85 Ziele in Syrien und im Irak an, die von iranischen Revolutionsgarden (IRGC) und ihren Verbündeten genutzt werden. US-Präsident Joe Biden macht pro-iranische Milizen für den Angriff verantwortlich und schließt weitere Militärationen nicht aus. Die immer dreister werdenden Kriegsaktivitäten des Iran sind unfraglich eine Folge des verfehlten, besonders von dem heutigen Bundespräsidenten Steinmeier und dem damaligen US-Präsidenten Obama, sowie dessen Außenminister Kerry, gegen jeden gesunden Menschenverstand durchgesetzten Atomvertrags mit dem Iran, obwohl bereits damals nicht zu verkennen war, dass der Iran diesen Vertrag missbrauchen und dessen bewusst mangelhafte Kontrollmechanismen zu Erlangung einer eigenen Atombombe umgehen würde. (JR)

### JNS.org

„Die Vereinigten Staaten suchen keinen Konflikt im Nahen Osten oder irgendwo sonst auf der Welt“, erklärte US-Präsident Joe Biden. „Aber all jene, die uns Schaden zufügen wollen, sollen wissen: Wenn Sie einem Amerikaner Schaden zufügen, werden wir darauf reagieren.“

Die Vereinigten Staaten haben am 2. Februar iranische Stellvertreterziele im Irak und in Syrien angegriffen, als Vergeltung für einen vom Iran unterstützten Anschlag in Jordanien am 28. Januar, bei dem drei US-Soldaten getötet wurden.

„Heute Nachmittag haben die US-Streitkräfte auf meine Anweisung hin Ziele in Einrichtungen im Irak und in Syrien angegriffen, die der IRGC und mit ihm verbundene Milizen nutzen, um US-Streitkräfte anzugreifen“, erklärte US-Präsident Joe Biden. „Unsere Reaktion hat heute begonnen. Sie wird zu Zeiten und an Orten unserer Wahl fortgesetzt.“

Militante Gruppen, die vom Korps der Islamischen Revolutionsgarden des Iran unterstützt werden, seien für den Drohnenangriff in Jordanien verantwortlich, sagte Biden.

Die Streitkräfte des US-Zentralkommandos führten um 16 Uhr Washingtoner Zeit Luftangriffe „gegen die Quds-Truppe des Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) und mit ihr verbundene Milizen“ im Irak und in Sy-



Delaware, USA - 2. Februar: In Flaggen gehüllte Särge von drei Soldaten, die in Jordanien bei einem Drohnenangriff der vom Iran unterstützten Kämpfer getötet wurden.

rien durch, so das CENTCOM.

„Die US-Streitkräfte griffen mehr als 85 Ziele an, wobei zahlreiche Flugzeuge, darunter auch Langstreckenbomber aus den Vereinigten Staaten, eingesetzt wurden. Bei den Luftangriffen wurden

mehr als 125 Präzisionsmunition eingesetzt“, so CENTCOM.

„Zu den angegriffenen Einrichtungen gehörten Kommandozentralen, Nachrichtendienstzentralen, Lager für Raketen und Raketen sowie un-

bemannte Luftfahrzeuge und Einrichtungen der Logistik- und Munitionsversorgungskette von Milizen und ihren IRGC-Sponsoren, die Angriffe gegen die US- und Koalitionstruppen ermöglichten“, heißt es weiter.

# Nach dem Hamas-Terror: Neue nationale Einheit in Israel

Am Vorabend des Massakers der islamischen Mörder-Bande aus Gaza war die israelische Gesellschaft sehr zum Wohlgefallen der hiesigen Israel-Feinde innenpolitisch gepalten. Zehn Monate lang hatte die Linke, angestachelt von linken NGOs aus Westeuropa und den USA sowie angeführt von ehemaligen und amtierenden Richtern des Obersten Gerichtshofs versucht, den Aufstand gegen die Legitimität der demokratisch gewählten Regierung Netanjahu und ihrer Wähler auch auf der Straße durchzusetzen. Heute kämpfen im Schmerz vereint und mit dem festen Willen, die jüdische Nation zu verteidigen, junge Israelis aus allen politischen und religiösen Lagern Seite an Seite für die Existenz Israels und der Befreiung der unschuldigen jüdischen Geiseln. (JR)

Von Caroline Glick/JNS.org

Seit dem 7. Oktober hat sich in Israel viel verändert, aber vieles ist auch gleichgeblieben.

Was sich geändert hat, wird durch die Handlungen der Brüder Kalmanzon, Mitglieder der religiösen Gemeinschaft von Otniel in den südlichen Hebron-Bergen, am 7. Oktober veranschaulicht.

Am 7. Oktober erkannte Elhanan Kalmanzon, Reservemajor der Kommando-Brigade und Mossad-Offizier, fast sofort, dass Israel angegriffen wurde. Er organisierte das Sicherheitsteam in Otniel und benachrichtigte seinen Bruder Menachem.

"Ich packe meine Sachen und gehe in den Süden. Das Volk Israel braucht uns. Unsere Brüder brauchen uns."

Menachem schloss sich Elchanan an, und zusammen mit ihrem Schwager Itiel Zohar Horovitz führen sie in den Süden und erreichten das Tor des Kibbuz Be'eri.

Be'eri war eines der Hauptziele der Hamas für das Gemetzel. Siebenundneunzig Mitglieder der kleinen Bauerngemeinde wurden an diesem Tag niedergemetzelt. Am Eingangstor wurden sie von verängstigten Bewohnern empfangen.

"Meine Schwester ist drinnen."

"Mein Bruder ist da drin."

"Bitte rettet sie."

Die Brüder Kalmanzon und Horovitz fanden einen verlassen gepanzerten Mannschaftstransporter und betraten den Kibbuz. 14,5 Stunden lang gingen sie von Haus zu Haus, retteten Familien durch die Fenster ihrer Schutzräume, füllten ihr Fahrzeug, brachten sich in Sicherheit und kehrten immer wieder in die Bauerngemeinde zurück, die zum Schlachtfeld geworden war.

Bei ihrer letzten Fahrt nach Be'eri, nachdem sie mehr als ein Viertel der Bewohner gerettet hatten, wurde Elhanan getötet, als er ein besetztes Haus betrat.

Eine Delegation von Mitgliedern von Be'eri kam nach Otniel, um der Familie Kalmanzon während ihrer Schiwa ihr Beileid auszusprechen. Während des Treffens lobte Menachem den Heldenmut und die Unerschrockenheit der Bewohner von Be'eri.

"Dort gab es 70-jährige Frauen. Wir boten ihnen eine Hand an, um ihnen [aus dem Fenster] herunterzuhelfen."

Menachem schlug mit der Hand in die Luft, als wolle er eine Fliege verscheuchen, und fuhr fort: "Diese 70-jährige Frau sagte: 'Nein danke'. Sie ist eine zähe Frau, eine Frau der Arbeit. Wir lachten zusammen und sagten: 'Wenn sie dir sagen würden, du sollst in den Kuhstall gehen und in einer halben Stunde das morgendliche Melken erledigen, dann wärst du weg.'"

## Progressivismus, Post-Zionismus

Be'eri und die umliegenden Kibbuzim wurden von eingefflechten Arbeitszionisten gegründet. Sie glaubten, dass sich das jüdische Volk durch harte Arbeit, harte Kämpfe und kollektive Landwirtschaft aus zweitausend Jahren Exil und



An der Front spielen politische oder religiöse Differenzen keine Rolle.

Ohnmacht befreien, seinen Staat aufbauen und seine Freiheit für die Zukunft sichern würde. Sie wollten einen jüdischen sozialistischen Staat errichten.

Im Laufe der Jahre, als sie wohlhabend wurden, löste sich ihr Sozialismus auf. Der Zionismus, so schien es, hatte seine Aufgabe erfüllt. An die Stelle des Sozialismus trat der Progressivismus, an die Stelle des Zionismus der Postzionismus.

Wie die Bewohner der benachbarten Kibbuzim glaubten auch die Mitglieder von Be'eri an die Koexistenz mit den „Palästinensern“. Die größte Bedrohung für dieses Zusammenleben sahen sie in Menschen wie den Brüdern Kalmanzon, die religiös sind und in Judäa oder Samaria leben. Sie glaubten an den Gründungsmythos des sogenannten Friedensprozesses mit der PLO - dass es auf beiden Seiten "Extremisten" gäbe. Die angeblich "gemäßigte" regierende Fatah-Fraktion der PLO hatte ihre "Extremisten" in der Hamas. Die "gemäßigte" israelische Elite, zu der auch die Kibbuzim außerhalb des Gazastreifens gehörten, hatte ihre "extremistischen" religiösen Zionisten, auch bekannt als "Siedler". Um Frieden zu erreichen, mussten die "Moderaten" auf beiden Seiten ihre "Extremisten" besiegen.

Der 7. Oktober zerstörte diese Illusion. Die Hamas hat die Menschen in Be'eri und den umliegenden Gemeinden nicht im Alleingang abgeschlachtet. Sie wurde von Fatah-Terroristen und Tausenden von "Zivilisten" unterstützt. Diese „palästinensischen Gemäßigten“ waren an den Gräueltaten dieses Tages voll beteiligt.

Auf der anderen Seite waren die

Kalmanzon-Brüder aus Otniel, die eigentlich ihre Feinde sein sollten, unaufgefordert zur Stelle, um sie zu retten. Seit Beginn der Bodenoperation in Gaza stammen 45 % der getöteten Soldaten aus der religiösen zionistischen Gemeinschaft, deren Mitglieder nur 10 % der Gesamtbevölkerung ausmachen.

## Verschiebung der ideologischen Landschaft

Das Massaker vom 7. Oktober löste einen radikalen Wandel in der ideologischen Landschaft Israels aus. Auf der Linken wurde die Revision von den Flüchtlingen aus Be'eri und den anderen Kibbuzim angeführt, die dem eintägigen Völkermord der Hamas zum Opfer fielen und von Männern gerettet wurden, die sie als ihre größten Feinde angesehen hatten.

Die Entschlossenheit und der Pioniergeist, die die Brüder Kalmanzon in den Gesichtern der Menschen von Be'eri sahen, kehrten mehr und mehr in die Herzen ihrer Gemeinden und ideologischen Partner zurück. Sie kehrten zu dem Zionismus zurück, den sie nicht mehr zu brauchen glaubten. Die universalistischen, progressiven Glaubensbekenntnisse, die sie davon überzeugt hatten, dass die Monster, die in ihre Häuser eindringen, in Wirklichkeit genau so waren wie sie, wurden beiseite geworfen. Und so wie Elchanan zu Menachem sagte: "Unsere Brüder brauchen uns" und nach Be'eri fuhr, so erkennen die Menschen in Be'eri jetzt, dass die religiösen Zionisten ihre Brüder sind und nicht ihre Feinde.

Dies geht aus einer Umfrage der Agentur Direct Polls hervor, über die letzte

Woche auf Kanal 14 berichtet wurde.

Die Umfrage ergab, dass nach dem 7. Oktober 44 % der Israelis, darunter 30 % der Linken, sagten, ihre Ansichten hätten sich nach rechts verschoben. Und während die Öffentlichkeit am 6. Oktober in der Frage, ob ein „palästinensischer“ Staat wünschenswert ist, mehr oder weniger geteilt war, glauben nach dem Massaker vom 7. Oktober nur noch 30 % der Israelis (einschließlich israelischer Araber), dass eine Einigung mit den „Palästinensern“ möglich ist. Neunzig Prozent der Israelis (einschließlich der israelischen Araber) trauen den „Palästinensern“ nicht.

Am Vorabend des Massakers war die israelische Gesellschaft von Spaltung und innerem Hass zerrissen, der bitterer und gefährlicher war, als es der Staat in seiner 75-jährigen Geschichte je erlebt hatte. Zehn Monate lang hatte die Linke, angeführt von ehemaligen und amtierenden Richtern des Obersten Gerichtshofs, verärgerten, politisch radikalen Generälen und Premierministern im Ruhestand sowie den Medien, einen Aufstand gegen die Legitimität der demokratisch gewählten Regierung Netanjahu und ihrer Wähler geführt.

## Der Oberste Gerichtshof

In den zehn Monaten vor dem 7. Oktober war das polarisierendste Thema auf der nationalen Agenda die Frage nach der angemessenen Rolle des Obersten Gerichtshofs im demokratischen System Israels. In den vergangenen 30 Jahren haben aktivistische, progressive und postzionistische Richter des

Obersten Gerichtshofs unter der Leitung des ehemaligen Präsidenten des Obersten Gerichtshofs Aharon Barak in einer Reihe bahnbrechender Entscheidungen das umgesetzt, was Barak als "juristische Revolution" bezeichnete.

Die Regierung Netanjahu, die Ende Dezember 2022 ihr Amt antrat, hatte sich verpflichtet, die Justiz so zu reformieren, dass das Gericht wieder als gleichberechtigter Teil der Regierung anerkannt wird. Justizminister Yariv Levin stellte Wochen nach seiner Vereidigung das äußerst begrenzte Reformprogramm der Regierung vor. Seine Rede löste eine heftige Reaktion aus.

Aharon Barak sprach von Bürgerkrieg und stachelte damit einen solchen an. Baraks Nachfolgerin, die Präsidentin des Obersten Gerichtshofs, Esther Hayut, erklärte der Regierung und ihren Anhängern nicht einmal den Krieg. Die von ihnen geschürte Wut drang schnell in das Offizierskorps der IDF und die Geheimdienste ein, als Offiziere in Eliteeinheiten Briefe unterzeichneten, in denen sie sich verpflichteten, nicht unter der Regierung Netanjahu zu dienen.

Um die interne Spaltung und den Groll zu vermindern, ließ die Regierung fast alle ihre Reformvorschläge fallen. Sie brachte nur einen Gesetzentwurf voran. Der Entwurf - eine Änderung des Grundgesetzes: Judikative, das die Grundlage für die Funktionsweise des israelischen Gerichtssystems bildet, schränkte die dem Gericht eingeräumte Befugnis, ordnungsgemäß erlassene Gesetze außer Kraft zu setzen, ein wenig ein.

In der Vergangenheit hat Barak selbst zugegeben, dass das Gericht nicht befugt ist, Grundgesetze aufzuheben, da

diese die Quelle der Befugnisse des Gerichts sind. Dennoch nahm Hayut sofort eine Petition an, in der sie und ihre Kollegen aufgefordert wurden, die Gesetzesänderung zu annullieren. Die Marathonanhörungen fanden Mitte September 2023 statt, nur einen Monat bevor Hayut und Richterin Anat Baron mit dem für Richter vorgeschriebenen Alter von 70 Jahren in den Ruhestand gehen sollten. Nach dem Gesetz dürfen Hayut und Baron nur bis zum 16. Januar bzw. 12. Januar, also drei Monate nach ihrer Pensionierung, Urteile unterschreiben.

Mitte Januar wurde dem politischen Kommentator Amit Segal einer der Entscheidungsentwürfe des Gerichts zugespielt. Segal berichtete, dass sich das 15-köpfige Gericht mit 8:7 Stimmen dafür aussprach, die Änderung des Grundgesetzes zu streichen: Die Judikative. Die beiden ausschlaggebenden Stimmen sind die von Hayut und Baron. Wenn das Urteil nach Ablauf der dreimonatigen Frist ergeht, wird die Änderung aufrechterhalten.

Ironischerweise argumentiert Hayut in ihrem Urteilsentwurf, dass die parlamentarische Abstimmung über die Änderung, die mit einer 64:56-Mehrheit in der 120-köpfigen Knesset verabschiedet wurde, zu knapp war, um "legitim" zu sein, und daher nicht Bestand haben kann.

Nach dem 7. Oktober nahm Premierminister Benjamin Netanjahu seinen Erzrivalen, den ehemaligen Verteidigungsminister Benny Gantz, und dessen Partei in die Notstandsregierung und das Kriegskabinett auf. Gantz sprach für die Öffentlichkeit, als er erklärte, die Partnerschaft sei nicht politisch, sondern vielmehr eine "Schicksalsgemeinschaft".

Als Gantz seine Partei in die Netan-

jahu-Regierung einbrachte, einigte man sich als erstes darauf, alle Diskussionen über eine Rechtsreform auf die Zeit nach dem Krieg zu verschieben. Netanjahu und Gantz erkannten, dass der Streit ernst war, weil es sich um eine ernste Angelegenheit handelte, und kamen überein, dass es wichtig war, ihn beiseite zu schieben, um die Einheit der Öffentlichkeit zu wahren.

Ihre Entschlossenheit, die Einheit selbst über die kritischsten Themen der nationalen Agenda zu stellen, einschließlich der Form des demokratischen Systems Israels, spiegelt den Willen der Öffentlichkeit wider. Die Direct Polls-Umfrage von Mitte Januar hat gezeigt, dass für 62 % der Öffentlichkeit das wichtigste Ziel für den Tag nach dem Krieg darin besteht, eine Periode der nationalen Versöhnung einzuleiten.

Hayuts Entscheidung, die letzten Wochen ihrer verbleibenden Macht zu nutzen, um ihr Urteil zu fällen, wurde mit dem Werfen einer Handgranate in eine überfüllte IDF-Kaserne verglichen. Die Regierung und die Knesset reagierten auf Hayuts Handgranate, indem sie sagten, sie würden erst reagieren, wenn der Krieg vorbei sei.

#### Gescheiterte Politiker und Generäle

Hayuts Verbündete - dieselben gescheiterten Politiker und Generäle, die die jahrelangen Unruhen angezettelt hatten - nutzen ihren Angriff, um Demoralisierung zu säen und ihre regierungsfeindlichen Proteste inmitten des laufenden Krieges wieder aufleben zu lassen.

Der ehemalige Generalstabschef der IDF, Generalleutnant a.D. Dan Halutz, der 2005 die Vertreibung aller Juden aus dem Gazastreifen und die Zerstörung ihrer Gemeinden im Rahmen des israelischen Rückzugs aus dem Gazastreifen beaufsichtigte und Israel dann 2006 zur

militärischen Niederlage im zweiten Libanonkrieg führte, erklärte Mitte Januar, dass Israel den Hamas-Krieg verloren habe. Er rief die Linke dazu auf, einen Bürgerkrieg zu führen, und versprach, dass der Sieg eintreten werde, wenn Netanjahu zurücktreten würde.

In seiner Grabrede für seinen Sohn Elhanan sagte Rabbi Binyamin Kalmanzon: "Unser heiliges Land durchlebt jetzt eine der schwersten Krisen seiner Geschichte. Das Gebot der Stunde ist Einigkeit! Uneinigkeit kann zu einer tödlichen Bakterie werden, zu Bakterien, die jede mögliche Meinungsverschiedenheit eskalieren lassen. Jeder böse Wille verursacht unnötigen Hass. Der Feind hat unsere Zwietracht und Spaltung aufgegriffen und ist davon überzeugt, dass dies der Zeitpunkt ist, um uns zu besiegen. Um der Menschheit willen, im Namen der Menschenliebe und der Wiederherstellung der Welt, für die Säuglinge und Alten, für die Frauen und Kinder, müssen wir dieses mörderische Übel ausröten."

Die Aufgabe der israelischen Gesellschaft besteht heute darin, dem Volk von Be'eri und den Brüdern Kalmanzon die Treue zu halten. Wir müssen die Kräfte in unserer Gesellschaft an den Rand drängen, die versuchen, uns zu spalten, selbst um den Preis der nationalen Zerstörung, wir müssen unsere Differenzen beiseite schieben und um jeden Preis gemeinsam auf den Sieg hinarbeiten.

*Caroline B. Glick ist leitende Redakteurin von Jewish News Syndicate und Gastgeberin der "Caroline Glick Show" auf JNS. Sie ist außerdem diplomatische Kommentatorin des israelischen Senders Channel 14 und Kolumnistin für Newsweek. Glick ist Senior Fellow für Angelegenheiten des Nahen Ostens am Center for Security Policy in Washington und Dozentin am Israel's College of Statesmanship.*

## Bidens einseitige Sanktionspolitik gegen israelische Bürger in Judäa und Samaria

Ein Erlass des US-Präsidenten Joe Biden zielt auf vier Israelis ab, die nach Ansicht Washingtons angeblich gewalttätige Aktionen oder Drohungen gegenüber Arabern im Westjordanland „geleitet oder daran teilgenommen“ haben. Ihr Vermögen und ihre Bankkonten in den USA sollen eingefroren werden, zudem wurden Visabeschränkungen verhängt. Diese Israel-feindliche Aktion Bidens reagiert aber nicht auf die seit langem überbordende arabische Gewalt gegenüber den in Judäa und Samaria ansässigen Juden. Allein zwischen dem 7. Oktober und dem 15. Januar verzeichnete die Hatzalah-Rettungsgruppe für Judäa und Samaria mehr als 2.600 terroristische arabische Angriffe gegen Israelis. (JR)

### JNS.org

US-Präsident Joe Biden hat am 1. Februar einen Erlass unterzeichnet, der zusätzliche Sanktionen gegen israelische Einwohner von Judäa und Samaria verhängt, die in angebliche Gewalt gegen „Palästinenser“ verwickelt sind.

Bidens Anordnung zielt auf vier israelische Staatsbürger ab, von denen Washington annimmt, dass sie gewalttätige Aktionen oder Drohungen gegen „palästinensische“ Araber in dem umstrittenen Gebiet "geleitet oder daran teilgenommen" haben, berichtete Axios am 1. Februar unter Berufung auf Beamte in Washington.

Das Blatt fügte hinzu, dass ihr Vermögen und ihre Bankkonten in Amerika eingefroren würden und dass Einzelpersonen und Unternehmen daran gehindert würden, ihnen über das US-Finanzsystem Vermögenswerte oder Dienstleistungen zukommen zu lassen.

Es wird erwartet, dass das Außenmi-

nisterium und das US-Finanzministerium Einzelheiten zu den Sanktionen und zur Vorgehensweise der Finanzinstitute bekannt geben werden, nachdem die Anordnung Anfang Februar veröffentlicht wurde, so Politico.

#### Auch Politiker betroffen

Die Verwaltungsanordnung wird es auch ermöglichen, führende Politiker oder Regierungsbeamte ins Visier zu nehmen, von denen behauptet wird, dass sie politische Maßnahmen, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in Judäa und Samaria bedrohen, anordnen, erlassen, umsetzen und durchsetzen oder nicht durchsetzen, so Beamte in Washington.

Während die Regierung Biden zunächst erwog, den israelischen Minister für nationale Sicherheit Itamar Ben-Gvir und den Finanzminister Bezalel Smotrich in die Liste der sanktionierten Personen aufzunehmen, wurde dieser Plan laut Axios schließlich verworfen.

Jerusalem wurde Berichten zufolge am Morgen des 1. Februars über die Sanktionen informiert, die bereits seit mehreren Wochen in Arbeit waren.

Ende letzten Jahres kündigte US-Außenminister Antony Blinken eine "Visabeschränkungspolitik" an, nach der Washington denjenigen, die beschuldigt werden, "Frieden, Sicherheit oder Stabilität im Westjordanland" zu untergraben, sowie deren Familienmitgliedern die Einreise in die Vereinigten Staaten verweigern würde.

"Wir haben die israelische Regierung darauf hingewiesen, dass sie mehr tun muss, um extremistische Siedler, die gewalttätige Angriffe auf Palästinenser im Westjordanland verübt haben, zur Verantwortung zu ziehen", sagte Blinken.

#### Zunahme des Terrors gegenüber jüdischen Siedlern

Am 31. Dezember 2023 hatte der damalige israelische Außenminis-

ter Eli Cohen Berichte über ein wachsendes Phänomen der "Siedlergewalt" als "Blutverleumdung" und "realitätsfremde Lüge" angeprangert.

Nach Angaben der israelischen Polizei, die im November 2023 veröffentlicht wurden, gab es in der Zeit vom Beginn des aktuellen Hamas-Krieges am 7. Oktober bis zum 7. November 97 Vorfälle illegaler Aktivitäten, die Juden in Judäa und Samaria zugeschrieben werden, ein Rückgang gegenüber 184 Straftaten im gleichen Zeitraum 2022.

Zwischen dem 7. Oktober und dem 15. Januar verzeichnete die Hatzalah-Rettungsgruppe für Judäa und Samaria mehr als 2.600 terroristische Angriffe gegen Israelis in dem Gebiet, darunter 760 Steinwürfe, 551 Brandanschläge, 12 versuchte oder erfolgreiche Messerstechereien und neun Angriffe mit Fahrzeugen.

# Der tödliche Irrtum des Westens im Krieg der Hamas gegen Israel

Amerika und Großbritannien wollen ganz offensichtlich nicht wahrhaben, dass die Mörder-Bande der Hamas nicht wirklich von den „Palästinensern“ zu trennen, sondern Teil desselben völkermörderischen Gebildes ist. Auch eine Zweistaatenlösung würde definitiv keinen Frieden bringen. Ein derartiger, von den USA, der EU und auch von der deutschen Politik so stark favorisierter „palästinensischer“ Staat würde wie bereits jetzt deutlich zu erkennen ist, schon vom islamischen Ansatz her, keinesfalls demokratisch sein und die Menschenrechte achten. Er wäre ein weiterer autokratischer Staat, der lediglich die Fähigkeit der sogenannten „palästinensischen“ Araber stärken würde, noch mehr mörderische Terror-Angriffe auf Israel zu verüben. (JR)

Von Melanie Phillips/JNS.org

Im gegenwärtigen Krieg im Nahen Osten ist es selbstverständlich, dass zwischen der Hamas und den "normalen" arabischen Bewohnern des Gazastreifens unterschieden werden muss. Diese Unterscheidung ist jedoch weitgehend fadenscheinig.

Ein Artikel in The Washington Free Beacon, der sich auf Interviews befreiter Geiseln mit dem israelischen Fernsehen stützt, bestätigt, dass gewöhnliche Bewohner des Gazastreifens tief in das Pogrom vom 7. Oktober verwickelt waren und die Geiseln Grausamkeiten, Missbrauch und Hunger ausgesetzt haben.

Nili Margalit erzählte, wie "Zivilisten, normale Leute" aus dem Gazastreifen sie bei dem Angriff am 7. Oktober mit einem Messer als Geisel nahmen. Margalit sagte, dass ein "Junge ... 17, vielleicht 18 Jahre alt" und ein "älterer Mann mit einem Messer" die Tür ihres Hauses im Kibbuz Nir Oz aufbrachen und sie barfuß und im Schlafanzug in einen gestohlenen Golfwagen zwangen.

Margalit sagte, sie habe einen "Mob, Tausende von Menschen" gesehen, darunter "Frauen und Kinder", die über die durchbrochene Grenze Israels zum Gazastreifen strömten, die weniger als zwei Meilen entfernt war.

Sie sah zwei Jungen, einer "nicht älter als vier oder fünf Jahre" und der andere 15 oder 16 Jahre alt, auf einem Geländewagen fahren, der ihrem Vater gehörte, einem Viehzüchter, der an diesem Tag unter den Ermordeten war. Die Jungen hatten offenbar bereits eine Fahrt von Nir Oz nach Gaza hinter sich und waren auf dem Rückweg zu einer weiteren Runde des Gemetzels.

Einige der freigelassenen Geiseln sagten, sie hätten einen Teil ihrer Gefangenschaft in Familienhäusern, Krankenhäusern und anderen zivilen Einrichtungen in Gaza verbracht, wo sie in Zimmern eingesperrt, ausgehungert und misshandelt worden seien.

Mia Schem, der auf dem Supernova-Musikfestival in den Arm geschossen und entführt worden war, sagte, ihre Entführer hätten sie direkt in ein Krankenhaus in Gaza gebracht, da sie fast verblutet sei. Schem erhielt dann keine weitere Behandlung und nicht einmal Schmerzmittel. Sie wurde in ein Privathaus gebracht, wo ein Mann und seine Familie sie mit "purem Hass" gefangen hielten und ihr verbotenen zu sprechen, zu weinen oder sich zu bewegen. Sie bekam tagelang nichts zu essen und durfte nie baden.

So schlecht ihre Bedingungen auch waren, die Geiseln sagten ihnen wiederholt, dass ihr Leben in Gefahr sei, wenn sie von gewöhnlichen Bürgern des Gazastreifens entdeckt würden. Die Geiseln brauchten kaum eine solche Warnung.

**„Sie schlugen von allen Seiten auf uns ein“**

Sharon Aloni Cunio erinnerte sich, wie sie und ihre dreijährigen Zwillingstöch-



Betroffene Menschen demonstrieren für die Freilassung der israelischen Geiseln.

ter am 7. Oktober von Terroristen angepöbelt wurden, als sie auf einem Traktor von ihrem Haus in Nir Oz nach Gaza gebracht wurden. "Die Leute fing an, jeden zu verprügeln, der auf dem Traktor saß - sie schlugen einfach auf uns ein, von allen Seiten. Es war grauenhaft", sagte sie.

Das Zeugnis der befreiten Geiseln hat besonderes Gewicht, weil es sich nicht um extreme Nationalisten handelt. Es sind Israelis, die im Allgemeinen bis zum 7. Oktober die glühendsten Verfechter einer friedlichen Koexistenz mit den „palästinensischen“ Arabern waren, die Bewohner des Gazastreifens in israelische Krankenhäuser brachten und viele Verbindungen zu ihnen aufbauten.

Sie glaubten, dass das „palästinensische Volk“ ungeachtet der Versäumnisse der „palästinensischen“ Führer einfach nur in Frieden und Sicherheit neben ihnen leben wollte. Jetzt sagen sie etwas ganz anderes. "Ich habe die Hölle erlebt. Alle dort sind Terroristen", sagte Schem. "Es gibt keine unschuldigen Zivilisten, keinen einzigen."

Agam Goldstein-Almog, die mit ihrer Mutter und zwei jüngeren Geschwistern entführt wurde, nachdem die Hamas ihren Vater und ihre ältere Schwester in ihren Häusern in Kfar Aza ermordet hatte, sagte: "Wenn wir früher geglaubt haben, dass es eine Chance auf Frieden gibt, haben wir jeden Glauben an diese Leute verloren, vor allem, nachdem wir dort und in der Bevölkerung waren."

Auch die meisten Araber, die in den umstrittenen Gebieten von Judäa und Samaria leben, sind nicht anders. Zwischen dem 7. Oktober und dem 15. Januar verzeichnete "Retter ohne Grenzen" mehr als 2.600 Angriffe auf israelische Zivilisten und Soldaten, darunter 760 Steinwürfe, 551 Brandanschläge, 12 versuchte oder erfolgreiche Messerstechereien und neun Angriffe mit Fahrzeugen.

Die IDF haben in diesen Gebieten schwere Kämpfe ausgefochten, um Angriffe zu vereiteln und die terroristische Infrastruktur zu zerstören. In den letzten Wochen untersuchte sie mögliche Infiltrationstunnel, die in der Nähe jüdischer Gemeinden in den Hebron Hills in Judäa und Shiloh in der Region Binyamin in Samaria entdeckt wurden.

## Fatah lobte Gräueltaten

Die „Palästinensische“ Autonomiebehörde hat das Pogrom vom 7. Oktober nie verurteilt; im Gegenteil, ihre wichtigste Partei, die Fatah, hat die Gräueltaten wiederholt gelobt. Eine vom „Palästinensischen“ Zentrum für Politik- und Umfrageforschung veröffentlichte Umfrage ergab, dass sich die Unterstützung für die Hamas in Judäa und Samaria nach dem 7. Oktober mehr als verdreifacht hat, wobei nicht weniger als 82 % der Araber dort den Angriff unterstützten und 70 % von ihnen den "bewaffneten Kampf" gegen Israel befürworteten.

In jedem moralischen Universum wür-

de eine Gruppe von Menschen, die darauf aus ist, eine andere auszulöschen, von der internationalen Gemeinschaft als Paria behandelt werden, und ihre Rechte würden als verwirrt gelten.

Dennoch besteht Amerika sogar jetzt darauf, dass der "Weg zum Frieden" über einen „palästinensischen“ Staat führt, der von einer "wiederbelebten" und reformierten „Palästinensischen“ Autonomiebehörde regiert werden muss.

Es gibt keine Chance für eine solche Reform. Ein solcher Staat würde lediglich die Fähigkeit der „palästinensischen“ Araber wiederbeleben, noch mehr völkermörderische Angriffe auf Israel zu verüben.

Amerika und Großbritannien halten an der "Zweistaatenlösung" fest, weil sie sich weigern anzuerkennen, dass es in diesem Konflikt nicht um eine Teilung von Land geht. Vielmehr handelt es sich um einen Vernichtungskrieg gegen das jüdische Heimatland, der nun schon fast 100 Jahre andauert. Darüber hinaus ist der Grund für das Fortbestehen des Konflikts das Verhalten des Westens selbst.

## Die Rolle Großbritanniens

Unter der Führung Großbritanniens in den 1930er Jahren hat der Westen die arabischen Aggressoren, die Israel zerstören wollen, immer wieder belohnt und ermutigt, während er Israel daran gehindert hat, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Bedro-

hung ein für alle Mal zu beseitigen.

Die wesentliche Voraussetzung für eine Lösung ist, dass der Westen die Unterstützung für die „palästinensische“ Aggression zurücknimmt und die israelische Selbstverteidigung unmissverständlich unterstützt. Ohne westliche Finanzierung und Bestätigung würde die „palästinensische“ Agenda in sich zusammenfallen.

Stattdessen fördert der Westen weiterhin die mörderische Fiktion, dass es „gute Palästinenser“ gibt, die einen eigenen Staat verdienen - was ein Terrorstaat wäre, dem Israel ausgeliefert wäre.

Der tödliche Irrtum des Westens geht sogar noch tiefer. Amerika und Großbritannien haben nicht erkannt, dass die Hamas nicht von den „Palästinensern“ getrennt werden kann, sondern Teil desselben völkermörderischen Gebildes ist, so dass der Krieg gegen Israel lediglich das neuralgische Element eines zivilisatorischen Krie-

ges zwischen der muslimischen Welt und dem Westen ist.

Dieser Krieg wurde 1979 erklärt, als die islamische Revolution im Iran sowohl sunnitische als auch schiitische Muslime in der ganzen Welt mobilisierte und radikalisierte und zur Gründung von al-Qaida beitrug.

Das neue iranische Regime erklärte dem Westen den Krieg und hat ihn seitdem praktisch ohne Gegenwehr weitergeführt. Stattdessen hat die Beschwichtigung des Westens dazu beigetragen, den Terrorismus, die Stellvertreterkriege und das Streben des Irans nach Hegemonie zu finanzieren und zu unterstützen.

Diese katastrophale Strategie, kombiniert mit der fortgesetzten Finanzierung und Unterstützung der „palästinensischen“ Agenda durch den Westen, ermöglichte das Hamas-Pogrom und den Angriff auf Israel an mehreren Fronten im Libanon, in Syrien,

im Jemen, in Judäa und Samaria.

#### Verbündung gegen den Westen?

Es wird befürchtet, dass dieser sich bereits ausbreitende Konflikt einen Weltkrieg ankündigt, in dem sich Russland und China mit dem Iran gegen den Westen verbünden, der im Nahen Osten eine so beklagenswerte Schwäche an den Tag gelegt hat.

Großbritannien und Amerika bestehen nicht nur darauf, dass sich die „böse Hamas“ von den „guten Palästinensern“ unterscheidet. Sie behaupten auch, dass Al-Qaida, ISIS und andere radikale Islamisten lediglich Schurken in einer ansonsten unbedrohlichen muslimischen Welt sind.

Sowohl Großbritannien als auch Amerika haben dementsprechend nicht erkannt, wie Dschihadisten, die den Westen für den Islam erobern wollen - wie es die Hamas als ihr ultimatives Ziel bezeichnet -, sich ebenso verheerend in

britische und amerikanische demokratische Strukturen und Institutionen eingegraben haben, wie sie sich von Gaza und Libanon aus in Israel eingegraben haben.

Infolge von Kurzsichtigkeit, verworrenem Denken und moralischer Feigheit wollen Amerika und Großbritannien nicht nur sicherstellen, dass ein Israel, das sie vor der völligen Vernichtung schützen, sich dennoch weiterhin im mörderischen islamistischen Wind dreht. Sie haben den Feinden der Zivilisation auch verkündet, dass der Westen selbst reif für eine Eroberung ist.

*Melanie Phillips, eine britische Journalistin, Rundfunksprecherin und Autorin, schreibt eine wöchentliche Kolumne für JNS. Derzeit ist sie Kolumnistin für die Times of London. Ihre persönlichen und politischen Memoiren, Guardian Angel, sind bei Bombardier erschienen, wo 2018 auch ihr erster Roman, The Legacy, veröffentlicht wurde.*

## Hamas-Chef Haniyeh: Spenden für Gaza sind „finanzieller Dschihad“

Auf einer Konferenz der International Union of Muslim Scholars (IUMS) in Doha, Katar, räumte der Leiter des politischen Büros der Hamas, Ismail Haniyeh, unverhohlen ein, dass Spenden für den Gazastreifen keinesfalls, wie von unserer Politik vielfach und gegen besseres Wissen behauptet, humanitäre Hilfe, sondern vielmehr ein „finanzieller Dschihad“ seien. Ohne jede Zurückhaltung und kaum beachtet von unseren Dauer-Kritik-Medien gegen Israel und unserer Politik fügte er hinzu, „die Zeit für den Dschihad der Schwerter ist gekommen“. Ein Auszug aus seiner Rede zeigt die Dimension des Hasses auf Israel und den kompromisslosen, aus Gaza kommenden, Vernichtungswillen gegen den jüdischen Staat. (JR)

### MEMRI

„Dies ist der Kampf um Jerusalem und die Al-Aqsa-Moschee und nicht der Kampf des palästinensischen Volkes, des Gazastreifens oder der Menschen im Gazastreifen“, sagte Hamas-Politbürochef Ismail Haniyeh.

Der Leiter des politischen Büros der Hamas, Ismail Haniyeh, rief in einer von Al Jazeera am 9. Januar ausgestrahlten Rede die islamischen Gelehrten weltweit auf, auf dem „Sieg“ vom 7. Oktober 2023 aufzubauen, indem sie den „Widerstand“ in ihren Heimatländern unterstützen.

Im Folgenden finden Sie Auszüge aus seiner Rede, die vom Middle East Media Research Institute übersetzt wurden:

„Die Gelehrten unserer [islamischen] Nation haben eine zentrale Rolle, und zwar an zwei Fronten: Die erste Front ist die Unterstützung des Widerstands. Brüder und Schwestern, die ganze Welt schüttet Waffen auf die Besatzer. Die ganze Welt scheut sich nicht, das zu tun. Es gibt Luftbrücken von mehreren Hauptstädten aus, die die Besatzung erreichen, ebenso wie Flugzeuge und so weiter und so fort. Dies ist zu einer individuellen [islamischen] Pflicht geworden, die wir erfüllen müssen.“

Wie die Gelehrten bereits erwähnt haben, gibt es Fatwas [islamische religiöse Vorschriften] in diesem Sinne, und es gibt motivierende Erklärungen. Es gibt den verbalen Dschihad, also den Dschihad mit der Zunge, aber in der Tat ist die Zeit für den Dschihad mit dem Schwert gekommen. Dies ist der Kampf um Jerusalem und die Al-Aqsa-Moschee und nicht der Kampf des palästinensischen Volkes oder des Gazastreifens oder der Menschen in Gaza.

Die Menschen im Gazastreifen bilden unsere Frontlinie, sowohl zur Verteidigung als auch zum Angriff. Sie sind nicht nur zur Verteidigung da, sondern auch zum Angriff. Was war der 7. Ok-



Ismail Haniyeh, Chef des Politbüros der terroristischen Hamas-Bewegung.

tober, wenn nicht ein Graben an vorderster Front für eine Offensive unserer Nation?

Wir dürfen diesen Augenblick nicht verstreichen lassen. Die Zeit ist reif. Oh Söhne unserer islamischen Nation, oh freies Volk der Welt, es gibt nur sehr wenige historische Momente wie diesen. Lasst diesen Moment nicht verstreichen. Unsere Nation und unsere islamischen Gelehrten haben nur sehr wenige historische Momente wie diesen. Lasst

diesen Moment nicht verstreichen, denn wenn dies geschieht, wissen wir nicht, wie viele Jahrzehnte vergehen werden, bevor ein solcher Moment wiederkehrt.

Die Zeit ist auf unserer Seite. Zu Beginn dieser Aggression wedelten die Amerikaner mit einem großen Knüppel vor der Welt, und sogar in den palästinensischen, arabischen und muslimischen Gemeinschaften einiger europäischer Länder wurden einige

ihrer prominenten palästinensischen oder arabischen Persönlichkeiten vorgeladen und aufgefordert, die palästinensische Flagge nicht zu hissen oder irgendetwas zu tun. Aber die Sprache dieser Länder hat sich nun geändert. Warum hat sie sich geändert? Wegen der [palästinensischen] Standhaftigkeit. Wäre diese Standhaftigkeit nicht gewesen, wäre das Gewissen der Welt erdrückt worden. Brüder, wir sollten auf dieser Standhaftigkeit aufbauen. Wir sollten an dem Sieg, der am 7. Oktober errungen wurde, festhalten und auf ihm aufbauen.

Die islamischen Gelehrten können Gruppen und Delegationen auf verschiedenen Ebenen bilden. Diese Delegationen könnten sich mit den Vertretern der Länder, in denen sie leben - Regierungsvertretern, politischen Parteien, der Zivilgesellschaft, Institutionen - treffen und ihre Aufgabe in ihren eigenen Ländern erfüllen. Sie können sogar die Massen [bei Protesten] anführen.

Das ist der erste Schritt. Zweitens [sollten wir] spezielle Delegationen bilden, die sich mit den Staatsoberhäuptern der arabischen, muslimischen und sogar westlichen Länder treffen werden. Sie sollten Länder besuchen und über Palästina, Jerusalem, Gaza und die Notwendigkeit, die Aggression gegen den Gazastreifen zu stoppen, sprechen.

Das zweite Thema ist der Aufruf, Geld zu spenden. Liebe Brüder und Schwestern, lassen Sie uns dies "finanziellen Dschihad" nennen.

Die islamische Nation macht keine "Spenden". Dies ist nicht nur eine humanitäre Angelegenheit, auch wenn sie immens wichtig ist und der Gazastreifen jede Hilfe braucht, die er bekommen kann. Dies ist ein finanzieller Dschihad. Wir sollten diesen Grundsatz der islamischen Rechtsprechung in unserer islamischen Nation wiederbeleben - die Vorstellung, den Dschihad mit dem eigenen Leben und dem eigenen Geld zu führen.“

# Auf den Spuren Frank Kafkas

Franz Kafka entstammte einer jüdischen Familie aus Prag. Seine parabelhafte Literatur bildet einen Raum, in dem Fantasie und Realität nicht mehr zu trennen sind. Das Geheimnis eines der wohl wirkungsmächtigsten Schriftsteller des 20. Jahrhunderts zu enträtseln, daran haben sich ganze Generationen von Sprachwissenschaftler, Judaisten oder Historiker versucht. Hartmund Binder kommt der Entschlüsselung des Rätsels des großen deutsch-jüdischen Schriftstellers Kafka sehr nahe und macht es in seinem Buch „Auf Kafkas Spuren: Gesammelte Studien zu Leben und Werk“ neu verständlich. (JR)

Von L. Joseph Heid

2.500 Gramm schwer, ein Buchformat im Ausmaß von 22 x 28,5 cm verteilt auf 1.000 Buchseiten Literatur, das kann man despektierlich einen „Wälzer“ nennen; die Herausgeber sprechen zurecht von einem „Mammutwerk“, das sie der interessierten Öffentlichkeit vorgelegt haben. Das ist allein der äußeren Form wegen keine Abendlektüre fürs Bett. Indes ist es geballtes literarisches Wissen über einen Jahrhundertschriftsteller – Franz Kafka. Der Autor dieser außerordentlichen Edition ist Hartmund Binder, emeritierter Professor für deutsche Literatur, der zwischen 1967 und 2020 insgesamt 54 Studien über Leben und Werk Franz Kafkas publiziert hat. Ein Kafka-Kenner von A bis Z.

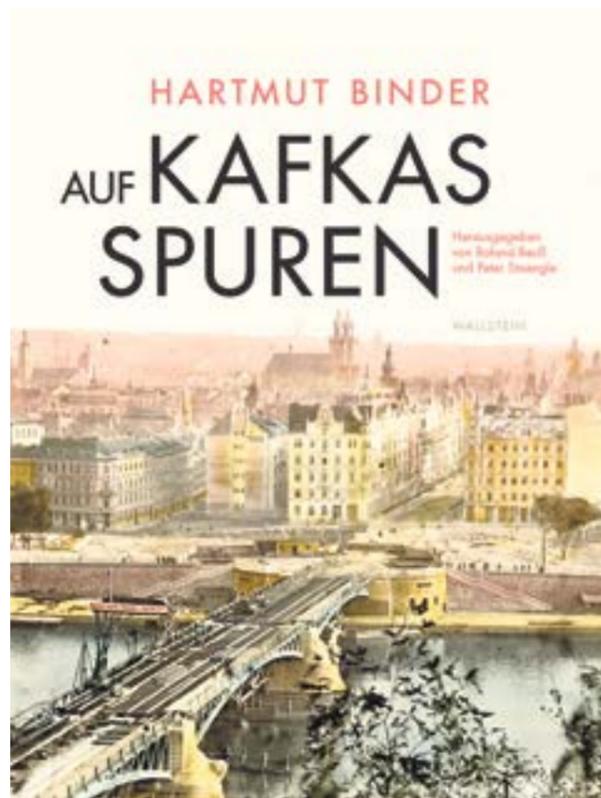
Der vorliegende Band Auf Kafkas Spuren ist Binders sage und schreibe 55. Studie über den Ausnahmeheliker aus Prag. Hier versammelt er seine zwischen 1967 und 2020 verstreut publizierten literaturwissenschaftlichen Untersuchungen, die einen Standard setzenden Blick auf diesen geheimnisvollen und rätselhaften Schriftsteller wirft. Binder geht allen möglichen Querverbindungen in Kafkas literarischen und persönlichen Beziehungen nach, auf seinen Spuren wandelnd leuchtet er durch Archivrecherchen auch Details aus, die in der Kafka-Forschung bislang wenig beachtet wurden. Persönliches, Reisen, Kunst und Literatur, das Werk und Jüdisches, das sind die Hauptkapitel dieses reichlich illustrierten voluminösen Bandes – der scheinbar unendliche, persönliche und literarische Kafkasche Kosmos.

## Traum von der Schriftstellerei

Alles in allem war Kafka in allen Unterrichtsfächern ein guter Schüler, mit einer Ausnahme, die überraschen mag – in den sprachlichen Fächern war er nur ein mittelmäßiger Pennäler. Wie muss es sein Selbstwertgefühl getroffen haben, als er, der schon in den ersten Gymnasialklassen geäußert hatte, Schriftsteller werden zu wollen, als Jahresnoten der vierten, siebten und achten Klasse in Deutsch nur ein „befriedigend“ erreichte!

In seinem berühmt gewordenen „Brief an seinen Vater“ aus dem Jahre 1919 äußerte sich Kafka zu seinen Lebensplänen in Sachen Schriftstellerei und seine Zweifel daran, so: „Ich habe schon angedeutet, daß ich im Schreiben [...] kleine Selbstständigkeitsversuche, Fluchtversuche mit aller kleinstem Erfolg gemacht habe, sie werden kaum weiterführen, vieles bestätigt mir das. Trotzdem ist es meine Pflicht oder vielmehr es besteht mein Leben darin, über ihnen zu wachen, keine Gefahr, die ich abwehren kann, ja keine Möglichkeit einer solchen Gefahr an sie herankommen zu lassen“.

Den unnachahmlichen Schreibstil Kafkas vorzuführen sei am Beispiel eines (bislang unbekannt) Briefes demonstriert, den er 1912 an Willy Haas, einem jungen aufstrebenden Autor aus dem Prager Kreis, schrieb, ein Brief, den Binder in der Handschriftenabteilung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften in Budapest entdeckte. Im Wortlaut heißt es hier: „Lieber Herr Haas! Darauf daß die Schlamperei Ihnen langweilig wer-



den sollte, darauf vertraue ich nicht; wer die Schlamperei einmal hat, dem wird sie nicht langweilig, das weiß ich aus eigener Erfahrung. Aber vielleicht bekomme ich, da Sie jetzt schon zwei Verpflichtungen mir gegenüber nicht erfüllt haben (...), durch die jetzige Dreizahl einen besonderen Platz in Ihrem Gedächtnis. Herzliche Grüße Ihr Franz Kafka“.

Der Prager Willy Haas (1891-1973) war bereits in jungen Jahren mit Franz Werfel und Paul Kornfeld befreundet und hatte persönlichen Umgang mit Franz Kafka und Max Brod, wodurch sein nachhaltiges Interesse für Literatur geweckt worden war. Nach dem Ersten Weltkrieg ging Haas nach Berlin, wo er neben der redaktionellen Tätigkeit bei Zeitungen auch als Drehbuchautor („Die freudlose Gasse“) und Filmkritiker arbeitete. Gemeinsam mit Ernst Rowohlt gründete Haas 1925 die Wochenzeitung „Die literarische Welt“, die in der Hamburger Zeitung „Die Welt“ heute noch besteht.

Der 1908 frisch zum Doktor der Rechte promovierte Franz Kafka bewarb sich bei der „Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für das Königreich Böhmen in Prag“ um eine Stelle als Hilfsbeamter und wurde angenommen. Nicht zuletzt, weil er beider Landessprachen (deutsch und tschechisch) in Wort und Schrift vollkommen mächtig war. Diese Stelle führte er bis zu seiner Pensionierung am 1. Juli 1922 wegen einer sich immer mehr verschlimmernden Lungentuberkulose durch. Über Kafkas tägliche Verwaltungsarbeit ist bislang wenig bekannt. Binder bringt Einzelheiten ans Licht, die sich in dessen Personalakte finden.

## Verwaltungsarbeit als literarische Inspiration

Kafka erwies sich in seinem Beruf von Anfang an als „vorzügliche Konzeptionskraft“, der mit „sehr großem Fleiß“ andauerndes Interesse für alle Agenden“ an den Tag legte und der auch „öfters außerhalb der Amtsstunden im Interesse der Anstalt“ tätig war. Das war gewiss für den

Schriftsteller Kafka ein Handicap, der durch die beruflichen Anforderungen seine freie Zeit fürs Schreiben eingeschränkt sah.

Was seine Tätigkeiten als Versicherungsbeamter betraf, das beschrieb Kafka so: „Was ich zu tun habe! In meinen vier Bezirkshauptmannschaften fallen – von meinen übrigen Arbeiten abgesehen – wie betrunken die Leute von den Gerüsten herunter, in die Maschinen hinein, alle Balken kippen um, alle Böschungen lockern sich, alle Leitern rutschen aus, was man hinauf gibt, darüber stürzt man selbst. Und man bekommt Kopfschmerzen von diesen jungen Mädchen in den Porzellanfabriken, die unaufhörlich mit Türmen von Geschirr sich auf die Treppe wer-

fen“.

Das Gespenstische seiner Arbeit, was Kafka als Bürde empfand, dürfte für ihn teilweise darin gelegen haben, dass er es, wenn er Aktenvorgänge bearbeitete, mit Abstraktionen zu tun hatte, die ihm Schwierigkeiten bereiten mussten: „Wo nicht etwas dasteht auf das man die Hand auflegen kann, verfliegt meine Aufmerksamkeit zu leicht“, schrieb er einmal an seine Freundin Felice Bauer.

## Das Rätsel „Kafka“

Kafkas Literatur bildet einen Raum, in dem Fantasie und Realität nicht mehr zu trennen sind. Das Geheimnis eines der wohl wirkungsmächtigsten Schriftsteller des 20. Jahrhunderts zu enträtseln, daran haben sich ganze Generationen von Sprachwissenschaftler, Judaisten oder Historiker versucht. Binder kommt der Entschlüsselung des Rätsels Kafka sehr nahe und macht es einem Kafka-Publikum neu verständlich. Das gilt auch für Kafkas Judentum, an das der Dichter sich gefesselt fühlte. Seinem Freund Max Brod gestand er: „Weg vom Judentum wollten die meisten, die deutsch zu schreiben anfangen, aber mit den Hinterbeinchen klebten sie noch am Judentum des Vaters und mit den Vorderbeinchen fanden sie keinen neuen Boden“. Kafka sah sich als der „enterbte Sohn“, das war sein Selbstbild, in dem sich sein Lebensentwurf spiegelt – die Suche nach dem verlorenen Erbe und das Festhalten an der Rolle des Sohnes. Kafkas Judentum bindet sich an das Bewusstsein der Entwurzelung angesichts der Distanz zur Tradition.

Es klingt merkwürdig: Kafka verweigerte sich, was seine eigene Literatur betrifft, vollkommen den Gesetzen des Marktes. Er stand seinem eigenen Werk zwiespältig gegenüber, betrieb keinerlei Eigenwerbung, sondern unternahm alles, was ihm geeignet schien, schon bestehende Anerkennung zu untergraben. Es widerstrebte ihm, an Zeitschriften oder Sammelbänden mitzuwirken zumeist

mit dem Hinweis, es läge ihm nichts Veröffentlichungswürdiges vor. Auch sperrte er sich, Kritiken zu schreiben. Eigenem Bekunden nach läge ihm das „Geschäft des Zergliederns“ nicht.

Seiner geliebten Schwester Ottilia gestand er im Juli 1914: „Ich schreibe anders als ich rede, ich rede anders als ich denke, ich denke anders als ich denken soll und so geht es weiter bis ins tiefste Dunkel“. Wer anders als Kafka könnte so formulieren?

## Knotenpunkt zwischen Leben und Werk

Als Franz Kafka am 3. Juni 1924, noch nicht einundvierzigjährig, in einem niederösterreichischen Sanatorium bei Klosterneuburg starb, hatte sich in gewisser Beziehung erfüllt, was er einmal über die Lebensverhältnisse des unverheiratet Gebliebenen schrieb: Der Junggeselle müsse sich „aus scheinbar eigenem Willen schon mitten im Leben auf einen immer kleineren Raum“ bescheiden, „und stirbt er, ist ihm der Sarg gerade recht“.

Binder verfügt über eine elegante Feder und sein Forschungsinteresse gilt dem Geheimnisvollen. Binders Biographie greift weit über Kafkas Leben und Werk hinaus, er verortet seinen Protagonisten in den Zusammenhang der großen kulturellen Strömungen der Zeit zwischen 1880 und 1920. Prag war das deutsch-literarische Epizentrum nach der Jahrhundertwende, die Stadt, wo es mit Bezug auf seine literarischen Größen sagte: „Es brodelte und kaskete, es werfelt und kischt.“ (Max Brod; Franz Kafka; Franz Werfel; Egon Erwin Kisch). In der tschechischen Metropole wurde großartige deutsche Literatur geschrieben in einer Zeit, in der die europäische Kultur-Moderne neu definiert wurde – Psychoanalyse und Zionismus, Philosophie, Anthroposophie, Kino und Theater und vieles mehr und all das auf dem Bodensatz jüdischer Geistestradiation. Das Judentum ist nicht nur der Schlüssel zu Kafkas Schicksal, sondern gleichermaßen der entscheidende Knotenpunkt zwischen seinem Leben und seinem Werk.

## Ambivalente Haltung

Wie war es um Kafkas Jüdischkeit bestellt? Väterlicherseits hatte er davon nicht allzu viel mitbekommen: Hermann Kafka, sein despotisch veranlagter Vater, wollte um jeden Preis die mühsam errungene Assimilation bewahren. Dem aufbegehrenden Sohn erschien die Aufgabe einer jüdischen Identität nicht akzeptabel, auch wenn es ihm an der rechten Verbindung zur Religion bis zuletzt mangelte. Kafka litt am Judentum, ohne dass es ihm je in den Sinn gekommen wäre, den Schritt durch die Tore der Konversion zu gehen.

Dem Antisemitismus in seiner Umgebung stand er nicht teilnahmslos gegenüber. Als er bei judenfeindlichen Unruhen in Prag 1920 den Pöbel „räudige Rasse“ brüllen hört, fragt er sich, ob es nicht besser wäre, von dort wegzugehen, wo man so gehasst werde. Auch angesichts dieser Vorfälle wurde Kafka, anders als Max Brod es stets behauptet hatte, nie Zionist, auch wenn seine Einstellung zum Zionismus (bestenfalls) von distanzierter Sympathie gekenn-

zeichnet war. An Grete Bloch schrieb Kafka diesen rätselhaften Satz: „Ich bewundere den Zionismus und ekle mich vor ihm“.

Ungeachtet dieser ambivalenten Haltung ermunterte Kafka andere zur Aliya nach Palästina und fasste die Emigration als ungeheures, dem biblischen Schilfmeerwunder vergleichbares Ereignis auf. Er besuchte Filme und Vorträge über Palästina, wo immer sich die Möglichkeit dazu ergab, erkundigte sich über den Stand der zionistischen Kolonisationsbewegung. Er spendete für den Jüdischen Nationalfond und äußerte einmal seine Absicht, nach Palästina auszuwandern zu wollen. Mit der Theorie des Herzlschen Zionismus hat sich Kafka soweit bekannt jedoch nicht auseinandergesetzt. Kafkas zionistische Neigungen scheinen sich allenfalls nur auf eine bestimmte Periode in seinem Leben zu beziehen. Mag auch sein, dass er seine eigene Auswanderung nach Pa-

lästina als eine Möglichkeit angesehen hat, seine persönliche Lebensproblematik zu lösen.

Allem Zweifel zum Trotz und ungeachtet aller Verwirrung und Kritik fühlte sich Kafka bis ins Mark als Jude. Mehr noch: Kafkas Studium von Bibel und Talmud oder seine Auseinandersetzung mit der jiddischen Sprache, sein intensives Hebräischlernen in Selbstunterricht, waren Nahrung für seine „ausgehungerte jüdische Seele“. Kafka selbst fühlte sich einem „nichtgläubigen Judentum“ zugehörig. Einmal bezeichnete er sich – in seiner Ablehnung gegenüber der Orthodoxie – selbst als „fremd im Glauben“. Und so war es nur konsequent, dass er sein ganzes knapp 42-jähriges Leben eingebettet in einem überwiegend jüdischen Milieu verbrachte, ohne je das Bedürfnis zu hegen, dieses Milieu hinter sich zu lassen. Kurz: Kafka besaß ein waches jüdisches Bewusstsein.

### Der „parabelhafte“ Kafka

Kafka las regelmäßig die „Selbstwehr“, deren Untertitel lautete „Unabhängige jüdische Wochenschrift“, und ein Periodikum für die Juden in Böhmen darstellte. Das Blatt trat in seiner Frauen-Beilage für die Rechte der Jüdinnen ein und vertrat eine zionistische Tendenz abseits von Assimilation und Orthodoxie. Kafka war Abonnent der „Selbstwehr“.

Bei seinem Tod widmete die „Selbstwehr“ dem damals noch recht unbekanntem Autor eine ganze Seite als „Gedenkblatt für Franz Kafka“. Nur Theodor Herzl war in dem Blatt vorher diese Ehre zuteilgeworden. Felix Weltsch schrieb: „Franz Kafka [...] ein Mensch von überirdischer Feinheit der Seele und kristalliner Klarheit des Geistes, ein Dichter, dessen Ruhm erst die Nachwelt erleben wird, ein Jude von tiefster Verbundenheit mit dem Judentum, ein glühender Zionist“. Das war

zwar gut geschrieben, aber nicht jedes Wort war wahr.

Der parabelhafte Kafka ist der Unerklärliche geblieben, der der Welt Rätsel aufgegeben und der Welt der Literatur den Schlaf gestört hat. Binder hat keineswegs das letzte Geheimnis um Kafka enthüllt. Das war wohl auch nicht seine Absicht. Im Säkulum der Ab- und Irrwege war Kafka der Prophet, der zu seiner Zeit im eigenen Land nicht hinreichend gehört, und noch weniger verstanden wurde. Kafka bleibt, was er ist und immer wohl sein wird, geheimnisvoll und rätselhaft – entrückt. Binder hat ein weiteres Geheimgärtchen von Kafkas Universum aufgemacht, und in der Ferne sieht man schon die nächste Tür, unerreichbar fern.

Hartmut Binder: *Auf Kafkas Spuren. Gesammelt Studien zu Leben und Werk.* Hrsg. v. Roland Reuß & Peter Staengle, Wallstein Verlag, Göttingen, 1006 S., 89 Euro

## Ruth Orkin: Fotografien, die das Leben einfangen

Die jüdisch-amerikanische Fotografin und Filmemacherin Ruth Orkin war eine der ersten Frauen, die Ende der 1930er Jahre in Los Angeles am City College Fotografie studierten. In ihren Bildern zeigt sie selbstbewusste Frauen und dokumentiert damit auch den Prozess der Emanzipation. Die Ausstellung „Ruth Orkin: Women“ im F3 Freiraum für Fotografie in Berlin bietet eine seltene Gelegenheit, die Arbeit und das Leben der Ausnahmekünstlerin kennenzulernen. (JR)

### Von Sabine Marie Wilke

1951 sitzt sie im Flieger nach Israel. Eines der Bilder, das die amerikanische Fotografin Ruth Orkin (1921-85) in dem Land macht, zeigt eine junge Frau am Flughafen, die selbstbewusst und glücklich in die Ferne blickt. Ihr blauer Blazer hängt lässig über der Schulter und auf dem Kopf trägt sie ein blau-goldenes Käppi mit einem Davidstern. Die unterm Arm geklemmte hellblaue Tasche verweist darauf, für wen sie arbeitet: die israelische Fluggesellschaft El Al.

Die Aufnahme ist Teil der Ausstellung „Ruth Orkin: Women“ im F3 Freiraum für Fotografie in Berlin. Diese und viele andere Aufnahmen dort ziehen sie den Betrachter absolut in den Bann, da sie nicht nur bloße Abbilder von Frauen sind, sondern ein ganzes Lebensgefühl in ihnen mitschwingt. Gleichzeitig lassen sie in den Kosmos primär amerikanischer Frauen blicken, die selbstbewusst, unabhängig und doch mit viel Charme ihren Weg gehen.

Die Stewardess der El Al passt gut in diesen Reigen. 1951 als Frau für diese Fluggesellschaft zu arbeiten, bedeutete ja nicht bloß für das Wohl der Passagiere zu sorgen. Dahinter steckte viel mehr: Es zeugte von Selbstbestimmtheit, zu einer Zeit das eigene Geld zu verdienen, in der es noch weit verbreitet war, lediglich die Rolle der Hausfrau und Mutter zu füllen. Zudem war Stewardess zu sein ein Zeichen von Mut und Abenteuerlust, da man als Frau allein in ferne Länder reiste. Darüber hinaus sagte es viel aus zu einer Fluggesellschaft eines Landes, das sich 1951 noch im Aufbau befand und von viel Optimismus und Aufbruchstimmung geprägt war.

Mit all diesen Facetten repräsentiert die Stewardess perfekt das Anliegen von Ruth Orkins Werk und der von Nadine Barth und Katharina Mouratidi kuratierten Ausstellung, die den Blick auf ihre Frauenportraits richtet. Es sind Frauen, die wie Orkin, ihr Leben selbst in die Hand nehmen.

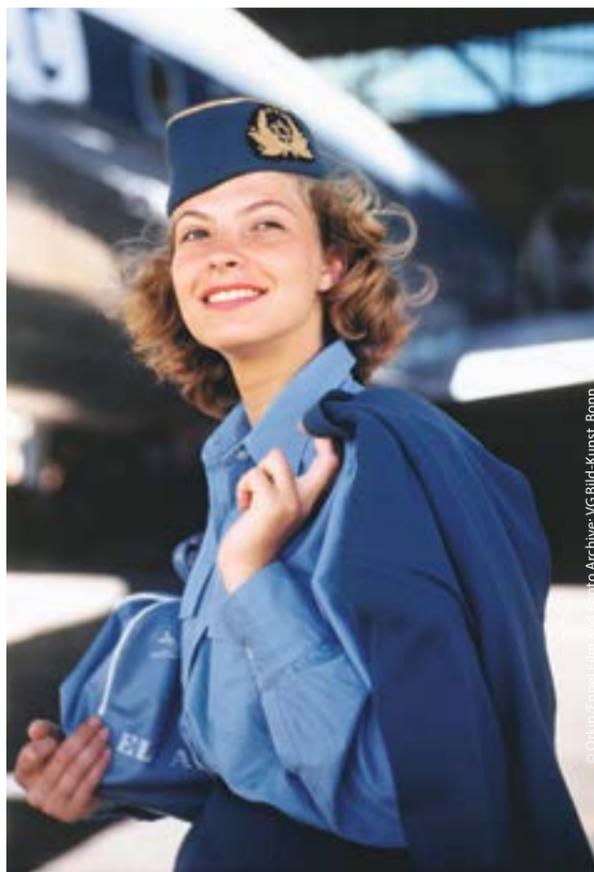
### Die Liebe zur Kamera

Orkin wurde 1921 geboren und wuchs in Hollywood auf. Ihre Mutter war Schau-

spielerin in Stummfilmen, ihr Vater Spielzeugfabrikant. Mit 10 Jahren bekam sie einen Fotoapparat, der zu einem festen Begleiter wurde. Sie liebte die Filmwelt und träumte von einer Karriere als Kamerafrau, aber die Gewerkschaft ließ keine Frauen in dem Beruf zu. So blieb sie vornehmlich bei der Fotografie. Als 1939 in New York die Weltausstellung gezeigt wurde, packte sie ihre Kamera, schwang sich aufs Fahrrad und machte sich von Los Angeles auf nach New York. Über Fotos dokumentierte sie ihre Reise. Wieder zu Hause beendete sie ihren Fotojournalismuskurs am City College Los Angeles und zog dann nach New York, wo sie sich als freiberufliche Fotografin für die Magazine Life, Look und Ladies Home Journal etablieren konnte.

Ihre Motivation, mit Bildern Geschichten zu erzählen, wird bei ihren Arbeiten besonders deutlich – sie sind voller Leben. Sei es die herzlich lachende Frau in einer Telefonzelle im New York der späten 1940er Jahre, oder eine Gruppe Frauen, die an einem Sommertag am Rand eines Springbrunnens ihre Schuhe ausgezogen hat und sich einen Moment der Entspannung gönnt.

Ihre Liebe zum Film zeigt sich auch in den Motiven. Darunter sind viele amerikanische Filmstars der 1940er Jahre wie Lauren Bacall, Doris Day oder Nanette Fabray. Eines zeigt die junge Fabray am Filmset von „The Band Wagon“ 1952 in Hollywood. Ihr strahlendes Lächeln ist ansteckend, als sie einen lustigen Moment mit den beiden Frauen hinter ihr teilt, die an ihrem eleganten Outfit werkeln, damit es richtig sitzt. Gute Laune weckt auch das Foto der Schauspielerin Julie Adams, die den Betrachter vergnügt aus dem Fenster ihres Autos anblickt. Sie vermittelt das Bild einer Frau, die Spaß am Leben hat. Das Besondere an den Bildern ist die Kameradschaft, die zwischen



Stewardess der Fluggesellschaft El Al, Tel Aviv, Israel, 1951

den Frauen zu spüren ist. Nicht nur zwischen den Frauen auf dem Bild, sondern auch zwischen ihnen und Orkin selbst. Mit dem Fotografieren dieser selbständigen Frauen, machte Orkin nicht nur diese sichtbar, sondern auch die voranschreitende Emanzipation.

### Dokumentation der Emanzipation

Diese wird an zwei anderen Stellen deutlich. Zum einen bei Schwarzweißfotografien, auf denen die Schauspielerin Jane Russell konzentriert in einem Aufnahmestudio arbeitet und ihr ernster Gesichtsausdruck erkennen lässt: mit ihr ist nicht zu spaßen. Zum anderen bei der Fotoreportage „Who works harder?“, in der Orkin die Aufgaben und Verantwortungen einer Mutter und Hausfrau

mit denen einer berufstätigen Frau vergleicht. Die Reportage zeigt, wie heftig debattiert das Thema in den 1950er Jahren war. Sie reflektiert den gesellschaftlichen Wandel, als Frauen zunehmend aus der häuslichen Sphäre heraustreten und sich in der Berufswelt behaupteten. Dies gelang ihnen, ohne die weibliche Eleganz aufzugeben, die damals das Bild der Frau bestimmte.

Die Bilder der Ausstellung sind ein wahrer Schatz. Dabei sind nicht nur sie eine Entdeckung, sondern auch Ruth Orkin selbst. Trotz zahlreicher Ausstellungen in den USA, war ihr Name diesseits des Atlantiks zeitweilig unbekannt. Erst 2002 waren ihre Arbeiten in Europa zu sehen, als sie in London gezeigt wurden. Die Galerie F3 holte sie dann 2021 nach Deutschland. Die dortige Ausstellung „A Photo Spirit“ bot eine gute Einführung in ihr Werk. Dem Engagement von Orkins Tochter Mary Engel ist es zu verdanken, dass die Kunstwelt nun international auf Orkin aufmerksam wird. Im Katalog zu „A Photo Spirit“ erinnert sich Engel an eine Seite ihrer Mutter, die nicht explizit in den Fotos zu finden ist: ihre jüdische Herkunft. Sie schreibt: „Wir waren keine religiöse Familie, aber sie verstand uns als kulturell jüdisch. Sie hängte aus Pfeifenputzer gemachte Davidsterne an unseren weißen, künstlichen Weihnachtsbaum. Da sie seit frühester Kindheit vom Film fasziniert war, sorgte sie dafür, dass ich alle jüdischen Regisseure in Hollywood kannte.“ Die Bedeutung ihrer Arbeiten für die jüdische Kultur beweist, dass das Jüdische Museum in New York, einige ihrer Fotografien in seiner Sammlung hat.

Orkins Reise nach Israel 1951 ergab sich übrigens durch das Israel Philharmonic Orchestra, das damals durch Amerika tourte und Orkin dann für Life auch in Israel begleitete. Land und Leute fotografierte sie gleich mit.

Die Ausstellung „Ruth Orkin: Women“ läuft noch bis 18. Februar 2024.

# Von Freunden und Feinden: Israels Rettung 1948 (Teil 5)

„Operation Balak“, die Luftbrücke aus der Tschechoslowakei für Waffen und Munition, brachte im Unabhängigkeitskrieg den entscheidenden Vorteil für den jungen jüdischen Staat. Doch für weitere Waffenkäufe, um sich vor den Angriffen der Araber verteidigen zu können, musste der Jischuv Spenden im Ausland sammeln. Golda Meyerson (Meir) wurde von David-Ben Gurion in die USA geschickt und hielt am 25. Januar 1948 eine bewegende Rede vor dem Council of Jewish Federations and Welfare Funds zur Gründung Israels. Als sie am 19. März 1948 nach Palästina zurückkehrte, hatte sie nicht sieben Millionen Dollar an Spenden gesammelt, sondern fünfzig Millionen. (JR)

Von Stefan Frank

## Flughafen »Eztion«

Für Waffentransporte im großen Stil brauchte es eine Logistik, für die eine Luftbrücke von der Tschechoslowakei nach Israel errichtet wurde. Abgesehen davon, dass Flugzeuge schneller als Schiffe sind, hätten die Messerschmitts nicht per Schiff transportiert werden können, da die Flugzeugteile zu groß waren, um sie an Bordgut zu verstecken. Noch dazu hätten in jedem europäischen Hafen die Schiffe kontrolliert und die Fracht beschlagnahmt werden können.

Der erste Flug fand am 31. März 1948 von Prags internationalem Flughafen Ruzyně statt. Eine C-54B Skymaster mit einer aus Amerikanern und einem Briten bestehenden Besatzung flog zu dem ehemaligen britischen Notlandeplatz Beit Daras bei Be'er Tuvia in der Nähe von Aschdod. An Bord waren in Kisten, deren Inhalt als Werkzeug deklariert war, sieben Tonnen Waffen (200 MP-18-Gewehre, 40 MG 34) und Munition.

Doch der Flug zog sofort das Interesse der amerikanischen und der britischen Botschaft in Prag auf sich. Keine Stunde nachdem die Skymaster am 2. April wieder in Prag gelandet war, wurden die amerikanischen Crew-Mitglieder in die Botschaft der USA zitiert und gefragt, ob sie Waffen zu den kommunistischen Partisanen in Griechenland schmuggeln würden. Nachdem sie dies verneint hatten, konnten sie die Botschaft wieder verlassen. Dem Briten gelang es, den ihn verfolgenden britischen Geheimagenten vom Prager Flughafen zu entkommen.

Doch nun war klar, dass dieser Flughafen nicht mehr für den Waffentransport genutzt werden konnte. Verteidigungsminister Ludwik Svoboda stellte der israelischen Delegation darum Anfang Mai mit Zustimmung von Ministerpräsident Klement Gottwald den Flugplatz Žatec (deutsch: Saat; in der Nähe der Grenze zum deutschen Bundesland Sachsen) zur Verfügung. Dieser Flugplatz erhielt den Spitznamen Eztion und wurde zur Drehscheibe der tschechoslowakisch-israelischen Militärzusammenarbeit. Von hier aus starteten die Frachtflugzeuge der Operation Balak, die in einer Luftbrücke Waffen und – ab Mai 1948 – in Einzelteile zerlegte Kampfflugzeuge nach Israel brachten.

Das Ziel in Israel war ab dem zweiten Flug (Balak 2 genannt) der Flughafen Ekron (seit 1950 Tel Nof). In der Mitte Israels gelegen, waren von dort aus alle Frontabschnitte schnell zu erreichen. Da bei einem Direktflug von der Tschechoslowakei nach Israel wegen der großen Entfernung keine vollständige Beladung der Frachtflugzeuge möglich gewesen wäre, gab es einen Zwischenstopp zum Auftanken auf dem Flughafen Ajaccio auf Korsika, den die französische Regierung zur Verfügung stellte. Die Flüge wurden schnell zur Routine.



Die israelische Premierministerin Golda Meyerson (Golda Meir).

Der tschechoslowakische Militärhistoriker Martin Smisek schreibt:

»Das voll beladene Transportflugzeug hob in der Regel vor Mittag ab und flog nach der Zwischenlandung in Ajaccio weiter nach Israel, wo es kurz vor Mitternacht im Schutz der Dunkelheit landete. Dann wurde das Flugzeug entladen, aufgetankt, gewartet und kehrte mit einer neuen Besatzung vor Sonnenaufgang nach Žatec zurück. Die nächtlichen Landungen und Starts in Ekron waren wegen der ägyptischen Kampfflugzeuge, die bei Tageslicht über Israel kreisten, von entscheidender Bedeutung.«

Nach der Landung in der Tschechoslowakei und der Abnahme ihrer Pässe durch die lokalen Sicherheitsbeamten bezogen die Crew-Mitglieder das in der Stadtmitte gelegene Hotel Stalingrad, einige auch die Hotels Zlatý anděl (Goldener Engel) und Zlatý lev (Goldener Löwe). Abhängig von den Wetterverhältnissen und ihrer Flugtauglichkeit

blieben die Crews manchmal nur eine Nacht, manchmal mehrere Tage in diesen Hotels, in denen auch Einrichtungen für die Flugplanung deponiert waren und das Briefing für den nächsten Flug stattfand.

Benannt war die Operation nach dem Moabiterkönig Balak, der laut 4. Mose 23 die aus Ägypten im Land Kanaan eintreffenden Israeliten vernichten wollte und dazu die Hilfe des mesopotamischen Magiers Bileam anforderte. Dieser erhielt von Balak den Auftrag, die Israeliten zu verfluchen. Doch jedes Mal, wenn Balak Bileam an den Rand des israelitischen Lagers führte und sagte »Komm, verwünsche Israel!«, intervenierte Gott und ließ aus Bileams Mund Worte des Segens kommen.

## Das Ende der Luftbrücke

Der letzte Flug Richtung Israel verließ Žatec am 12. August 1948. Fünfundneunzig Flüge waren absolviert worden. Außer den dreiundzwanzig Messersch-

mitts waren 300 Tonnen Schusswaffen und Munition transportiert worden. Eine Zeitlang wurden noch einige Flüge von den Flugplätzen Malacky und Kunovice durchgeführt. Zudem wurde laut Smisek auch bei den Linienflügen der tschechoslowakischen Fluggesellschaft (der einzigen, die während des Kriegs den israelischen Flughafen Lydda ansteuerte) in begrenztem Umfang militärisches Personal und Kriegsgüter geschmuggelt. Die Haupttransporte wurden nun aber anders, zunächst mit der Eisenbahn nach Jugoslawien und von dort aus per Schiff, bewerkstelligt.

Israels Waffenkäufe in der Tschechoslowakei endeten im letzten Drittel des Jahres 1950. Die endgültige Beendigung der Transporte erfolgte durch eine Verordnung des Ministeriums für Nationale Verteidigung vom 14. Juli 1950, die Waffenausfuhren nach Israel verbot (die schon bestellten durften noch geliefert werden).

### Golda Meyerson in Amerika

Um Waffen kaufen zu können, musste der Jischuv Spenden im Ausland sammeln. Golda Meyerson wurde in die USA geschickt und hielt dort eine bewegende Rede zur Gründung Israels.

»Wir waren natürlich auf einen Krieg völlig unvorbereitet. Dass es uns lange Zeit gelungen war, die arabischen Einwohner mehr oder weniger in Schach zu halten, bedeutete nicht, dass wir mit regulären Armeen fertig werden würden. Wir brauchten dringend Waffen, falls wir jemanden fanden, der uns welche verkaufte. Doch bevor wir irgendetwas kaufen konnten, brauchten wir Geld. Es handelte sich nicht um solche Summen wie die, die uns geholfen hatten, das Land aufzuforschen, sondern um Millionen Dollar. Es existierte nur eine Gruppe von Menschen in der ganzen Welt, von denen wir diese Dollar bekommen konnten: die Juden Amerikas. Es gab sonst einfach niemanden, an den wir uns hätten wenden können.« Aus Golda Meirs Autobiografie *Mein Leben* (1975)

Ende November 1947 rief David Ben-Gurion seinen aus Wien stammenden Mitarbeiter Ehud Avriel (vormals: Georg Überall), der für Waffenkäufe in Europa zuständig war, in sein Büro und sagte: »Wir müssen unsere Taktik ändern.« Es sei nicht ausreichend, weiter wahllos irgendwelche Waffen ins Land zu schmuggeln. Ben-Gurion zog einen zusammengefalteten Zettel aus seiner Hemdtasche, auf dem notiert war, was er wünschte: 10.000 Gewehre, 2,5 Millionen Patronen, 500 Maschinengewehre, 100 Maschinengewehre.

In der Tschechoslowakei ließen sich Waffen besorgen, doch wie sollten sie bezahlt werden? Das Geld konnte nur von Juden aus der Diaspora – aus Amerika – kommen. Der für Finanzen zuständige Eliezer Kaplan wurde entsandt, in den USA Spenden in Höhe von sieben Millionen Dollar zu sammeln. Anfang Januar 1948 kehrte er – mit leeren Händen – zurück. Bei einem Treffen der Jewish Agency in Tel Aviv erklärte er, es sei nichts möglich gewesen; die amerikanischen Juden hätten das Gefühl, während des Krieges und danach bereits genug gegeben zu haben.

### Abstimmung

David Ben-Gurion erklärte daraufhin, er werde selbst in die Vereinigten Staaten reisen. Ben-Gurion und alle anderen in der Jewish Agency waren überzeugt, dass nur er allein in der Lage wäre, die nötigen Spenden aufzutreiben. Aber dass Ben-Gurion in jener Situation, als es täglich Angriffe auf jüdische Dörfer gab, das jüdische Jerusalem von der Außenwelt abgeschnitten war und die Juden Palästinas ums Überleben kämpften, das Land verließ, war undenkbar.

Bei einer der Sitzungen des Exekutivkomitees der Jewish Agency for Palestine bemerkte Golda Meyerson (später Golda Meir), die Vorsitzende der politischen Abteilung, wie müde und abgehärrt ihre am Tisch sitzenden Kollegen waren. Damals fragte sie sich zum ersten Mal, ob sie sich nicht freiwillig für diesen Auftrag melden sollte. Schließlich hatte sie in den USA bereits mehrfach Geld gesammelt, außerdem sprach sie fließend Englisch.

Geboren in der Ukraine, war Golda Meyerson als Kind mit ihren Eltern in die USA ausgewandert. Sie wuchs in Wisconsin auf und ging in Denver, Colorado, zur Highschool, ehe sie nach Chicago zog, von wo aus sie 1921 nach Palästina auswanderte. Obwohl sie sich, wie sie in ihrer Autobiografie no-

tierte, »nicht gern selbst anpries«, war ihr klar, dass sie Ben-Gurion diesen Vorschlag machen sollte. Auf ihre Arbeit in Palästina könnte sicherlich ein paar Wochen verzichtet werden.

Zuerst wollte Ben-Gurion nichts davon wissen. »Nein, ich brauche dich hier«, antwortete er unerbittlich. »Dann stimmen wir darüber ab«, schlug Meyerson vor. Ben-Gurion sah sie eine Sekunde an, dann stimmte er zu. Es wurde abgestimmt. Am 13. Januar 1948 schrieb Ben-Gurion in sein Tagebuch: »Es wurde beschlossen, dass Golda nach Amerika reist.«

Wie Golda Meirs Biografin Francine Klagsbrun schreibt, fand die Reise kurz nach dem gescheiterten »Marsch der fünfunddreißig« statt, die vergeblich versucht hatten, nachts unbemerkt die Blockade der Siedlung Kfar Etzion zu durchbrechen, um dringend benötigten Nachschub dorthin zu bringen. »Sie war lange genug in Palästina, um von dem Gemetzel an fünfunddreißig Haganah-Männern zu erfahren, die meisten von ihnen Studenten der Hebrew University aus prominenten Familien des Yishuv.« Der Kampf dauerte sieben Stunden. Als der letzte Mann tot war, verstümmelten die Araber die Leichen.

»Das Gemetzel an den jungen Männern war ein schwerer Schlag für den Yishuv«, so Klagsbrun, Verzweiflung und Pessimismus machten sich breit. »In Jerusalem traf Golda die schmerzgeplagten Eltern, teilte ihre Trauer und ihre Tränen. Sie würde die Geschichte mit sich in die Vereinigten Staaten tragen.«

### Golda Meyersons Rede in Chicago

Goldas Schwester Clara lebte 1948 in Bridgeport, Connecticut, wo sie Vorsitzende des Wohltätigkeitsvereins Jewish Federation war. Sie begrüßte Golda in den USA und schlug ihr vor, eine Rede vor dem Dachverband, dem Council of Jewish Federations and Welfare Funds, zu halten, der für Ende Januar eine Veranstaltung im Hotel Sheraton in Chicago geplant hatte, zu der zahlreiche Mäzene erwartet wurden. Golda Meir schreibt:

»Mein erster Auftritt vor amerikanischen Juden im Jahr 1948 war ungeplant, unerprobt und natürlich unangekündigt. Außerdem war ich den Leuten, zu denen ich sprach, völlig unbekannt. Es war in Chicago am 21. Januar bei der Generalversammlung des Council of Jewish Federations and Welfare Funds, die nichtzionistische Organisationen waren. Palästina stand (...) überhaupt nicht auf der Tagesordnung.«

Ein weiteres Problem: Die Redezeiten waren vergeben, der Plan ließ sich nicht ändern. Golda Meyerson hielt ihre Ansprache dann zu einer Zeit, für die eigentlich keine Rede eingeplant gewesen war, nämlich während des Mittagessens. Das Klappern des Bestecks verstummte allmählich, die Leute hörten zu. »Ich sprach nicht lange«, so Golda Meir, »doch ich sagte alles, was ich auf dem Herzen hatte«. Sie sagte:

»Freunde, wir haben in Palästina keine Alternative. Der Mufti und seine Männer haben uns den Krieg erklärt. Wir müssen um unser Leben kämpfen, um unsere Sicherheit und für das, was wir in Palästina erreicht haben, und vielleicht mehr als alles andere müssen wir für die jüdische Ehre und jüdische Unabhängigkeit kämpfen. Ohne Übertreibung kann ich euch sagen, dass die jüdische Gemeinschaft in Palästina dies gut macht. Viele von euch haben Palästina besucht; ihr alle habt von unseren jungen Leuten gelesen und habt eine Vorstellung davon, wie unsere Jugend ist.«

Die Juden Palästinas seien »keine bessere Rasse«, sagte sie: »Wir sind nicht die besten Juden des jüdischen Volkes. Es ist nun einmal so, dass wir dort leben und ihr hier. Ich bin sicher, wäret ihr in Palästina und wir in den Vereinigten Staaten, dann würdet ihr euch genauso verhalten und uns bitten, zu tun, was ihr jetzt werdet tun müssen.«

Sie hielt ihre Rede ohne Notizen. Für ein nichtzionistisches Publikum erklärte sie, warum die Juden Palästinas überhaupt wichtig waren:

»Ich bitte Sie mir zu glauben, wenn ich Ihnen sage, dass ich nicht mit dem Sonderauftrag in die Vereinigten Staaten gekommen bin, 700.000 Juden zu retten. In den letzten Jahren hat das jüdische Volk sechs Millionen verloren. Es wäre eine Dreistigkeit von uns, die Juden in der ganzen Welt zu beunruhigen, weil ein paar hunderttausend mehr Juden in Gefahr sind. Das ist nicht die Frage, um die es geht. Es geht um etwas anderes: Wenn diese 700.000 Juden in Palästina am Leben bleiben, dann überlebt das jüdische Volk als Ganzes und die jüdische Unabhängigkeit ist gesichert. Wenn diese 700.000 Juden getötet werden, ist es für Jahrhunderte aus mit dem Traum von einem jüdischen Volk und einem jüdischen Heimatland.«

### Der vielleicht ergreifendste Teil der Ansprache handelte von den Konvois:

»Die Jungen und Mädchen, viele von ihnen Teenager, tragen die Last dessen, was in unserem Land geschieht, mit einem Geist, den Worte nicht beschreiben können. Ihr seht diese Jugendlichen in offenen Autos – nicht in gepanzerten Fahrzeugen – in Konvois, die von Tel Aviv nach Jerusalem fahren im Wissen, dass jedes Mal, wenn sie von Tel Aviv oder Jerusalem losfahren, wahrscheinlich Araber hinter den Orangenhainen oder den Hügeln sind, die darauf warten, den Konvoi aus dem Hinterhalt zu überfallen. Diese Jungen und Mädchen haben die Aufgabe, Juden in Sicherheit über diese Straßen zu begleiten, mit einer Selbstverständlichkeit akzeptiert, als wenn sie zu ihrer täglichen Arbeit oder einem Seminar an der Universität gehen würden.«

### Meyerson sprach von den fünfunddreißig Männern von Kfar Etzion:

»Fünfunddreißig unserer Jungs haben sich, weil sie nicht mit dem Auto in das belagerte Kfar Etzion fahren konnten, um Hilfe zu bringen, zu Fuß auf den Weg durch die Hügel gemacht; sie kannten die Straße, die arabischen Dörfer auf dem Weg und die Gefahr, der sie sich aussetzen hätten. In dieser Gruppe waren einige der großartigsten Jugendlichen, die wir im Land haben, und sie alle wurden getötet, jeder von ihnen. Wir haben die Schilderung eines Arabers, wie sie bis zum Ende gekämpft haben, über sieben Stunden, gegen Hunderte von Arabern. Laut diesem Araber wurde der letzte Junge getötet, als keine Munition mehr übrig war, er starb mit einem Stein in seiner Hand.«

Die jüdische Gemeinschaft in Palästina werde »bis ganz zum Ende kämpfen«. »Wenn wir Waffen haben, mit denen wir kämpfen können, werden wir mit ihnen kämpfen, und wenn nicht, werden wir mit Steinen in unseren Händen kämpfen.« Die Opferbereitschaft der palästinensischen Juden zeigte sie auch anhand von gewöhnlichen Zivilisten, mit denen sich viele Menschen leichter identifizieren können als mit Kriegshelden:

»Ich habe gesehen, wie sie aus den Büros in die Kliniken kamen, als wir die Allgemeinheit aufriefen, ihr Blut für eine Blutbank zur Behandlung der Verwundeten zu spenden. Ich habe gesehen, wie sie stundenlang Schlange standen und warteten, um ihr Blut dieser Bank geben zu können. In Palästina wird Blut und Geld gespendet.«

Golda Meyerson machte den Zuhörern klar, dass auch die Tapfersten und Entschlossensten ohne Waffen sich nicht gegen einen haushoch überlegenen Feind wehren können:

»Meine Freunde, wir befinden uns im Krieg. Es gibt keinen Juden in Palästina, der nicht glaubt, dass wir schließlich siegreich sein werden. Darin besteht der Geist des Landes ... Aber dieser tapfere Geist allein kann es nicht mit Gewehren und Maschinengewehren aufnehmen. Gewehre und Maschinengewehre ohne Geist sind nicht viel wert, doch Geist ohne Waffen kann mit der Zeit zugleich mit dem Körper gebrochen werden. Unser Problem ist die Zeit ... Die Frage ist, was können wir sofort bekommen. Wenn ich sofort sage, meine ich nicht im nächsten Monat, ich meine nicht in zwei Monaten. Ich meine jetzt ...«

### Ihr Appell:

»Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, dass der Yishuv in Palästina im Negev kämpfen und in Galiläa kämpfen und in den Außenbezirken Jerusalems kämpfen wird bis ganz zum Ende. Ihr könnt nicht entscheiden, ob wir kämpfen sollen oder nicht. Wir werden. Die jüdische Gemeinschaft in Palästina wird vor dem Mufti nicht die weiße Flagge hissen. Die Entscheidung ist gefallen. Niemand kann sie ändern. Ihr könnt nur über eine Sache entscheiden: ob wir in diesem Kampf siegreich sein sollen oder ob der Mufti siegreich sein wird.

Diese Entscheidung können die amerikanischen Juden treffen. Sie muss rasch entschieden werden, innerhalb von Stunden, innerhalb von Tagen. Und ich flehe euch an – kommt nicht zu spät. Bereut nicht in drei Monaten bitter das, was zu tun ihr heute versäumt. Der Zeitpunkt ist jetzt.«

Die Zuhörer weinten, »sie versprechen, Geld in einer Höhe zu spenden, wie sie noch keine Gemeinde je gegeben hatte«, erinnert sich Golda Meir in ihrer Autobiografie. Von Chicago aus bereiste sie weitere Großstädte im ganzen Land, hielt Reden vor jüdischen Organisationen und sammelte Geld. »Ich blieb über sechs Wochen in den Vereinigten Staaten, solange, wie ich es aushielt, von daheim fort zu sein. Die Juden im ganzen Land hörten zu, sie weinten und spendeten Geld. Wenn es nicht anders ging, nahmen sie Geld bei Banken auf, um ihr Versprechen zu halten.«

Als sie am 19. März 1948 nach Palästina zurückkehrte, hatte sie nicht sieben Millionen Dollar an Spenden gesammelt, sondern fünfzig Millionen. Bei ihrer Rückkehr sagte ihr Ben-Gurion: »Eines Tages, wenn die Geschichte geschrieben werden wird, wird man sagen, dass es da eine jüdische Frau gab, die das Geld gefunden hat, das die Gründung des Staates möglich machte.« Golda Meir kommentierte diese Aussage in ihrer Autobiografie mit den Worten: »Ich war mir immer darüber klar: Diese Dollar wurden nicht mir gegeben, sondern Israel.«

Dieser Artikel erschien zuerst bei Mena-Watch.

# Alexander Pechersky – Mutiger Anführer des Aufstandes von Sobibor

Alexander Pechersky diente in der Roten Armee, als er von den Nazis gefangengenommen und dann als Jude in das Vernichtungslager Sobibor in Polen deportiert wurde. Am 14. Oktober 1943 erhoben sich die KZ-Insassen unter seiner Führung zu einem mutigen Aufstand. Bemerkenswert war die außerordentliche Solidarität unter den Gefangenen, die niemanden zurücklassen wollten. Es gelang ihnen einen Großteil der SS-Männer zu töten und zu fliehen, doch die anschließende Menschenjagd und Vergeltung durch die Nazis überlebten nur etwa 50 der Häftlinge. (JR)

## Von Gergart Nadel

Es gab Orte auf der Erde, die Symbole des Leidens und der Erniedrigung waren. Es waren Todeslager, die einem einzigen Zweck dienten - der vollständigen Ausrottung vieler Völker der Welt. Eines dieser Lager war Sobibor. Eine von Menschenhand geschaffene Hölle... Die Rettung von Leben war nicht das Ziel des heldenhaften Aufstands, der dort vor etwas mehr als 80 Jahren stattfand. Der Kampf ging um einen würdigen Tod. Indem sie die Würde von 250.000 Opfern verteidigten, errangen die Teilnehmer des Aufstands einen moralischen Sieg. Sie haben ihre Würde und Ehre gerettet, sie haben die Würde der Menschheit verteidigt. Ihre Taten dürfen nicht in Vergessenheit geraten, vor allem nicht heute, wo viele Teile der Welt erneut von Bigotterie, Rassismus, Neofaschismus, Nazismus und Intoleranz beherrscht werden, wo erneut Völkermord verübt wird.

Wenig in Alexander Pecherskys Biografie deutete vor seiner Einlieferung ins Lager darauf hin, dass er den Aufstand anführen würde...

Er wurde am 22. Februar 1909 in Krementschug als Sohn einer jüdischen Familie geboren. Sein Vater Aron Vulfovich Pechersky war stellvertretender vereidigter Rechtsanwalt, seine Mutter Sofia Markovna war Hausfrau. Im Jahr 1915 zog der Junge mit seinen Eltern nach Rostow am Don. Er hatte einen Bruder Konstantin, Schwestern Faina und Zinaida.

In den Jahren 1931-1933 diente Alexander in der Armee. Danach arbeitete er als Elektriker in der Dampflokomotiven-Reparaturwerkstatt, absolvierte die Universität und machte Kunst. Ab 1936 arbeitete er als Inspektor für den wirtschaftlichen Teil im Finanz- und Wirtschaftsinstitut von Rostow.

## Krieg und Gefangennahme

Pechersky wurde gleich am ersten Tag des Krieges eingezogen. Nachdem er zunächst in der Schlacht von Witebsk, dann in Smolensk und schließlich zu Beginn der Schlacht um Moskau war, wurde er in der Nähe von Wjasma umzingelt, verwundet und gefangen genommen. Er erkrankte an Typhus, überlebte aber. Und im Mai 1942 unternahm er seinen ersten Fluchtversuch. Doch vier Ausbrecher wurden gefasst und zunächst in ein Straflager in Borissow und dann in die Nähe von Minsk gebracht. Dort fanden die Wachen bei einer medizinischen Untersuchung heraus, dass Pechersky Jude war, und er wurde in das Ghetto Minsk gebracht. Von dort wurde Alexander nach Sobibor gebracht, einem Vernichtungslager in Polen in der Nähe des gleichnamigen Dorfes.

"Als die nächste Gruppe in Sobibor ankam, gab es dort bereits eine Untergrundorganisation von Häftlingen (an deren Spitze der Sohn eines polnischen Rabbiners, Leon Feldhendler, stand)", erinnerte sich Semyon Rosenfeld, einer der Teilnehmer am Aufstand, bei einem Treffen ehemaliger KZ-Häftlinge. Nachdem sie erfahren hatten, dass der sowjetische Kommandant Alexander Pechersky un-



Alexander Pechersky

ter den Ankommenden war, machten die Untergrundmitglieder ihn mit dem Plan für die geplante Flucht aus dem Lager vertraut und beauftragten ihn als Offizier, den Plan fertig zu stellen und die geplante Operation zu leiten. Sie planten, die deutschen Wachen nacheinander in die Werkstätten einzuladen, um dort "Befehle entgegenzunehmen" und sie zu töten, und dann die Zäune zu durchbrechen.

## Eine echte Führungspersönlichkeit

Eine Flucht aus Sobibor galt als unmöglich. Das Lager war gut bewacht: Wachposten auf Türmen mit Maschinengewehren, drei Reihen Stacheldraht von drei Metern Höhe, ein 15 Meter breites Minenfeld und ein Wassergraben... Vor Oktober 1943 hatte es bereits einen Fluchtversuch aus dem Lager gegeben. "Mehrere Monate lang gruben Mitglieder einer speziellen Leichenverbrennungsgruppe. Aber die Nazis entdeckten den Tunnel, und Oberscharführer Neumann erschoss persönlich das gesamte Team", schrieb "Komsomolka". Warum gelang Pechersky die Flucht? Nach den Erinnerungen seiner Freunde sagte er schon bei der ersten Begegnung die Worte, die die Gemüter der Menschen bewegten. Viele taten nichts und hofften bis zuletzt, dass sie gerettet werden würden. Pechersky schaffte es, die Menschen zu einer Entscheidung zu bewegen. Als seine Mitstreiter ihn fragten: "Wir haben so viele Partisanen, warum greifen sie das Lager nicht an?", antwortete Sashko schlicht und ängstlich: "Niemand wird für uns arbeiten".

Pecherskys Tochter, Ella Alexandrowna, wird oft gefragt, wie es dazu kam, dass die Leute ihrem Vater folgten. Und wie konnte er es wagen, so etwas zu tun? Wer ist er? Ein Abenteurer? Ein Held? "Ich habe meinen Vater danach gefragt. Er sagte mir: „Du denkst nicht an Heldentum,

wenn dein Leben auf dem Spiel steht.“ Ich kann diese Frage also nicht beantworten. Ich weiß, dass er ein sehr starker Mann war. Nicht nur moralisch. Er erzählte mir, dass im Lager einer der Häftlinge unter der Aufsicht eines SS-Mannes Holz hackte und es nicht schaffte, einen großen Baumstumpf zu hacken und in die Todeszelle geschickt wurde. Papa war empört. Dann zog der Deutsche ein Gewehr und zeigte Papa, dass er eine Axt nehmen sollte. Papa spaltete den Baumstumpf mit einem Schlag. Die Häftlinge, die das sahen, müssen erstaunt gewesen sein, dass Pechersky es wagte, dem Deutschen zu trotzen, und dass er danach noch am Leben war."

Am Tag vor der Flucht wurde im Lager Jom Kippur gefeiert. Einer der Häftlinge fragte: "Warum betet ihr zu Gott, wie soll er euch helfen? Ihr solltet zu Sashko beten." Man antwortete ihm: "Wir beten, dass Sashko Erfolg hat."

Er erzählte nur wenigen Menschen von seinem Aufstandsplan, obwohl er fest davon überzeugt war, dass alle fliehen und die Wachen vernichtet werden müssten. Andernfalls, so sagte er, würden alle, die übrig blieben, hingerichtet. Die Gefangenen hörten zu und hatten Angst. Und sie erkannten, dass es keinen anderen Weg gab.

## Planung und Vorbereitungen

Fast einen Monat lang studierten sie das Lager und die Gewohnheiten der Deutschen. Der Schmied Rayman fertigte auf Anweisung von Pechersky heimlich Messer und Äxte an. Einige der engsten Gefangenen halfen bei der Planung, wie man innerhalb einer Stunde so viele Offiziere wie möglich töten konnte, ohne Alarm zu schlagen.

Verzweiflung und der Wunsch zu überleben, trieben die Gefangenen täglich zu Fluchtgedanken. Sie alle waren sich bewusst, dass der nächste Tag ihr letzter sein könnte. Daher nutzten einige jede Gelegenheit, um aus dem Stacheldraht und den Wachtürmen zu gelangen. Selbst die Vernichtungspraxis der SS, die bereit war, für jeden Ausbrecher Hunderte der Zurückgebliebenen hinzurichten, hielt die Menschen nicht ab. Im Gegenteil, sie einte sie in der Einsicht, dass sie, wenn sie fliehen wollten, alle auf einmal fliehen müssten.

Unter den Häftlingen von Sobibor löste das Auftauchen der sowjetischen Männer im Lager große Aufregung aus und stärkte ihre Hoffnung auf Rettung. Zum einen erfuhren sie, dass die Deutschen in Moskau, Stalingrad und Kursk besiegt worden waren und sich immer noch auf dem Rückzug befanden. Zweitens befanden sich unter den Neuankömmlingen gefangene sowjetische Soldaten und Offiziere, die den Deutschen eine würdige Antwort geben konnten.

Nach dem Krieg erzählte Pechersky

die Geschichte seiner Flucht so: "Ein anderer Zug kam an. Wir arbeiteten im nördlichen Lager, die Deutschen hatten es mit einer neuen Ladung Lagerinsassen zu tun, und die Überwachung von uns war geschwächt. Mit Schaufeln in der Hand standen wir da und beobachteten, was in dem Lager geschah, in dem sich das "Badehaus" befand. Stille, keine Bewegung. Plötzlich ertönte ein herzzerreißender Schrei einer Frau, vieler Frauen, Kindergeschrei, Schreie von "Mama". Bald mischten sich die Stimmen der Menschen mit dem Schnattern der Gänse. Später erfuhren wir, dass in diesem Lager dreihundert Gänse gehalten wurden, die während des "Bades" getrieben wurden, um das Geschrei der Menschen zu übertönen. Ich stand wie gelähmt da. Ich hatte schreckliche Angst und fühlte mich hilflos. Die erste Schlussfolgerung war, dass ich etwas tun musste. Shloime Leitman und Boris Tsybulsky kamen auf mich zu, blass, deprimiert. Tsybulsky sagte: "Sascha, wir müssen von hier wegläufen. Es sind zweihundert Meter bis zum Wald. Die Deutschen sind beschäftigt. Wir werden die Wachen am Zaun mit Äxten erschlagen." Ich antwortete: "Vielleicht können wir entkommen. Was wird mit den anderen passieren? Man wird sie sofort erschießen. Wenn wir fliehen, sollten wir alle auf einmal fliehen. Damit niemand hier zurückbleibt. Einige werden sicher sterben, aber die, die entkommen, werden gerächt."

"Du hast Recht", stimmte Tsybulsky zu, "aber wir können es nicht mehr lange hinauszögern. Es geht auf den Winter zu. Es gibt Fußspuren im Schnee, und im Allgemeinen ist es im Winter schwieriger, in den Wäldern zu sein."

"Wenn du mir vertraust", sagte ich, "dann warte und sei still. Sag niemandem ein Wort. Die Zeit wird kommen - ich werde dir sagen, was du tun musst."

## Keine Alternative zur Flucht

Pecherskys Kameraden hielten wirklich ihr Wort und von ihrer Abmachung, zu fliehen, wusste niemand etwas. Aber in einem Konzentrationslager, in dem die Nerven wie blanke Drähte blank liegen, in dem die Menschen auf Stapeln schlafen und erschöpft nebeneinander arbeiten, ist es schwer, innere Gefühle im Zusammenhang mit der bevorstehenden Flucht zu verbergen. Bald trat eine Gruppe von Häftlingen an Pechersky heran und forderte ihn auf, in die Frauenbaracke zu kommen. Sie erklärten nicht die Gründe, aber Pechersky beschloss, es zu riskieren.

Wie sich herausstellte, fanden in der Frauenbaracke geheime Treffen der von Feldhendler angeführten Gruppe statt. Er dachte nicht so sehr an die Organisation einer Flucht, sondern vielmehr daran, wann die sowjetische Armee oder die Partisanen kommen würden, um die Gefangenen zu befreien. Die Antwort von Pechersky war harsch: "Die Partisanen werden die Aufgabe ohne uns erledigen. Niemand wird es für uns tun." Am Abend wurde dieser Satz bereits von den meisten Häftlingen in Sobibor wiederholt. Die Punkte über dem "i" waren gesetzt: Wir brauchten eine Flucht.

Der Untergrund des Lagers wählte einstimmig Alexander Pechersky zu seinem Anführer. Alexander selbst begann sofort mit der Ausarbeitung eines Plans. Zunächst stellte er fest, dass eine wichtige Bedingung für die Flucht nicht nur die allgemeine Rettung, sondern auch die Tötung aller Deutschen im Lager war. Nach den Schrecken, die er gesehen hatte, sehnte sich Pechersky ebenso sehr nach Rache wie nach Freiheit. Alexander wies darauf hin, dass absolute Geheimhaltung erforderlich war, so dass nicht mehr als ein Dutzend Personen von der geplanten Flucht erfahren durften.

Etwa eine Woche später, während der Feierlichkeiten zum Tag des Jüngsten Gerichts, einem der wichtigsten Feiertage im Judentum, stellte Pechersky seinen Plan vor:

„Also, Kameraden, hier ist der Plan, den ich für den einzig machbaren halte. Wir müssen alle deutschen Offiziere töten. Natürlich einen nach dem anderen, aber in sehr kurzer Zeit. Wir haben nicht mehr als eine Stunde, um alles zu erledigen. Die Deutschen werden nur von Kriegsgefangenen getötet, die ich persönlich kenne und auf die ich mich verlassen kann. Nach dem Mittagessen, um halb fünf, wird Brzecki unter irgendeinem Vorwand drei Männer in den zweiten Sektor bringen. Diese Männer werden vier Offiziere töten. Um vier Uhr sollen die Elektriker die Telefonverbindung durch den zweiten Sektor zum Reservekommando kappen. Zur gleichen Zeit beginnt in unserem Lager die Vernichtung der Gestapo Leute. Um halb sechs Uhr bauen Brzecki und Chepik das ganze Lager in einer Kolonne auf - als ob sie arbeiten wollten. Die Kolonne geht auf den Ausgang zu. In den ersten Reihen stehen die Sowjets. Auf dem Weg zum Haupttor des Lagers müsst ihr die Waffenkammer einnehmen, möglichst ohne Lärm zu machen. Denken Sie daran, dass während der Bewegung der Kolonne sehr leicht Panik entstehen kann, dann ist alles verloren, die Deutschen werden die Flucht entdecken. Wenn es uns gelingt, das Zeughaus zu erobern, werden wir sie angreifen. Wenn

nicht, müssen wir durchbrechen. Nicht weit von der Schreinerei entfernt, fast in der Nähe des Stacheldrahtes, befindet sich das Haus der Offiziere. Wir können mit Sicherheit sagen, dass die Deutschen in seiner Nähe keine Minen gelegt haben, außer ein paar Signalminen. Dort muss der Draht zerrissen werden.“ Das war der Plan.

Es gab keine Einwände, und die Flucht wurde für den 14. Oktober angesetzt.

### Der Schicksalstag

Nach Aussage der Teilnehmer des Aufstands war der 14. Oktober 1943 kein sonniger und warmer Herbsttag. Obwohl nur noch wenige Stunden bis zur Flucht blieben, wussten nicht mehr als 20 der 600 Häftlinge von Sobibor von der bevorstehenden Aktion. Und zu diesem Zeitpunkt waren im Nachbarraum bereits einige Leichen von Wachleuten versteckt. Auch im zweiten Sektor verlief alles nach Plan. Die Deutschen in Sobibor wurden mit nur ein paar Äxten getötet. Und sie taten es genauso schnell, berechnend und emotionslos, wie die SS selbst es mit Abertausenden von Juden getan hatte. In dem Lager gab es keine Kommunikation. Insgesamt gelang es den Häftlingen, 11 Deutsche zu töten. Zu den Trophäen der Häftlinge gehörten 11 Pistolen und sechs Gewehre. An diesem Punkt trat jedoch das erste Problem auf.

Mehrere Wachen hatten das Lager verlassen, und es war unklar, wann sie zurückkehren würden. Unter ihnen befand sich der Kommandant des ersten Sektors, Frenzel. Pechersky wollte ihn persönlich umbringen, aber der SS-Mann war immer noch nicht da. Außerdem war Capo Brzecki für eine Weile aus dem Plan herausgefallen - einer der Deutschen hatte ihn zur Arbeit mitgenommen. Sobald Brzecki frei war, ging die Flucht in die letzte Phase. Es war unmöglich, noch länger zu warten.

Das Signal der Pfeife des Capo ertönte. Die Häftlinge strömten aus den Baracken und Werkstätten auf die Straße und formierten sich in Kolonnen. Brzecki befahl ihnen, zum Lagertor zu marschieren. Dieses Verhalten erregte sowohl bei

den übrigen Deutschen als auch bei den Häftlingen selbst Misstrauen. Zunächst wurde die Kolonne unterbrochen, dann beschleunigt, und es kam zu einem Gedränge. Dann stürzte der Chef der Wache gegen die Menge, um die Gefangenen in die Baracken zurückzubringen, und wurde getötet. Der Kampf begann.

Der zweite Fehlschlag der Aufständischen war der Versuch, die Waffenkammer mit Waffen zu erobern. Die Wachen eröffneten ein so dichtes Feuer, dass es unmöglich war, sich der Waffenkammer zu nähern. Die vollständige Vernichtung der Deutschen konnte man vergessen. Dann befahl Pechersky einen Durchbruch von der Seite des Offiziershauses aus zu versuchen. Seine Berechnung war richtig, an dieser Stelle waren die Zäune tatsächlich schwächer, und die meisten Minen dienten nur der Signalisierung.

Von Lebenshunger getrieben, schonten die Menschen ihr Leben nicht, um andere zu retten. Mit ihren Körpern ebneten sie den Weg zur Rettung durch Zäune, Minen und Wachfeuer. So konnte mehr als die Hälfte der Häftlinge von Sobibor befreit werden. Aber das war nur der Anfang einer langen Reise; sie mussten so weit und so lange wie möglich laufen, ohne Rücksicht auf Müdigkeit, Hunger oder Verwundung.

### Menschenjagd und Überleben

Nach einer Weile begannen sich die Menschen zu versammeln, doch Pechersky ordnete kategorisch an, dass sich alle in kleine Gruppen aufteilen sollten. Wie sich später herausstellte, erhöhte diese Entscheidung die Überlebenschancen erheblich, denn die Deutschen hatten bereits damit begonnen, zusätzliche Kräfte und sogar Flugzeuge in die Gegend von Sobibor abziehen, um die Flüchtigen zu fangen. Es begann eine regelrechte Menschenjagd. In den nächsten Tagen wurden etwa 170 Menschen gefangen genommen und von den Deutschen hingerichtet.

Alexanders Weg führte in den Osten, zu den Partisanen. Am 22. Oktober fand er zusammen mit neun Männern eine

Partisanengruppe und kämpfte als Teil dieser Gruppe weiter gegen die Nazis.

Der Aufstand in Sobibor sorgte in Berlin für große Aufregung. Das Konzentrationslager hörte so schnell auf zu existieren, wie es aufgetaucht war. Es war, als hätte es nie eine Baracke gegeben, keine Türme, keinen riesigen Krematorium-Schornstein, keine 250.000 Ermordeten.

Von den 320 Menschen, die am 14. Oktober 1943 gerettet wurden, überlebten nur etwa 50 den Krieg. Unter ihnen Alexander Pechersky und seine Kampfgefährten - Arkady Vayspapier, Alexey Vaytsen, Semyon Rosenfeld. Letzterer hinterließ seine einzigartige Inschrift auf dem besiegten Reichstag: "Baranowitschi - Sobibor - Berlin".

Das Leben nach dem Krieg war nicht viel einfacher als der Militärdienst, mehrere Jahre konnte Pechersky keine Arbeit finden. Doch trotz aller Entbehrungen suchte er aktiv nach überlebenden Häftlingen von Sobibor, arrangierte Treffen für sie anlässlich der Jahrestage des Aufstands, forderte von den sowjetischen Behörden, dass der erste Film über Sobibor in der UdSSR gedreht wurde. In der sowjetischen Presse erschienen Veröffentlichungen, dank derer die überlebenden Genossen erfuhren, wo Pechersky lebte, und den Kontakt mit dem Anführer des Aufstands von Sobibor wiederherstellten.

In den letzten zehn Jahren lebte Alexander Pechersky eher bescheiden. Er war der endlosen Enttäuschungen durch die sowjetischen Behörden überdrüssig - durch die Nichtanerkennung des Heldentums, der Einzigartigkeit des Aufstandes, durch die ständige Weigerung, außerhalb der Sowjetunion zu reisen, um an Veranstaltungen im Zusammenhang mit Sobibor teilzunehmen. Alter und Krankheit forderten ihren Tribut. Die Auswirkungen des harten Lebens, der Verletzungen und des Hungers, die er während des Krieges erlitten hatte, machten sich bemerkbar. Leider erlebte Alexander nicht mehr, dass die Geschichte von Sobibor landesweit bekannt wurde. Er starb 1990 im Alter von 80 Jahren in Rostow am Don und wurde in Rostow beigesetzt.

## JUDISCHE RUNDSCHAU

### Unabhängige Monatszeitung

**Herausgeber:** J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH  
**Verlag:** J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin  
 Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin  
 Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601  
 E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de  
 Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

### Kontaktmöglichkeiten

• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** - per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de  
 • per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (03222) 13 24 601 (Aboverwaltung)  
 • per Website: **www.juedische-rundschau.de**

### Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Presse Druck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH - Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte - auch in Teilen oder in überarbeiteter Form - ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

**Unsere Kontaktadressen**

- J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
- (030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
- (030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)
- redaktion@juedische-rundschau.de
- (03222) 13 24 601
- www.juedische-rundschau.de
- www.facebook.com/jrundschau
- @jrundschau

COUPON  
 ABO-  
 BESTELLUNG

**Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von**

- 57,50 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 67,50 €, in Israel zum Preis von 89,50 €)**
- 69,50 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
- 99,75 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
- 47,50 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname \_\_\_\_\_  
 Strasse, Hausnummer \_\_\_\_\_  
 PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_  
 Geburtsdatum \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift

**Ich zahle gegen Rechnung:**  
 Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

**Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website [www.juedische-rundschau.de](http://www.juedische-rundschau.de) abonnieren.**

# Südafrikas lange Geschichte des Hasses

Große Teile des „woken“ Westens lassen sich von dem Mythos Nelson Mandelas blenden und verkennen nur allzu gern die neue Apartheid in Südafrika: Die strukturelle Diskriminierung weißer Südafrikaner und die rassistisch-motivierte Gewalt gegen sie. In den Augen des militant anti-weißen African National Congress (ANC) steht Israel vorsätzlich wahrheitsentstellend und stellvertretend für den „weißen Westen“ und die sogenannten „Palästinenser“ irrsinnigerweise für den unterdrückten „Globalen Süden“. Diese Sichtweise hat in Südafrika Tradition, denn schon als der ANC eine verbotene Terrororganisation war, bestanden enge Verbindungen mit der sogenannten Palestine Liberation Organisation (PLO) und der Terrorist und Juden-Mörder Jassir Arafat wurde sowohl von Nelson Mandela als auch von Desmond Tutu als Verbündeter und Bruder im Geiste gepriesen. (JR)

Von Sebastian Biehl

Südafrika hat Israel wegen des Krieges gegen die Terrororganisation Hamas im Gazastreifen beim Internationalen Gerichtshof (IGH) in den Haag des Völkermords angeklagt. Dies ist ein ungeheurer Vorgang, gerade so kurz nach dem furchtbaren Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, mit etwa 1200 Ermordeten und 240 Geiseln, von denen etliche ebenfalls bereits brutal ermordet wurden. Hier wird Täter-Opfer Umkehr betrieben von einem Land welches mal mit Nelson Mandela als Präsident als das moralische Vorbild für die Welt galt und sich selbst immer noch dafür hält.

Völkermord gilt als das wohl schlimmste Verbrechen und wird deswegen auch weltweit geächtet. Definiert wird es nach der „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes der Vereinten Nationen (VN)“, welche von 153 Mitgliedsstaaten der VN, auch Südafrika und Israel, ratifiziert wurden, als „eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören durch:

- Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
- gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.

Nach Artikel III der Konvention sind folgende Handlungen zu bestrafen:

- Völkermord,
- Verschwörung zur Begehung von Völkermord,
- unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord,
- Versuch, Völkermord zu begehen,
- Teilnahme am Völkermord“ (zitiert aus Wikipedia)

Völkermord geht noch weiter als Kriegsverbrechen. Bei Völkermord muss ein regelrechter Plan dahinterstehen. Es reicht nicht, wenn einzelne Abteilungen oder Individuen im Krieg Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung begehen, es muss der Vorsatz der Ausrottung bestehen.

## Der Internationale Gerichtshof

Der IGH ist die höchste Rechtsinstanz der Vereinten Nationen, welche Streitpunkte zwischen Staaten beilegt und sich dabei nach der Charta der Vereinten Nationen richtet. Nur souveräne Staaten können Parteien zum IGH sein und andere Staaten anklagen. Internationale Organisationen und autonome Gebiete oder nicht-erkannte Staaten



Die Freundschaft zwischen Nelson Mandela und Jassir Arafat wirkt bis heute nach.

können den IGH nicht anrufen. Das heißt zum Beispiel, dass Gaza als autonomes Gebiet Israel nicht anklagen kann und einen anderen Staat benötigt, dies zu tun. Normalerweise geht es bei Klagen vor dem IGH um Grenzdispute, und im Durchschnitt werden nur 3 Fälle pro Jahr vorgebracht, zumal die Bearbeitung oft Jahre in Anspruch nimmt. Es gab allerdings auch schon in der Vergangenheit Anklage wegen Völkermordes: beispielsweise wurde Myanmar (Burma) von Gambia wegen des Völkermordes an der Bevölkerungsgruppe der Rohingyas angeklagt. Auch klagte die Ukraine Russland wegen des Überfalls auf sein Territorium an. Russland rechtfertigte seinen Angriff mit dem Schutz der russischsprachigen Minderheit in der Ukraine gegen Völkermord, konnte aber keine Beweise dafür liefern.

Die Anhörungen beim IGH zum vermeintlichen Völkermord Israels an der Bevölkerung des Gaza-Streifens fanden am 11. und 12. Januar statt.

Südafrika, vertreten durch die Rechtsanwältin Adila Hassim und Tembeka Ngcukaitobi, argumentierte, dass Israel ohne Rücksicht auf Verluste den dichtbevölkerten Gazastreifen bombardiere mit dem Ziel, so viele „Palästinenser“ wie möglich, speziell Frauen und Kinder, zu töten. Die Zahl von 23.350 getöteten Zivilisten wurde angeführt. Diese Zahl, wie auch die Art der Anschuldigung, wurde allerdings unkritisch von der Hamas übernommen, welche es bekanntlich mit der Wahrheit nicht genau nimmt und für seinen Propagandakrieg so viele Tote wie möglich braucht. Als weitere „Beweise“ wurden Aussagen von israelischen Politikern und hohen Militärs zitiert, allerdings oft verkürzt und ohne den nötigen Kontext. Auch Aussprüche von Israels Premierminister Benjamin Netanjahu, der die Vernichtung der Hamas angekündigt hatte, wurde als Beweis zum Aufruf zum Völkermord angeführt. Südafrika verlangt vom IGH, Israel aufzufordern, sofort

den Krieg gegen die Hamas zu beenden. Das Land beruft sich dabei auf die oben genannte Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes der VN vom 9. Dezember 1948.

Israel, repräsentiert durch Tal Becker, Rechtsberater des israelischen Außenministeriums, wies die Anschuldigungen als unbegründet zurück und antwortete, dass Israel das Opfer von Völkermord war und ist, und dass der Terrorangriff von Hamas vom 7. Oktober 2023 der schlimmste Massenmord auf Juden seit dem Holocaust war. Dadurch, dass Südafrika Hamas unterstützt, wird das Land selbst zum Mitäter von Terrorismus. Er verwies auch darauf, dass Israel gezielt zivile Opfer zu vermeiden versuche durch Schutz-zonen und Warnungen vor bevorstehenden Angriffen.

## Israel nimmt Rücksicht auf Zivilisten

Selbst wenn die von Südafrika vorgebrachten Zahlen korrekt sind (was stark bezweifelt werden kann), ist dies noch kein Völkermord, weil nicht gezielt Zivilisten ermordet und vertrieben werden, sondern schlimmstenfalls als „Kollateralschaden“ im Kampf gegen Terroristen, die sich zwischen Zivilisten verstecken, in Kauf genommen werden. Hamas dagegen hat gezielt unbeteiligte Zivilisten brutal ermordet und entführt, weil sie zu einer bestimmten Ethnie und Religionsgemeinschaft gehören und sich damit noch gebrüsten. Das Hamas für die Menschen, die es angeblich repräsentiert, die „Palästinenser“, keinerlei Empfindungen hat, wurde oft genug dadurch bewiesen, dass diese als menschliche Schutzschilde missbraucht wurden und Hamas seine Terrorzentralen bevorzugt in oder neben Krankenhäusern, Schulen und Kindergärten hat.

Die Bearbeitung des Falles kann Jahre dauern. Für Südafrika reicht es nicht, die Propaganda der Hamas zu wiederholen, es müssen Beweise für diese ungeheuerliche Anklage geliefert werden. Es bleibt abzuwarten, ob Südafrika, was geographisch sehr weit entfernt vom Ort des Geschehens ist, eigene Beweise erbringen kann. Allerdings sind die VN gegenüber Israel stark voreingenommen.

Urteile des IGH sind zwar nicht bindend, es wäre allerdings eine herbe moralische Niederlage für Israel, sollte Südafrikas Klage stattgegeben werden. Auch für Israels Unterstützer wäre dies schmerzhaft und könnte zu einer Absetzbewegung führen. Vor einem finalen Urteil kann der IGH Israel auffordern, seinen Feldzug gegen die Hamas zu stoppen, wenn dies als vorläufige Maßnahme zur Verhütung eines Völkermordes angesehen wird. Da Gaza kein souveräner Staat ist, würde dies bedeuten, dass die Aufforderung zum sofortigen Waffenstillstand durch den IGH nur für Israel gilt und Hamas als nicht-staatliche kriegsführende Partei weiter morden kann. Es ist allerdings davon auszugehen, dass Israel sich nicht vom

IGH von seinem Kampf gegen Hamas abhalten lässt.

### Politische Instrumentalisierung

Zahlreiche westliche Regierungen, auch Deutschland, sprangen Israel zur Seite und schlossen sich der Einschätzung an, dass diese Anklage „jeder Grundlage entbehrt“. Völkermord solle nicht zur politischen Instrumentalisierung missbraucht werden, ließ Regierungssprecher Steffen Hebestreit verlauten. Deutschland wolle sogar als Drittpartei zugunsten Israels auftreten. Es ist erfreulich, dass Deutschland diesmal keine „Äquidistanz“ übt und sich auch nicht von einer Mandela-Nostalgie lähmen lässt.

Am Freitag, den 26.01. hat der IGH ein erstes vorläufiges Urteil gefällt, nämlich, dass die Klage nicht abgewiesen wird, also nach Meinung des IGH eine gewisse Substanz habe. Von Israel wurde gefordert, bei dem Militäreinsatz Menschenleben zu schonen und innerhalb eines Monats zu seinen diesbezüglichen Aktionen Meldung an den IGH zu machen. Bezeichnen-derweise wurde allerdings keine Einstellung des Militäreinsatzes gegen die Hamas gefordert. Südafrika hat dieses erste vorläufige Urteil bereits als Erfolg gewertet. Israel ließ verlauten, dass es keine Lektionen brauche und bereits sein mögliches tue, zwischen Terroristen und Zivilisten zu unterscheiden.

Ob es Südafrika hier wirklich um die „Palästinenser“ und um Menschenleben geht, kann bezweifelt werden. Gerade in Afrika, um nicht zu sagen in Südafrika selbst, gibt es mehr als genug menschliches Elend und Opfer von Gewalt. Südafrika möchte allerdings sich gerne jetzt, wo alle Augen auf Israel gerichtet sind, als „Kämpfer für die Unterdrückten der Dritten Welt“ darstellen und Punkte bei seinen BRICS-Kollegen, die oft selber anti-israelisch eingestellt sind, sammeln.

Ein anderer Grund könnte sein, dass Präsident Cyril Ramaphosa auf diese Weise von der großen Unzufriedenheit in seinem Land ablenken will. In diesem Jahr sind wieder Parlamentswahlen in Südafrika und Ramaphosa muss etwas tun, um die schlechten Werte seiner Partei, des African National Congress (ANC), der erstmals seit 1994 unter 50% fallen könnte, zu verbessern. Arbeitslosigkeit, horrende Kriminalität und eine verfallende Infrastruktur sind schon lange große Probleme und die Regierung tut nichts dagegen, sondern torkelt von einem Korruptionsskandal zum nächsten, ohne dass dies Konsequenzen hätte. Selbst wenn mächtige Politiker gerichtlich verurteilt werden, was an sich schon mutig ist in einem Land mit politischen Morden, dann fehlt einfach die Macht, diese auch zu bestrafen, da Partei, Regierung und Staatsorgane zunehmend eine Mafia-ähnliche Einheit formen. Lediglich das Justizsystem und die Medien gelten noch als relativ unabhängig, allerdings möchte die Regierung diese auch gleichschalten und mischt sich immer wieder in den Justizprozess oder in die freie Meinungsäußerung ein. Die Gleichsetzung von Kritik an der Regierung mit Rassismus und Apartheid-Verherrlichung ist dabei schon so abgegriffen, dass es zum Bestandteil zynischer Witze geworden ist. Wenn es schon innenpolitisch erbärmlich aussieht, dann kann man außenpolitisch „glänzen“ in der Rolle des vermeintlichen Kämpfers für die Unterdrückten.

### Durchsichtiges Ablenkungsmanöver

Das Ablenken der Unzufriedenen durch Mobilisierung gegen ein Feindbild funktioniert leider immer noch in Südafrika und wird oft gegen die eigene weiße Minderheit angewendet. Auch die jüdische Bevölkerung Südafrikas sieht sich zunehmenden Anfeindungen ausgesetzt, sowohl von amtlicher Seite als auch von Teilen der Bevölkerung die stark mit den „Palästinensern“ sympathisieren.

Das Verhältnis zwischen Israel und Südafrika war früher einmal, in den 1970ern und 1980ern, sehr gut. Es gab sowohl gemeinsame politische Ziele als auch wirtschaftliche Interessen, vor allem rundum den Diamantenhandel. Seit der Machtübernahme des ANC im Jahr 1994 scharrt sich das Land auf der Seite der anti-westlichen und islamischen Welt, auch wenn die wirtschaftlichen Verbindungen noch fortbestehen und auch Südafrikas jüdische Minderheit nach wie vor stark in bestimmten Wirtschaftszweigen repräsentiert ist. Nach dem furchterlichen Angriff auf Israel reagierte Südafrika sehr spät und verurteilte diesen nur halbherzig, war aber sofort zur Stelle, als der Krieg gegen die Hamas begann und beendete die diplomatischen Beziehungen mit Israel. Die Anklage vor dem IGH geht noch einen Schritt weiter. Selbst arabische Länder und traditionelle Feinde Israels gingen nicht so weit und sehen die Hamas als Bedrohung an für welche es sich nicht einzutreten lohnt.

Südafrika befindet sich zunehmend wieder auf der falschen Seite der Geschichte, nachdem der international gefeierte „Messias“ Mandela in den Augen der Welt nichts falsch machen konnte. Das Land fühlt sich stark hingezogen zu den „bösen Buben“ der Welt und ist befreundet mit Kuba, Venezuela, Russland, Iran und China und hasst förmlich alles, was „westlich“ ist.

Südafrikas regierende Elite ist ganz und gar in dem „woken“ Denken verhaftet, was sich zunehmend auch in den linken Eliten des Westens ausbreitet, nämlich dass Bosheit und Güte an der Hautfarbe und auch am Geschlecht hängen (Post Colonial Studies, Intersectionality), mit weißen Männern als grundsätzlich bösen Tätern und schwarzen Frauen als personifizierter Unschuld und ewigem Opfer, und allen Schattierungen dazwischen als entsprechender Nähe oder Ferne von den beiden Polen entfernt. In diesem pervertierten ideologischen Denken sind Araber und Schwarze Teil derselben unterdrückten Gruppe und Israelis, äußerlich oft kaum von Arabern zu unterscheiden, sind Teil des bösen, weißen Westens der kolonialen Ausbeuter. Nach dieser Logik ist dann auch der grausame Mordfeldzug der Hamas am 7. Oktober 2023, der vor allem Bürgerliche und gerade die von der Hamas immer wieder scheinheilig als Opfer beklagten Frauen und Kinder traf, ein Befreiungskampf gegen die Unterdrücker.

### Übergriffe auf weiße Farmer

Diese Einteilung der Menschheit in Gut und Böse hinterlässt schon lange in Südafrika eine immer dickere Blutspur, die von der Weltpresse hartnäckig ignoriert wird, nämlich die anhaltenden und äußerst brutalen Morde und Übergriffe auf weiße Farmer. Zwar ist nicht erwiesen, dass der ANC dahintersteht oder dieses orchestriert, es kann aber zumindest gesagt werden, dass dies die Regierung nicht stört. Kein prominenter ANC-Politiker konnte sich bisher

zu einer eindeutigen Verurteilung der grausamen Morde und Folterungen weißer Farmer und deren Angehörigen und Arbeiter, die fast täglich passieren, bewegen lassen. Umgekehrt, wenn mal in seltenen Fällen ein Schwarzer von Weißen eingeschüchtert oder misshandelt wird, übertrifft sich sofort das ganze Establishment in Verurteilungen und Forderungen nach schärfsten Konsequenzen und mischt sich in den Justizprozess ein. Der linksradikale Oppositionspolitiker Julius Malema ruft sogar ganz offen zum Massenmord an den weißen Farmern auf, auch mittels des „struggle“ Liedes „Kill the Boer, kill the farmer“. Von Seiten der Regierung wurde dies nie verurteilt oder auch nur kritisiert. Malema spricht aus, was im ANC viele denken. Auch die entschuldigungslose Enteignung, Vertreibung und Ermordung weißer Farmer im benachbarten Zimbabwe vor einigen Jahren wurde von der südafrikanischen Regierung mit keinem Wort kritisiert.

Auch die gesetzlich verankerte umgekehrte Rassendiskriminierung gegen Weiße bei der Beschäftigung, bei Staatsaufträgen, bei Stipendien und Universitätszulassungen, in bestem Orwell-Sprech „affirmative action“ (positive Maßnahme), „fair discrimination“ (gerechte Benachteiligung) und „black economic empowerment“ (wirtschaftliche Bemächtigung der Schwarzen) genannt, so als seien die Schwarzen Südafrikas eine unterrepräsentierte Minderheit wie in den USA. Dass diese Diskriminierung zu Gunsten der Mehrheit nicht die armen Massen, für die der ANC vorgibt sich einzusetzen, sondern die ohnehin sehr mächtige und reiche schwarze Elite bevorteilt, steht auf einem anderen Blatt. Auch die Gleichsetzung von weiß mit wohlhabend und schwarz mit arm entspricht längst nicht mehr der Realität. Die hohe Kriminalität trifft alle (statistisch werden jeden Tag durchschnittlich 77 Menschen ermordet oder totgeschlagen) und die Regierung müsste all ihre Kapazität darauf verwenden, diese zu bekämpfen, statt sich um weit entfernte Weltgegenden zu kümmern und dort moralische Lektionen zu erteilen.

### Projektion auf Israel

Der Hass des ANC auf Israel entspringt teilweise dem oben beschriebenen „woken“ Denken, hat aber auch viel mit dem Thema Apartheid zu tun, was nicht zufällig immer wieder den Blutdruck des ANC hochschnellen lässt, auch wenn es nach 30 Jahren ANC-Regierung beim besten Willen nicht mehr glaubhaft ist, dass Apartheid die Ursache aller Probleme Südafrikas ist. Es löst auch keine Probleme, die letzten Denkmäler von burischen historischen Persönlichkeiten zu entfernen

oder Ortsnamen mit europäischem Ursprung zu „afrikanisieren“. Daher muss der im revolutionären Denken so wichtige permanente Kampf auf andere Weltgegenden ausgebreitet werden. Da es keinen Staat mehr gibt, wo noch koloniale Zustände herrschen, muss dieser auf Israel projiziert werden, den vermeintlichen „Siedlerstaat mit der Apartheidpolitik, der seine einheimische Bevölkerung in Ghettos und Bantustan zusammenpfercht und ausbeutet“.

Schon in den Zeiten der weißen Minderheitsregierung, als der ANC eine verbotene Terrororganisation war, bestanden enge Verbindungen mit der Palestine Liberation Organisation (PLO) und wurde Jassir Arafat als Bruder im Geiste gepriesen. Auch Muammar al-Gaddafi, langjähriger Diktator von Libyen und ein ausgesprochener Feind Israels, unterstützte den ANC im Untergrund und wurde zum Dank dafür mit einem herzlichen Staatsbesuch Mandelas beehrt, der Gaddafi auch gegenüber den USA in Schutz nahm. Präsident Zuma, der von 2009 bis 2018 regierte, hatte keine Berührungspunkte mit dem wirklichen Volksmörder Omar al-Basjir, dem ehemaligen Diktator des Sudan. Diese widerliche Tradition setzt sich nahtlos fort im heutigen Präsidenten Cyril Ramaphosa, der kürzlich den Sudanesischen Warlord Hamdan Dagalo, dessen islamistische Janjaweed Milizen in der Region Darfur Völkermord und Kriegsverbrechen begingen, empfangen hatte.

Auch der ANC war in der Zeit des Kampfes gegen die weiße Minderheit keine gewaltfreie Organisation nach dem Modell von Mahatma Gandhi, wie oft geglaubt wird. Terrorismus war Teil des sogenannten bewaffneten Kampfes, und bei Bombenanschlägen, etwa am 20. Mai 1984 auf eine geschäftige Hauptstraße in Pretoria (Kerkstraat), wurden 19 Menschen getötet und 217 zum Teil schwer verwundet. Auch im Zuge des Machtkampfes unter den verschiedenen sogenannten Befreiungsorganisationen war der ANC nicht zimperlich und ließ konkurrierende Aktivisten und auch angebliche oder tatsächliche Kollaborateure brutal umbringen. Berüchtigt ist die Methode der „Halskrause“, ein mit Benzin gefüllter Autoreifen, der dem Opfer um den Hals gehängt und angezündet wird. Von höchster Stelle, zum Beispiel von Mandelas damaliger Frau Winnie, wurden die Halskrausenmorde als Teil des Freiheitskampfes gepriesen.

Sebastian Biehl, Jahrgang 1974, wuchs in Südhessen auf. Zum Studium ging er nach Südafrika, wo er 23 Jahre blieb und lange Zeit als Rechercheur und Journalist arbeitete. Seit 2019 wohnt er mit seiner Familie in Berlin.

### DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite [www.juedische-rundschau.de/shop](http://www.juedische-rundschau.de/shop) bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

• Für jede Ausgabe – 3 Briefmarken;

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

# Vereint im Israel-Hass: Klima-Ikone Greta Thunberg übt Schulterchluss mit Antisemiten

Die selbsternannte Klimaschutzbewegung fiel bereits in der Vergangenheit immer wieder durch antisemitische Äußerungen von Aktivisten auf. Jüngst reiste die Gallionsfigur dieser Bewegung, die Schwedin Greta Thunberg, eigens nach Leipzig, um dort an einer pro-„palästinensischen“ Demonstration teilzunehmen, wo sie einen massiv antisemitischen Redebeitrag gehalten hat. Wo waren und sind eigentlich die HAMAS-kritischen Kundgebungen und Menschen, die eine sofortige und bedingungslose Freilassung der unschuldigen Geiseln fordern und die Parole „Ceasefire now“ endlich an die Mörder-Bande in Gaza adressieren, die die Gräueltaten in Israel und die israelische Verteidigungsreaktion einzig und tatsächlich verschuldet. (JR)

Von Birgit Gärtner

Der Zionismus entstand als Idee, wurde durch die Alija, die Auswanderung nach Palästina, zur Überlebensstrategie und durch die Gründung des Staates Israel zur Überlebensgarantie, nicht nur, aber vor allem der europäischen Jüdinnen und Juden. „Antizionismus“ stellt diese Idee, diese Strategie in Frage und spricht letztlich dem Staat Israel die Existenzberechtigung ab – deklariert als „Israelkritik“. Die ist derzeit allorten und in aller Munde, vor allem im alternativen, linken und grünen Milieu.

Dabei gelten für Kritik an der israelischen Regierung allerdings in aller Regel andere Maßstäbe als für andere Länder. Oder wo sind die ägyptisch-kritischen Manifestationen nach dem Massaker vom 7. Oktober 2023, auf das die israelische Kriegs-Koalition mit einer massiven Militäroffensive in Gaza reagierte? Auch die ägyptische Grenze zum Gazastreifen ist abgeriegelt, die dortige Regierung weigert sich, Flüchtlinge aus Gaza aufzunehmen.

Wo sind die HAMAS-kritischen Kundgebungen, bei denen die Forderung „Ceasefire now“ an die Herrscher des Gazastreifens adressiert wird? Immer noch prasseln permanent aus Gaza abgefeuerte Raketen auf Israel nieder. Wo sind die arabisch-kritischen Protestnoten gegen die übrigen islamischen Länder, die ebenfalls die Aufnahme von Flüchtlingen aus Gaza verweigern? In welchem Aufsatz zum Thema „Nahost-Konflikt“ werden die Regierungen Jordaniens, des Libanons oder Syriens kritisiert und aufgefordert, die seit Jahrzehnten ansässigen „Palästinenser“ einzubürgern und ihnen Staatsbürgerrechte zu verleihen? Das legt den Verdacht nahe, dass nicht die Politik der jeweiligen israelischen Regierung Anlass zu „Kritik“ bietet, sondern die Existenz des Staates Israel an sich. Slogans wie „From the River to the Sea – Palestine will be free“ verstärken den Eindruck, dass „Antizionismus“ letztlich nichts anderes ist als eine moderne Form des Antisemitismus.

## Große Lücken im links-alternativen Kollektivgedächtnis

Das Massaker der HAMAS, des Islamischen Dschihad sowie Akteuren aus der Zivilbevölkerung am 7. Oktober 2023, die Vergewaltigungen, Verschleppungen und Morde sind längst aus der öffentlichen Debatte verschwunden, die Militäroperationen der IDF und die damit verbundene „Israelkritik“ indes allgegenwärtig. So als ob es das Massaker nie gegeben hätte, sich nicht bis heute 136 Menschen nach wie vor in Geiselhaft in Gaza befinden und nicht immer noch permanent von Gaza aus Raketen auf Israel abgeschossen wür-



Greta Thunberg bei einer „Pro-Palästina-Demonstration“.

den, sondern die israelische Regierung, namentlich Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, völlig grundlos den Befehl für die Militäroffensive gegeben hätte. Einzig aus dem Bestreben heraus, „Palästina“ und „die Palästinenser“ zu vernichten, einen „Genozid“ am „palästinensischen Volk“ zu verüben.

Kaum eine politische Szene – insbesondere im links-alternativen Milieu – kommt ohne „Israelkritik“, ohne Warnung vor diesem vermeintlichen „Genozid“ aus. Dabei werden stets große Gedächtnislücken bezüglich der Geschehnisse vom 7. Oktober 2023 offen-

bar. Am 19./20. Januar 2024 kam es zu Massenprotesten „gegen Rechts“ in Dutzenden deutschen Städten, nachdem das Recherchezentrum Correctiv in Brandenburg AfDler dabei erwischt haben will, wie sie sich bei einem „Geheimtreffen“ in einem Landgasthaus im Brandenburgischen von dem österreichischen Identitären Martin Sellner in Sachen „Deportationen von Migranten mit und ohne deutschen Pass“ beraten ließen. Auch auf diesen Demonstrationen war es einigen ein Bedürfnis, ihre Palästina-Solidarität und den damit verbundenen Antisemitismus zum

Ausdruck zu bringen. Ein Teilnehmer in Berlin musste sich von jungen Musliminnen und Muslimen als „Nazi“ beschimpfen lassen, weil er sich gegen auf Plakaten zur Schau gestellten Antisemitismus verwehrte.

## „Klimagerechtigkeit“ als Stichwortgeber für Antisemitismus

Die Klimaschutzbewegung fiel bereits in der Vergangenheit des Öfteren durch antisemitische Äußerungen von Aktivistinnen oder bei Kundgebungen auf. Jüngst reiste die Ikone dieser Bewegung, die Schwedin Greta Thunberg, eigens nach Leipzig, um dort am 23. Januar 2024 an einer pro-„palästinensischen“ Demonstration der Gruppe „Handala Leipzig“ teilzunehmen und einen Redebeitrag zu halten. Laut deren Webseite handelt es sich dabei um „Palästinenser:innen in der Diaspora und Palästinasolidarische“, die am 15. Januar 2021, dem Jahrestag der „Nakba“ die „erste große Palästina-Kundgebung in Leipzig“ organisiert hätten. Zionismus bezeichnen sie als „siedlerkolonialistische und nationalistische Ideologie“, der zufolge „europäische Juden mit Unterstützung der westlichen Kolonialmächte unser Land Palästina besiedeln“

sollten. Ein kolonialistisches Projekt, ein „Apartheidstaat“, der nicht weiter durch die Bundesrepublik unterstützt werden dürfe:

„Denn so wie der Zionismus -obwohl er älter ist als die Herrschaft des deutschen Faschismus- den Holocaust als Begründung für den Staat Israel verwendet, so verwendet die Bundesrepublik, als Nachfolgestaat des deutschen Faschismus, die Unterstützung des zionistischen Staates als Beweis ihrer vermeintlichen Entnazifizierung. Der Zionismus ist eine Art Ersatznationalismus für die Bundesrepublik, ...“

„Free Palestine from German Guilt“, wurde diese Sicht andernorts in Form von Parolen auf Demonstrationen zu Gehör gebracht.

In ihrem Redebeitrag sprach Greta Thunberg von einem „Genozid“ und rief zu einem Boykott auf. Ein Videojournalist von Sachsen-Fernsehen.de und ein Begleiter wurden nach der Demo tätlich angegriffen – vermutlich von Teilnehmern der pro-„palästinensischen“ Kundgebung. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen, die Gewerkschaft ver.di bezeichnete der Welt zufolge den Angriff als inakzeptabel.

Die Hamburger Kulturfabrik Kampnagel veranstaltete Ende Januar 2024 ein dreitägiges Festival unter dem Titel „How low can we go?“ zum Thema Klimagerechtigkeit. Das Eingangssreferat sollte die britisch-somalische Klimaaktivistin Zamzam Ibrahim halten. Das veranlasste den Antisemitismusbeauftragten der Hansestadt, Stefan Hensel, dazu, ihre Einladung in einer Pressemitteilung zu kritisieren. Zamzam Ibrahim gilt als Unterstützerin der Bewegung „Boycott, Desinvestition und Sanktionen“ (BDS) und wirft Israel einen Völkermord an den „Palästinensern“ vor, während sie den Terror der HAMAS relativiert. Die in Somalia geborene Britin und gläubige Muslimin Zamzam Ibrahim sollte das Festival mit einem

„Vortrag „über intersektionale Aspekte von Klimagerechtigkeit“ eröffnen und einen >Safer-Space<-Workshop für BIPOC (Schwarze, Indigene und People of Color) leiten.“

Die Hamburger Kulturbehörde machte die Freiheit der Kunst geltend und so konnte die Aktivistin auftreten. Allerdings nur online. Laut Untiefen – Das Stadtmagazin gegen Hamburg ist „Zamzam Ibrahim [...] eine profilierte und gut vernetzte Klimaaktivistin. Sie hat eine Nachhaltigkeits-NGO gegründet, ist Beraterin der UN und besuchte bereits drei UN-Klimakonferenzen, zuletzt die COP28 in Dubai. Aber auch vor ihrem Klimaaktivismus war sie bereits politisch umtriebig – erst als Präsidentin der Students' Union ihrer Universität in Salford, dann als Vorsitzende der britischen National Union of Students (NUS) und als Vizepräsidentin der European Students' Union (ESU). Aktivismus gegen Israel bildet dabei eine Konstante ihres studentischen Engagements.“

Als frisch gewählte NUS-Präsidentin versprach sie 2019, Antisemitismus-Trainings für NUS-Funktionär:innen anzubieten, nachdem es in den Jahren zuvor mehrere antisemitische Vorfälle in der Studierendengewerkschaft gegeben hatte. Der Erfolg dieser Trainings ist allerdings zweifelhaft: Zwei Jahre nach dem Ende von Ibrahim's Amtszeit, im März 2022, lud die NUS zu ihrer Jahreskonferenz den antizionistischen und verschwörungsideologischen Rapper Lowkey ein. Auf Kritik jüdischer Mitglieder an diesem Programmpunkt reagierte die NUS mit der Aufforderung, diese sollten dann doch einfach den Konzertsaal verlassen. Als daraufhin Forderungen an Spotify laut wurden, Songs von Lowkey mit antisemitischen Lyrics von der Plattform zu nehmen, protestierte Ibrahim auf Twitter gegen diese Unterdrückung >unseres [!] palästinensischen Aktivismus< und drohte mit Boykott: ...

Bereits 2021, da war sie Vizepräsidentin der ESU, kritisierte die European Union of Jewish Students (EUJS) Ibrahim für ihre Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus auf Instagram. Die Aufforderung der EUJS, Ibrahim solle sich von ihrem Instagram-Post distanzieren oder anderenfalls von ihrem Amt entfernt werden, verhallte jedoch wirkungslos.“

Zwei Tage nach dem Massaker schrieb sie auf Twitter:

„History will remember those that sided with the oppressor and ignored the oppressed. Justice lies with God, but the resistance is in our hands.“

(Die Geschichte wird sich an diejenigen erinnern, die sich auf die Seite des Unterdrückers gestellt und die Unterdrückten ignoriert haben. Die Gerechtigkeit liegt bei Gott, aber der Wider-

stand liegt in unseren Händen.)“

Den Huthi-Rebellen, die westliche Schiffe angriffen, bescheinigte sie „Mut“.

Allerdings bleibt es bei der britischen Aktivistin nicht nur bei Äußerungen in sozialen Netzwerken, sie scheint auch aktiv involviert in islamische Netzwerke:

„Am 29. November etwa war sie eingeladener Gast bei einer Veranstaltung der Friends of Al-Aqsa (FOA), einer der Muslimbruderschaft zugehörigen, die Hamas unterstützenden britischen Organisation. Ibrahim, vorsichtig formuliert, unkritische Nähe zum politischen Islam äußert sich auch in ihrem Aufruf im Februar 2022, für das Forum of European Muslim Youth and Student Organizations (FEMYSO) zu spenden, das vom Landesverfassungsschutz Baden-Württemberg ebenfalls der Muslimbruderschaft zugerechnet wird.“

Besonders schwer wiegt Ibrahim's Auftritt in einer antiisraelischen Sendung von Press TV, dem Auslandssender des iranischen Regimes, am 20. Dezember. Schon der Umstand allein, dass Ibrahim sich von einem Sender des antisemitischen iranischen Regimes einladen lässt, das auch Umweltaktivist:innen einsperrt und foltert und das allein in den letzten vier Wochen 100 Menschen hat hinarichten lassen, ist nicht zu entschuldigen. Ihr Auftritt in der Sendung mit dem Titel >Gaza under Attack< ist zudem auch deshalb vielsagend, weil sie

## Das Massaker der HAMAS, des Islamischen Dschihad sowie Akteuren aus der Zivilbevölkerung am 7. Oktober 2023, die Vergewaltigungen, Verschleppungen und Morde sind längst aus der öffentlichen Debatte verschwunden, die Militäroperationen der IDF und die damit verbundene „Israelkritik“ indes allgegenwärtig.

darin, eine Woche nach der COP28 in Dubai, explizit als Klimaaktivistin auftritt und adressiert wird.“

Bei ihrem Auftritt bei Press TV stellte Zamzam Ibrahim die Verbindung her zwischen dem Thema „Klimagerechtigkeit“ und der israelischen Regierung unterstellten Absicht, den Gazastreifen unbewohnbar zu machen.

Untiefen – Das Stadtmagazin gegen Hamburg zitiert:

„Klimagerechtigkeit ist im Grunde ein globaler Aufruf zum Ende der Zerstörung, der Vertreibung von Menschen und Land, der natürlich perfekt zur Erfahrung des palästinensischen Volkes passt. [...] Der Ruf nach Klimagerechtigkeit selbst ist in seiner Praxis sehr intersektional und erfordert ein Verständnis dafür, dass jede Form von ethnischer Säuberung und Völkermord, ob es sich um indigene Gemeinschaften im Amazonaswald oder um die Menschen in Palästina handelt, das Problem darstellt und die Systeme der Unterdrückung, die dort existieren, sind sehr ähnlich.“

Stefan Hensel fand für diesen Vorfall deutliche Worte:

„Der Kulturbetrieb gibt Antisemiten wie Ibrahim einen Raum, ihren Hass auf Juden und Israel zu äußern. Wir als Steuerzahler müssen für diesen Hass bezahlen.“

„Der Kultursenator kommt seiner Verantwortung nicht nach und lässt zu, dass einer ausgewiesenen Antisemitin auf Kampnagel eine Bühne

geboten wird. Während Tausende in Hamburg gegen Rechtsextremismus auf die Straßen gehen, werden Jüdinnen und Juden in dieser Stadt im Stich gelassen. Kampnagel ist gerade dabei, die Fehler der Documenta fifteen zu wiederholen und der Kultursenator sieht tatenlos zu.“

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) hatte zu einer Protestkundgebung vor Kampnagel aufgerufen, der einige Dutzend Menschen folgten. Ebenso viele fanden sich bei einer laut Polizei von einer Einzelperson angemeldeten Gegendemonstration ein. Die beiden Gruppen standen wenige Meter voneinander entfernt. Als die DIG-Kundgebung aufgelöst wurde, wiesen die Veranstalter darauf hin, dass die Teilnehmer nicht einzeln den Kundgebungsort verlassen sollten.

### „Staatsräson“ – was bedeutet das eigentlich?

Die Liste derartiger Vorfälle ließe sich beliebig erweitern.

Wie konnte es zu diesem grassierenden Antisemitismus nach dem 7. Oktober 2023 kommen, wenn seit Gründung der Bundesrepublik die Sicherung des Staates Israel als prioritäres Ziel der jeweiligen Bundesregierungen gilt? Das beinhaltete ursprünglich sowohl Wiedergutmachtungszahlungen als auch Militärhilfe – wenngleich diese im Laufe der Zeit den veränderten politischen Bedingungen angepasst wurden. Der

tung des Staates bzw. der staatlichen Autorität und/oder sogar deren Steigerung zur entscheidenden politischen Maxime erklärt.“

Dieses „grundsätzliche Orientierungs- und Handlungsprinzip“ steht indes nicht über dem Grundgesetz und bietet auch keine Handlungsanleitung:

„Zusammenfassend ist daraus ein Auftrag zur uneingeschränkten Unterstützung Israels auf der außenpolitischen Weltbühne sowie die maximale Sanktionierung und Isolierung seiner Angreifer zu fordern, wie bspw. die von Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze angeordnete Prüfung des deutschen Engagements für palästinensische Gebiete.“

Also im Grunde nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. So beklagte die Jüdische Allgemeine im Juni 2023:

„In der Praxis hat sich aber nichts verändert. Berlin stimmt weiterhin israelkritischen Anträgen zu oder enthält sich der Stimme. Als vergangene Woche im Menschenrechtsrat die Aussprache zum Bericht der mit notorischen Israelfeinden besetzten Untersuchungskommission (CoI) zu Nahost anstand, gaben 27 Staaten unter Führung der USA ein klar formuliertes Statement ab, das Mandat und Agieren der Kommission ablehnte.“

Deutschland war jedoch nicht auf der Liste der Unterzeichner zu finden. Man war kurzfristig abgesprungen – aus Protest gegen Israels Siedlungsbau im Westjordanland.“

Auch Ende November 2023 ließ Deutschland, wie es Alan Posener in der Zeit formulierte

„bei einer Abstimmung in der UN-Vollversammlung den Freund Israel im Stich, um sich bei Leuten einzuschmeicheln, die unserem Land nützlich sein könnten.“

20 der 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen stimmten für eine Erklärung, die eine sofortige Feuerpause im Gazastreifen forderte. Deutschland enthielt sich, statt dagegen zu stimmen. Kritikpunkt:

„Während Israel – wahrheitswidrig – in der Resolution als „Besatzungsmacht“ in Gaza genannt wird und eine angeblich sich verschlechternde Situation „im Rest der besetzten palästinensischen Gebiete, einschließlich Ostjerusalem, und in Israel“ beschworen wird, findet sich keine Erwähnung der Hamas, ihrer Verantwortung für die Massaker vom 7. Oktober, die euphemistisch als „Angriffe“ umschrieben werden, für die Geiselnahme von 220 Menschen und die bis heute fortgesetzten Raketenangriffe auf Israel. Stattdessen werden „alle Gewaltakte gegen palästinensische und israelische Zivilisten“ verurteilt, als gäbe es keinen Unterschied zwischen dem gezielten, brutalen und von Rassenhass motivierten Massenmord der Hamas-Terroristen und den zivilen Opfern – über deren Zahl wir nichts Verlässliches wissen – im Rahmen eines vom Völkerrecht gedeckten Militärschlags gegen die Urheber dieses Rassenmords.“

Kanada hatte vergebens versucht, einen Zusatz zur Resolution einzubringen, der die Terrorattacken der Hamas und die Geiselnahmen verurteilte, sowie die sofortige und bedingungslose Freilassung der Geiseln forderte. Laut Alan Posener war sie „absichtlich so formuliert, dass sie von Israel und jedem Freund Israels abgelehnt werden musste.“ Dazu zählt sich die Bundesregierung, in dem Fall vertreten durch Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) offensichtlich nicht.

# Die Bibel, Ismael und der Krieg in Israel

Die Bibel ist kein Geschichtsbuch, aber sie hilft uns, Geschichte zu verstehen. Wir können zum Beispiel Ismael und Isaak, die Söhne Abrahams, aus biblischer Sicht betrachten und werden erkennen, dass dies unser Verständnis des Konflikts in Israel deutlich verbessert. Vieles was wir aus der Abraham-Passage der Bibel lesen, lässt den jüdisch-arabischen Konflikt in einem deutlicheren Licht erscheinen. Hoffnung gibt aber auch die Versöhnung der Söhne Abrahams, die durchaus als Vorzeichen für die heutigen Abraham-Abkommen zwischen Israel und einigen arabischen Staaten verstanden werden können. (JR)

Von Michael Selutin

Die Bibel ist kein Geschichtsbuch, aber sie hilft uns, Geschichte zu verstehen. Während die säkulare Geschichtsforschung lediglich beschreibt, was sie anhand von handfesten Daten erkennen kann, kann uns die Bibel psychologische, soziologische und sogar genetische Hintergrundinformationen geben. Diese können zusammen mit der herkömmlichen Geschichtsforschung ein vollständigeres Bild unserer Geschichte zeichnen.

Wir können zum Beispiel Ismael, den Sohn Abrahams, aus biblischer Sicht betrachten und werden erkennen, dass dies unser Verständnis des Konflikts in Israel deutlich verbessert. Ich kann hier nur einen groben, oberflächlichen Einblick in dieses Thema geben, aber es wurden darüber viele Bücher geschrieben. Es gibt auch YouTube Videos über Ismael und seine Bedeutung für den aktuellen Konflikt in Israel.

Auch sollte man bedenken, dass die biblischen Personen, die hier vorgestellt werden, eine Art Prototyp ihrer Völker waren. Ihre Eigenschaften und Aktionen bildeten sozusagen eine Schablone für ihre Nachkommen. Sie sind Archetypen der Völker, die aus ihnen hervorkommen.

## Vorvater der Völker

Juden und Moslems sind sich einig, dass Ismael der Vorvater der Araber und im weiteren Sinne der gesamten muslimischen Welt ist, genauso wie sein Halbbruder Isaak als Vorvater der Juden gilt. Wir können Ismaels Entwicklung jedoch bereits seit der Sintflut verfolgen.

Noah hatte drei Söhne, Japhet, Ham und Schem, wobei diese Namen die Charaktereigenschaften der Söhne beschreiben. Ham bedeutet heiß auf Hebräisch und die jüdischen Weisen erklären, dass Ham ein heißer, also aufbrausender Charakter ist, der eher von seinen Emotionen gelenkt wird als von seinem Verstand.

Einer der Söhne Hams war Mizraim, der hebräische Name für Ägypten. Die alten Ägypter waren also Nachkommen von Ham, was auch mit der territorialen Ausbreitung der drei Söhne zusammenpasst. Demnach hat sich Japhet eher nördlich ausgebreitet, Schem im heutigen Nahen Osten und Ham in Afrika.

Hagar, die Magd Abrahams, die ihm Ismaels gebar, war Ägypterin, während Abraham ein Nachkomme Schems war. Schem bedeutet auf Hebräisch Name und damit ist der Name Gottes gemeint. HaSchem (der Name) ist das hebräische Wort für Gott. Die Nachkommen Schems sind nach jüdischer Tradition Menschen, die Gott zugewandt sind.

Ismael ist eine Mischung aus Ham (Hagar) und Schem (Abraham), also jemand, in dessen Leben Gott eine große Rolle spielt, der jedoch sehr emotional und aufbrausend ist. Klingt das schon etwas nach unseren heutigen Arabern mit ihrem heiligen



Josef Danhauser – Abraham verstoßt Hagar und Ismael.

Dschihad, der nicht rational ist, aber von dem sie sich Allahs Lob und ein paradiesisches Leben nach dem Tod erhoffen?

Es geht aber noch weiter, denn Ismael selbst wird in der Bibel ebenfalls beschrieben:

„Weiter sprach der Engel des Herrn zu ihr [Hagar]: Siehe, du bist schwanger und wirst einen Sohn gebären, dem sollst du den Namen Ismael geben, weil der Herr dein Klagen erhört hat. Er wird ein wilder Mensch sein, seine Hand gegen jedermann und jedermanns Hand gegen ihn; und er wird allen seinen Brüdern trotzig gegenüberstehen.“ (1. Mose 16, 11-12)

Irgendwie kommen mir Videos wilder Araber bei Pro-Hamas Demonstrationen in den westlichen Ländern in den Sinn, wenn ich die oberen Verse lese, aber vielleicht bin ich nur islamophob. Auch die Aussage des Verses, dass sich Ismaels Hand gegen jedermann erhebt, passt zum aggressiven Islam, der sich seit seiner Gründung durch das Schwert verbreitet.

Er wird jedoch auch mit seinen Brüdern im Krieg leben, wie es die Schiiten und Sunniten und verschiedenen Clans heute noch tun.

## Der Charakter Ismaels

Im nächsten Kapitel wird Abraham gesagt, er werde einen Sohn von Sarah bekommen, mit dem Gott seinen „Bund aufrichten“ wird. Daraufhin antwortet Abraham, „Und Abraham sprach zu Gott: Ach, dass Ismael vor dir leben möchte!“

Aber Gott lehnt Abrahams Bitte um einen Bund mit Ismael ab, „Da sprach Gott: Nein, sondern Sarah, deine Frau, soll dir einen Sohn gebären, den sollst du Isaak nennen; denn ich will mit ihm einen Bund aufrichten als einen ewigen Bund für seinen Samen nach ihm. Wegen Ismael aber habe ich dich auch erhört. Siehe, ich habe ihn reichlich gesegnet und will ihn fruchtbar machen und sehr mehren. Er wird zwölf Fürsten zeugen, und ich will ihn zu einem großen Volk machen. Meinen Bund aber will ich mit Isaak auf-

richten, den dir Sarah um diese bestimmte Zeit im nächsten Jahr gebären soll!“ (1. Mose 17, 18-21)

Ismael wurde also ebenfalls eine große Zukunft versprochen und es ist nicht zu übersehen, dass seine Nachkommen sehr zahlreich sind.

Rabbi Samson Raphael Hirsch erklärt uns in seinem Kommentar zur Tora (1867) etwas über den Charakter Ismaels:

„Es sind die beiden Gedanken: Die Absolutheit Gottes von Raum und Zeit; und seine alles überwachende und leitende Vorsehung. Dieses Geschenk der Stammesmutter und des Stammesvaters sind eben die Gedanken, in deren Entwicklung alle arabischen Denker und Philosophen für die Menschheit gearbeitet und die den höchsten Gedankenschatz des arabischen Volkes ausmachen. Überhaupt enthält die Pflanzungsgeschichte der ismaelitischen Nation alle Keime, die so ausgeprägt in ihrer späteren Eigentümlichkeit hervortreten. Hamitische Sinnlichkeit, Hagars Freiheitsdrang und Abrahams Geist, das sind die Grundfäden, aus denen der arabische Nationalcharakter sich webte.“

Das von Abraham und Hagar erzeugte Volk ist einseitig jüdisch. Uns, dem jüdischen Volk, hat Gott eine Aufgabe gesetzt, die eine doppelte Seite hat. 1. Emuna (Glaube/Gottvertrauen): Die geistigen Wahrheiten, die wir in uns aufzunehmen haben und 2. Das Gesetz: Die mit diesen Wahrheiten harmonische Gestaltung des ganzen Lebens nach dem Diktate des göttlichen Willens.

Nach der einen Seite, der geistigen hin, ist die arabische Nation höchst bedeutsam im Reiche der Menschheit. Sie hat den abrahamitischen Gottesgedanken mit so großer Schärfe entwickelt, dass die Einheitsgedanken in den Schriften jüdischer Religionsphilosophen, soweit sie philosophisch entwickelt werden, vorzugsweise in der Gedankenwelt arabischer Schriftsteller ruhen.

## Sinnliche und geistige Mischung

Die Araber haben die Emuna, aber nicht die Gebote. Es genügt nicht, geistige Gedanken von Gottes Einheit zu haben, es bedarf auch die praktische Unterordnung aller, und zuerst aller sinnlichen Kräfte, und alles Strebens.“

Der Charakter Ismaels nimmt weiter Gestalt an, Sinnlichkeit, Freiheitsdrang und eine geistige Komponente. Eine sinnliche und geistige Mischung im Islam ist vielleicht die Vorstellung der 72 Jungfrauen, die ein Märtyrer nach dem Tod erhält. Es ist eine merk-

würdige geistlich-sinnliche Idee, die es im Judentum nicht gibt. Stattdessen ist gerade die Trennung von Körper und Seele/Geist, die den Tod definiert, so dass ein Leben nach dem Tod rein geistig wäre.

Diese Eigenschaften müssen jedoch nicht negativ sein, jeder Charakterzug kann auch positiv entwickelt werden, aber anscheinend war das bei Ismael nicht der Fall, denn einige Kapitel später treffen wir wieder auf ihn:

„Und Sarah sah, dass der Sohn der Hagar, der ägyptischen Magd, den sie dem Abraham geboren hatte, Mutwillen trieb. Da sprach sie zu Abraham: Treibe diese Magd hinaus mit ihrem Sohn; denn der Sohn dieser Magd soll nicht erben mit meinem Sohn Isaak! (1. Mose 21, 9)

Die Weisen sind sich nicht einig, was genau der Mutwillen war, den Ismael trieb. Sie schlagen vor, er habe versucht Isaak zu töten, er habe Götzen angebetet, oder verbotene sexuelle Tätigkeiten getrieben, oder alles zusammen.

Abraham ist nicht erfreut, dass er seinen Sohn aus seinem Haus vertreiben soll, aber Gott verspricht ihm, „Doch ich will auch den Sohn der Magd zu

einem Volk machen, weil er dein Same ist.“

Da stand Abraham am Morgen früh auf und nahm Brot und einen Schlauch voll Wasser, gab es Hagar und legte es auf ihre Schulter; er gab ihr auch den Knaben und schickte sie fort. Und sie ging und irrte umher in der Wüste von Beerscheba.

„Als nun das Wasser im Schlauch ausgegangen war, warf sie den Knaben unter einen Strauch, und sie ging hin und setzte sich gegenüber, einen Bogenschuß weit entfernt; denn sie sprach: Ich kann das Sterben des Knaben nicht mit ansehen! Und sie saß ihm gegenüber, erhob ihre Stimme und weinte.“ (1. Mose 21, 13-16)

Rabbi Hirsch kommentiert diese Verse folgendermaßen:

„Hagars Benehmen ist höchst charakteristisch und verdeutlicht die unveredelte hamitische Natur. Eine jüdische Mutter hätte ihr Kind nicht verlassen und wäre es auch nur, um dem Kinde zuzureden und wäre es auch nur, um ihm den millionsten Teil einer Sekunde zu erleichtern. Sich untätig zu entfernen, weil man den „Schmerz nicht mit ansehen kann“ ist

nicht Mitgefühl, ist grausamer Egoismus einer noch rohen Menschennatur. Im menschlichen Menschen weiß das Mitgefühl die stärksten Empfindungen zu meistern, den eigenen Schmerz vergessen und hilfreiche Assistenz leisten zu lassen und könnte man auch nichts mehr als die Wohltat der teilnehmenden Gegenwart leisten.“

#### Taten der Vorväter als Vorzeichen

Ismael erscheint in der biblischen Erzählung als ein schwieriger Charakter mit einem schwierigen Leben. Vom Vater verstoßen, von der Mutter fast dem Tode überlassen und mit einer emotionalen Natur, hatte er es nicht einfach.

Aber die Geschichte hat ein Happy End, denn nach jüdischer Tradition schafft es Ismael, seine hamitische Natur zu veredeln. Ein letztes Mal wird Ismael in der Bibel bei der Berdigung seines Vaters Abraham erwähnt, dort heißt es:

„Und seine Söhne Isaak und Ismael begruben ihn in der Höhle Machpelah auf dem Acker des Ephron, des Sohnes Zoars, des Hetiters, Mamre gegenüber.“ (1. Mose 25, 9)

Die Tatsache, dass Ismael nach Kanaan kam, um seinen Vater zu beerdigen, aber noch mehr, dass der jüngere Isaak im Vers vor seinem älteren Bruder Ismael genannt wird, lassen darauf schließen, dass Ismael seine Rolle anerkannt und mit ihr und seinem Bruder Frieden geschlossen hat.

Diese Auslegung kann uns auch heute Hoffnung geben, denn wie die jüdischen Weisen sagen, „Die Taten der Vorväter sind Vorzeichen für ihre Nachkommen“. So wie Ismael Frieden mit Isaak schloss, so werden seine Nachkommen mit Isaaks Nachkommen Frieden schließen – wie es mit den Abraham-Abkommen zwischen Israel und einigen Golfstaaten bereits einen Anfang genommen hat.

Auch erklärt uns diese Analyse Ismaels einige Besonderheiten der muslimischen Kultur, wie Ehrenmorde, Selbstmordanschläge und der Terrorismus allgemein. Und es ist natürlich immer gut zu wissen, mit wem man es zu tun hat. Vor allem, wenn man einen Krieg gegen ihn führt.

Dieser Artikel erschien zuerst auf [www.michaelselutin.com](http://www.michaelselutin.com)

## Sind alle Zehn Gebote realistisch umsetzbar?

*Der Schöpfer kennt die menschliche Natur sehr gut. Er hat uns mit all unseren Stärken und Schwächen, unseren Vorzügen und Schwächen geschaffen. Er kennt uns besser, als wir uns selbst kennen. Wenn er uns sagt, dass wir etwas tun sollen, dann weiß er, dass wir es tun können. Wir haben die Freiheit der Wahl und müssen entscheiden, welcher inneren Stimme wir Gehör schenken. Wir alle sind täglich herausgefordert, die richtigen Entscheidungen im Leben zu treffen.*

### Von Rabbi Yossy Goldman/ JNS.org

Beginnen wir mit dem alten Sprichwort, das uns daran erinnert: „Es sind die Zehn Gebote, nicht die Zehn Vorschläge.“

Dies ist weit mehr als ein Witz. In der Tat ist es die Grundlage unseres moralischen Verhaltens.

Ich verstehe Gebote wie „Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren“, „Du sollst nicht morden, nicht randalieren und nicht stehlen“ usw. Aber wie kann uns befohlen werden, an Gott zu glauben, was das allererste Gebot ist? Was ist, wenn wir nicht glauben? Was ist, wenn wir nicht glauben können? Ich würde wirklich gerne gläubig sein, Rabbi, aber ich kann es einfach nicht. Das habe ich im Laufe der Jahre schon von vielen Menschen gehört.

Wie wäre es mit dem zehnten Gebot: „Du sollst nicht begehren“? Wie kann uns befohlen werden, nicht auf das Glück eines anderen neidisch zu sein? Ist das nicht eine natürliche, spontane Empfindung?

#### Kann man Gefühle kontrollieren?

Wie kann man uns befehlen, Gefühle zu empfinden oder nicht zu empfinden? Dass unser Verhalten kontrolliert werden kann, ist einleuchtend, aber unsere Gefühle zu kontrollieren? An eine höhere Macht zu glauben, wenn ich im Zweifel bin? Wenn ich ein natürlicher Skeptiker bin? Etwas, das andere Menschen haben, nicht nur nicht zu nehmen, sondern sogar nicht zu begehren? Ist das realistisch? Mit Geboten, die unser Verhalten regeln sollen, kann ich ja noch leben, aber Gedankenkontrolle? Sicherlich kennt Gott, der uns diese Gebote gegeben hat, die Schwächen der menschlichen Natur.

Es gibt einen sehr wichtigen theologischen und philosophischen

Grundsatz, der sich mit genau diesen Fragen befasst. Wir sind der Überzeugung, dass, wenn Gott es befohlen hat, es auch möglich sein muss, es zu beobachten. Der Schöpfer kennt die menschliche Natur sehr gut. Er hat uns mit all unseren Stärken und Schwächen, unseren Vorzügen und Schwächen geschaffen. Er kennt uns besser, als wir uns selbst kennen. Wenn er uns sagt, dass wir etwas tun sollen, dann muss er wissen, dass wir es tun können. Warum sollte er sonst unsere und seine Zeit verschwenden?

Es ist ein Grundprinzip des Glaubens, dass wir zwar alle ein Gewissen haben, aber auch in Versuchung geraten. In der klassischen theologischen Sprache sprechen wir von einem yetzer tov, unserer guten Neigung, und dem yetzer hara, unserer bösen Neigung.

#### Die Freiheit der Wahl

Im chassidischen Denken werden die Neigungen gewöhnlich als unsere "göttliche Seele" und unsere "animalische Seele" bezeichnet. Wir alle haben beides. Niemand wird als Heiliger oder als Sünder geboren. Wir haben die Freiheit der Wahl und müssen entscheiden, welcher inneren Stimme wir Gehör schenken. Wir alle sind täglich herausgefordert, die richtigen Entscheidungen im Leben zu treffen. Wenn wir mit moralischen Dilemmas konfrontiert werden, werden wir der Versuchung erliegen oder wird das Gewissen triumphieren? Wir können uns wirklich für beides entscheiden.

Denken Sie an das letzte Mal, als Sie etwas getan haben, das Sie bereut haben. Nehmen Sie eine einfache, harmlose Sache wie den Schokoladenkuchen, den Sie während einer Diät gegessen haben. Wollten Sie sich nicht, nachdem Sie den Kuchen aufgegessen hatten, in den Hintern treten, weil Sie tief in Ihrem Inneren wussten, dass Sie mit ein wenig mehr Disziplin

hätten widerstehen können? Diese Erfahrung habe ich nur allzu oft gemacht. Sie beweist, dass wir unsere Entscheidungsfreiheit mit mehr Disziplin ausüben können, wenn wir es nur wollen. Das ist nicht anders, wenn es um die schwierigen und anspruchsvollen Prüfungen des Lebens geht.

Wenn wir wirklich glauben wollen, können wir den inneren, latenten Glauben, den wir alle besitzen, entwickeln und pflegen. Das ist durchaus machbar. Der Glaube muss genährt werden. Wenn wir eine Mitzwa erfüllen, nähren wir unseren Glauben; er wird stärker, je weiter wir gehen. Der Glaube ist da, aber vielleicht schlummert er noch. Wir müssen ihn nur freilegen.

Mein Freund und Kollege Rabbi David Hazdan aus Johannesburg erzählt, wie Rabbi Hazdan nach dem Tod von Dr. Mosie Suzman im Jahr 1994 zum Haus der Familie kam, um die Shiva-Gebete zu sprechen. Dr. Mosie war ein angesehener Lehrer, Forscher und Professor der Medizin. Seine Frau war die weltberühmte südafrikanische Parlamentarierin und Anti-Apartheid-Aktivistin Helen Suzman. Als Rabbi Hazdan durch die Eingangstür kam, sagte Helen zu ihm: "Ich möchte Sie nur wissen lassen, Rabbi, dass ich nicht an Gott glaube."

Der Rabbiner antwortete: "Das ist in Ordnung, Helen. Ich glaube nicht an Atheisten."

In der Tat, das tun wir nicht. Jeder von uns hat eine Neshama, eine Seele, die ein Teil von Gott im Himmel ist. Er hat sie uns gegeben und sie belebt uns. Wenn wir nicht mit ihr in Berührung kommen, liegt das vielleicht daran, dass wir nicht so erzogen wurden, aber sie ist da und sehr wohl zugänglich.

#### Ist es Not oder Gier?

So wie es mit dem Glauben, dem ersten Gebot, ist, so ist es auch mit dem

letzten Gebot, nicht zu begehren, was andere haben mögen. Die meisten von uns haben viel mehr, als sich unsere Großeltern jemals erträumt haben. Wenn wir jemanden sehen, der mehr hat als wir, begehren wir dann aus Not oder aus Gier? Wir haben so viel, das uns glücklich und zufrieden macht. Brauchen wir wirklich dieses Auto, diese Spielerei oder was auch immer es ist, das uns betört?

Eines der sozialen Probleme in der heutigen Welt - und hier in Südafrika ist es besonders ausgeprägt - wird durch die Tatsache hervorgerufen, dass die "Habenden" und die "Habenichtse" nahe beieinander leben und sich täglich über den Weg laufen. Südafrika wurde in jüngster Zeit als "das ungleichste Land der Welt" bezeichnet. Die reichsten und die ärmsten Vorstädte sind nicht weit voneinander entfernt. Viele, die in Armut leben, sehen die wohlhabenden Häuser auf der anderen Straßenseite und sind neidisch. Oft fühlen sie sich berechtigt, etwas von diesem Reichtum für sich selbst zu ergattern. Es gibt viele Gründe, warum unsere Kriminalitätsrate so hoch ist, aber diese soziale Realität ist einer von ihnen. Wir begehren auf. Wir begehren, was andere haben und wir nicht haben.

Aber wie der Glaube ist auch das Zehnte Gebot machbar. Wir müssen uns unserer eigenen inneren Kämpfe bewusst sein und erkennen, dass wir immer die Macht haben, richtig zu wählen. Das tun wir wirklich. Bitte, Gott, wir werden es tun.

Rabbi Yossy Goldman ist emeritierter Rabbiner der Sydenham Shul in Johannesburg und Präsident der South African Rabbinical Association. Er ist der Autor des Buches *From Where I Stand über die wöchentlichen Tora-Lesungen, das bei Ktav.com und Amazon erhältlich ist.*

# Der Plan der Torah für den Krieg an Simchat Torah

In der biblischen Geschichte von Jakobs Rückkehr aus dem Exil und seiner Annahme einer israelischen Identität finden sich Parallelen zum derzeitigen Krieg des jüdischen Staates gegen den Terror aus Gaza. (JR)

Von Shlomo Vile/JNS.org

Zu wissen, dass wir uns in einer biblischen Geschichte befinden, kann dazu beitragen, dass wir weniger ängstlich sind. Zu wissen, wo wir uns in der Geschichte befinden und was als Nächstes passieren muss, kann uns dabei helfen, unser Engagement für die Auslöschung der Hamas zu festigen und uns auf das glorreiche Ende der Geschichte zuzubewegen.

Jakobs Rückkehr ist das zentrale Thema des Tora-Abschnitts Wajischlach (Genesis 32-36) und der Prototyp für alle späteren Rückkehrer des jüdischen Volkes aus dem Exil. Die moderne Rückkehr des jüdischen Volkes in das Land Israel lehnt sich eng an das Vorbild der Genesis an. In der Geschichte wird Jakob, als er in das Land seiner Väter zurückkehrt, in Israel umbenannt. Seltsamerweise wird er zweimal in Israel umbenannt, in zwei verschiedenen Fällen.

## Die erste Umbenennung: Nächtlicher Ringkampf

Die erste Umbenennung findet statt, nachdem Jakob die ganze Nacht mit dem Engel seines Bruders Esau gerungen hat. Im Anschluss an diesen Kampf benennt der Engel Jakob um. "Du sollst nicht mehr Jakob heißen, sondern Israel". Bei dieser ersten Umbenennung wird die Bedeutung des Namens Israel im Text der Tora ausdrücklich genannt: "Du hast mit Göttern und mit Menschen gerungen und hast gesiegt."

Unsere Weisen assoziierten Esau mit Rom und dem christlichen Europa. Der Ringkampf zwischen dem jüdischen Volk und dem christlichen Europa war in der Tat eine dunkle Nacht des Kampfes, die in der dunkelsten Nacht des Holocausts gipfelte.

Auch nach dem Ende des Holocaust im Jahr 1945 musste das jüdische Volk noch mit Großbritannien um seine Unabhängigkeit kämpfen. 1945 umspannte das britische Empire den gesamten Globus und war die esauische Macht der damaligen Zeit. Die jüdischen Untergrundorganisationen führten einen intensiven und blutigen Kampf gegen Großbritannien, um die Unabhängigkeit zu erlangen. In der biblischen Geschichte vernichtete Jakob den Engel Esaus nicht, aber der Engel "konnte ihn nicht besiegen" (1. Mose 32,16). Auch die jüdischen Untergrundguerillas zerstörten Großbritannien nicht, aber sie überzeugten Großbritannien, sich zurückzuziehen und den Juden die Gründung eines unabhängigen Staates namens Israel zu ermöglichen.

## Die zweite Umbenennung, Teil I: Vergewaltigung und Entführung von Dina

Das zweite Mal, als Jakob in Israel umbenannt wird, wird er von Gott umbenannt. Doch zunächst müssen Jakob und seine Familie mit der Vergewaltigung und Entführung von Jakobs Tochter durch den Fürsten der Stadt Sichem fertig werden (1. Mose 34).



„Jakob ringt mit dem Engel“, Kunstwerk von Gustav Doré, 1855.

Als wir diesen Abschnitt der Tora lesen - zuletzt in der Woche des 26. November - hatte die Geschichte einen beunruhigenden Bezug zu aktuellen Ereignissen. Vergewaltigung und Entführung standen im Mittelpunkt der Geschehnisse am 7. Oktober.

## Die zweite Umbenennung, Teil II: Schimon und Levi vernichten Sichem und sehen bei den Nachbarn schlecht aus

Die beiden Söhne Jakobs - Levi und Schimon - waren die Elitekommandos der 12 Söhne Jakobs. Sie töteten jeden männlichen Einwohner von Sichem und retten erfolgreich ihre Schwester.

In diesem Moment hofft und betet jeder Jude auf der ganzen Welt, der seine jüdische Identität schätzt, für zwei Ergebnisse des Krieges, die unverkennbar ähnlich sind: die völlige Zerstörung der Hamas und die Rettung unserer entführten Schwestern und Brüder.

Jakob übt zwei Kritikpunkte an Schimon und Levi für ihr Handeln. Der erste Vorwurf wird von dem Weisen Rabeinu Bahaja aus dem 13. Jahrhundert dahingehend erklärt, dass Schimon und Levi in den Augen der Menschen in ihrer Umgebung den Eindruck erwecken, als hätten sie un-

schuldiges Blut vergossen. Der Kommentator Raschi aus dem 11. Jahrhundert sagt, dass der Begriff darauf hinweist, dass Jakobs Verstand durch das, was Schimon und Levi getan haben, getrübt wurde.

Die zweite Kritik besagt, dass Schimon und Levi durch ihre Taten Jakobs Familie in den Augen der Menschen in der Umgebung in einen schlechten Ruf brachten.

Es ist unheimlich, wie treffend diese Begriffe die negativen Auswirkungen des Krieges auf das Ansehen Israels in der Welt charakterisieren. Die Welt beschuldigt uns, unschuldige Menschen im Gazastreifen zu töten, und Israels Image in den meisten Medien der Welt stinkt derzeit.

Als Antwort auf diese Sorgen fragen Schimon und Levi ihren Vater: "Sollen wir zulassen, dass unsere Schwester zu einer Prostituierten gemacht wird?"

Haben Sie die Videos gesehen und die Zeugen gehört, die beschreiben, was am 7. Oktober geschah? Können wir zulassen, dass unsere Schwestern und Brüder auf so schreckliche und entwürdigende Weise vergewaltigt, ermordet und verstümmelt werden? Können wir zulassen, dass die Angst, vor der Welt nicht gut dazustehen, un-

seren Verstand vernebelt und uns daran hindert, das zu tun, was getan werden muss, um die Hamas zu zerstören?

## Die zweite Umbenennung, Teil III: Die götzendienerischen Vorstellungen werden begraben

In der nächsten Szene der Genesis-Geschichte lässt Jakob seine Familie eine geistige Reinigung vornehmen, bei der sie ihre falschen Götzen aufgeben und begraben.

Auch der Glaube, dass Israel in Frieden mit einem „palästinensischen“ Staat leben kann, muss begraben werden. Der Glaube, dass wir uns auf die Technologie verlassen können, um unsere Sicherheit zu gewährleisten, muss begraben werden. Diese und andere falsche Vorstellungen, die Israels Führer in den letzten drei Jahrzehnten geleitet haben, müssen zurückgewiesen und begraben werden.

## Die zweite Umbenennung, Teil IV: Israel erlangt Sicherheit und das Gottesbewusstsein wächst

In den nächsten Versen der biblischen Erzählung erfahren wir, dass die benachbarten Völker Gottesfurcht verspürten und Jakobs Familie nicht verfolgten (1. Mose 35,5). Die Ausrottung Sichems flößte den Menschen in der Umgebung Furcht vor Gott ein und gab Jakobs Familie Sicherheit.

Auch in der aktuellen Geschichte ist die Vernichtung der Hamas eine Voraussetzung für Israels Sicherheit. Dieser Krieg ist wirklich ein zweiter Unabhängigkeitskrieg.

Mehr noch, die Geschichte deutet an, dass im Gefolge der Zerstörung der Hamas durch Israel ein erhöhtes globales Bewusstsein für Gott entstehen wird.

## Die zweite Umbenennung, Teil V: Israel übernimmt die Führung

Gott benennt Jakob in Israel um. Die Bedeutung von Israel ist hier laut Raschi ein Fürst oder ein Führer. Bei dieser zweiten Umbenennung wird Israels Ansehen in der Welt erhöht. Israel und das jüdische Volk werden als Vorbild und Führer angesehen.

In den letzten 100 Jahren haben wir die biblische Geschichte von der Rückkehr unseres Vorfaters Jakob in das Land Israel und seiner Annahme der israelischen Identität miterlebt, und wir erreichen jetzt den Höhepunkt dieser Geschichte.

Wenn ich diesen Artikel schreibe, hoffe ich, dass alle, die ihn lesen, sich in diesen unruhigen Zeiten wohler fühlen, weil sie wissen, dass wir eine alte Geschichte mit einem glorreichen Ende erleben.

Zweitens hoffe ich, dass das Wissen, wo wir uns in der Geschichte befinden, das Engagement unserer Nation stärken kann, die beiden Bedingungen zu erfüllen, die notwendig sind, um dieses glorreiche Ende zu erreichen:

die Zerstörung der Hamas und die Beerdigung der falschen Vorstellungen, die zum 7. Oktober geführt haben.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Preis RM —,25

# JÜDISCHE RUNDSCHAU

BERLIN  
כ"ח שבט ה'תרצ"ג  
DIENSTAG, 13. FEBRUAR 1934

per Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. „Baseler Programm“

## Zwei Seiten der Judenfrage

### Was wollen die Juden?

In der ganzen jüdischen Geschichte spielt Apologetik eine wichtige Rolle. Das Judentum als geistige Erscheinung mußte sich in fast allen Perioden seiner Entwicklung mit einer Umwelt auseinandersetzen, die ihm mehr oder weniger ablehnend gegenüberstand. Trotzdem gab es stets ein gesundes Verhältnis zwischen den apologetischen Bemühungen der Juden, die nach außen geschickt waren, und dem in sich beruhenden eigentlichen Leben des Judentums, das ohne Rücksichten auf das Urteil der Umwelt sich entfaltete. Erst im neuesten Abschnitt der jüdischen Geschichte hat unsere Apologetik einen anderen Charakter angenommen. Sie beschäftigt sich nunmehr nicht mehr oder nicht mehr ausschließlich mit den geistigen Elementen des Judentums in ihrer Abgrenzung und Gegenüberstellung zur Umwelt, sondern in erster Linie mit den Eigenschaften der Juden selbst, die von der Welt negativ beurteilt werden, und die man verteidigt, weil man mit dieser Welt eng verknüpft zusammenlebt und sein Ideal in dem Aufgehen der Juden in der Umwelt sieht. So erhielt die jüdische Apologetik den Charakter einer Bemühung, die dazu beitragen sollte, die jüdische Eigenart zu verschleiern, während sie in früheren Abschnitten der jüdischen Geschichte eines der Mittel war, um ein eigenständiges Judentum auszubilden. Und mit dieser qualitativen Veränderung Hand in Hand ging ein Ueberwachen der apologetischen Bestrebungen überhaupt, um das Interesse vieler Juden von der Beurteilung durch die Umwelt ganz und gar gefangen genommen wurde und man über der Auseinandersetzung mit der Umwelt nicht mehr dazu kam, ein Eigenleben zu führen.

Der Zionismus hat diese Haltung von Anfang an abgelehnt. In den Auseinandersetzungen, die Herzl mit den radikal-assimilatorisch gerichteten Rabbinern seiner Zeit führte, kam diese Ablehnung besonders eindringlich zum Ausdruck. Dabei war und ist es notwendig,

**Wert und Unwert einer jeden Apologetik**

zu erkennen. Wir glauben nicht, daß in der Auseinandersetzung zwischen menschlichen Gruppen verschiedener Art, die letzten Endes durch Affekte geleitet wird und bei der auch die denkrischen Vorgänge nicht in der nüchternen Sphäre der reinen Ratio sich abspielen, sondern affektgebunden, emotional bestimmt sind, Diskussionen über nüchterne Tatsachenfragen mit wirklichem Erfolg geführt werden können. Trotzdem sind sie in gewissem Umfange nützlich, soweit es sich nämlich um die Sphäre der Diskussionen handelt, die sich von den direkten Interessen des Tages freihalten. Der Wert der Apologetik ist aber in erster Linie ein innerer. Sie ist dann und nur dann sinnvoll, wenn die Erklärung des eigenen Wesens und Lebensstandes für uns selbst eine innere Festigung bedeutet, wenn unser Wissen um die Grundlagen des jüdischen Seins verneht und wenn unsere Gebundenheit an die jüdisch-historische Entwicklung damit vertieft wird.

Es ist eine interessante Erscheinung der allerjüngsten Vergangenheit, daß auf dem Gebiete der Darstellung des Judentums nach außen sich die Fronten einigermaßen verschoben haben. In einer Welt, in der die Judenfrage für den oberflächlichen Beobachter gelöst schien, und in der jüdische Gruppen repräsentativ waren, die an die Judenfrage nicht glaubten und in der noch vorhandenen Problematik nur einen lässlich zu überwindenden Restbestand aus einer wenig positiv gewerteten Vergangenheit sahen, konnte naturgemäß diejenige Auffassung vom Judentum, die im Nationalen wurzelt, nur in sehr geringem Umfange das Gebiet der Apologetik betreten. Heute ist die Kühlung gefallen; die Judenfrage liegt in ihrer Kraftheit vor aller Welt. Die Juden selbst beginnen sie mehr und mehr zu erkennen. Nun ist es klar, daß diejenige Gruppe, die von jeher ein natürliches, der Wirklichkeit angepaßtes Verhältnis zu dieser Problematik besaß, auch allein in der Lage ist, eine Selbstdarstellung des Judentums zu geben und damit in gewissem Umfange zur Umwelt zu sprechen.

Wir glauben, daß die Erkenntnis dieser Tatsachen für die deutschen Juden von Wert ist. Nur unter dieser Voraussetzung ist es nämlich möglich, in jedem Augenblick richtig einzuschätzen, welche Bedeutung das Urteil der Umwelt für uns Juden hat und wie jüdisches Eigenleben und Einbezogensein in diese Umwelt miteinander abgewogen werden können. Man darf ja nicht leugnen, daß diese Eingliederung der Juden heute in einer ganz eigentümlichen Weise beurteilt wird. Sie wird von der Umwelt als eine „Frage“ empfunden, wobei aber in gewissem Sinne eine Umkehrung des Begriffes „Judenfrage“ eingetreten ist.

**Wir waren gewohnt, die Judenfrage von den Juden her zu sehen**

und sie als die Problematik eines Volkes ohne Land, ohne sichere ökonomische Grundlage und ohne ausreichende kulturelle Gegenwart zu betrachten. Es war höchstens ein daneben auftauchender Gesichtspunkt, daß die Reibungen, die hierdurch mit der Umwelt entstehen, für diese schwer tragbar sind. Heute nun ist insbesondere in Deutschland die Betrachtungsweise geradezu umgekehrt worden. Als „Judenfrage“ bezeichnet man die Tatsache, daß man glaubt, das Leben der Völker sei durch die Existenz der Juden in ihrer Mitte in seiner Eigenart, ja in seinem Bestande gefährdet. Man macht sich nicht darüber Gedanken, wie man die Zukunft des jüdischen Volkes sichern kann, sondern man bemüht sich, einen Weg zu finden, um das eigene Volk vor dem schädigenden Einfluß der Juden zu schützen. Wollte also Theodor Herzl die Völker der Welt aufrufen, die Existenz der Juden zu sichern und ihnen ein Lebensrecht zu geben, das man ihnen durch Jahrhunderte vorenthalten hatte, so ist heute in der öffentlichen Diskussion gerade der Länder, die die Judenfrage aufwerfen, davon kaum die Rede.

Wir müssen uns damit abfinden, daß die Judenfrage im Urteil der Öffentlichkeit diese Gestalt angenommen hat; es ist nicht zuletzt unsere, der Juden Schuld, daß es hierzu gekommen ist.

Hätten die Juden selbst die Judenfrage, wie sie sich ihnen darstellte, mit Nachdruck in einer Welt, die anders aussah als die heutige europäische Gesellschaft, erörtert und hätten sie mit der Energie, die ihnen möglich gewesen wäre, den Weg zu ihrer Lösung beschriftet — wir ständen heute vor einer anderen Situation!

Nunmehr aber gilt es, von dem Boden aus, auf dem die Judenfrage seitens der Umwelt gestellt worden ist, einen Weg zu suchen, der die Interessen der Völker berücksichtigt und auch den Juden selbst einen Pfad in die Zukunft bahnt.

Wir haben kürzlich in anderem Zusammenhang einen Aufsatz erwähnt, der im „Völkischen Beobachter“ vom 21. Januar erschienen ist und Dr. Wilhelm Grau zum Verfasser hat. In diesem Artikel, der historisch-politische Betrachtungen zur Judenfrage enthält, sind eine ganze Anzahl interessanter Gedankengänge und historischer Erörterungen enthalten. Dr. Grau beschäftigt sich zunächst mit dem Schicksal der Juden im Mittelalter und stellt die mittelalterliche Lebensform des Ghettos in einer durchaus positiven Weise dar. Wir stimmen darin weitgehend mit dem Verfasser überein; er scheint uns jedoch zu übersehen, daß die letzten Jahrhunderte des Ghettolebens der Juden im ausgehenden Mittelalter und in der beginnenden Neuzeit einen Verfall dieser Lebensform von innen her mit sich brachten. Das Bild eines freien und reichen Lebens des Ghettojudentums trifft also nur sehr bedingt zu. Die Mehrzahl der Juden Mitteleuropas war vielmehr in tiefe Armut geraten und hatte in der Tat im Ghetto nur eine sehr kümmerliche Existenz, nicht zuletzt auch auf geistigem Gebiete, auf dem weitgehend eine Erstarrung der kulturellen

Entwicklung eingetreten war. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle die allgemein-historischen Motive darzustellen, durch die ein derartiger innerer Auflösungsprozeß im damaligen Judentum eingetreten ist. Immerhin hatte er zur Folge, daß z. B. die preussischen Juden damals, als sie emanzipiert wurden, eine Bevölkerungsgruppe waren, die in einer uns Heutigen unvorstellbaren Armut lebte. Und damit ist überhaupt

**Aus dem Inhalt: Die Sitzung der Reichsvertretung — Zur Lage in Frankreich — Deutscher Export nach Palästina — Betätigung von Juden in Kulturberufen — Die Juden im Kriege**

**In der Frauen-Rundschau u. a. Martin Buber: Was kann die Frau zur Erneuerung des Judentums tun? — Elfriede Bergel: Auflösung und neue Bindung — Berufsaussichten in Palästina — Koche palästinensisch**

einer der wesentlichsten Punkte des ganzen Problems berührt:

**Die Judenfrage stellt sich für die Völker vielfach als ein Problem des jüdischen Reichtums und der damit verbundenen äußeren Macht einzelner Juden dar. Für uns ist die Judenfrage gerade umgekehrt eine Frage der jüdischen Armut.**

Gewiß ist uns bekannt, daß ein erheblicher Teil des westeuropäischen Judentums aus der Gesamtentwicklung Europas im 19. Jahrhundert ökonomischen Nutzen zog und zu einer gewissen Wohlhabenheit gelangte. Aber auch hierbei handelte es sich nur um eine Minderheit, während die Mehrzahl der Juden immer nur eine bescheidene Existenz fand. Es geht natürlich nicht an, dieses Problem rein territorial auf ein Land abgegrenzt zu beurteilen. Ueberblickt man aber die ganze jüdische Welt, so ergibt sich, daß unter den Kulturvölkern Europas wohl nur wenige bestehen, deren ökonomische Basis so tief liegt, wie es beim Durchschnitt der Juden der Fall ist.

Nun, die Judenfrage ist für uns natürlich nicht allein ein Problem des ökonomischen Standards. Sie ist ebenso sehr eine Frage des sozialen Aufbaus, und auch hier müssen wir wiederum erkennen, daß das Erbe des Mittelalters auf uns in negativer Weise lastet. Die Juden sind ins Ghetto gewiß vielerorts freiwillig gegangen — aber nachdem man ihnen die Möglichkeit des Bodenbesitzes und der Arbeit am Boden durch teils staatlich, teils kirchlich bedingte Maßnahmen genommen hatte. So stellt sich für uns die Judenfrage als ein Problem der Ungewißheit über unsern nächsten Tag dar. Das jüdische Volk weiß nicht, ob es materiell existieren können; sein sozialer Status ist ungesichert, seine kulturelle Lage aber ist dort am gefährdetsten, wo ihm das „Entrechtbillet zur europäischen Kultur“ gegeben worden ist. In dem zitierten Aufsatz meint Dr. Grau, daß dieses Billet zerrissen und für wertlos erklärt werden muß. Uns scheint, daß eine derartige Formulierung historisch schwer haltbar ist. Dieses Entrechtbillet stellt ja wie alle historischen Akte etwas in gewissem Sinne Irreparables dar, das nun einmal aus der Struktur der europäischen Gesellschaft und aus dem Bewußtsein sowohl der Völker Europas wie der Juden nicht mehr gelöscht werden kann. Wohl ist es möglich, der Geschichte auf diesem Gebiete eine neue Wendung zu geben; die in Deutschland eingeleitete Stellung zur Judenfrage zeigt dies ganz deutlich, und auch der Zionismus hat von Anbeginn an den Standpunkt vertreten, daß vor dem jüdischen Volk die Aufgabe steht, den Weg der Selbstemanzipation zu beschreiten und einen grundsätzlichen neuen Weg einzuschlagen. Aber auch eine solche Wendung enthält in sich die Elemente der Vergangenheit, und wir glauben, daß die Juden, wo immer sie leben werden und in welcher rechtlichen und sozialen Position sie sich befinden mögen, den Durchgang durch die europäische Welt nicht mehr verleugnen können.

Darum ist es notwendig, diese Begriffe zu klären. Dann wird es auch deutlich werden, daß die Juden selbst nichts davon wissen, daß sie das Element einer Art von „Weltherrschaft“ darstellen. Sie

### Erklärung der Reichsvertretung

Die „Reichsvertretung der deutschen Juden“ hat mit ihrem Beirat am 11. d. M. eine Sitzung abgehalten, als deren Ergebnis ein an die deutschen Juden gerichteter Appell zur Solidarität und zur Mäßigung der innerjüdischen Auseinandersetzung beschlossen wurde. Die Reichsvertretung erhält das Recht, Personen, die den Frieden und die Einheit der deutschen Judenheit gefährden, der jüdischen Öffentlichkeit bekanntzugeben.

(Näheres im Innern des Blattes)

# Warum Juden eine Kippa tragen und wie sie gegen Haarausfall hilft

Ob Samt oder gestrickt, verziert oder neutral, die Kippa ist Ausdruck der religiösen und ethnischen Zugehörigkeit.

Michael Selutin lebt seit 15 Jahren in Israel und beschreibt seine „Experimentierphase“ mit der kleinen runden Kopfbedeckung. (JR)

Von Michael Selutin

Als ich vor etwa 15 Jahren nach Israel kam, trug ich noch keine Kippa und ich hatte noch einige Haare auf dem Kopf. Als ich kurz darauf anfing, in einer Jeschiwa zu lernen und meine Haarpracht immer weiter zurückging, begann ich wie die anderen Bibelschüler eine Kippa zu tragen.

Zuerst experimentierte ich mit verschiedenen Ausführungen, große, die besser auf dem Kopf haften, kleine, die cooler aussahen und sehr bunte, die einfach nur lächerlich waren. In meiner Naivität entschied ich mich schließlich für eine schwarze, gestrickte Kippa, ohne zu wissen, welche politische Message damit verbunden war.

Ich merkte auch schnell, dass die Kippa vor der heißen israelischen Sonne schützt und wie mir die modischste Ehefrau von allen versicherte, sehe ich viel besser aus, wenn die Kippa meine Glatze verdeckt.

## Charedim VS Nationalreligiöse

Ich lernte damals in einer charedischen Jeschiwa und diese sogenannten Ultraorthodoxen tragen eine schwarze Samtkippa, während gestrickte Kippas von den Nationalreligiösen getragen werden. In der Politik werden Köpfe mit gestrickten Kippas von den Ministern Itamar Ben-Gvir und Bezalel Smotrich repräsentiert, auch sie sind orthodoxe Juden, aber nicht ultra, was auch immer das bedeutet.

Im aktuellen Krieg sieht man oft Soldaten mit solchen gestrickten Kippot, denn für die Nationalreligiösen, oder Dati Leumi auf Hebräisch, ist die Besiedlung Israels das Gebot unserer Zeit. Dazu gehört nicht nur der Armeedienst, sondern auch der Ausbau der Landwirtschaft, der Wissenschaften und der Wirtschaft allgemein.

Die Charedim hingegen konzentrieren sich vollständig auf das Studium der Tora und meiden den Kontakt zu Andersdenkenden in der Armee, den Universitäten und der Arbeit.

Diese unterschiedlichen Ideologien sorgen natürlich für Reibereien zwischen den Gruppen und da wir über Israel sprechen, wo alles extremer ist, lassen sich diese heiligen Juden schon fast gegenseitig.

In der Praxis kommt es manchmal vor, dass sich eine Kippa in der falschen Synagoge vorfindet. Kommt also eine gestrickte Kippa zum Gebet in eine Synagoge voller Samtkippas, wird sie vielleicht etwas skeptisch angeschaut, aber da wir unseren Nächsten lieben sollen wir uns selbst, wird niemand etwas sagen. Vorbeter darf sie jedoch nicht sein.

In meiner damaligen Jeschiwa wurde meine gestrickte Kippa als Teil meiner Experimentierphase toleriert, aber als ich heiratete, wechselte ich zu einer schwarzen Samtkippa. Damals hatte ich die politische Landschaft Israels noch nicht ganz durchschaut. Heute aber würde ich eher wieder eine gestrickte Kippa tragen.

Die meisten Israelis, die keine Kippa tragen, sind auch gläubig, aber eine



Amerikaner nennen die Kippa Yarmulke, ausgesprochen Yamaka.

Kippa auf dem Kopf bedeutet, dass man nicht nur abstrakt an Gott glaubt, sondern auch seine biblischen Gebote befolgt.

## Warum überhaupt eine Kippa?

Sucht man nach der Quelle für die Kopfbedeckung bei Männern, wird man in der Torah nichts finden. Wir wissen überhaupt sehr wenig über die Kleidung der biblischen Zeit. Erst im Talmud wird das Tragen einer Kopfbedeckung für Männer erwähnt, jedoch nicht ausdrücklich befohlen. Die Geschichte über Rav Nachman lehrt uns, dass eine Kopfbedeckung vor dem Bösen Trieb schützt:

„Die Mutter des Toragelehrten Rav Nachman bar Yitzchak wurde von einem Wahrsager gewarnt, ihr Sohn werde ein Dieb sein. Sie beherzigte seine Warnung und wies ihren Sohn an, seinen Kopf immer bedeckt zu halten, damit er die Furcht des Himmels auf sich trage. Sie sagte ihm auch, er solle um Gottes Gnade beten. Der Sohn gehorchte, obwohl er nie verstand, warum dies für seine Mutter so wichtig war.“

Eines Tages saß Rav Nachman unter einer Palme und studierte die Tora, als ihm seine Kopfbedeckung vom Kopf rutschte. Plötzlich überkam ihn ein solcher Drang zu stehlen, dass er sofort auf den Baum kletterte (der ihm nicht gehörte) und ein Bündel Datteln abbiss.“

Ein anderer Weiser des Talmud, Rav Huna, ging niemals mehr als vier Ellen mit einem unbedeckten Kopf, denn

„die göttliche Gegenwart (Schechina) ist über meinem Kopf“.

Eine andere frühe Quelle besagt, dass man nicht mit unbedecktem Kopf am Synagogengottesdienst teilnehmen darf.

Diese Quellen zeigen auch, dass es in talmudischen Zeiten (2.- 5. Jahrhundert) nicht allgemein verbreitet war, eine Kopfbedeckung zu tragen. In späteren Generationen wurde es jedoch zum akzeptierten Brauch, dass alle jüdischen Männer jederzeit eine Kippa tragen, insbesondere beim Gebet. Wie bei allen jüdischen Bräuchen werden sie, sobald sie zu einer allgemein akzeptierten jüdischen Praxis werden, halachisch (gesetzlich) verpflichtend.

Aus den oben erwähnten Aussagen unserer Weisen, dass das Bedecken des Kopfes mit Frömmigkeit verbunden ist, kann man viele symbolische Schlussfolgerungen für die Einhaltung des Brauchs der Kopfbedeckung ziehen. Zum Beispiel zeigt und erinnert uns das Bedecken des Kopfes immer daran, dass es etwas „über“ unseren Köpfen gibt, oder dass unser Intellekt begrenzt ist, oder dass Haarausfall ein Schicksal ist, dem man nur mit einer Kopfbedeckung begegnen kann.

## Die Kippa im täglichen Leben

Das Tragen der Kippa ist also kein Gebot, sondern ein Brauch, der im Laufe der Zeit zum Symbol des Judentums geworden ist. Es muss nicht einmal eine Kippa sein, die man auf dem Kopf trägt, jede Bedeckung ist koscher. Die Kippa ist wahrscheinlich das einfachs-

te Kleidungsstück, das man zu Hause und draußen tragen kann.

Im modernen Israel hat die Kippa neben der frommen auch eine praktische Symbolik. Israelische Frauen werden Männern mit Kippa nicht die Hand schütteln, da sie wissen, dass wir es meiden Frauen zu berühren. Vor kurzem habe ich ein säkulares Paar im Supermarkt getroffen, das ich länger nicht gesehen hatte. Mit dem Mann schüttelte ich die Hände und der Frau nickte ich zu.

Auch wissen meine Mitbürger, dass ich als Kippaträger nur koscher esse. So hat mich einmal eine Falafelstube davor gewarnt, dass die Küche etwas durcheinander war und es sein könnte, dass Schawarma-Fleisch mit den Falafeln in Berührung kam. Ich sollte also in den nächsten Stunden besser keine Milch trinken.

Die Kopfbedeckung, ihre Farbe und der Stoff, aus dem sie hergestellt wurde, helfen dabei, einen Juden in die richtige „Schublade“ zu stecken. Im aktuellen Krieg kommt noch ein Faktor hinzu, der für jüdische Kleidung allgemein gilt: Viele Soldaten, die bisher keine Kippa trugen, tun es jetzt, zusammen mit Zizit (Schaufäden). Einerseits, um die Wahrscheinlichkeit des göttlichen Schutzes zu erhöhen und andererseits, um zu zeigen, dass sie heilige Krieger Israels sind, die in die Fußstapfen der biblischen Helden wie Samson und König David treten.

Dieser Artikel erschien zuerst auf [www.michaelselutin.com](http://www.michaelselutin.com)